Eichstätt. 1982

# SOZIALE MARKTWIRTSCHAFT IM POLITIKUNTERRICHT

## Eine Untersuchung von Schulbüchern der Sekundarstufe I

Andreas Mack

1982

Digitized by the Internet Archive
in 2026

https://archive.org/details/IA41545819_0006

# SOZIALE MARKTWIRTSCHAFT IM POLITIKUNTERRICHT

## Eine Untersuchung von Schulbüchern der Sekundarstufe I

Inaugural-Dissertation zur Erlangung des Doktorgrades der Geschichts- und Gesellschaftswissenschaftlichen Fakultät der Katholischen Universität Eichstätt

vorgelegt von

Andreas M a c k aus Buchdorf

1982

Referent: Prof. Dr. Bernhard Sutor

Korreferent: Prof. Dr. Helmut Witetschek

Tag der mündlichen Prüfung: 13. Dezember 1982

UNIV.
LEIDEN
BIBL.

DISSERTATIONS - UND FOTODRUCK FRANK GmbH
8000 München 2, Gabelsbergerstraße 15, Tel. 2809090

# Vorwort

Für das Gelingen einer umfangreichen wissenschaftlichen Arbeit ist vielfältige Unterstützung erforderlich. Besonders wertvoll war mir der Rat von Herrn Prof. Dr. Bernhard Sutor. Von ihm kam zunächst die Anregung, diese Untersuchung in Angriff zu nehmen. Durch die stetige Betreuung und die wissenschaftliche Förderung während des Entstehens der Dissertation konnten vor allem im Gespräch viele Fragen aufgeworfen und geklärt werden. Ich bin ihm zu großem Dank verpflichtet.

Hilfreich waren die Diskussionen mit Herrn Dr. Rainer Roth und mehreren Kollegen aus der Schulpraxis. Besonderer Dank gebührt auch Herrn Ministerialrat Müller-Armack vom Bayerischen Staatsministerium für Wirtschaft und Verkehr und Herrn Horst Friedrich Wünsche von der Ludwig-Erhard-Stiftung, die mir nützliche Hinweise gaben bzw. mit Literatur zur Seite standen.

Aufgeschlossen für die Arbeit zeigten sich zahlreiche Institutionen, insbesondere das Bundespräsidialamt, das Bundeswirtschaftsministerium, die Christlich Demokratische Union, die Freie Demokratische Partei, die Christlich Soziale Union sowie Arbeitnehmer- und Arbeitgebervertreter.

Dank schulde ich auch Fräulein Gisela Arnold, die in oft mühevoller Arbeit das Manuskript verfertigte und Sr. Lioba für das anstrengende Korrekturlesen.

Eichstätt/Buchdorf, Juli 1982

Andreas Mack

Inhaltsverzeichnis


Einleitung 1

1. Konzeption und Verwirklichung der Sozialen Marktwirtschaft 5

1.1. Ausgangssituation 5

1.2. Neoliberalismus und Soziale Marktwirtschaft 6

1.3. Soziale Marktwirtschaft nach Müller-Armack 7

1.3.1. Wirtschaftliche Freiheit durch Marktwirtschaft 7

1.3.2. Steigerung des Wohlstandes 9

1.3.3. Soziale Gestaltungsaufgaben 9

1.3.4. Soziale Marktwirtschaft - ein offenes System 13

1.4. Erstmalige politische Durchsetzung der Sozialen Marktwirtschaft 15

1.4.1. Ludwig Erhard, Direktor für Wirtschaft 16

1.4.2. Währungsreform 18

1.4.3. Leitsätzegesetz 19

1.4.4. Wirtschaftliche Entwicklung nach der marktwirtschaftlichen Öffnung 20

1.5. Grundgesetz und Soziale Marktwirtschaft 23

1.5.1. Investitionshilfeurteil 24

1.5.2. Wirtschaftlich relevante Normen des Grundgesetzes 25

1.6. Soziale Marktwirtschaft in der Praxis 28

1.6.1. Ordnung des Geldwesens 29
1.6.2. Marktwirtschaft und Wettbewerbsordnung 30
1.6.3. Sozialordnung 35
1.6.4. Einkommens- und Vermögensverteilung 39
1.6.5. Arbeitsordnung 41
1.6.6. Umweltschutz und Soziale Marktwirtschaft 46
1.6.7. Wirtschaftspolitik 48
1.6.8. Leistungen der Sozialen Marktwirtschaft 57

2. Analyse von Schulbüchern für den Politikunterricht der Sekundarstufe I 59

2.1. Aspekte zur Analyse der Schulbücher 59

2.1.1. Didaktisch-methodische Struktur 59
2.1.2. Zielhorizont zum Themenbereich Soziale Marktwirtschaft 62
2.1.3. Gesamturteil 65

2.2. Auswahl der für den Politikunterricht in der Sekundarstufe I zugelassenen Schulbücher 67

2.3. Einzelanalyse 69

2.3.1. Sozialkunde von Eberhardt, Franke, Loeschke, Winkler 69
2.3.2. Einführung in die Politik von Giesecke 75
2.3.3. Sozialkunde von Greiffenhagen, Hättich 92
2.3.4. Lernfeld Gesellschaft von Grix, Knöll 110
2.3.5. Politik Wirtschaft Gesellschaft von Grosser 124
2.3.6. Sehen Beurteilen Handeln von Hilligen, Gagel, Buch 144
2.3.7. Bürger und Politik von Steinbügl 167

2.3.8. Grundzüge der Sozialkunde von Süss 180
2.3.9. Zweimal Deutschland von Thurich, Endlich 194
2.3.10. Thema Politik von Becker, Feick, Greiffenhagen, Hufnagel, Müller, Stetzer, Uhl 210
2.3.11. Arbeitsbuch: Politik 2 von Mickel 230
2.3.12. Gesellschaft und Politik von Fischer 253
2.3.13. politik im aufriß von Helbig 274
2.3.14. Texte für den politischen Unterricht von Streithofen, Pittrof 293

2.4. Ergebnisse im Überblick 312

3. Vorschlag zur Darstellung der Sozialen Marktwirtschaft in einem Schulbuch des Politikunterrichts der Sekundarstufe I 314

3.1. Was geht mich die Wirtschaft an? 318
3.2. Wie funktioniert die Wirtschaft? 321
3.3. Warum kümmert sich der Staat um die Wirtschaft? 332
3.4. Was tut der Staat, um das Wirtschaftsgeschehen zu ordnen? 339

Literaturverzeichnis 392

Einleitung

Zwischen ökonomischen und politischen Entscheidungsprozessen besteht eine Interdependenz, die bewirkt, daß die wirtschaftliche Entwicklung von politischen Faktoren abhängig ist und umgekehrt die wirtschaftliche Lage entscheidend die politischen Gestaltungsmöglichkeiten beeinflußt. Diese Tatsache ist unbestritten. Grosser ist deswegen bei der Feststellung zuzustimmen: "Wenn politische Bildung zur Urteilsfähigkeit über Politik beitragen will, muß sie ökonomischen Problemen besondere Beachtung widmen."[1)]
Damit ist die Notwendigkeit, wirtschaftliche und wirtschaftspolitische Sachverhalte im Politikunterricht und damit in den entsprechenden Schulbüchern zu behandeln, bereits grundsätzlich begründet. Es ist dabei von sekundärer Bedeutung, unter welcher Bezeichnung (Sozialkunde, Staatsbürgerkunde, Politik, Gemeinschaftskunde u.a.) das Fach den Schülern angeboten wird.

Die Wirtschaft wird in der Bundesrepublik Deutschland seit über 30 Jahren nach den Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft geordnet. Unter den Leitgedanken Freiheit und soziale Gerechtigkeit konnte ein beachtlicher Wohlstand zugunsten aller Bevölkerungsschichten erreicht werden. Ein Idealzustand war nicht angestrebt und auch nicht zu erwarten. Zu kompliziert sind die täglich zu bewältigenden wirtschaftlichen und sozialen Aufgaben, die sich aus dem Zusammenleben, den Ansprüchen und Interessen der Menschen ergeben. Soziale Marktwirtschaft war meist im Kreuzfeuer konstruktiver und destruktiver Kritik. Nicht nur, daß sie beinahe nicht als wirtschaftspolitisches Konzept nach dem 2. Weltkrieg übernommen worden wäre,

---

1) Grosser, Die Wirtschaft als Thema der politischen Bildung, in: Freiheitliches Verfassungsdenken und Politische Bildung, Stuttgart 1980, S. 72

sondern vor allem, wenn wirtschaftliche Schwierigkeiten auftraten, waren die Widersacher unüberhörbar.

Uns interessiert vor allem die Frage, ob und wie Soziale Marktwirtschaft in Schulbüchern des Politikunterrichts der Sekundarstufe I dargeboten wird. Diese Fragestellung scheint berechtigt, da bereits Prof. Dr. Ludwig Erhard Mitte der 60er Jahre in der Schrift "Das gesellschaftspolitische Leitbild der Formierten Gesellschaft" beklagte: "Die 'Formierte Gesellschaft' setzt eine informierte Gesellschaft voraus. Wir müssen mehr tun, um den Menschen die Fakten unserer politischen, geistigen und wirtschaftlichen Existenz nahe zu bringen, damit sie besser verstehen und mitgestalten können ... Der geradezu erschreckenden Unkenntnis über selbst einfache wirtschaftliche und soziale Zusammenhänge müßte schon von der Schule her begegnet werden."[2)]

Obwohl seit dieser Äußerung beachtliche Zeit vergangen ist und Soziale Marktwirtschaft ständig Resonanz in den Massenmedien fand, ist es umso verwunderlicher, daß einer Umfrage zufolge offensichtlich nur jeder siebte Jugendliche sich unter dem Begriff Soziale Marktwirtschaft etwas vorstellen kann.[3)] Es stellt sich die Frage: Können bei Jugendlichen im Alter von 14-16 Jahren überhaupt schon Lernziele zum Themenbereich Wirtschafts- und Sozialordnung realisiert werden?

Eine hochentwickelte Industriegesellschaft stellt sich für den Schüler zunächst als ein äußerst kompliziertes, durch vielfältige Verflechtungen kaum durchschaubares System dar.

Interesse und Verständnis für wirtschaftliche Zusammenhänge kann bei Kindern und Jugendlichen nur dann geweckt werden,

---

2) Erhard, Das gesellschaftspolitische Leitbild der Formierten Gesellschaft, in: Grundtexte zur Sozialen Marktwirtschaft, Stuttgart und New York 1981, S. 79 ff.

3) Industrie- und Handelskammer Koblenz, Unsere Soziale Marktwirtschaft, Koblenz 1980

wenn die Stoffe ihren unmittelbaren Erlebensbereich einbeziehen und an ihn anknüpfen. Bei näherer Betrachtung der "Welt der Schüler" wird schnell ersichtlich, daß sie tagtäglich von wirtschaftlichen und sozialen Problemen direkt oder indirekt tangiert werden.

Dauenhauer ist beizupflichten, wenn er feststellt: "Es gibt praktisch kein Wirtschaftsthema, das (auf schülergemäße Ebene transponiert) nicht lebenspraktisch legitimiert oder kognitiv erfaßbar wäre. Mit Ausnahme berufsspezieller (z. B. mathematische Nachfragekurven des Haushalts) und gesamtwirtschaftlicher (z. B. spezielle Zahlungsbilanzprobleme) Fragen können alle Wirtschaftsbereiche Gegenstand des Lehrens und Lernens sein."[4)]

Bedürfnisse, knappe Mittel, ökonomisches Prinzip, Werbung, Preisvergleiche, Kaufentscheidungen, Verbrauch stehen als Beispiele für die umfangreichen Beziehungen der Schüler zur Wirtschaft. Auf diesen Fundamenten können dann die Ordnungselemente der Wirtschaft und die wirtschaftspolitischen Ziele und Instrumentarien behandelt werden.

Für soziale und sozialpolitische Fragen sind Schüler dieser Altersstufen besonders zugänglich, da das Gerechtigkeitsgefühl und das Gerechtigkeitsstreben sehr ausgeprägt sind. Außerdem stehen zumindest Hauptschüler und Realschüler unmittelbar vor dem Eintritt ins Berufsleben.
Themen wie die Situation des Arbeitsmarktes, die Mitbestimmung, die Rechte und Pflichten im Betrieb, das Unternehmen, Jugendarbeitsschutz, Ausbildungsförderung u.a. können unmittelbare subjektive Betroffenheit erzeugen.

Im Unterricht der Sekundarstufe I ist es also durchaus möglich, die Elemente der Sozialen Marktwirtschaft erfolgreich zu behandeln. Die Schüler werden zudem bereits nach kurzer

---

4) Dauenhauer, Erich, Didaktik der Wirtschaftslehre, Paderborn 1978, S. 128

Zeit die Erfahrung machen, daß das Gelernte dazu dient und nützt, im Alltag besser zurechtzukommen, und dies verstärkt die Lernbereitschaft.

Die vorliegende Arbeit gliedert sich in drei Teile. Im ersten Abschnitt werden die wesentlichen theoretischen Grundlagen der Sozialen Marktwirtschaft und deren Umsetzung in die Politik dargestellt.

Die Auswahl der Bestandteile der Wirtschafts- und Sozialordnung der Bundesrepublik Deutschland erfolgt bereits unter dem Gesichtspunkt, inwieweit sie für den Schüler der Sekundarstufe I subjektiv und objektiv bedeutsam sind.

Die Ausführungen im ersten Teil bilden das Fundament der Arbeit, da hier vor allem erarbeitet wird, unter welchen Gesichtspunkten die Schulbücher gesichtet werden sollen.

Im zweiten Teil werden zunächst die Aspekte vorgestellt, unter denen die Schulbücher analysiert werden. Die Einzelanalyse wird eingeleitet mit einer Vorstellung der didaktisch-methodischen Konzeption des Buches. Als Kernstück der Untersuchung erweist sich die Aufbereitung der Sozialen Marktwirtschaft. In einem Gesamturteil sollen jeweils die wichtigsten Ergebnisse zusammengefaßt und nochmals bewertet werden. Es wird nicht möglich sein, alle in Betracht kommenden Bücher zu berücksichtigen, da dies den Rahmen sprengen würde.

Schließlich wird in einem dritten Schritt ein eigener Vorschlag zur Darbietung der Sozialen Marktwirtschaft im Politikunterricht der Sekundarstufe I erarbeitet und zur Diskussion gestellt. In diesem Teil sollen die aus der Schulbuchanalyse gewonnenen Erkenntnisse verarbeitet und insbesondere die Defizite bei der Behandlung von Sozialer Marktwirtschaft vermieden werden.

# 1. Konzeption und Verwirklichung der Sozialen Marktwirtschaft

## 1.1. Ausgangssituation

Der totale Staat der Nationalsozialisten nahm nahezu jegliche wirtschaftliche Freiheit. Das Privateigentum wurde zwar im wesentlichen nicht angetastet, allerdings wurde u.a. durch Erzeugungsplanung, Lenkung der Importe, Exporte und Devisen, Rohstoffzuteilung, Beeinflussung von Auftragsvergaben sowie Kredit- und Preisüberwachung eine staatlich gelenkte Wirtschaft aufgebaut. Ziel war eine weitgehende Autarkie. Eine noch größere Unterordnung unter die Staatsmacht zog die 1936 vorgenommene Umstellung auf Kriegsproduktion nach sich. Streik und Aussperrung wurden außer Kraft gesetzt. Lohnstops und zum Teil erzwungene Arbeitseinsätze machten die Tarifautonomie und die Freiheit der Arbeitsplatzwahl zunichte.

Das wirtschaftliche Chaos nach dem 2. Weltkrieg erforderte zunächst die Übernahme der Zentralverwaltungswirtschaft des NS-Regimes. Lebenswichtige Güter blieben rationiert. Alle Grundstoffe, Rohstoffe und Betriebsstoffe mußten bewirtschaftet und zugeteilt werden. Strenge Produktionsvorschriften ergingen ebenso wie die Ablieferungspflicht für bewirtschaftete Produkte. Die Ein- und Ausfuhr war nur über staatliche Instanzen möglich. Die Preise von Außenhandelsgütern setzte die Staatsgewalt fest, der Devisenfluß wurde kontrolliert. Der erforderliche freie Bewegungsraum der Wirtschaft war nicht zuletzt infolge von Preis- und Lohnstopverfügungen nicht gegeben.

## 1.2. Neoliberalismus und Soziale Marktwirtschaft

Bereits in den 30er Jahren entwickelten liberal und sozial orientierte Wirtschaftswissenschaftler die Konzeption für eine grundsätzlich freiheitliche, aber doch an soziale Notwendigkeiten gebundene Wirtschaftsverfassung. Nach Meinung der Neoliberalen (Franz Böhm, Walter Eucken und Hans Großmann-Doerth u.a.) hat der Staat zunächst die Wirtschafts- und Sozialordnung zu konstituieren und dann durch eine immer wieder notwendige rechtsschöpferische Leistung die Ordnung der Wirtschaft und Gesellschaft mit zu gewährleisten. Die Ordnung des Wettbewerbs ist die zentrale Forderung.

Die Idee einer Sozialen Marktwirtschaft ging aus dem Neoliberalismus hervor. Die Anhänger einer Sozialen Marktwirtschaft hatten sich vor allem eine größere Wirklichkeitsnähe ihrer Konzeption zum Ziele gesetzt und betonten sozialpolitische Gesichtspunkte stärker als der modellhaftere Neoliberalismus.
An der Entwicklung des Konzepts waren vor allem Wilhelm Röpke (1888-1966), Alexander Rüstow (1885-1963), Friedrich-August Hayek (geb. 1899), Ludwig Erhard (1897-1977) und Alfred Müller-Armack (1901-1979) maßgeblich beteiligt.
Den Begriff Soziale Marktwirtschaft prägte Müller-Armack.

## 1.3. Soziale Marktwirtschaft nach Müller-Armack

"Der Begriff der Sozialen Marktwirtschaft kann ... als eine ordnungspolitische Idee definiert werden, deren Ziel es ist, auf der Basis der Wettbewerbswirtschaft die freie Initiative mit einem gerade durch die marktwirtschaftliche Leistung gesicherten sozialen Fortschritt zu verbinden"[5].

### 1.3.1. Wirtschaftliche Freiheit durch Marktwirtschaft

Müller-Armack sieht die Soziale Marktwirtschaft als "dritte wirtschaftspolitische Form"[6], in der "die Marktwirtschaft ... das tragende Gerüst"[7] darstellt. Damit ist die öffentliche Hand von der zentralen Planung der Güterproduktion und der Güterverteilung befreit. Dies bringt erhebliche organisatorische Einsparungen und reduziert die Kosten.
In einem marktwirtschaftlichen System werden die dezentral und in der Regel frei getroffenen Entscheidungen der Wirtschaftssubjekte (Produktionsfreiheit, Handelsfreiheit, Wettbewerbsfreiheit, Konsumfreiheit, Gewerbefreiheit u.a.) über eine Vielzahl von Märkten koordiniert. Ein Markt entsteht immer dann, wenn Produzenten, Konsumenten und Eigentümer von Produktionsfaktoren in Beziehung treten und ihre Kauf- und Verkaufsabsichten realisieren. Märkten liegt also immer eine Angebots- und Nachfragekomponente zugrunde.

---

5) Müller-Armack, in: Handwörterbuch der Sozialwissenschaften, Artikel Soziale Marktwirtschaft, Stuttgart-Tübingen-Göttingen 1956, S. 390

6) Müller-Armack, Wirtschaftslenkung und Marktwirtschaft, Hamburg 1947, S. 88

7) ebenda

Die Märkte, die Nervenzentren der Wirtschaft, steuern und lenken mittels freier Preisbildung das Wirtschaftsgeschehen. Angebot, Nachfrage und Preis stehen in einem engen wechselseitigen Zusammenhang. Nicht nur Angebot und Nachfrage bestimmen den Preis, sondern auch Preis und Angebot bestimmen die Nachfrage, und Preis und Nachfrage bestimmen das Angebot. Jede Veränderung eines dieser Faktoren löst Änderungen der beiden anderen Faktoren aus. Die unterschiedlichen Interessen von Anbietern und Nachfragern werden durch den Marktpreis (Preiskompromiß) einander angepaßt. Während die Anbieter einen möglichst hohen Preis erzielen wollen, sind die Nachfrager an einem möglichst niedrigen Preis interessiert. Durch die dem Markt immanenten Kräfte (Gleichgewichtstendenz des Marktes) erfolgt ein Ausgleich von Angebot und Nachfrage.
Die Funktionsfähigkeit dieses Modells setzt jedoch voraus, daß am Markt vollständige Konkurrenz (freier Wettbewerb) herrscht, Transparenz über Zusammensetzung von Angebot und Nachfrage gegeben ist, die Homogenität der Güter gewährleistet ist und die Marktteilnehmer keine Präferenzen für bestimmte Anbieter oder Nachfrager haben.
Durch die Vielzahl und Unüberschaubarkeit der Marktabläufe könnte der Eindruck der Regel- und Ziellosigkeit entstehen. Müller-Armack betont hierzu: "Die Marktwirtschaft ist alles andere als ein chaotisches Durcheinander von Marktbeziehungen. Entscheidend für die Marktwirtschaft ist die strenge Hinordnung aller Wirtschaftsvorgänge auf den Konsum, der über seine in Preisen ausgedrückten Wertschätzungen der Produktionsbewegung die bestimmenden Signale erteilt"[8].

---

8) Müller-Armack, Wirtschaftslenkung und Marktwirtschaft, aaO, S. 71

Im Politikunterricht der Sekundarstufe I sollte das Marktmodell besprochen werden. Dabei scheint es nicht notwendig und auch kaum möglich, in Detailfragen einzudringen.

1.3.2. Steigerung des Wohlstandes

Allein schon das der Marktwirtschaft zugrundeliegende Wettbewerbsprinzip setzt Initiativen und Aktivitäten frei und schafft damit bereits Voraussetzungen für einen Wohlstand breiter Bevölkerungsschichten.
Der Wettbewerb darf sich nicht nur auf das Inland beschränken, sondern es ist auch der freie Außenhandel einschließlich der freien Austauschbarkeit der Währungen zu gewährleisten.
Die Freiheiten und Funktionen des Wettbewerbssystems können aber nur Bestand haben, wenn durch eine staatlich gesetzte Wettbewerbsordnung eine Kontrolle bzw. Verhinderung von Monopol-, Oligopol- und Kartellbildungen erreicht wird.
Der freie Wettbewerb der am Wirtschaftsleben Beteiligten ist durch eine staatliche Wirtschaftspolitik zu ergänzen, die auf stetiges und angemessenes Wirtschaftswachstum ausgerichtet ist, konjunkturelle Ausschläge weitgehend reduziert sowie der Geldwertstabilität besondere Aufmerksamkeit widmet und damit auch der Wohlstandssteigerung dient.

1.3.3. Soziale Gestaltungsaufgaben

Soziale Marktwirtschaft zielt auf die gleichzeitige Verwirklichung von wirtschaftlicher Freiheit und sozialer Gerechtigkeit. In dieser Zielkombination liegt ein ständiges Spannungsverhältnis, da einerseits die Errichtung eines Systems des sozialen Schutzes einen

aktiven, gestaltenden Staat verlangt und andererseits die Garantie freier wirtschaftlicher Betätigung den Staat zu Zurückhaltung bei Eingriffen in das Wirtschaftsleben zwingt.

Dem Konzept der sozialen Marktwirtschaft liegt nicht allein der Gedanke zugrunde, daß eine marktwirtschaftliche Ordnung schon wegen ihrer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit, die durch die Steigerung der Produktion und die Zunahme der Beschäftigungsmöglichkeiten ihren Ausdruck findet, sozial sei, obwohl diese Faktoren Basis für einen allgemeinen Wohlstand und damit verbundene soziale Besserstellung sind.

Müller-Armack geht weiter, wenn er feststellt, daß die theoretische Konzeption der Sozialen Marktwirtschaft erkennt, "daß neben dem Erfordernis, der Produktion freien Spielraum zu geben, die Notwendigkeit besteht, soziale Sicherung in eine staatliche Ordnung einzubeziehen"[9]. Damit wird Sozialpolitik zum Postulat erhoben.

Erfolgreiche Sozialpolitik setzt jedoch zunächst eine möglichst produktive Wirtschaft voraus. Die Maximierung des Sozialprodukts ist damit das wirtschaftliche Fundament.

Soziale Sicherheit und soziale Gerechtigkeit sollen vor allem durch den "Ausbau der Sozialversicherung", durch einen marktwirtschaftlichen "Einkommensausgleich zur Beseitigung ungesunder Einkommens- und Besitzverschiedenheiten, und zwar durch Besteuerung und durch Familienzuschüsse, Kinder- und Mietbeihilfen an sozial Bedürftige", sowie durch "Förderung kleinerer und mittlerer Betriebe und Schaffung sozialer Auf-

---

9) Müller-Armack, Genealogie der Sozialen Marktwirtschaft, Bern 1974, S. 120

stiegschancen"[10] erreicht werden. Gefordert wird auch der soziale Wohnungsbau.
Die marktgerechte Preisbildung darf jedoch durch die sozialen Maßnahmen nicht gestört werden, d.h. die staatlichen Eingriffe müssen mit der Marktwirtschaft verträglich sein. Müller-Armack betont, daß Soziale Marktwirtschaft als ein umfassender Stilgedanke zu verstehen ist, der "nicht nur im Bereiche des Wettbewerbs, sondern im gesamten Raum des gesellschaftlichen Lebens, in der Wirtschaftspolitik wie im Staate Anwendung findet. Es wird also ein neuer Wirtschaftsstil angestrebt, wobei unter Stil die gemeinsame Prägung zu verstehen ist, die alle Gebiete der Wirtschaftspolitik und des sozialen Lebens bestimmt"[11].
Die Soziale Marktwirtschaft muß sich vor allem auch im Arbeitsleben bewähren. Arbeitgeber und Arbeitnehmer sollen im wesentlichen durch Vereinbarungen die Arbeitsbedingungen regeln können. Dabei entstehende Konflikte sollen nach bestimmten, von beiden Seiten akzeptierten Regeln ausgetragen werden.
Das Zusammenwirken der Unternehmensführung und der Mitarbeiter soll durch "Schaffung einer sozialen Betriebsordnung"[12] auf eine neue Grundlage gestellt werden. Die Stellung des Arbeitnehmers soll dadurch verbessert werden, daß "ihm ein soziales Mitgestaltungsrecht eingeräumt"[13] wird, ohne jedoch die unternehmerische Entscheidungsfreiheit erheblich einzuengen.
Die Wurzeln Sozialer Marktwirtschaft finden sich vor allem auch in außerökonomischen Zielen, wie Röpke zum

---

10) Müller-Armack, Genealogie der Sozialen Marktwirtschaft, aaO, S. 99-100
11) ebenda, S. 120
12) ebenda, S. 99
13) ebenda

Ausdruck bringt: "Alle am Wirtschaftsleben beteiligten Individuen und Gruppen - die Gewerkschaften eingeschlossen - müssen die dauernde moralische Anstrengung einer Selbstdisziplin machen, die einer sonst vom Staate aufzuerlegenden und zu erzwingenden Disziplin so wenig wie möglich an Aufgaben läßt. Wir dürfen nicht glauben, es genüge, sie bei ihrem wohlverstandenen Interesse zu packen und an ihre wirtschaftliche Vernunft zu appellieren, denn innerhalb gewisser Grenzen dienen Kartelle, Gewerkschaften, Machtgruppen und Interessenverbände ausgezeichnet ihren Interessen, wenn sie durch Monopoldruck oder Einwirkung auf die staatliche Wirtschaftspolitik mehr zu erlangen suchen, als ein echter und ehrlicher Wettbewerb ihnen zukommen läßt. Es muß höhere ethische Werte geben, die wir anrufen, Gerechtigkeit, Verantwortung für das Ganze, Wohlwollen und Sympathie. So ergibt sich, daß auch die nüchterne Welt des reinen Geschäftslebens aus sittlichen Reserven schöpft, mit denen sie steht und fällt und die wichtiger sind als alle wirtschaftlichen Gesetze und nationalökonomischen Prinzipien. Markt, Wettbewerb und das Spiel von Angebot und Nachfrage erzeugen diese Reserven nicht, sondern verbrauchen sie und müssen sie von Bereichen jenseits des Marktes beziehen. Auch kein Lehrbuch der Nationalökonomie kann sie ersetzen. Selbstdisziplin, Gerechtigkeitssinn, Ehrlichkeit, Fairneß, Ritterlichkeit, Maßhalten, Gemeinsinn, Achtung vor der Menschenwürde des anderen, feste sittliche Normen - das alles sind Dinge, die die Menschen bereits mitbringen müssen, wenn sie auf den Markt gehen."[14)]

---

14) Röpke, Ethik und Wirtschaftsleben (1955), in: Grundtexte zur Sozialen Marktwirtschaft, Stuttgart-New-York 1981, S. 448

Politischer Unterricht muß so angelegt sein, daß die der Sozialen Marktwirtschaft zugrundeliegenden ethischen Prinzipien und die Anforderungen an das sittliche Verhalten der Menschen vermittelt und gefördert werden.

### 1.3.4. Soziale Marktwirtschaft - ein offenes System

"Die Umsetzung einer Wirtschaftsordnung in die alltägliche Praxis des Wirtschaftslebens kann nie als endgültig abgeschlossen angesehen werden. Das gilt auch für den Gedanken der Sozialen Marktwirtschaft. Sie ist ein Ansatz, um die niemals abreißenden und ständig neu entstehenden Spannungen zwischen den einzelnen und der Gesellschaft zu überbrücken und das Gleichgewicht zwischen Freiheit und Sicherheit zu finden."[15]

Auch in anderem Zusammenhang betont Müller-Armack, daß Soziale Marktwirtschaft als Programm zu verstehen ist, das offen sei, um künftige Entwicklungen bewältigen zu können.

Bereits zu Beginn der 60er Jahre wies er u.a. auf gesellschaftliche Aufgaben und Ziele hin, deren Verwirklichung auch zu Beginn der 80er Jahre relevant ist. In der Schrift "Die zweite Phase der Sozialen Marktwirtschaft: Ihre Ergänzung durch das Leitbild einer neuen Gesellschaftspolitik"[16] nennt er u.a. die Förderung und Ausbildung von hochqualifizierten Arbeitskräften, die Förderung der Bereitschaft, sich selbständig zu machen, oder die Intensivierung der Vermögensbildungspolitik. Er fordert weiter Maßnahmen "im Hinblick auf

---

15) Erhard/Müller-Armack, Soziale Marktwirtschaft Manifest 72, Frankfurt/M-Berlin-Wien 1972, S. 49/50

16) Müller-Armack, in: Grundtexte der Sozialen Marktwirtschaft, Stuttgart und New York 1981, S. 63 ff.

die Gesamtheit der Umwelt"[17] und zielt damit ab auf Arbeitsbedingungen, Verschmutzungen, Lärmbelästigungen wie auch auf die Regelung der Verkehrsprobleme und die Raumordnung.
Einer anderen wirtschafts- und rechtspolitischen Aufgabe, deren Vernachlässigung häufig zu Kritik an der Sozialen Marktwirtschaft führt, sollte noch größere Aufmerksamkeit zugewendet werden, nämlich der Stärkung der Position der Konsumenten. Dabei ist nicht nur der Erlaß von entsprechenden Gesetzen gemeint, sondern insbesondere die Information des Verbrauchers, damit er sich auf Grund ökonomischer und rechtlicher Kenntnisse markt- und sachgerecht verhalten kann.

---

17) ebenda, S. 71

## 1.4. Politische Durchsetzung der Sozialen Marktwirtschaft

Die erstmalige Durchsetzung der Sozialen Marktwirtschaft ist inzwischen Gegenstand der Zeitgeschichte; "da Vergangenheit in der Gegenwart wirksam ist, müssen wir uns der Vergangenheit vergewissern, um die Gegenwart ... begreifen zu können"[18]. Es erscheint im Geschichts- oder im Sozialkundeunterricht zwingend erforderlich, einen Rückblick auf die besonderen Verhältnisse jener Phase nach dem 2. Weltkrieg zu nehmen. Im Zusammenhang mit unserer Arbeit wird vor allem die Rolle von Prof. Dr. Ludwig Erhard betrachtet werden müssen, denn die Durchsetzung der wirtschaftspolitischen Idee ist weitgehend auf ihn zurückzuführen.

Nach Ende des 2. Weltkrieges mußte die Wirtschaft neu geordnet werden. Nach der Bildung des Vereinigten Wirtschaftsgebietes im Jahre 1947 konnten die Deutschen im begrenzten Rahmen wieder autonom politische Entscheidungen treffen. Entscheidungsbefugt waren der Wirtschaftsrat, der die Aufgaben eines parlamentarischen Gremiums hatte, der Länderrat als "zweite Kammer" und der Verwaltungsrat, der die Funktion der obersten Exekutive inne hatte. Größte Aufmerksamkeit wurde von den politischen Gruppierungen dem Ressort Wirtschaft und seinen führenden Repräsentanten gewidmet. Die grundsätzliche Frage war, ob die Versorgung der Bevölkerung mit materiellen und immateriellen Gütern besser durch eine zentrale staatliche Planung der Güterproduktion und Güterverteilung erfolgen konnte oder ob die Kräfte einer Marktwirtschaft erfolgreicher sein würden.
Die politischen Parteien in den westlichen Besatzungszonen waren über den einzuschlagenden Weg unterschied-

---

18) Sutor, Geschichte als politische Bildung, in: Politikunterricht, München 1979, S. 83

licher Auffassung. Weite Teile der Unionsparteien und insbesondere die FDP präferierten eine marktwirtschaftliche Ordnung; während die SPD eine Marktwirtschaft weitgehend ablehnte.

### 1.4.1. Ludwig Erhard, Direktor für Wirtschaft

Da der Direktor für Wirtschaft Johannes Semmler wegen einer kritischen Rede über die amerikanische Nahrungsmittelhilfe seiner Position enthoben wurde, war ein Nachfolger zu wählen. Nach langwierigen Verhandlungen einigten sich schließlich auch die Unionsparteien auf den Kandidaten der FDP Ludwig Erhard. Vor allem bei den gewerkschaftlich orientierten CDU-Mitgliedern und auch bei Teilen der CSU war der liberale Erhard nur schwer vermittelbar.

Schließlich kam ein Kompromiß nur unter der Bedingung zustande, daß "keine Abstriche an der christlich-demokratischen Programmatik und Politik gemacht werden mußten ... Bemerkenswert war trotzdem, daß die Fraktion glaubte, die wirtschaftsordnungspolitischen Auffassungen eines erklärten Liberalen, wie Erhard, mit den eigenen politischen und programmatischen Ansprüchen vereinbaren zu können. Entweder bestand eine erhebliche Unkenntnis über die Persönlichkeit des neuen Wirtschaftsdirektors und seine wirtschaftspolitischen Vorstellungen oder man hielt den Handlungsspielraum für eine gezielte Wirtschaftspolitik für zu eng".[19]

Mit der Wahl Ludwig Erhards zum Wirtschaftsdirektor am 2. März 1948 wurde ein Mann an die Verwaltungsspitze gehoben, der auch das Vertrauen der Amerikaner

---

19) Ambrosius, Die Durchsetzung der Sozialen Marktwirtschaft in Westdeutschland 1945-1949, Stuttgart 1977, S. 156

besaß. General Clay hatte ihn bereits einige Zeit vorher zum Leiter der Sonderstelle "Geld und Kredit" beim Frankfurter Wirtschaftsrat ernannt. Die Entscheidung für Prof. Ludwig Erhard war von weitreichender Bedeutung, weil er sich eindeutig dem Konzept der Sozialen Marktwirtschaft verschrieb.
Es sollte sich bald zeigen, daß für den wirtschaftspolitischen Entscheidungsprozeß durch die Auffassung des neugewählten Direktors eindeutige Akzente gesetzt wurden. Die wichtige Rolle des subjektiven Faktors in der politischen Auseinandersetzung wurde einmal mehr bestätigt.
Die Wahl von Prof. Ludwig Erhard zum Direktor der Verwaltung für Wirtschaft setzte bereits ein Signal für anstehende wirtschaftspolitische Entscheidungen. Am 21. April 1948 legte Erhard vor dem Wirtschaftsrat sein Programm dar. Er prognostizierte eine erfolgreiche Wirtschaftspolitik nur dann, wenn baldmöglichst die Hilfe des Marshallplanes einsetzen würde und durch eine Währungsreform für die nominelle Kaufkraft wieder eine reale Gegenleistung zu erhalten war. Erhard forderte eine stärkere Berücksichtigung der Konsumgüterindustrie[20], da an den Bedürfnissen der Bevölkerung nicht vorbeigegangen werden könne. Er verlangte, Preisstop und Bewirtschaftung aufzugeben und zu einer marktwirtschaftlichen Ordnung überzugehen.
Eine sozial ausgerichtete Wirtschaftspolitik sollte den Wirtschaftsablauf nur noch indirekt beeinflussen. Durch eine andere Wirtschaftsordnung könnten auch die Spannungen zwischen Planung und föderalistischem Staatsaufbau beseitigt werden.

---

20) Ambrosius, aaO, S. 159

Während die SPD den Wirtschaftsdirektor kritisierte und vor allem das Mitgestaltungsrecht der Arbeitnehmer vermißte, erhielt Erhard Rückendeckung durch die Unionsparteien und natürlich durch die Freien Demokraten[21].

1.4.2. Währungsreform

Eine arbeitsteilige Volkswirtschaft kann ohne ein funktionsfähiges Geldwesen nicht funktionieren. Das NS-Regime hatte den 2. Weltkrieg mit Hilfe der Notenpresse finanziert. Durch einen Preis- und Lohnstop und die Rationierung der Konsumgüter war es möglich, den sich immer mehr verstärkenden Verfall der deutschen Reichsmark zu überdecken. Nach Ende des Krieges wurde die deutsche Währung faktisch nicht mehr als Zahlungsmittel akzeptiert. Zu groß war das Mißverhältnis zwischen der im Umlauf befindlichen Geldmenge und dem Güterangebot. Dringend benötigte Waren konnten nur im Naturaltausch erstanden werden. Eine quasi Ersatzwährung wurden die Zigaretten, für die alles einzutauschen war. Die Beseitigung des Geldüberhanges erwies sich deswegen als äußerst dringendes Problem. Der Klärung bedurfte jedoch die Frage des Geldschnittes und die sozioökonomische Differenzierung.
Gefordert wurde vor allem von Anhängern liberaler Ordnungsprinzipien (Rasch, Müller-Armack, Röpke, Miksch u.a.), mit der Währungsreform auch eine Wirtschaftsreform zu verbinden und mit dem bestehenden Wirtschaftssystem zu brechen. Sie sollte der Auftakt zur Wiedereinführung funktionsfähiger Wettbewerbsmärkte sein[22].

---

21) Ambrosius, aaO, S. 161
22) Ambrosius, aaO, S. 163 ff.

Im einzelnen brachte die weitgehend von den Siegermächten konzipierte Geldneuordnung vom 21. Juni 1948 unter verteilungspolitischen Gesichtspunkten Ungerechtigkeiten, da von den Eigentümern der Produktionsmittel im Vergleich zu den Kleinsparern fast keine Opfer erbracht werden mußten.
Seit dem Tage der Währungsreform war es wieder möglich, aus einem breiten Warenangebot auszuwählen, da auch die bislang gehorteten Güter "auf den Tisch" kamen. Nach der Währungsreform - flankiert durch gleichzeitig beschlossene Steuererleichterungen - konnte nun an den Wiederaufbau der Wirtschaft in den drei Westzonen gegangen werden, wenngleich sie für viele Bürger erhebliche Verluste bzw. den finanziellen Ruin brachte[23].

### 1.4.3. Leitsätzegesetz

Am 17. Juni 1948 begannen im Wirtschaftsrat die Beratungen des Gesetzes über die Leitsätze für die Bewirtschaftung und Preispolitik nach der Geldreform. Auf dieser Rechtsgrundlage sollte die künftige Wirtschaftspolitik basieren. Erhard betonte immer wieder, daß höhere Rationalität der Volkswirtschaft, höhere Kapitalausnutzung und Produktivitätssteigerung nur durch freien Leistungswettbewerb erreicht werden könnten. Dies war nur auf der Grundlage einer freien Preisbildung und eines uneingeschränkten Warenverkehrs möglich[24]. Dem Inhalt nach war der von der Verwaltung vorgelegte Entwurf mehr ein wirtschaftspolitisches Grundsatzprogramm, das deutlich die "Handschrift" von

---

23) Weber, Entscheidungsjahr 1948, München 1979, S. 183 ff.

24) Ambrosius, aaO, S. 173 ff.

Ludwig Erhard und seiner ihm vertrauten Mitarbeiter trug. Nach der Intention des Gesetzes konnte das System der Zwangswirtschaft abgebaut und zu einer marktwirtschaftlichen Ordnung übergegangen werden. Die Bewirtschaftung der Güter und die behördliche Festsetzung der Preise sollte zunehmend zurücktreten. Lediglich bei den Hauptnahrungsmitteln und verschiedenen Rohstoffen wurde noch für eine längere Frist die staatliche Bewirtschaftung für notwendig erachtet. Die staatlichen Stellen hatten vor allem die Preisbildung zu überwachen, die Monopolbildung zu verhindern und der Kreditpolitik besondere Aufmerksamkeit zu widmen. Mit der Lockerung der Bewirtschaftung und Preisbildung sollte auch eine Lockerung der Lohnbildung einhergehen[25]. Hinsichtlich des Vollzugs des Gesetzes wurden dem Direktor für Wirtschaft weitgehende Handlungsvollmachten eingeräumt. Das Leitsätzegesetz konnte nur gegen heftigen Widerstand der Opposition durchgesetzt werden. SPD und KPD stimmten schließlich dagegen.

### 1.4.4. Wirtschaftliche Entwicklung nach der marktwirtschaftlichen Öffnung

Prof. Erhard nützte die ihm durch das Leitsätzegesetz eingeräumten Kompetenzen und setzte mit gewissen Ausnahmen (z. B. Grundnahrungsmittel) Bewirtschaftungs- und Preisvorschriften außer Kraft und riskierte den Übergang zu einer marktwirtschaftlichen Ordnung. Der anfänglichen Euphorie, die vor allem im außergewöhnlich und unerwartet hohen Warenangebot ihre Ursache

---

25) Gesetz- und Verordnungsblatt des Vereinigten Wirtschaftsgebietes, Jahrgang 1948, Nr. 12 vom 7. Juli 1948, S. 60 ff.

hatte, folgte bald Skepsis, da die Ausweitung der Nachfrage zu deutlichen Preissteigerungen führte und auch die Arbeitslosenzahlen erheblich zunahmen. Durch die Rückkehr zu einer Wettbewerbswirtschaft waren die Unternehmen zur Rationalisierung gezwungen, um konkurrenzfähig zu bleiben. Zahlreiche Arbeitsplätze gingen dadurch verloren. Während im Juni 1948 ca. 420 000 arbeitslos waren, stieg die Zahl bis Januar 1949 auf 937 000[26]. Diese Entwicklung forderte verständlicherweise die Kritik der Opposition im Wirtschaftsrat und der Gewerkschaften heraus. Auch im Lager der Union waren - vor allem von den Sozialausschüssen - kritische Stimmen zu hören[27].

Die Wirtschaftsverwaltung leitete eine Reihe von Maßnahmen gegen die ungünstige wirtschaftliche Entwicklung ein. Durch das sog. "Jedermann-Programm" sollte eine schnellere Herstellung von Bedarfsgütern erreicht und damit die Versorgungslage verbessert werden. Die Produzenten wurden mit Rohstofflieferungen bevorzugt. Allerdings waren Preis und Qualität der "Jedermann-Ware" festgelegt. Außerdem wurde ein Gesetz gegen Preistreiberei verabschiedet, das Preiswucher und Warenzurückhaltung strafbar machte. Mehr psychologische Wirkung sollte der ab 11. September veröffentlichte Preisspiegel haben[28].

Die Erfolge dieser Gegenmaßnahmen ließen jedoch auf sich warten. Zwei Anträge der Sozialdemokraten auf Abberufung von Erhard und des Oberdirektors Pünder fanden keine Mehrheit. Die Lage spitzte sich weiter zu, als

---

26) Weber, Das Entscheidungsjahr 1948, aaO, S. 188 ff.

27) Ambrosius, aaO, S. 184 ff.

28) Weber, aaO, S. 246

die Gewerkschaften für den 12. November 1948 den Generalstreik ausriefen.
Erst Ende des Jahres 1948 setzte, bedingt durch die maßvolle Lohnpolitik der Gewerkschaften, durch die restriktive Geldpolitik der Bank deutscher Länder und durch die sinkenden Preise für die Rohstoffimporte, eine deutliche Preisberuhigung ein. Prof. Erhard konnte prognostizieren, daß "die schwierigste Phase des Übergangs zur Marktwirtschaft überwunden war"[29].

Sein wirtschaftspolitisches Konzept hatte damit eine erste Bewährungsprobe bestanden. Wie sehr es noch seine persönlichen Vorstellungen und die seiner Mitarbeiter waren, zeigt eine Äußerung des Unionspolitikers Etzel auf der Zonenausschußsitzung vom 24./25. Februar 1949: "Wir haben, wenn ich es glatt heraussagen darf, ja gar keine Wirtschaftspolitik der CDU, sondern die Wirtschaftspolitik von Prof. Erhard gemacht und von der CDU her haben wir sie sanktioniert"[30].
Im Politikunterricht des Sekundarbereiches I wird es genügen, wenn die wesentlichen Fakten und Etappen der erstmaligen politischen Verwirklichung vermittelt werden.

---

29) Weber, Das Entscheidungsjahr 1948, aaO, S. 243
30) Zit. nach Ambrosius, aaO, S. 193

## 1.5. Grundgesetz und Soziale Marktwirtschaft

Die "Verfassungsväter" haben davon abgesehen, eine Wirtschafts- und Sozialordnung verfassungsrechtlich zusammenhängend zu formulieren.
Hartwich vertritt die Auffassung, daß die Vertreter der beiden größten Blöcke im Parlamentarischen Rat, CDU/CSU und SPD, die Verfassung bewußt offen formulierten. Damit sollte nach der Bundestagswahl 1949 jede Seite die Möglichkeit haben, ihre wirtschaftspolitischen Vorstellungen zu realisieren.
Hartwich folgert weiter: "Das heißt, das Grundgesetz wurde so formuliert, daß es eine Politik der sozialen Marktwirtschaft ermöglichte, die ja nur fortzusetzen war, nachdem man damit 1948 begonnen hatte. Aber das Grundgesetz wurde auch so formuliert, daß die von der SPD offiziell gewünschte Politik zur Verwirklichung eines demokratischen Sozialismus ebenfalls nicht durch die Verfassung behindert wurde".[31]

Diese Regelung eines wesentlichen Teils der Gesamtordnung eines Staates führte in den ersten Jahren der Bundesrepublik Deutschland zu kontroversen Diskussionen, welche Bedeutung den Normen des Grundgesetzes im Hinblick auf die Ordnung der Wirtschaft zukomme. Das Interesse konzentrierte sich vor allem auf die Frage, ob die Verfassung der zweiten deutschen Republik ein bestimmtes wirtschaftstheoretisches Ordnungsmodell präferiert. Die vorliegenden Interpretationen reichen von der Annahme der wirtschaftspolitischen Neutralität des Grundgesetzes[32], der Position der verfassungsrechtlichen Verankerung der

---

31) Hartwich, Grundgesetz und Wirtschaftsordnung, in: Politik und Zeitgeschichte, B 4/80, S. 9

32) Maunz, Deutsches Staatsrecht, München 1977

Sozialen Marktwirtschaft[33] bis zur Auffassung, daß im Rahmen des Grundgesetzes auch dirigistische Vorstellungen realisiert werden können.[34]

1.5.1. Investitionshilfeurteil

Durch das ordnungspolitische Grundsatzurteil des Bundesverfassungsgerichtes vom 20.7.1954 wurde die Diskussion auf eine neue Grundlage gestellt. Das höchste deutsche Gericht führte unter anderem aus: "Das Grundgesetz garantiert weder die wirtschaftspolitische Neutralität der Regierungs- und Gesetzgebungsgewalt noch eine mit marktkonformen Mitteln zu steuernde soziale Marktwirtschaft. Die wirtschaftspolitische Neutralität des Grundgesetzes besteht lediglich darin, daß sich der Verfassungsgeber nicht ausdrücklich für ein bestimmtes Wirtschaftssystem entschieden hat. Dies ermöglicht dem Gesetzgeber, die ihm jeweils sachgemäß erscheinende Wirtschaftspolitik zu verfolgen, sofern er das Grundgesetz beachtet.
Die gegenwärtige Wirtschafts- und Sozialordnung ist zwar eine nach dem Grundgesetz mögliche Ordnung, keineswegs aber die allein mögliche. Sie beruht auf einer vom Willen des Gesetzgebers getragenen wirtschafts- und sozialpolitischen Entscheidung, die durch eine andere Entscheidung ersetzt oder durchbrochen werden kann."[35]
Die Formulierung des Bundesverfassungsgerichtes, daß sich der Verfassungsgeber nicht ausdrücklich für ein bestimmtes Wirtschaftssystem entschieden habe, läßt eben-

---

33) Nipperdey, Soziale Marktwirtschaft, Köln 1965

34) Abendroth, Zum Begriff des demokratischen und sozialen Rechtsstaates im Grundgesetz der Bundesrepublik, in Rechtsstaatlichkeit und Sozialstaatlichkeit, Darmstadt 1968, S. 114 ff.

35) BVerfGE 4, 7 ff.

so wie die Pflicht des Gesetzgebers, bei der Wirtschaftspolitik das Grundgesetz zu beachten, den Schluß zu, daß in der Verfassung teils explizit, teils implizit Rechte und Pflichten enthalten sind, die eine wirtschaftspolitische Grundentscheidung bedeuten.[36] Auch nicht ausdrücklich auf wirtschaftliche Sachverhalte abzielende Rechtsnormen beeinflussen den wirtschaftspolitischen Entscheidungsspielraum.

1.9.2. Wirtschaftlich relevante Normen des Grundgesetzes

Das in Art. 2 Abs. 1 GG garantierte Recht auf freie Entfaltung der Persönlichkeit beinhaltet auch die wirtschaftliche Freiheit[37] wie die Möglichkeit, einen Gewerbebetrieb zu eröffnen, die Konsumfreiheit, die Produktionsfreiheit, die Handelsfreiheit oder die Wettbewerbsfreiheit. Der Beruf, der Arbeitsplatz und die Ausbildungsstätte können frei gewählt werden (Art. 12). Jeder Deutsche genießt Freizügigkeit im gesamten Bundesgebiet (Art. 11). Aus Art. 9 Abs. 3 GG ist das Recht auf Bildung von Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden abzuleiten.
Das Eigentum wird gewährleistet, wenngleich die Sozialbindung betont wird (Art. 14). Grund und Boden, Naturschätze und Produktionsmittel können unter bestimmten Voraussetzungen in Gemeineigentum oder in anderen Formen der Gemeinwirtschaft überführt werden (Art. 15).

---

36) Lampert, Die Wirtschafts- und Sozialordnung, München 1978, S. 106

37) Schmidt-Bleibtreu-Klein, Komm. zum GG. Bonn-Neuwied 1977, S. 151,
Leibholz/Rink, GG, Kommentar anhand der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichtes, Köln 1979, S. 84 ff.,
Maunz, Theodor/Dürig, Günter/Herzog, Roman/Scholz, Rupert, Grundgesetz, Kommentar, München 1978, Art. 2, S. 12

Enteignung und Sozialisierung sind nur durch ein Gesetz oder aufgrund eines Gesetzes möglich, das Art und Ausmaß der Entschädigung regelt.
In die Wirtschaftsordnung müssen auch die in Art. 20 und 28 verankerten Grundsätze der Sozialstaatlichkeit einbezogen werden.

Keines der oben aufgeführten Grundrechte darf in seinem Wesensgehalt verändert werden (Art. 19 Abs. 2 GG). Ebenso ist das in Art. 20 GG verankerte Bekenntnis zum sozialen Staat zu garantieren und auszugestalten.
Eine Wirtschaftsordnung muß also einerseits immer die zentralen Freiheitsrechte beachten und der freien Entfaltung des Bürgers Raum gewähren. Andererseits legitimiert und verpflichtet das aus Art. 20 und 28 GG abzuleitende Sozialstaatsgebot, Schranken in der freien wirtschaftlichen Betätigung der Bürger zu setzen.
Daraus ist zu folgern, daß mit dem Grundgesetz kein Wirtschaftsordnungstyp vereinbar ist, der unter Ausschaltung des freien Unternehmertums ausschließlich staatliche Planung und Lenkung der Wirtschaft zum Inhalt hat.
Zum gleichen Ergebnis muß man hinsichtlich einer total liberalen Wirtschaftsordnung kommen.
Diese Auffassung wird von zahlreichen Verfassungsrechtlern vertreten. E.R. Huber schreibt hierzu u.a.: "Dabei scheinen die freiheitlichen Gewährleistungen ausgeprägter noch als in der Weimarer Verfassung vorherrschend zu sein ... Doch ist dieses System von Freiheitsverbürgungen durch soziale ... Vorbehalte ... modifiziert ... Das Grundgesetz enthält eine wirtschaftsverfassungsrechtliche Grundentscheidung, nämlich eine Entscheidung für eine gemischte Wirtschaftsverfassung, die individualrechtliche Freiheitsverbürgungen und sozial-

rechtliche Freiheitsbindungen in einem System ausgleichender Ordnung zusammenfaßt."[38] Das Konzept der Sozialen Marktwirtschaft, das auf eine Synthese zwischen freier wirtschaftlicher Bestätigung und sozialer Gerechtigkeit zielt, ist mit dem Grundgesetz gut vereinbar.[39]

---

38) Huber, Wirtschaftsverwaltungsrecht, Bd. 1, Tübingen 1953, S. 30 ff.

39) Lampert, Die Wirtschafts- und Sozialordnung, aaO, S. 109

## 1.6. Soziale Marktwirtschaft in der Praxis

Nach einer offiziellen Darstellung sind für die Wirtschafts- und Sozialordnung der Bundesrepublik Deutschland nachstehende Merkmale kennzeichnend:

"privates, öffentliches und gemischtes Eigentum an Produktionsmitteln,
weitgehende Autonomie der Wirtschaftseinheiten (Unternehmen und Haushalte),
Tarifautonomie,
Organisations- und Handlungsfreiheit der Wirtschaftsverbände und Gewerkschaften,
Vorrangstellung der monetären Leistungsanreize Gewinn und Einkommen,
Entscheidungskoordination durch Marktbeziehungen, Wettbewerb und Verhandlungen,
sozialpolitische Ordnungsmaßnahmen,
wirtschaftspolitische Global- und Strukturlenkung,
privatwirtschaftlich getragene Außenhandelsverflechtung"[40]

Im wirtschaftspolitischen Unterricht sollte - trotz des geringen Stundendeputats - die Umsetzung der theoretischen Grundsätze in die politische Realität behandelt werden. Bei der folgenden Darstellung der derzeitigen Gestalt der Sozialen Marktwirtschaft ist nicht beabsichtigt, den gesamten Datenkranz ordnungspolitisch relevanter Entscheidungen aufzubereiten, sondern den Blick auf das für den "Normalbürger" (den Schüler) Wissenswerte zu konzentrieren.

---

40) Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen, Materialien zum Bericht der Lage der Nation 1974, Bonn 1974, S. 226

### 1.6.1. Ordnung des Geldwesens

Der Geldordnung ist im Rahmen der Wirtschaftsordnung ein hoher Rang einzuräumen, denn eine hochgradig spezialisierte, arbeitsteilige Volkswirtschaft, deren Grundlagen und ständige Innovationsnotwendigkeit einen gewaltigen Kapitaleinsatz erfordern, kann ohne ein funktionsfähiges Geldwesen nicht existieren. Tauschakte auf Märkten wären ansonsten nur eingeschränkt möglich. Besondere Aufmerksamkeit ist der Geldmenge zu widmen, da sie eine der empfindlichsten Größen der Volkswirtschaft darstellt. Wird das Güter-Geld-Gleichgewicht gestört, zeigen sich inflatorische oder deflatorische Tendenzen, die nicht nur zu Wettbewerbsverzerrungen führen, sondern auch politische Gefahren in sich bergen. Neben einer auf Stabilität hin ausgerichteten staatlichen Wirtschaftspolitik ist die Deutsche Bundesbank für die Geldordnung verantwortlich.
Nach Art. 88 GG hatte der Bund eine Währungs- und Notenbank zu errichten. Diesem Auftrag ist er mit dem Gesetz über die Deutsche Bundesbank[41)] nachgekommen. Die Bundesbank muß die allgemeine Wirtschaftspolitik der Bundesregierung unterstützen - ist aber weisungsunabhängig. Damit hat der Bund seiner wirtschaftlichen Macht gewisse Grenzen gesetzt. Die Aufgabe der Bundesbank besteht darin, den Geldumlauf und die Kreditversorgung der Wirtschaft mit Hilfe der währungspolitischen Befugnisse zu regeln mit dem Ziel, die Währung zu sichern.
Sie versucht,mit geldpolitischen Maßnahmen (Diskontpolitik, Lombardpolitik, Mindestreservepolitik, Offenmarktpolitik u.a.) auf die Nachfrage nach materiellen Gütern und Dienstleistungen einzuwirken. Ihre Möglichkeiten sind im wesentlichen auf die kreditfinanzierte

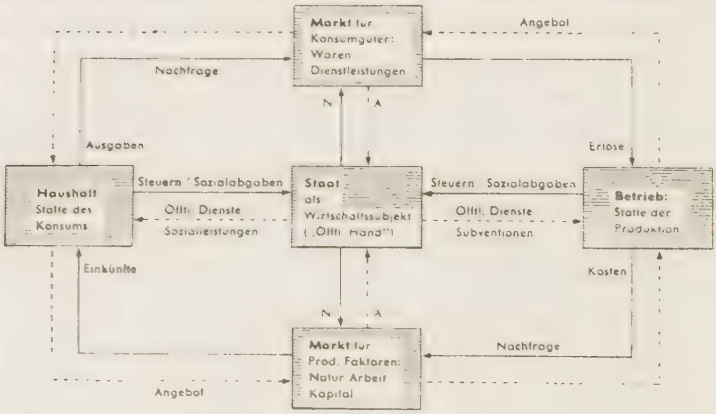
---

41) BGBl. I 1957, S. 645

Nachfrage beschränkt und haben indirekten Einfluß bzw. psychologische Wirkung. Die Kreditgewährung des Bankensektors kann gesteuert werden.

### 1.6.2. Marktwirtschaft und Wettbewerbsordnung

Innerhalb des von der Rechtsordnung, insbesondere dem Grundgesetz, gesetzten Rahmens besteht für die Wirtschaftssubjekte freie wirtschaftliche Entfaltungsmöglichkeit. Zahllose Individualentscheidungen über Produktion, Investition und Konsumtion sind die Folge. Die in einer arbeitsteiligen Volkswirtschaft notwendigen Allokations-, Koordinations-, Verteilungs- und Kontrollfunktionen erfüllen weitgehend Märkte durch das Zusammenspiel von Angebot und Nachfrage und der daraus resultierenden Preisbildung.




Aus: Sutor, Politik, Paderborn 1979, S. 366

Der Markt- und Preismechanismus (s. auch modellhafte Darstellung auf S.7/8) kann nur dann uneingeschränkt funktionieren, wenn ein freier, ungehinderter Wettbewerb gewährleistet ist. Die Konkurrenz der Produzenten untereinander ermöglicht Leistungsansporn und Leistungsvergleich und fungiert als Ausleseinstrument. Der Wettbewerb erhält sich jedoch - wie die Erfahrung zeigt - nicht von selbst, weil die Anbieter verständlicherweise danach trachten, durch Absprachen (Kartelle, Monopol- und Oligopolbildungen) die Härten des Konkurrenzkampfes zu mildern. Dazu sagte Adam Smith: "Leute vom selben Gewerbe kommen selten auch nur zum Vergnügen zusammen, ohne daß ihre Unterhaltung mit einer Verschwörung gegen das Publikum oder einem Plan zur Erhöhung der Preise endet."[42)]

Um das für eine Marktwirtschaft unabdingbare Wettbewerbsprinzip aufrechtzuerhalten, bedarf es einer staatlich gesetzten Wettbewerbsordnung. Die Ordnungselemente sind dabei nicht Selbstzweck, sondern sollen letztlich die individuelle Freiheit ermöglichen.

### 1.6.2.1. Aufrechterhaltung und Qualität des Wettbewerbs

Die Aufrechterhaltung des Wettbewerbs soll vor allem durch das im Jahre 1957 verabschiedete Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen - GWB - erreicht werden. Der Verabschiedung des GWB ging ein jahrelanger Streit zwischen den am politischen Willensbildungsprozeß beteiligten Gruppen voraus, obwohl das Leitbild der Sozialen Marktwirtschaft von der sofortigen Schaf-

---

42) Zitiert nach Spiethof, Kleine Wirtschaftslehre, Stuttgart 1975, S. 72

fung eines umfassenden Wettbewerbsrechts ausging. Sein hoher Rang für die Aufrechterhaltung des Wettbewerbs und damit für die Ordnung der Wirtschaft wird von zahlreichen Autoren mit der Bezeichnung "Grundgesetz der Sozialen Marktwirtschaft" treffend zum Ausdruck gebracht[43]. Das GWB enthält im wesentlichen das Recht der horizontalen Wettbewerbsbeschränkungen (Kartellrecht), das Recht der vertikalen Wettbewerbsbeschränkungen und des diskriminierenden Verhaltens sowie das Recht der marktbeherrschenden Unternehmen und Konzerne. Ihm liegt sowohl das Verbots- als auch das Mißbrauchsprinzip zugrunde. Zur regelmäßigen Begutachtung der Entwicklung der Unternehmenskonzentration in der Bundesrepublik Deutschland wurde eine aus fünf Mitgliedern bestehende Monopolkommission gebildet. Sie erstellt mindestens alle zwei Jahre ein Gutachten.

Obwohl zahlreiche Anstrengungen darauf gerichtet sind, den Wettbewerb zu erhalten, bleibt nach den Gutachten der Monopolkommission als Defizit zu konstatieren, daß der Zusammenschluß von Unternehmungen unvermindert anhält. Ein hoher Konzentrationsgrad in den einzelnen Wirtschaftsbereichen bedeutet zwar nicht zwangsläufig die Auflösung des Wettbewerbsprinzips (er bringt auch einige ökonomische Vorteile), jedoch besteht die Gefahr der Aushöhlung dieses für ein marktwirtschaftliches Ordnungsmodell unverzichtbaren Grundsatzes.
Die ständige Zunahme der Firmenzusammenschlüsse und damit die Konzentration der Marktmacht veranlaßte den Gesetzgeber mehrmals, das Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen den geänderten wirtschaftlichen Verhältnissen anzupassen. Die vierte Novellierung erfolgte 1980 und soll die Marktchancen kleinerer und mittlerer Unternehmer fördern.

---

43) Pilz, Die soziale Marktwirtschaft, München 1974, S. 36

Wenn einerseits die Einengung des Wettbewerbs durch Absprachen und Konzentrationsbewegungen beklagt wird, muß andererseits auch die Offenheit der Sozialen Marktwirtschaft nach außen gesehen werden. Der durch das Grundgesetz und das Außenwirtschaftsgesetz[44)] grundsätzlich garantierte freie Waren-, Dienstleistungs-, Kapital-, Zahlungs- und sonstige Wirtschaftsverkehr mit fremden Wirtschaftsgebieten bietet eine gewaltige Steigerung der Marktchancen sowohl für Anbieter als auch für Nachfrager und stärkt somit das Wettbewerbsprinzip.
Durch den Beitritt zu supranationalen Organisationen, wie dem Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommen - GATT -, das sich die Reduzierung der Zollbarrieren und die Abschaffung mengenmäßiger Beschränkungen beim zwischenstaatlichen Handel zum Ziele gesetzt hat, oder durch die Mitgliedschaft in der Europäischen Gemeinschaft wurde der Außenhandel wesentlich gestärkt.

In einer Wettbewerbswirtschaft sind die Produzenten gehalten, die Konsumenten durch Werbung auf ihre Produkte aufmerksam zu machen. Dies ist für den Verbraucher durchaus positiv zu sehen, werden ihm doch Informationen über den umfangreichen Güterkorb geboten, die er zu Reaktionen verarbeiten kann. Die Werbemethoden und Werbemittel sind jedoch nicht immer an den wichtigen Werbegrundsätzen der Wahrheit und Klarheit orientiert. Häufig kommt es Produzenten nicht allein darauf an, vorhandene Bedürfnisse befriedigen zu können, sondern es werden Wünsche geweckt und es wird versucht, sie zu Bedürfnissen zu steigern.
Die staatliche Wettbewerbsordnung bedarf deswegen nicht nur Maßnahmen zur Aufrechterhaltung des Wettbewerbs, sondern erfordert auch Ordnungsregeln zur Stärkung

---

44) BGBl. I 1961, S. 481

der Qualität des Wettbewerbs. Es soll verhindert werden, daß der harte Konkurrenzkampf mit unlauteren Mitteln ausgetragen wird.[45]

Für alle Marktteilnehmer ist es von Bedeutung, daß die rechtlichen Folgen des ökonomischen Handelns kalkulierbar sind. Daher sind die im Bürgerlichen Gesetzbuch verankerten Grundsätze zur Geschäftsfähigkeit oder zum Vertragswesen Voraussetzung für die Funktionsfähigkeit des Wettbewerbs.

Der Rechtssicherheit des Verbrauchers dienen auch mehrere Gesetze, die erst in jüngster Zeit verabschiedet wurden (Gesetz zur Regelung der Allgemeinen Geschäftsbedingungen, Abzahlungsgesetz u.a.).
Der Verbraucherschutz läßt sich jedoch nicht allein staatlich reglementieren. Es liegt letztlich am Verbraucher selbst, sich zu informieren und durch Marktübersicht, Sachkunde und Kenntnis der eigenen Rechte seine Interessen wirkungsvoller wahrzunehmen. Zahlreiche Beratungsstellen (z. B. Stiftung Warentest) stehen ihm unterstützend zur Seite.

1.8.2.2. Gezielte Beeinträchtigung der Marktwirtschaft

Marktwirtschaftliche Prinzipien kommen jedoch nicht beim gesamten Gütertausch uneingeschränkt zur Anwendung. Einzelne Bereiche sind dem Marktgeschehen entzogen (z. B. Schulwesen, Polizei, Straßenbau); in anderen Gebieten greift der Staat durch Marktordnungen korrigierend und richtungsweisend in die Marktabläufe ein (z. B. Energieversorgung, Landwirtschaft). Gerade die in die Europäische Gemeinschaft - EG - in-

---

45) Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb, RGBl. I 1909, S. 499, zuletzt geändert am 28.6.1970, BGBl. I S. 804 und weitere wettbewerbsordnende Gesetze

tegrierten Agrarmärkte werden nahezu vollständig (ca. 90 %) gesteuert. Diese Maßnahmen werden damit begründet, daß Märkten mit landwirtschaftlichen Produkten die bei freier Preisbildung notwendige Anpassungsfähigkeit fehlt. Um große Mißverhältnisse zu verhindern, sind Interventionen vorgesehen. Bewegt sich der Marktpreis um 5 bis 10 % unter den festgesetzten Richtpreisen, führen staatliche Stellen Stützungskäufe durch (Bundesamt für landwirtschaftliche Marktordnung). Richtpreise werden für die meisten Agrarprodukte festgesetzt. Sie bewegen sich in der Regel über den Weltmarktpreisen. Dieses System beinhaltet für die Landwirtschaft die Garantie, zu bestimmten Preisen verkaufen zu können. Überschußproduktionen sind die Folge. Als Rechtfertigung für dieses Vorgehen werden soziale Gründe und die Bedeutung einer leistungsfähigen, autarken Landwirtschaft in Krisensituationen angeführt. Wegen der permanenten Aktualität der EG-Landwirtschaftspolitik sollte darauf auch in einem Schulbuch für den Politikunterricht der Sekundarstufe I Bezug genommen werden.

### 1.6.3. Sozialordnung

Für den Schüler müssen die wirtschaftlichen Freiheitsrechte und das Streben nach sozialer Gerechtigkeit als die Grundelemente der Ordnungsidee Soziale Marktwirtschaft sichtbar werden. Es genügt nicht, auf das eine oder andere Prinzip zu setzen. Beide sollen als unauflösbar zusammengefügt betrachtet und gleichermaßen beachtet werden. Darin wurzeln natürlich auch Spannungen und Konflikte.
Soziale Ordnungsmaßnahmen sollen Sicherheit gegen die Wechselfälle des Lebens garantieren, die Menschen in Notsituation unterstützen, die zusätzlichen Lasten der Familie ausgleichen und generell die Bedingungen des täglichen Lebens verbessern helfen.

Das System des sozialen Schutzes baut zunächst auf die Leistungsbereitschaft des einzelnen. Die durch eigene Tatkraft erbrachten Versicherungsbeiträge sichern Rechtsansprüche auf Leistungen und stehen unter dem besonderen Schutz des Staates. Daneben kann jeder Bürger auch mit der Solidarität der Gemeinschaft rechnen, wenn er Hilfe bedarf. Damit verbindet die Sozialordnung der Bundesrepublik Deutschland "Prinzipien der Solidarität und der Eigenverantwortung, Elemente der Gleichheit und Freiheit."[46)]

In der Bundesrepublik Deutschland wurde in den vergangenen Jahrzehnten das Netz der sozialen Sicherheit immer enger gezogen. Die vielfältigen Hilfsmöglichkeiten und Schutzrechte bewahren den Bürger weitgehend vor einem größeren sozialen Abstieg und garantieren ein der Würde des Menschen angemessenes Leben.

*System der sozialen Sicherheit*

| *I. Klassisches Sozialsystem* | *II. Neuere Sozialbereiche* | *III. Beruf und Arbeit* | *IV. Globale Sozialstaatsber.* |
|---|---|---|---|
| (mit den drei Säulen: *Versicherung* der Arbeitnehmer; *Versorgung* der Beamten; *Fürsorge für die übrigen Notleidenden*) | Sozialhilfe<br>Jugendhilfe<br>Kindergeld<br>Wohngeld<br>sozialer Wohnungsbau<br>sozialer Mieterschutz | Ausbildungsförderung<br>Arbeitsförderung<br>Arbeitsvermittlung<br>Arbeitsschutz<br>Berufsbildungsrecht<br>Jugendarbeitsschutz | wirtschafts- und finanzpolitische Globalsteuerung<br>Steuerreformen<br>Bodenrechtsreformen |
| Krankenversicherung<br>Unfallversicherung<br>Rentenversicherung<br>Arbeitslosenversicherung | soziale Steuerfreibeträge<br>Sparprämien<br>Subventionen (z. B. grüner Plan)<br>Kriegsopferversorgung | Kündigungsschutz<br>Urlaubsschutz<br>Schwerbeschädigtenschutz<br>Betriebsverfassungsrecht<br>betriebliche Sozialleistungen | Bildungsreformen<br>Vermögensbildung |
| Beamten*versorgung*<br><br>*Fürsorge:* Kannleistung ohne Rechtsanspruch; jetzt ersetzt durch feste Jugend- und Sozialhilfe, siehe Spalte II<br><br>*Armenrecht*<br>(Gerichtskostenbefreiung) | Behindertenhilfe<br>Flüchtlingshilfe<br>Grenzlandhilfe<br>Lastenausgleich<br>Gastarbeiterschutz<br>Gefangenenschutz<br>Aufopferungsansprüche (z. B. für Impfgeschädigte)<br>Berlinhilfe | Mutterschutz<br>Ladenschluß<br>Arbeitszeit und Freizeit<br>Gewerbeaufsicht<br>Arbeitskampfrecht incl.<br>Tarifautonomie der Sozialpartner | Mitbestimmung<br>Infrastruktur und Raumplanung<br>Umweltschutz |
| **Sozial- bzw. Verwaltungsgerichtsschutz** | **Sozial-/Verwaltungsgerichtsschutz** | **Arbeits- bzw. Verwaltungsgerichtsschutz** | **Verfassungsgerichtsschutz** |

47)

46) Sutor, Politik, Paderborn 1979, S. 376

47) Weinacht/Kempf/Merz, Einführung in die Politische Wissenschaft, Freiburg/München 1977, S. 159

Die Zusammenstellung integriert in das System der Sozialen Sicherheit auch Teile der Arbeitsordnung und der Wirtschaftspolitik. Dies scheint gerechtfertigt, da diese Bereiche im weiteren Sinn auch Bestandteil der Sozialpolitik sind.

Die klassischen Säulen der Sozialversicherung (Rentenversicherung, Krankenversicherung, Unfallversicherung und Arbeitslosenversicherung) werden durch Beiträge der Pflichtversicherten finanziert.
Ansonsten sind die Sozialleistungen weitgehend aus den Einnahmen der öffentlichen Hand zu bestreiten.
Für den Anspruch auf Sozialhilfe gilt der Subsidiaritätsgrundsatz, d.h. alle anderen Hilfsquellen müssen vorher ausgeschöpft sein.
Besondere Aufmerksamkeit ist dem Familienlastenausgleich zu widmen.
"Der Markt kennt nur den einzelnen Leistungsträger, er nimmt keine Rücksicht darauf, ob jemand nur für sich oder zugleich noch für mehrere Personen zu sorgen hat. Dieser Mangel wird an der Lebenslage der Familie um so drastischer sichtbar, je größer die Zahl der inaktiven Kinder ist; so steht die kinderreiche Familie dauernd in Gefahr, sozial diskriminiert zu werden."[48)]

Es ist vor allem Aufgabe des Staates, durch politische Programme und gesetzliche Maßnahmen die zusätzlichen Lasten der Familien, die ja durch Erziehen der Kinder eine unersetzbare Leistung für die Gesellschaft erbringen, zu mildern.

Das Motiv für die Inangriffnahme und die Aufrechterhaltung des sozialen Wohnungsbauprogramms ist u.a. die Sorge, daß vor allem auch für Familien qualitativ und

---

48) Oelinger, Grundlagen der Wirtschaftsordnung, Köln 1976, S. 42

quantitativ angemessener Wohnraum zur Verfügung steht.
Wohnungssuchende können zur Neuanschaffung von Wohnungen (Eigenheime, Eigentumswohnungen) öffentliche Wohnungsbaumittel erhalten.
Familien mit mehreren Kindern werden zusätzlich gefördert.
Die Gewährung eines Miet- und Lastenzuschusses nach dem Wohngeldgesetz hängt u.a. von der Haushaltsgröße ab.

Soziale Sicherung im umfassenden Sinne erschöpft sich nicht in staatlichen Zuwendungen, die auf individuelle Hilfen abzielen und vor Härten bewahren sollen. Unverzichtbarer Bestandteil der Sozialordnung ist die Bereitstellung von Sozialeinrichtungen durch die öffentliche Hand. Entscheidend ist dabei nicht, ob ein öffentlicher Träger investiert oder ob lediglich für die Projekte Zuschüsse oder Darlehen bewilligt werden. Altersheime, Kindergärten, Jugendheime, Einrichtungen der medizinischen Versorgung oder Gemeindezentren können von jedermann benutzt werden.
Die permanente Änderung der Lebensbedürfnisse, Gewohnheiten und sozialen Strukturen erfordert ein ständiges Anpassen des Netzes der sozialen Sicherheit an die jeweiligen Gegebenheiten.
Drogenberatungsstellen, Erziehungs- und Familienberatungseinrichtungen, Sozialstationen, Projekte "Essen auf Rädern", Begegnungsstätten stehen als Beispiele für Sozialinvestitionen, die in jüngster Zeit z. T. flächendeckend geschaffen wurden.
Letztlich haben aber fast alle öffentlichen Einrichtungen (Schwimmbäder, Museen, Theater, Müllabfuhr, Straßenreinigung u.a.),soweit sie nicht kostendeckend betrieben werden können, eine soziale Komponente.
Auf zwei Gesichtspunkte, die gerade auch in Zeiten konjunktureller Schwächen besonders drastisch sichtbar wer-

den, sind auch schon Schüler der Sekundarstufe I hinzuweisen.

Soziale Sicherheit in allen Lebenslagen bedarf einerseits auch gewisser Vorkehrungen, um die Gefahr des Mißbrauchs zu reduzieren. Das Anspruchsdenken muß sich in Grenzen halten, da ansonsten leistungshemmende Wirkungen nicht auszuschließen sind. Andererseits ist der untrennbare Zusammenhang zwischen wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit und einer aktiven Sozialpolitik zu erklären. Die Aufrechterhaltung des derzeitigen Sozialbudgets oder gar die Ausweitung ist nur möglich, wenn es gelingt, durch ein kontinuierlich ansteigendes Wirtschaftswachstum und einen möglichst hohen Beschäftigungsgrad die zur Finanzierung und Umverteilung erforderlichen Steuern und Beiträge vereinnahmen zu können.

### 1.6.4. Einkommens- und Vermögensverteilung

Ziel der sozialen Marktwirtschaft ist es auch, eine gerechtere Einkommens- und Vermögensverteilung zu erreichen.[49] Der von den Theoretikern der Sozialen Marktwirtschaft formulierte Programmsatz enthält für die praktische Verwirklichung zahlreiche elementare Schwierigkeiten, die es ratsam erscheinen lassen, auf diesen Komplex im Bereich des Politikunterrichts der Sekundarstufe I lediglich hinzuweisen und allenfalls einige Umverteilungsmöglichkeiten aufzuzeigen. Eine vertiefte Behandlung dürfte die Schüler wohl deutlich überfordern.

Vorliegende Statistiken weisen nach wie vor durchweg eine ungleiche Einkommens- und Vermögensverteilung (insbesondere beim Produktivvermögen) aus. Ihr umfassender

---

49) Müller-Armack, Wirtschaftslenkung und Marktwirtschaft, aaO, S. 103 ff.

Aussagewert über eine gerechte Einkommens- und Vermögensverteilung ist aber kritisch zu betrachten. Es müssen zunächst beispielsweise wichtige Fragen über das Zustandekommen der Statistiken geklärt werden (z. B. Welche Bezugsgrößen liegen zugrunde?). Zudem berücksichtigen Einkommens- und Vermögensstatistiken nicht die Bedingungen (Arbeitszeit, Risiko, persönliche Entbehrungen usw.), unter denen die Einkommens- und Vermögenserzielung möglich war.

Es ist kaum möglich, abschließend oder allgemeingültig zu definieren, was unter einer gerechten (oder gerechteren) Einkommens- und Vermögensverteilung zu verstehen ist. Dennoch ist durch ordnungspolitische Maßnahmen auf die Realisierung dieses Zieles hinzuarbeiten, um mehr Chancengleichheit, mehr Gerechtigkeit zu verwirklichen und dadurch die soziale Stabilität zu verstärken.
In einer marktwirtschaftlichen Ordnung mit Freiheits- und Eigentumsgarantien sind der Umverteilung aber auch Grenzen gesetzt, da bei Überziehung die Gefahr besteht, daß wesentliche Fundamente dieser Ordnung wie Leistungsbereitschaft und Wettbewerbsfähigkeit ihre Funktion nicht mehr erfüllen. Die Politik hat sich jedoch der Umverteilung von Einkommen und Vermögen (zwischen beiden Größen besteht eine Interdependenz) angenommen. Durch Maßnahmen der "finanzpolitischen Redistribution"[50] wie der Anwendung von unterschiedlichen Steuersätzen (Progression), aber auch vieler oben genannter staatlicher Leistungen wird gezielt Personen (z. B. durch sozialen Wohnungsbau, Ausbildungsförderung) ein Einkommensvorteil verschafft. Durch Förderung bzw. Duldung einer zielstrebigen Barlohnpolitik und durch Verfolgen einer konsequenten Preissta-

---

50) Thieme, Wirtschaftspolitik in der Sozialen Marktwirtschaft, aaO, S. 96

bilitätspolitik wurde die reale Kaufkraft von traditionell benachteiligten Gruppen erhöht.

Der Vermögensbildungspolitik wird gleichermaßen großes Interesse zuteil. Neben der allgemeinen Sparförderung (Prämien für Sparleistungen) müssen hier vor allem die Vermögensbildungsgesetze genannt werden, die den Arbeitnehmern Vermögenszuwächse verschaffen. In der politischen Diskussion befinden sich zudem Modelle einer Beteiligung der Arbeitnehmer am Gewinn des Unternehmens. Investivlohn, Betriebliche Ertragsbeteiligung oder Überbetriebliche Ertragsbeteiligung sollen als Stichworte für mögliche Konzepte stehen.

### 1.6.5. Arbeitsordnung

Prof. Dr. Ludwig Erhard zielte sicherlich auch auf die Arbeitswelt, als er Mitte der 60er Jahre formulierte: "Politisch hat die deutsche Gesellschaft den Charakter einer Klassengesellschaft verloren. Das Bewußtsein der Abhängigkeit aller von allen und das Wissen um die Notwendigkeit des Fortschritts hat den Verständigungswillen aller Gruppen dieser Gesellschaft in einem Maße verstärkt, wie es in der Weimarer Republik noch undenkbar gewesen wäre."[51] Dem theoretischen Konzept der Sozialen Marktwirtschaft liegt ja gerade der Gedanke zugrunde, die im Arbeitsleben wirkenden Gruppen mehr zusammenzuführen und deren durchaus unterschiedliche Interessen zu harmonisieren.
Unseren Schülern ist daher zu vermitteln, daß eine erfolgreiche Wirtschaft sowohl von den Leistungen der Arbeitgeber als auch der Arbeitnehmer abhängt. Eine ein-

---

51) Erhard, Das gesellschaftspolitische Leitbild der Formierten Gesellschaft (1965/66), in: Grundtexte zur sozialen Marktwirtschaft, Stuttgart und New York 1981, S. 79

seitige Skizzierung des Unternehmerbildes oder des Arbeitnehmerbildes kann nicht hingenommen werden. Dies gilt vor allem auch für die Darstellung einiger grundlegender ökonomischer Sachgesetzlichkeiten. Da ist zunächst einmal festzuhalten, daß die Gewinnerzielung für die Unternehmen ein unabdingbares Faktum zur Existenzerhaltung und betrieblichen Innovation ist. Andererseits muß auch die besondere Verantwortung und die Risikobereitschaft des Unternehmers gesehen werden. Gegen Gewinne, die der unternehmerischen Leistung adäquat sind, ist nichts einzuwenden. Gewinne sind als Leistungsanreize in einer marktwirtschaftlichen Ordnung unverzichtbar.

Durch die Tarifautonomie sind Arbeitgeber und Arbeitnehmer zur permanenten Kooperation geradezu gezwungen. Auf Grund dieser ordnungspolitischen Grundentscheidung hat sich der Staat von den Verhandlungen über Tarifverträge herauszuhalten. Lohnkonflikte sollen nicht zu unmittelbaren politischen Konflikten ausufern.
Auf der Seite der Arbeitnehmer sind nur die Gewerkschaften zum Abschluß von Tarifverträgen befugt. Die Unternehmer können entweder einzeln oder als Vereinigung Tarifvertragspartner sein.[52)]
Es werden in der Regel zwei Arten von Tarifverträgen unterschieden, nämlich die Rahmen- oder Manteltarifverträge und die Einzeltarifverträge. Erstere regeln allgemeine Arbeitsbedingungen wie Kündigungsfristen oder Einstellungskriterien. Einzeltarifverträge sollen als Ergänzung Löhne, Gehälter oder Zusatzleistungen festlegen.[53)]

---

52) Tarifvertragsgesetz, BGBl. I 1969, S. 1323, zuletzt geändert am 29.10.1974 (BGBl. I, S. 2879)

53) Pünnel, Was man vom Arbeitsrecht wissen sollte, Kevelaer 1971

Hinsichtlich der zeitlichen Fixierung sind die Sozialpartner frei, jedoch hat sich in der Praxis bei den Einzeltarifverträgen eine einjährige Festschreibung durchgesetzt.
Mit Abschluß des Vertrages besteht für beide Seiten "Friedenspflicht". Der Einsatz arbeitsrechtlicher Kampfmittel (Streik, Aussperrung, Boykott) ist dann nicht angebracht.

Als ebenfalls äußerst wichtiger Pfeiler der Arbeitsordnung ist die Betriebsverfassung und Mitbestimmung zu nennen. Wenngleich die Gestaltung der Mitbestimmungsrechte der Arbeitnehmer nach wie vor Gegenstand der politischen Diskussion ist, ist die grundsätzliche Notwendigkeit nicht strittig. Lediglich über Umfang, Art und Weise der Rechte gehen aus plausiblen Gründen die Interessen der Vertreter von Kapital und Arbeit noch auseinander.

Die innerbetriebliche Mitbestimmung (sozialer und personeller Bereich) und die Mitbestimmung in den Unternehmensorganen sind durch das Betriebsverfassungsgesetz[54], das Montan-Mitbestimmungsgesetz[55] und das Mitbestimmungsgesetz[56] garantiert.
Dem Arbeitsmarkt kommt im Hinblick auf die soziale Sicherheit der Nichtselbständigen und die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der Volkswirtschaft besondere Aufmerksamkeit zu. Um den Besonderheiten des Arbeitsmarktgeschehens (Unbeweglichkeit der Arbeitssuchenden, Markttransparenz u.a.) gerecht zu werden, setzte der Bund

---

54) BGBl. I 1952, S. 681, zuletzt geändert am 31. Mai 1979 (BGBl. I, S. 545) und BGBl. I 1972, S. 13, zuletzt geändert am 2. März 1974 (BGBl. I, S. 469)

55) BGBl. I 1951, S. 347, zuletzt geändert am 6. Sept. 1965 (BGBl. I, S. 1185)

56) BGBl. I 1976, S. 1153

vor allem durch die Verabschiedung des Arbeitsförderungsgesetz (AFG)[57] ordnungs- und sozialpolitische Akzente. Mit diesem Gesetz wurde der Bundesanstalt für Arbeit in Nürnberg die Aufgabe übertragen, durch Arbeits- und Berufsforschung, Arbeitsvermittlung, Berufsberatung, berufliche Eingliederung Behinderter, Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, präventive Umschulungs- und Weiterbildungsprojekte das Ziel "Gleichgewicht des Arbeitsmarktes" zu erreichen. Die Bundesanstalt hat das Vermittlungsmonopol.
Vier Grundsätze bestimmen die Tätigkeit der Arbeitsverwaltung, nämlich die Unentgeltlichkeit der Vermittlung, die Unparteilichkeit, die Berücksichtigung der Eignung und der sozialen Lage sowie lohnpolitische Neutralität.

Der Bundesanstalt für Arbeit sind als autonomer Körperschaft des öffentlichen Rechts die Landesarbeitsämter und die Arbeitsämter nachgeordnet. Da Angebote und Leistungen von immer breiteren Schichten der Bevölkerung in Anspruch genommen werden, ist die Arbeitsverwaltung zu einem wichtigen Element der Daseinsvorsorge geworden.

In Arbeitssachen wurde bundeseinheitlich eine eigene Gerichtsbarkeit geschaffen. Das Arbeitsgericht ist im ersten Rechtszug, das Landesarbeitsgericht im zweiten und das Bundesarbeitsgericht ist im dritten Rechtszug zuständig.
Die Rechtsgrundlage findet sich im Arbeitsgerichtsgesetz (ArbGG)[58]. Durch diesen besonderen Zweig der Rechtspflege soll das vom Gesetzgeber und den Sozialpartnern geschaffene Arbeitsrecht durchgesetzt werden können.

---

57) BGBl. I 1969, S. 582, zuletzt geändert am 16.8.1980 (BGBl. I, S. 1469)

58) BGBl. I 1953, S. 1267, zuletzt geändert am 18.8.1980 (BGBl. I, S. 1503)

Im folgenden soll ein Überblick gegeben werden über wichtige Gesetze, die ins Arbeitsleben eingreifen!

| Arbeitsvertragsrecht | Arbeitnehmerschutz- und Berufsbildungsrecht | Tarifautonomie und Mitbestimmung |
|---|---|---|
| Bürgerliches Gesetzbuch | Arbeitssicherheitsgesetz | Tarifvertragsgesetz |
| Handelsgesetzbuch | Arbeitszeitordnung | Gesetz über die Festlegung von Mindestarbeitsbedingungen |
| Gewerbeordnung | Gesetz über den Ladenschluß | Betriebsverfassungsgesetz |
| Reichsversicherungsordnung | Mutterschutzgesetz | Mitbestimmungsgesetz |
| Lohnfortzahlungsgesetz | Reichsversicherungsordnung | Montan-Mitbestimmungsgesetz |
| Bundesurlaubsgesetz | Jugendarbeitsschutzgesetz | Mitbestimmungsergänzungsgesetz |
| Angestelltenversicherungsgesetz | Schwerbehindertengesetz | Betriebsverfassungsgesetz 1952 |
| Kündigungsschutzgesetz | Arbeitnehmerüberlassungsgesetz | |
| Arbeitsplatzschutzgesetz | Heimarbeitsgesetz | |
| Gesetz zur Verbesserung der betrieblichen Altersversorgung | Berufsbildungsgesetz | |
| Konkursordnung | | |
| Arbeitsförderungsgesetz | | |

Ergänzend müssen noch das Grundgesetz und das Arbeitsgerichtsgesetz genannt werden. Mit diesem umfangreichen Katalog sind auch die Instrumente vorhanden, Konflikte zwischen den Arbeitgebern und Arbeitnehmern nach genauen Regularien austragen zu können.
Die Elemente der Arbeitsordnung können verständlicherweise nicht vollständig dargestellt werden. Es wird vielmehr darauf ankommen, an Beispielen das Grundsätzliche aufzuzeigen und einen Überblick zu bieten. Dabei sollten aus lernpsychologischen Gründen die gerade für junge Menschen relevanten Gebiete bevorzugt in die Schulbücher aufgenommen werden.

### 1.6.6. Umweltschutz und Soziale Marktwirtschaft

Als eine drängende ordnungspolitische Aufgabe erweist sich zusehends der Schutz der Umwelt vor u.a. wirtschaftlich bedingten Gefährdungen. Müller-Armack wies bereits 1960 darauf hin.[59]

Wenn es im Politikunterricht der Sekundarstufe I allein schon aus zeitlichen Gründen nicht möglich sein dürfte, den Gesamtkomplex Ökologie und Ökonomie aufzubereiten, so sollte doch beim Schüler die Sensibilität für diese wichtigen Fragen geweckt, Ursachen und Folgen aufgezeigt sowie einige ordnungspolitische Entscheidungen einschließlich der Kostenregelungen besprochen werden.

Zunächst muß auch einer relativ weit verbreiteten Meinung begegnet werden. Die Notwendigkeit der Reduzierung von Umweltbeeinträchtigungen ist nämlich kein spezifisches Problem einer marktwirtschaftlichen Ordnung, sondern eine Begleiterscheinung jeder hochentwickelten Volkswirtschaft.

Die Erzeugung und der Verbrauch von Gütern wurde in der Vergangenheit insgesamt gesehen permanent gesteigert. Durch dieses wirtschaftliche Wachstum war und ist es möglich, die unterschiedlichsten Bedürfnisse der Menschen zu erfüllen und den Wohlstand ständig zu steigern. Insoweit scheint Wachstum der Wirtschaft notwendig und von den Menschen auch gewollt. Die dafür erforderliche Ausweitung der Produktionskapazitäten beinhaltet zahlreiche Gefahren für die Erhaltung einer möglichst gesunden Umwelt. Die Einengung der freien

---

59) Müller-Armack, Die zweite Phase der Sozialen Marktwirtschaft: Ihre Ergänzung durch das Leitbild einer neuen Gesellschaftspolitik, in: Grundtexte der Sozialen Marktwirtschaft, Stuttgart und New York 1981, S. 71 ff.

Naturräume, der Abbau der nicht unerschöpflichen natürlichen Ressourcen, Lärmbelästigungen, Verschmutzungen von Luft, Wasser und Land nehmen z. T. alarmierende Ausmaße an.
Zwischen den Zielen der Ökologie und Ökonomie wurzelt damit ein Konflikt, der nur sehr schwer abgebaut werden kann. Welchen Beitrag kann und muß die staatliche Ordnungspolitik leisten?
Durch entsprechende rechtliche Rahmendaten wird versucht, die Aufrechterhaltung des Wasserhaushaltes zu garantieren, die Reinhaltung der Luft zu verbessern, die Verseuchung mit Schadstoffen zu reduzieren, Lärmbelästigungen zu mildern sowie Abwasser- und Abfallbeseitigung zu regeln.
Als schwierig erweist sich in diesem Zusammenhang die Berechnung und Erhebung der durch die Umweltbeeinträchtigungen entstandenen sog. externen Kosten oder sozialen Zusatzkosten. Bei Zugrundelegung des Verursacherprinzips können von der Gemeinschaft beträchtliche Lasten genommen werden.

Durch den staatlichen Einfluß auf den Wirtschaftsprozeß kann zudem qualitatives Wachstum und der vorsorglichere Umgang mit Rohstoffen gefördert werden.

Im Rahmen der Sozialen Marktwirtschaft scheint es durchaus möglich, den Umweltbelastungen wirkungsvoll zu begegnen, wenn der entsprechende politische Wille vorhanden und durchsetzbar ist. Politische Bildung ist im Hinblick auf die Einstellungen zahlreicher Jugendlicher, die diesbezüglich kein Vertrauen mehr in die wirtschaftliche Ordnung haben, besonders gefordert.

### 1.6.7. Wirtschaftspolitik

Neben dem von ihm gesetzten Ordnungsrahmen nimmt der Staat "als Großnachfrager nach Güter- und Dienstleistungen, als Unternehmer und als Quelle von Subventionen"[60] Einfluß auf das Wirtschaftsgeschehen. Die sich daraus ergebenden konjunktur- und strukturpolitischen Möglichkeiten dürfen bei der Betrachtung einer realen Wirtschaftsordnung auch im Unterricht der Sekundarstufe I nicht fehlen.

#### 1.6.7.1. Wirtschaftspolitische Ziele

Der Bund und die Länder haben bei ihrem wirtschafts- und finanzpolitischen Maßnahmen die Erfordernisse des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts zu beachten, d.h. alle Aktivitäten sind auf die Teilziele Stabilität des Preisniveaus, Vollbeschäftigung, außenwirtschaftliches Gleichgewicht und stetiges, angemessenes Wirtschaftswachstum zu konzentrieren. Diese Grundsätze wurden im Stabilitätsgesetz gesetzlich normiert.[61]

Die gleichzeitige Realisierung dieser Ziele bringt die Politik in einen ständigen Zielkonflikt, der in dem Begriff "magisches Viereck" eine anschauliche Formulierung gefunden hat. Die Erfahrung zeigt, daß es bislang nicht ausreichend gelang, die wirtschaftspolitischen Ziele parallel zu erreichen. Es müssen deswegen Prioritäten gesetzt werden. Welchem Ziel Vorrang eingeräumt wird, hängt jeweils von den Ergebnissen des politischen Willensbildungsprozesses ab.

---

60) Grosser, in: Politikunterricht - Im Zusammenhang mit seinen Nachbarfächern, aaO, S. 110

61) BGBl. I 1967, S. 582

Mit der Preisstabilität soll nicht die Erstarrung des Preisgefüges angestrebt, sondern das Preisniveau insgesamt möglichst stabil gehalten werden. "Die Forderung nach Preisniveaustabilität resultiert aus den negativen Erfahrungen, die in Perioden allgemeinen Preisanstiegs (Inflation) oder Preisverfalls (Deflation) gemacht wurden. Inflationen begünstigen die Schuldner (Kreditnehmer) und benachteiligen die Gläubiger (Sparer) monetärer Forderungen, da der Realwert von monetären Titeln, die auf eine feste Geldsumme lauten, mit steigenden Preisen proportional sinkt."[62]

Internationale Maßstäbe betrachten eine Arbeitslosenquote von 3 v. H. als Grenze der Vollbeschäftigung.[63]

Dagegen betrachtet die "amtliche Wirtschaftspolitik in der Bundesrepublik Deutschland das Ziel als realisiert, wenn nicht mehr als ca. 1 v. H. der Erwerbstätigen, die zu den geltenden Lohnsätzen arbeiten wollen, keine Beschäftigung finden."[64]
Bedingt durch die sozialen und ökonomischen Konsequenzen, die hohe Arbeitslosenzahlen nach sich ziehen, ist das Erreichen dieses wirtschaftspolitischen Zieles besonders wichtig.

Der Waren-, Dienstleistungs- und Kapitalverkehr mit dem Ausland werden in der Zahlungsbilanz bzw. deren Untergliederungen erfaßt. Das außenwirtschaftliche Gleichgewicht gilt als erreicht, wenn die aus Waren- und Dienstleistungsexporten resultierenden Kapitalimporte einerseits und die auf Kapital- und Dienstleistungsimporte zurückzuführenden Kapitalexporte andererseits größengleich sind.

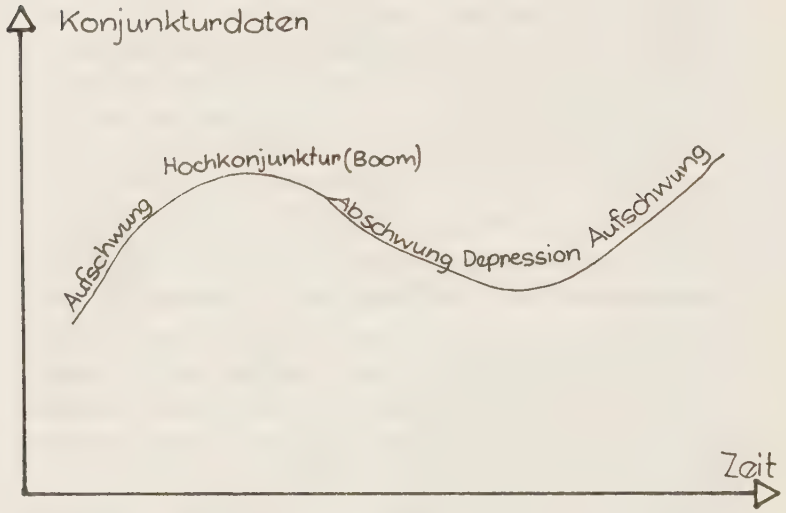
---

62) Thieme, Wirtschaftspolitik in der Sozialen Marktwirtschaft, Hamburg 1976, S. 54

63) Uhl, Aspekte der Wirtschaftspolitik, Frankfurt 1974

64) Thieme, aaO, S. 55

Im Modell läßt sich die Konjunkturkurve folgendermaßen darstellen:




Die konjunkturelle Entwicklung darf sich nicht selbst überlassen bleiben, da "die Ausschläge der Konjunkturkurve nach oben und unten als Störungen des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts"[66] bezeichnet werden können. Die Konjunkturpolitik muß versuchen, die Spitzen der wirtschaftlichen Wechsellagen mit marktkonformen Mitteln abzumildern. Diese Notwendigkeit bejahen auch die Theoretiker der Sozialen Marktwirtschaft.

---

66) Sutor, Politik, Paderborn 1979, S. 370

Devisenüberflüsse (aktive Zahlungsbilanz) wirken inflationär. Eine ständige negative Zahlungsbilanz wirkt in der Regel restriktiv auf die Binnennachfrage und kann dadurch die konjunkturelle Entwicklung beeinflussen.

Wenn den steigenden Bedürfnissen der Menschen Rechnung getragen werden soll, ist eine auf längere Zeiträume angelegte Wachstumspolitik erforderlich. Insgesamt gesehen werden darunter Maßnahmen verstanden, die auf eine Zunahme des realen Bruttosozialprodukts innerhalb einer Rechnungsperiode hinzielen. Die Entwicklung soll kontinuierlich anhalten. Die Auffassungen über die Höhe der Zunahme differieren. "In der Vergangenheit schien aus der Sicht der amtlichen Wirtschaftspolitik eine Wachstumsrate von jährlich 4 v. H. angemessen."[65)]

1.6.7.2. Konjunkturpolitik

Die wirtschaftliche Entwicklung läuft nicht gleichförmig, sondern schwankend. Dieses Auf und Ab der Wirtschaftslage wird als Konjunktur bezeichnet. Damit soll das Zusammenwirken der wirtschaftlichen Faktoren in einer Volkswirtschaft im Hinblick auf die gemeinsame Entwicklung zum Ausdruck gebracht werden.

---

65) Thieme, aaO, S. 59

Die konjunkturpolitischen Möglichkeiten der Bundesregierung wurden durch das Stabilitätsgesetz auf eine neue Grundlage gestellt.
Die seit 1967 betriebene Politik der Globalsteuerung ist nicht als konsequente Fortsetzung der Sozialen Marktwirtschaft anzusehen, denn der "Wettbewerb wird instrumentalisiert, dient also nicht mehr primär der Entfaltung des Individuums, sondern der Erreichung bestimmter wirtschaftlich erwünschter Marktergebnisse. Den Individuen werden 'Freiheitsgrade' zugebilligt, die jeweils nach den Vorstellungen der Wirtschaftspolitiker variiert werden können."[67] Damit ist eigentlich das ordnungspolitische Grundprinzip der sozialen Marktwirtschaft[68], nämlich die Freiheit des Menschen, eingeengt.

Je nach Konjunkturlage kann die öffentliche und private Gesamtnachfrage durch die Globalsteuerung gedrosselt oder stimuliert werden.
Im einzelnen ermächtigt es die Exekutive, z. T. allerdings nur im Einvernehmen mit dem Bundesrat,
"Ausgaben des Bundes zu kürzen oder zusätzliche Ausgaben zu tätigen,
eine Konjunkturausgleichsrücklage für Bund und Länder anzuordnen,
Kreditaufnahmen der öffentlichen Hand zu begrenzen,
die Abschreibungsmöglichkeiten der Unternehmen zu erweitern oder einzuengen,
Investitionen der Unternehmer steuerlich zu begünstigen,
durch Variation der Einkommen- und Körperschaftssteuer die private Nachfrage zu beeinflussen."[69]

---

67) Tuchtfeldt, Soziale Marktwirtschaft und Globalsteuerung, in: Grundtexte der Sozialen Marktwirtschaft, Stuttgart und New York 1981, S. 103

68) ebenda

69) Sutor, Politik, aaO, S. 371

Die Gesamtkonzeption dieses Gesetzes basiert auf den Gedankengängen des englischen Nationalökonomen John Maynard Keynes (1883-1946), dessen Kern die antizyklische Finanzpolitik darstellt. Vor allem durch die Haushaltspolitik der öffentlichen Hand soll danach der wirtschaftlichen Lage jeweils entgegengewirkt werden. In Zeiten der Depression ist zur Erhaltung einer weitgehenden Vollbeschäftigung auch ein Haushaltsfehlbetrag akzeptabel (deficit spending).

Der wechselnde Wagemut und die geringe Risikobereitschaft der Unternehmer oder (und) die oft nicht erklärbare schwankende Verbraucherneigung haben dazu geführt, daß die Konjunkturzyklen nicht mit Hilfe der Geldmengenpolitik der Bundesbank und auch nicht mit der antizyklischen Finanzpolitik des Staates ausreichend eingeengt werden können. Der Staat versucht nicht nur durch konkrete fiskalpolitische Instrumente die Konjunktur zu beeinflussen, sondern immer wieder haben politische Führungspersönlichkeiten versucht, "psychologische Konjunkturpolitik" zu betreiben.
In Zeiten des Abschwungs und der Rezession ist man bemüht, durch allgemeine vertrauenserweckende politische Maßnahmen - nicht nur im Bereich der Wirtschafts- und Finanzpolitik - eine optimistische Grundstimmung zu erzeugen, um das unternehmerische Denken aufrechtzuerhalten und zu motivieren. Noch immer wird die Bedeutung unterschätzt, die vor allem die weltpolitische Gesamtlage auf die Binnenwirtschaft ausübt.
In der Phase der Hochkonjunktur oder des Booms versuchen politische Repräsentanten oder auch die Vertreter der Interessenverbände, mit Maßhalteappellen "konjunkturdämpfende Wirkungen" zu erzielen. Auf die Mahnungen des damaligen Bundeswirtschaftsministers und späteren Bundeskanzlers Prof. Ludwig Erhard zu Beginn der 60er Jahre sei hingewiesen.

Trotz des Vorhandensein zahlreicher Steuerungsmittel ist es bislang nicht hinreichend gelungen, das Phänomen Konjunktur in den Griff zu bekommen.
Einige Probleme, die einer wirksamen Konjunkturpolitik hinderlich sind, sollen kurz angedeutet sein. Der Entscheidungsträger Staat gliedert sich in eine Vielzahl von Entscheidungsinstanzen. Neben dem Bund und den Ländern treffen noch über 10000 Gemeinden und andere kommunale Gebietskörperschaften autonom Entscheidungen über Ausgaben, Einnahmen, Kreditaufnahmen und Rücklagen. Die vertikale Koordination ist nur sehr schwer zu bewältigen.
"Art und Zusammensetzung der Staatsausgaben machen den konjunkturpolitischen Einsatz schwierig, denn rund 90 % der Staatsausgaben sind gewissermaßen fest verplant (Beamtengehälter, in Gang befindliche Investitionen, Zahlungszusagen, Folgekosten früherer Investitionen, Zins- und Rückzahlungsverpflichtungen aus früheren Anleihen usw.)."[70]

Beyfuss nennt als weiteres Problem den "Ressortehrgeiz"[71] der einzelnen Fachminister. "Ein Finanzminister, der aus konjunkturellen Gründen zu Haushaltskürzungen gezwungen ist, gerät logischerweise in Konflikt mit seinen ausgabefreudigen Kollegen."[72]

Konjunkturpolitik gerät häufig in den Streit der um die Gunst der Wähler konkurrierenden Parteien. Auch Interessenverbände tragen diesbezüglich Meinungsverschiedenheiten aus.
Dieses politische Ringen, das in einem pluralistischen

---

70) Beyfuss, Konjunkturen und Konjunkturpolitik, in: Curriculum Soziale Marktwirtschaft, Köln 1979, S. 50
71) ebenda
72) ebenda

Staat legitim und notwendig ist, birgt die Gefahr in sich, daß das wirtschaftlich Notwendige mit dem politisch Realisierbaren differiert.
Zudem stellt sich für die Bundesregierung das Problem, den richtigen Zeitpunkt (timing) für die wirtschaftspolitischen Maßnahmen zu finden. Die Vergangenheit hat - trotz Diagnose und Prognose zahlreicher wirtschaftswissenschaftlicher Institute - die Schwierigkeiten der Beurteilung einer konkreten wirtschaftlichen Situation gezeigt. Der Erfolg der konjunkturpolitischen Maßnahmen hängt letztlich von der zuverlässigen Einschätzung der Lage ab. Nur dann können adäquate Mittel wohl dosiert eingesetzt werden. In die Überlegungen ist die zeitliche Verzögerung vom Erkennen der Notwendigkeit staatlicher Eingriffe, über das Beschliessen und die konkrete Inangriffnahme bis zur Wirkung miteinzubeziehen.

Die umfangreichen Güter- und Geldbewegungen zwischen den Volkswirtschaften verlangen zunehmend verstärkte Bemühungen hinsichtlich gleichgelagerter wirtschaftspolitischer Ziele und internationale Kooperation in der Konjunkturpolitik. Koordination setzt aber die teilweise Aufgabe der nationalen Autonomie voraus,und dem sind Grenzen gesetzt.

Die Konjunkturpolitik steht im Mittelpunkt innenpolitischer und teils auch zwischenstaatlicher Interessen- und Verteilungskämpfe. Sie ist daher mit ein zentrales Thema wirtschaftspolitischer Bildung.

### 1.6.7.2. Strukturpolitik

Mittels der Strukturpolitik sollen die regionalen und sektoralen Strukturdaten der Volkswirtschaft durch staatliche Interventionen beeinflußt werden, um die

gesamtwirtschaftlichen und sozialen Ziele leichter erreichen zu können.
Sie zielt auf die Gleichheit der Lebensverhältnisse im Lande und damit auf mehr Chancengleichheit für die betroffenen Menschen. Aus diesen Gründen fügt sie sich durchaus ins Konzept Soziale Marktwirtschaft. Bei einem ersten Einblick in strukturpolitische Aufgabenfelder müßte dem Schüler vermittelt werden, daß in der Bundesrepublik Deutschland meist der Staat oder die Gemeinden zunächst im Rahmen der Infrastrukturpolitik elementare Voraussetzungen für die Wirtschaftstätigkeit schaffen. Für die Politik stellt sich die Notwendigkeit der Vorleistung. Ohne Verkehrswege, Energie- und Wasserversorgungsanlagen, Informationsnetze, Bildungseinrichtungen, Krankenhäuser, Abwasser- und Abfallbeseitigungsanlagen oder Freizeiteinrichtungen ist die Wirtschaft nicht funktionsfähig bzw. nicht aufrechtzuerhalten.

In leistungsschwachen Gebieten (z. B. Grenzland) soll durch eine gezielte Raumordnungspolitik (regionale Strukturförderung) das Wachstumsgefälle gegenüber stärker entwickelten Gebieten abgebaut werden.

Wirtschaftsbranchen, die infolge Strukturwandel (z. B. Änderung der Nachfrage, technische Neuerungen) Anpassungsschwierigkeiten haben, können durch die sektorale Strukturpolitik gefördert werden. Sinn der umfangreichen staatlichen Leistungen an bestimmte Wirtschaftszweige (Subventionen) ist es, die Anpassungsprozesse möglichst schnell zu bewältigen.
Politische Bildung sollte auch die besonderen regionalen und sozialen Betroffenheiten einbeziehen.
Die ständige Ausweitung der Strukturpolitik birgt jedoch die Gefahr der Wettbewerbsverzerrungen in sich und ist damit für die Soziale Marktwirtschaft auch mit Gefahren verbunden.

Die Durchsetzung von Strukturpolitik verlangt meist Kompromisse; harte politische Auseinandersetzungen der betroffenen Gruppen gehen voraus, vor allem wenn Kürzungen von Subventionen notwendig sind. Häufig schiebt sich dann der eigentliche Sinn der Förderungen aus dem Blickfeld der Interessenvertreter.

### 1.6.8. Leistungen der Sozialen Marktwirtschaft

Gegner und Befürworter der Sozialen Marktwirtschaft erkennen gleichermaßen an, daß durch diese real praktizierte Wirtschaftsordnung ein außergewöhnlich hoher materieller Wohlstand für alle Bevölkerungsteile geschaffen werden konnte. Damit ist bereits ein wesentlicher Zweck des Wirtschaftens erreicht worden, nämlich die weitgehende Befriedigung der Bedürfnisse der Menschen mit materiellen und immateriellen Gütern. Gemeint sind damit die Erfüllung des Lebensnotwendigen sowie der Aufbau und die ständige Innovation der Infrastruktur im weitesten Sinne.
Ein umfangreiches Netz sozialer Sicherheit bewahrt vor dem sozialen Ruin. Umfassende Rechte sozialer Teilhabe durch die Arbeitnehmer sind der Garant für ein günstiges Sozialklima. Die positiven Rückwirkungen auf die Arbeitsmoral und damit die Steigerung der Leistungsfähigkeit sind unverkennbar. Durch die Einebnung der sozialen Gegensätze wurde der Weg für einen beachtlichen sozialen Frieden geebnet, der nicht zuletzt auch der gesamten politischen Stabilität förderlich war.
Daß dies unter Gewährleistung der freiheitlichen Werte erreicht werden konnte, steigert natürlich die Qualität des menschlichen Lebens noch beträchtlich.
Nochmals sei an dieser Stelle aber auch hingewiesen auf die oben schon näher angesprochenen Probleme der

Ordnungspolitik (Unternehmenskonzentration, Umweltschutz, Vermögensverteilung u.a.) und die Schwierigkeiten beim Abbau der zu hohen Arbeitslosigkeit.
Im Rahmen des wirtschaftspolitischen Unterrichts sind die Leistungen und auch die Probleme der Sozialen Marktwirtschaft aufzuzeigen. Insbesondere sollte auch deutlich werden, daß die Wirtschaftsordnung und die Wirtschaftspolitik auf sozialethischen Verhaltensweisen basieren. Den Schülern müßte zudem einsichtig werden, daß durch die Wirtschaft wichtige Voraussetzungen humanen Lebens geschaffen werden und deswegen auf sie nicht verzichtet werden kann. Gleichwohl scheint die Warnung vor den Gefahren eines grenzenlosen materialistischen Denkens und Handelns berechtigt und notwendig.

## 2. Analyse von Schulbüchern für den Politikunterricht der Sekundarstufe I

### 2.1. Aspekte zur Analyse der Schulbücher

Jeder Einzelanalyse wird ein Formblatt vorangestellt, das die wichtigsten äußeren, allgemeinen Daten des Buches enthält.

#### 2.1.1. Didaktisch-methodische Struktur

Die didaktisch-methodischen Aspekte basieren im wesentlichen auf der vorliegenden fachdidaktischen und methodischen Literatur. Die Darbietungsmöglichkeiten insgesamt sind grundsätzlich nicht strittig.

2.1.1.1. Gliederung, Kapitel Soziale Marktwirtschaft, Hinweise zur Benutzung des Buches

2.1.1.2. Darstellung der Wirtschafts- und Sozialordnung im Zusammenhang

2.1.1.3. Möglichkeiten der stofflichen Aufbereitung (Buchtyp)

2.1.1.3.1. Systematischer Lehrgang

- Einsatz und Grenzen von Modellen
- Trennung Grundwissen und weiterführende Information

2.1.1.3.2. Exemplarische Auswahl

- Fallbeispiele
- Darstellung von wirtschaftspolitischen Problemsituationen/Kontroversen

- Überbetonung von Konflikten (einseitige Auswahl)
- Analyse von Konfliktursachen
- Einsatz und Grenzen von Modellen
- Grundwissen deutlich gekennzeichnet
- Weiterführender Informationstext

2.1.1.3.3. Berücksichtigung der Vielfalt des Materialiengebots

- Gesetzestexte, z. B. Grundgesetz, Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen, Gesetz gegen unlauteren Wettbewerb, Stabilitätsgesetz, Betriebsverfassungsgesetz, Mitbestimmungsgesetz
- Innerstaatliche Verträge
- Internationale Verträge
- Parteiprogramme
- Äußerungen von Politikern
  (Unterscheidung: Wer, was, wo und wann gesagt hat)
- Erklärungen von Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertretern
- Stellungnahmen von sonstigen Interessenvertretern
- Äußerungen von Konsumenten und Produzenten
- Wiedergabe von Berichten, Reportagen und Kommentaren der Massenmedien, vor allem der Presse
- Stellungnahmen der Fachwelt, z. B. der wirtschaftswissenschaftlichen Institute, Sachverständigenrat, Konjunkturrat, Konzertierte Aktion
- Schaubilder
- Statistiken
- Bilder, z. B. vom "Vater der Sozialen Marktwirtschaft" Ludwig Erhard
- Karikaturen
- Plakate
- Flugblätter

2.1.1.3.4. Lernpsychologische Faktoren

- Schülergemäßer Abstraktionsgrad u.a. Einführung in den Funktionskreis Wirtschaft am Anfang
- Subjektive Betroffenheit, z. B. durch Einbeziehung von elementaren Situationen aus dem Erlebnisbereich der Schüler
- Intrinsische Motivation - Extrinsische Motivation
- Leistungsbereitschaft/Leistungsfähigkeit
- Schülergemäße Sprache (Einhaltung eines gewissen Niveaus, Erklärung von Fachausdrücken)
- Anschaulichkeit (z. B. Aufmachung, Anordnung, Überschriften, Mehrfarbendruck, Illustrierung, Abwechslung in der Darbietung des Lehrtextes und der Arbeitsmaterialien, klare Gliederung)

2.1.1.3.5. Lernhilfen/methodische Hilfen

- Unterrichtsgespräch
- Diskussion und Debatte
- Gruppenarbeit
- Einzelarbeit
- Fragen, die Arbeitsmaterialien und Informationstexte zugänglich machen und Lernprozesse in Gang setzen
- Arbeitsaufträge
- Zusammenfassung des Wesentlichen
- Lernzielkontrollen
- Querverbindungen innerhalb des Faches
- Querverbindungen zu anderen Fächern

2.1.1.4. Ausgewogenheit zwischen den Parteien, Interessengruppen, Wissenschaftlern und den Massenmedien

## 2.1.2. Zielhorizont zum Themenbereich Soziale Marktwirtschaft

Grundlage für die Zielformulierungen wirtschafts- und sozialpolitischer Bildung und damit des Themenbereichs Soziale Marktwirtschaft sind vor allem die Darlegungen im ersten Teil dieser Arbeit.

Am Anfang des Wirtschaftsunterrichts sollte die Erarbeitung der "Grundlagen, Faktoren und Funktionen des Wirtschaftens"[73] stehen, denn ohne detaillierte Kenntnisse der Grundsachverhalte der Wirtschaft stellen sich die Elemente der Wirtschaftsordnung und der Wirtschaftspolitik für den Schüler zu abstrakt dar.

Es scheint uns erforderlich, daß in einer Einführung in Wirtschaftsfragen die Notwendigkeit des Wirtschaftens (Bedürfnisse, Bedarf, Knappheit der Mittel) besprochen wird. Des weiteren sind das ökonomische Prinzip zu erläutern und ein erster Einblick in die Produktion (Produktionsfaktoren, Arbeitsteilung u.a.) zu vermitteln. Die Darstellung des Wirtschaftskreislaufs zeigt notwendige Zusammenhänge auf. Grundkenntnisse über das Wesen und die Funktionen des Geldes in einer arbeitsteiligen Volkswirtschaft sind unverzichtbar.

### 2.1.2.1. Marktwirtschaftlicher Ordnungsrahmen

#### 2.1.2.1.1. Politische Durchsetzung der Sozialen Marktwirtschaft

---

[73] Sutor, Didaktik des politischen Unterrichts, Paderborn 1973, S. 169

2.1.2.1.2. Voraussetzungen für Marktwirtschaft

- Freiheitsrechte des Grundgesetzes (Produktionsfreiheit, Handelsfreiheit, Außenhandelsfreiheit, Konsumfreiheit, Gewerbefreiheit u.a.)
- Garantie des Privateigentums

2.1.2.1.3. Koordination der wirtschaftlichen Entscheidungen über Märkte

- Marktgeschehen
- Preisbildung am Markt
- Nachfrageseite
- Angebotsseite
- Gleichgewichtstendenz
- Funktionen des Preises
- Marktformen und Preisbildung

2.1.2.1.4. Beeinträchtigungen der Marktwirtschaft (Eingriffe in die Preisbildung, EG u.a.)

2.1.2.1.5. Wettbewerbsordnung (einschließlich Verbraucherschutz)

2.1.2.2. Sozialer Ordnungsrahmen

2.1.2.2.1. Zusammenhang zwischen wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit eines Staates und den sozialpolitischen Gestaltungsmöglichkeiten

2.1.2.2.2. Bekenntnis zum sozialen Staat (Art. 20 u. 28 GG)

- Sozialbindung des Eigentumsrechts

2.1.2.2.3. Vielfältige soziale Absicherung aller Staatsbürger

- Sozialversicherung
- Nachrang der Sozialhilfe
- Maßnahmen zum Familienlastenausgleich
- Sonstige Hilfen
- Soziale Einrichtungen
- Mißbrauch mit Sozialleistungen

2.1.2.2.4. Gerechtere Einkommens- und Vermögensverteilung

2.1.2.2.5. Zusammenarbeit zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern

- Unternehmerbild
- Verantwortungsbereitschaft und Risiko des Unternehmers
- Notwendigkeit der Gewinnerzielung (Überzogene Kritik an Unternehmensgewinnen)
- Arbeitnehmerbild
- Tarifautonomie - Aufgabe der Sozialpartner
- Betriebsverfassung und Mitbestimmung
- Arbeitsgerichtsbarkeit
- Arbeitsverwaltung
- Rechtssicherheit und Schutz der Arbeitnehmer
- Geregelte Konfliktaustragung zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern

2.1.2.2.6. Erhaltung einer möglichst gesunden Umwelt

2.1.2.3. Wirtschafts- und sozialpolitische Ziele und deren politische Realisierung

- Interdependenz von Politik und Wirtschaft
- Notwendigkeit der Wirtschaftspolitik

- Vollbeschäftigung, Geldwertstabilität, Stetiges und angemessenes Wirtschaftswachstum, Außenwirtschaftliches Gleichgewicht
- Prioritätenfrage
- Parteienstreit und divergierende Auffassungen der Interessenverbände hinsichtlich der Wirtschaftspolitik
- Konjunkturpolitik (Globalsteuerung nach dem Stabilitätsgesetz, Geldmengenpolitik der Bundesbank)
- Strukturpolitik

2.1.2.4. Soziale Marktwirtschaft - ein offenes System

2.1.2.5. Leistungen der Sozialen Marktwirtschaft

- Wohlstand breiter Schichten der Bevölkerung bei weitgehend freien Entfaltungsmöglichkeiten
- Soziale und politische Stabilität

2.1.3. Gesamturteil

Zunächst wird die didaktisch-methodische Konzeption nochmals kurz vorgestellt.
Hinsichtlich der Aufbereitung von Sozialer Marktwirtschaft konzentriert sich unser Interesse nun nicht auf die Details, sondern es soll gefragt werden, ob es gelungen ist, die als wesentlich konstatierten Merkmale und Intentionen der Wirtschafts- und Sozialordnung schülergemäß darzustellen.
Anhand des Buches muß es dem Schüler möglich sein, die Bestandteile der Zielkombination Marktwirtschaft und soziale Gerechtigkeit zu erarbeiten.
Dabei ist auch der Zusammenhang zwischen wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit und sozialpolitischer Gestaltungsmöglichkeit herzustellen. Die

Erfolge der Sozialen Marktwirtschaft müssen sichtbar werden einschließlich dem erfolgreichen Bemühen, durch einen modifizierten Stil im Wirtschaftsleben zu mehr Kooperation und zu einer geregelten Konfliktaustragung zu gelangen. Nicht zuletzt scheint uns von wesentlicher Bedeutung, ob aufgezeigt wurde, daß Soziale Marktwirtschaft als offenes System konzipiert ist.

## 2.2. Auswahl der für den Politikunterricht in der Sekundarstufe I zugelassenen Schulbücher

Bei der vorliegenden Untersuchung der Darstellung der Sozialen Marktwirtschaft in Schulbüchern des Politikunterrichts für die Sekundarstufe I ist nicht beabsichtigt, alle in der Bundesrepublik Deutschland zugelassenen Bücher einzubeziehen. Es kommt uns vielmehr darauf an, die Bücher zu analysieren, mit denen im Unterricht vor allem gearbeitet wird. Wichtiges Kriterium für die Auswahl war einmal die Zulassung eines Schulbuches in mehreren Bundesländern; zum anderen sollte aber möglichst ein Schulbuch pro Land und Schultyp berücksichtigt sein.
Kleinere, themenbezogene Einzelbände, die in verschiedenen Bundesländern im Unterricht verwendet werden können, sind außer Betracht gelassen, da sonst die Vergleichbarkeit beeinträchtigt wäre.

Becker, Feick, Greiffenhagen, Hufnagel, Müller, Stetzer, Uhl: Thema Politik

Eberhardt, Franke, Loeschke, Winkler: Sozialkunde

Fischer (Herausgeber): Gesellschaft und Politik

Giesecke: Einführung in die Politik

Greiffenhagen, Hättich (Herausgeber): Sozialkunde

Grix, Knöll: Lernfeld Gesellschaft

Grosser (Herausgeber): Politik Wirtschaft Gesellschaft

Helbig: Politik im Aufriß

Hilligen, Gagel, Buch (Herausgeber): Sehen Beurteilen Handeln

Mickel (Herausgeber): Arbeitsbuch: Politik 2

Steinbügl: Bürger und Politik

Süss: Grundzüge der Sozialkunde

Streithofen, Pittrof: Texte für den Politischen Unterricht,

Thurich, Endlich: Zweimal Deutschland

## 2.3. Einzelanalyse

### 2.3.1. Sozialkunde 7, 8, 9

Allgemeine Daten

Autoren: Eberhardt, Horst (nicht 8. Jahrgangsstufe); Franke, Peter (nicht 7. Jahrgangsstufe); Loeschke, Heinz; Winkler, Karl
Verlag: Ludwig Auer, Donauwörth
Erscheinungsort/Erscheinungsjahr/Neuauflage: 7. und 8. Jahrgang: Donauwörth, 1979; 9. Jahrgang: Donauwörth, 1979
Format: 24 x 17 cm
Einband: kartoniert
Umfang: 7. Jahrgangsstufe: 95 Seiten, 8. Jahrgangsstufe: 128 Seiten, 9. Jahrgangsstufe: 136 Seiten
Inhaltsverzeichnis: 7. Jahrgangsstufe: 3 Kapitel, die weiter untergliedert sind; 8. Jahrgangsstufe: 3 Kapitel mit umfangreicher Untergliederung; 9. Jahrgangsstufe: 4 Kapitel mit weiterer Untergliederung
Stichwortregister: nur in der Ausgabe für die 9. Jahrgangsstufe enthalten
Namensregister: nicht enthalten
Fremdwörterverzeichnis: nur in den Ausgaben für die 7. und 8. Jahrgangsstufe aufgenommen
Quellenverzeichnis: liegt vor, allerdings für die Ausgabe der 7. Jahrgangsstufe nur für die Bilder
Hinweise auf weiterführende Literatur: nicht enthalten
Anschriftenverzeichnis: nicht im Zusammenhang enthalten
Jahrgangsstufe: 7.-9. Schuljahr (je 1 Band)
Zulassung: Bayern (HS)
Lehrerheft: liegt nicht vor
Elternbrief: liegt nicht vor
Vorwort: nicht aufgenommen
Sonstige Hinweise für den Benutzer: keine

Aufbereitung der Sozialen Marktwirtschaft

Sozialkunde 7, 8 und 9 wenden sich ausschließlich an Hauptschüler im Bundesland Bayern in der 7.-9. Jahrgangsstufe. Erwartungsgemäß sind die Inhalte am entsprechenden Lehrplan orientiert, da die Autoren an einer Zulassung des Buches für den Unterrichtsgebrauch interessiert sind. Bereits die Durchsicht der Inhaltsverzeichnisse und des Stichwortverzeichnisses in der Ausgabe für die 9. Jahrgangsstufe macht deutlich, daß nicht alle Aufgabenfelder der Politik Eingang gefunden haben. Wirtschaftliche und wirtschaftspolitische Themen sind davon sehr betroffen. Zu dem Gesamtkomplex Wirtschaftsordnung der Bundesrepublik Deutschland und der notwendigen Einführung in die Grundbegriffe des Wirtschaftens finden sich allenfalls am Rande Hinweise, z. B. auf S. 82 der Ausgabe für die 9. Jahrgangsstufe, wo festgestellt wird: "Die DDR kennt den Begriff der zentralen Planwirtschaft, wir den der Marktwirtschaft. - Vergleiche beide Systeme!" Die Autoren gehen offensichtlich davon aus, daß die Schüler bereits in anderen Fächern, insbesondere in der Arbeitslehre, das marktwirtschaftliche Ordnungsmodell kennengelernt haben. Das Wirtschaftssystem der DDR wird ausführlich behandelt (S. 74-86, 9. Jahrgangsstufe), wobei damit den Forderungen des Lehrplanes Rechnung getragen wird.

Damit sind der Analyse im Sinne der vorstehenden Kriterien enge Grenzen gesetzt.
Mit dem Abschnitt "Fragen zur Sozialpolitik der Bundesrepublik Deutschland" wird in der Ausgabe für die 9. Jahrgangsstufe zusammenhängend auf die Sozialordnung eingegangen.
In diese Thematik wurde bereits im Band der 7. Jahrgangsstufe ("Der Staat schützt und fördert die Fami-

lie") und in der 8. Jahrgangsstufe ("Benachteiligung kinderreicher Familien" und "Sozialpolitische Aufgaben gegenüber berufstätigen Müttern") eingeführt. Durch fünf Bilder (S. 7, 9. Jahrgangsstufe), die verschiedene Lern- und Lebenssituationen der Menschen darstellen, soll die Pflicht zur Eigenverantwortung demonstriert werden. In Gruppenarbeit, die auch arbeitsteilig gestaltet werden kann, sollen die Schüler die originären Aufgaben und Pflichten der Familie erarbeiten und dabei die Nachrangigkeit aller staatlichen Aktivität kennenlernen. Ein Auszug aus der Bayerischen Verfassung (Art. 166) kann die Grundlage für ein Unterrichtsgespräch bilden, das die Gründe für das Subsidiaritätsprinzip plausibel machen soll.

Die Intention des Buches zu diesem Thema wird durch die beiden Überschriften "Die Hilfestellung des Sozialstaates" und "Die Mitverantwortung des Staates" zum Ausdruck gebracht.
Ausführlich wird lediglich das Wohngeld als staatliche Förderungsmaßnahme dargestellt. Spärliche Hinweise finden sich auf die Sozialhilfe, die Rentenversicherung, die Unfallversicherung, die Krankenversicherung, die Kriegsopferfürsorge und auf die Leistungen der Arbeitsverwaltung.
Die Pflichten des sozialen Staates werden vor allem an den Kranken, den Behinderten, den Kindern ohne Eltern und den alleinstehenden Müttern mit mehreren Kindern aufgezeigt.
Durch zahlreiche Bilder werden die Probleme anschaulich. Statistiken, Übersichten und Informationstexte bieten das erforderliche Grundwissen, das nicht deutlich gekennzeichnet ist. Zu Gruppenarbeit, Partnerarbeit, Stillarbeit werden umfangreiche Materialien angeboten.

Besonders wichtig erscheinende Feststellungen sind mit roter Farbe unterlegt und bekommen dadurch den Charakter von Merksätzen.
Ein eigener Abschnitt wird dem Komplex "Grenzen des Sozialstaates" gewidmet. Das Schaubild "Soziale Leistung - Soziale Last" verdeutlicht, daß jede staatliche Hilfe an den Bürger zunächst vom Bürger erwirtschaftet werden muß. Auf den Zusammenhang zwischen wirtschaftlicher und sozialer Leistungsfähigkeit wird in ergänzenden Informationen hingewiesen.
Die Rolle und Bedeutung der freien Wohlfahrtsverbände für die soziale Sicherung in der Bundesrepublik wird auf nahezu 13 Seiten behandelt. Auch für Kinder und Jugendliche sehr anschaulich und verständlich wird durch Bilder und Texte (Material der Freien Wohlfahrtspflege Bonn) die Vielfalt freigemeinnütziger Hilfen (Altenheime, Krankenhäuser, Vorsorge, Kindergärten, soziale Leistungen, Speisung von Bedürftigen, Erholungsmaßnahmen) vorgestellt.
Am Beispiel der "Frau Teutsch" wird konkret die Arbeit der Verbände am und mit dem Menschen aufgezeigt und zugleich bewußt gemacht, daß es dem Staat gar nicht möglich wäre, individuelle Hilfe im Detail zu leisten.
Die Finanzierung der Arbeit der Wohlfahrtsverbände zeigt eine Zusammenstellung der Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege. In arbeitsteiliger Gruppenarbeit sollen die Schüler Texte über die Spitzenverbände der freien Wohlfahrtspflege bearbeiten und als Hausaufgabe weiterführende Informationen zusammentragen, die in ein zu gestaltendes Schaubild eingehen sollen (S. 27 unten). Anschriften von Verbänden sollen die Schüler mit anregen, sich zusätzliches Material zu beschaffen.

Das Buch ist im Zweifarbendruck gehalten und erscheint von der Aufmachung und Illustrierung her nicht besonders attraktiv.
Allerdings wiegen die Verwendungsmöglichkeiten im Unterricht diesen Nachteil wieder auf. Die Materialien sind ausgewogen, abwechslungsreich und z. T. aus dem Erlebnisbereich der Schüler gegriffen. Sachliche Mängel konnten nicht festgestellt werden. Möglichkeiten zur Lernzielkontrolle sind vorgesehen. Querverbindungen zu anderen Fächern und innerhalb des Faches finden sich nicht.

Gesamturteil

Die Aufgabenfelder Wirtschaft und Wirtschaftspolitik wurden von den Autoren aufgrund der engen Anlehnung an den Lehrplan nahezu vollständig außer Betracht gelassen. Dies mindert natürlich beträchtlich die Möglichkeit einer Bewertung im Sinne unserer Analyse. Die Elemente der Sozialordnung dagegen werden relativ ausführlich angegangen.
Die Arbeitsbücher Sozialkunde 7, 8 und 9 betonen sehr stark den Gedanken der Nachrangigkeit der sozialen Hilfen (Subsidiarität) und bieten umfangreiche Materialien und Informationen, um dieses Prinzip den Schülern nahezubringen. Dennoch wird ersichtlich, daß die Unterstützung der Gemeinschaft möglich ist, wenn man sich selbst nicht helfen kann.
Nicht nur kognitive Lernziele sollen realisiert werden, sondern auch zur Mitarbeit im sozialen Bereich wird angeregt und erzogen, um das Zusammenleben der Menschen zu fördern. Die Arbeit mit dem Buch ermöglicht bei entsprechender Steuerung durch den Lehrer eine fundierte Urteilsfähigkeit.

## 2.3.2. Einführung in die Politik

Allgemeine Daten

Autor: Giesecke, Hermann

Verlag: J.B. Metzlersche Verlagsbuchhandlung, Stuttgart

Erscheinungsort/Erscheinungsjahr/Neuauflage: Stuttgart, 1979, 2. Auflage

Format: 23 x 17 cm

Einband: fest, nicht kartoniert

Umfang: 332 Seiten

Inhaltsverzeichnis: 6 Kapitel mit weiteren Untergliederungen

Stichwortregister: relativ ausführlich

Namensregister: nicht im Zusammenhang aufgenommen

Fremdwörterverzeichnis: nicht enthalten

Quellenverzeichnis: nicht enthalten

Hinweise auf weiterführende Literatur: keine

Anschriftenverzeichnis: nicht enthalten

Jahrgangsstufen: 7.-10. Schuljahr

Zulassung: Berlin (alle Schultypen), Hamburg (G), Nordrhein-Westfalen (alle Schultypen), Niedersachsen (HS, RS, G)

Lehrerheft: Aussagen zur didaktischen Konzeption und Erläuterungen zu den einzelnen Kapiteln

Elternbrief: liegt nicht vor

Vorwort: Aufbau des Buches wird erläutert

Sonstige Hinweise für den Benutzer: keine

Didaktisch-methodische Struktur

Giesecke legt der "Einführung in die Politik" folgende Grobgliederung zugrunde:

"0 Einleitung: Was ist Politik" (S. 3-15)
"1 Die Staaten in der Weltpolitik" (S. 16-58)
"2 Der Staat der Bundesrepublik Deutschland" (S. 59-159)
"3 Das Wirtschaftssystem: Produktion und Verteilung" (S. 160-257)
"4 Öffentliche Meinung und öffentliche Information" (S. 258-282)
"5 Vom Kind zum Erwachsenen: Das System der Sozialisation und Erziehung" (S. 283-320)

Für unsere Betrachtung sind insbesondere folgende Bereiche wichtig: Kapitel 1 (Abschnitt: "Internationale Beziehungen und Völkerrecht"), Kapitel 2 (Abschnitte: "Verpflichtung auf die Menschenrechte", "Sozialstaatlichkeit" und "Die Finanzen des Staates") und Kapitel 3 (Abschnitte: "Wirtschaftliche Grundbegriffe", "Das Arbeitsverhältnis: Arbeitgeber und Arbeitnehmer", "Die Berufsausbildung", "Der private Konsum in der Freizeit" und "Zum Vergleich: Das Wirtschaftssystem der DDR").

Wirtschafts- und sozialpolitischen Fragen wird im Gesamtwerk relativ breiter Raum (über 130 Seiten) zugestanden.

Die einzelnen Kapitel leitet Giesecke jeweils mit "grundlegenden Informationen" ein, die politische Zusammenhänge verständlich machen sollen. Diesem Orientierungswissen folgen "Probleme", die gegenwärtig und auch in der Zukunft aktuell sind. Giesecke präsentiert dann noch "Materialien und Problemskizzen" (z. B. Texte aus der Presse). Sie nehmen Bezug auf die geschilderten Probleme und sollen zu Fragen Anlaß geben. Eine Reihe von möglichen

Fragen sind bereits formuliert ("Was man sich fragen kann?"). Giesecke betont ausdrücklich, daß auch andere, zusätzliche Fragen vorstellbar sind.

In einem Lehrerheft beschreibt Giesecke ausführlich die didaktische Konzeption des vorliegenden Buches. Einige wesentlich erscheinende Aussagen sollen kurz wiedergegeben sein.

Aufgabe des politischen Unterrichts ist es danach, der Jugend die Befähigung zu vermitteln, "ihre staatsbürgerlichen Rechte und Pflichten und die eigenen politischen und gesellschaftlichen Interessen im Rahmen der pluralistischen Ordnung und ihrer Regeln zu erkennen und verantwortlich wahrzunehmen" (S. 1, Lehrerheft).
Giesecke nennt vier Punkte, auf die es ihm ankommt:

> "Verständnis und Akzeptierung der normativen Grundlagen von Staat und Gesellschaft";
> "Kenntnis der wichtigsten Institutionen von Staat und Gesellschaft und ihrer Funktionen sowie der Prinzipien, auf denen sie beruhen";
> "Kenntnis wenigstens einiger weltpolitischer und innenpolitischer Probleme und ihrer Ursachen";
> "Befähigung zur Nutzung der üblichen-publizistischen Informationsmöglichkeiten" (S. 1, Lehrerheft).

Das didaktische Grundmodell orientiert sich an dem Bestreben, "politische Realität" (im subjektiven und objektiven Sinn) zu vermitteln, wobei davon auszugehen ist, daß im politischen Unterricht auch gelehrt und gelernt werden muß (S. 5, Lehrerheft).

Durch Problemorientierung verspricht sich Giesecke nicht zuletzt verstärkte Bereitschaft, sich für Politik zu interessieren, denn "politisches Interesse ist normalerweise das Interesse an Problemen" (S. 8, Lehrerheft).

Die Wirtschafts- und Sozialordnung ist nur teilweise im Zusammenhang behandelt, jedoch werden - soweit dies nicht geschehen ist - Verflechtungen aufgezeigt.
Der Autor bietet das getrennt ausgewiesene "Orientierungswissen" zu den einzelnen Abschnitten systematisch zusammenhängend an, um den Leser mit Informationen auszustatten, die erforderlich sind, um am politischen Geschehen wirkungsvoll partizipieren zu können. In diese Systematik, die häufig von Fragen unterbrochen ist, sind auch modellhafte Darstellungen (z. B. "Konjunkturbewegung in der Marktwirtschaft", S. 167) aufgenommen.

Der didaktischen Konzeption entsprechend führt Giesecke zu jedem Abschnitt mehrere wirtschafts- oder sozialpolitische Problemsituationen ein.

Beispiel:

**Probleme**

Es gibt eine grundsätzliche Spannung zwischen den individuellen Grundrechten und der sozialen Verpflichtung. Je dichter das »Netz der sozialen Sicherungen« wird, um so mehr muß der Staat, bzw. die Bürokratie in private Rechte eingreifen. Je mehr sich der Staat engagiert, um so mehr bestimmt er auch über das Leben der Einzelnen.

**Freiheit und soziale Sicherheit**

- *Wer Wohngeld beantragt, muß dem Sozialamt Auskunft über sein Einkommen geben.*
- *Wer ein Stipendium haben will, muß das zuständige Amt über seine und seiner Eltern Lebensverhältnisse informieren.*
- *Wer im Alter eine staatlich garantierte Rente haben will, muß dafür Beiträge zahlen, also auf einen Teil seines Einkommens verzichten.*
- *Andererseits: Die Bereitschaft der Bürger, auch selbst für ihr soziales Wohlbefinden zu sorgen, nimmt ab.*

S. 111/112

Auch die zahlreich vorgestellten Materialien sind häufig an Problemen orientiert oder weisen ausdrücklich darauf hin:

Beispiel:

**Über die Ursachen der Lehrstellenverknappung** | **M 10**

Um welche Dimensionen es bei dieser Entwicklung geht, zeigt sich darin, daß sich das Angebot an Lehrstellen seit 15 Jahren mehr oder minder kontinuierlich um die Hälfte verringert hat. Heute bilden nur noch 16 Prozent aller Betriebe und Verwaltungseinheiten aus, wobei deutlich Klein- und Mittelbetriebe überwiegen, die weit über ihren Arbeitskräftebedarf hinaus ausbilden.

Text:
Reinhard Crusius/Manfred Wilke, Lehrstellenverknappung und Jugendarbeitslosigkeit (S. 233)

Bei Durchsicht des Buches entsteht der Eindruck, dem Verfasser sei es vorrangig darauf angekommen, Probleme und Konflikte sichtbar zu machen. Die geschilderten Problemsituationen enthalten aber auch häufig Informationen zu Konfliktursachen (z. B. notwendige Humanisierung der Arbeit, S. 205, oder Folgen für die Arbeitnehmer bei bestimmten unternehmerischen Entscheidungen, S. 204).

Giesecke bereichert seine Texte mit einer Fülle von Material. Es finden sich Auszüge aus dem Grundgesetz, dem Bundessozialhilfegesetz, dem Jugendarbeitsschutzgesetz, dem Berufsbildungsgesetz und Auszüge aus Parteiprogrammen.
Zahlreiche aktuelle Stellungnahmen von Politikern unterschiedlicher politischer Zugehörigkeit (z. B. Werner Maihofer, Norbert Blüm, Elmar Pieroth, Heiner Geisler)

sind aufgenommen. Zu kurz kommen allerdings typische Stellungnahmen der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände. Publikationen der Massenmedien werden zu fast allen Themen wiedergegeben (u.a. Berichte aus der Zeit, dem Spiegel, der Süddeutschen Zeitung, der Frankfurter Rundschau oder Auszüge aus den politischen Magazinen "Report" und "Kennzeichen D"). Gelegentlich finden sich auch Stellen aus der Literatur, wenngleich wirtschaftswissenschaftliche Experten kaum erwähnt werden.
Schaubilder, Zeichnungen, Fotos, grafische Darstellungen und Karikaturen runden das Bild ab.
Die zu Beginn des Wirtschaftskapitels stehenden Einführungen in Grundbegriffe der Wirtschaft führen, für Schüler der Sekundarstufe I durchaus nachvollziehbar, in wirtschaftliche Fragestellungen ein. Darauf aufbauend können dann dem Abstraktionsvermögen der Schüler entsprechend wirtschaftspolitische Probleme und schwierigere wirtschaftliche Sachverhalte erarbeitet werden.
Motivationsförderung wird hauptsächlich dadurch zu erreichen versucht, daß "Kontroverses" dargestellt wird. Das Buch fordert das Leistungsvermögen der Schüler heraus. Vereinzelt wird es sogar überfordern, insbesondere die Hauptschüler.

Beispiel:

**Kredit**

Investitionen werden jedoch nur zum Teil mit Eigenkapital (= Eigenfinanzierung) vorgenommen. Ein anderer Teil besteht aus Krediten (= Fremdfinanzierung).

♦ Was wäre die Folge, wenn es keine Kredite gäbe, wenn man also nur mit eigenem Kapital neue Investitionen machen könnte?

♦ Welches Ziel verfolgt z. B. die Bundesbank, wenn sie durch Senken der Zinsen für »billiges« Geld sorgt?

Die Kredite müssen zurück gezahlt werden, außerdem müssen Zinsen dafür gezahlt werden. Die Zinsen gehören also zu den Kosten des Betriebes.

♦ Man hört manchmal, daß ein Unternehmen Pleite gemacht hat, weil die Fremdfinanzierung zu hoch war: Wie kann man sich das erklären?

S. 163

Das sprachliche Niveau ist nicht zu beanstanden. Fachausdrücke sind weitgehend erklärt.
Gesichtspunkte der Anschaulichkeit erscheinen im Detail verbesserungsfähig.
Es zeigt sich, daß Marginalien Überschriften kaum ersetzen können. Eine genauere Gliederung würde die Arbeit mit dem Buch erleichtern. Ansonsten ist der Gesamteindruck des im Zweifarbendruck gehaltenen Buches durchaus ansprechend.
Wenn das Buch auch meist nicht ausdrücklich auffordert, lassen die Inhalte alle Variationen unterrichtlicher Gestaltungsmöglichkeit zu. Zahlreiche - fast zu viele - Fragen machen die Autorentexte und Materialien zugänglich und fördern Lernprozesse.

Beispiel:

**Was man sich fragen kann**

- Was ist der Unterschied zwischen »wohlfahrtsstaatlichem Sozialstaat« und »freiheitlichem Sozialstaat«?
- Was ist der Sinn sozialstaatlicher Hilfen? Für wen soll der Staat helfend eingreifen? Lassen sich dafür Beispiele nennen?
- Was hat der Sozialstaat mit der Menschenwürde zu tun?

S. 113

Zum Teil sind die Fragen zu schwierig. Diese Feststellung ist sicher durch die hier zitierte Frage 1 begründet. Querverbindungen innerhalb des Faches und zur Geschichte finden sich vereinzelt.

Giesecke ist bemüht, unterschiedliche politische Standpunkte zu Wort kommen zu lassen. Insgesamt gesehen ist es gelungen, eine Ausgewogenheit zwischen den politisch relevanten Gruppen und den Massenmedien (wenn hier auch konservativ orientierte Medien kaum zitiert werden) herzustellen.

Aufbereitung der Sozialen Marktwirtschaft

Unter dem Abschnitt "Wirtschaftliche Grundbegriffe" werden die elementaren Sachverhalte des Wirtschaftens erarbeitet. Bedürfnisse, Produktion, Trennung von Produzenten und Konsumenten, Arbeitsteilung und Berufsbildung, Rolle des Geldes sowie Gewinn und Investition stehen als Stichworte für die besprochenen Themenkreise. Die Erklärungen sind relativ knapp gehalten, jedoch für einen ersten Einblick in Wirtschaftsfragen durchaus ausreichend. Giesecke führt in diesem frühen Stadium des wirtschaftlichen Unterrichts bereits Sachverhalte ein, die den Schülern unserer Altersstufe zu diesem Zeitpunkt nur schwer verständlich gemacht werden können (z. B. Zinspolitik der Bundesbank, S. 163).

Marktwirtschaftlicher Ordnungsrahmen

Ausgehend von der Naturalwirtschaft wird das Wesen des Marktes beschrieben: "Der Wochenmarkt ist konkret und anschaulich: Da sind Menschen, die etwas anbieten, und andere, die etwas kaufen. Sie versammeln sich zu diesem Zweck an einem bestimmten Ort, auf dem Marktplatz, zu einer bestimmten Zeit. Das ist aber ein Sonderfall. In der modernen Marktwirtschaft nennt man Markt jede Beziehung von Angebot und Nachfrage, ob es sich um Güter handelt oder um menschliche Arbeitskraft" (S. 163). Er geht auf das "Wechselspiel von Angebot und Nachfrage" und die daraus resultierenden "Wirkungen auf die Preise" (S. 164) ein.

Giesecke sieht auf dem Markt die Produzenten in der stärkeren Position, da die Konsumenten im wesentlichen nur auf das Angebot reagieren können und in der Regel nicht organisiert auftreten.

Es wäre in diesem Zusammenhang durchaus der Hinweis angebracht gewesen, daß sich natürlich die Produzenten auch an den Verbraucherwünschen orientieren und sie im Rahmen der Marktforschung diesbezüglich Ermittlungen anstellen.
Die Informationen zum Marktgeschehen sind nicht ausführlich, es zeigt sich aber, daß es auch mit relativ kurzen prägnanten Ausführungen möglich ist, für Schüler der Sekundarstufe I einen ersten, brauchbaren Einblick zu vermitteln.
Die verfassungsrechtlichen Voraussetzungen für eine marktwirtschaftliche Ordnung zeigt der Autor auf ("Die Produktionsmittel sind Privateigentum ... Der Staat garantiert dieses private Eigentum und greift nicht in die betrieblichen Entscheidungen ein", S. 165).
Die wirtschaftlichen Freiheitsrechte werden angedeutet mit der Feststellung: "der Staat setzt für das freie wirtschaftliche Handeln jedoch einen Rahmen, vor allem zum Schutz der Schwächeren" (S. 165).
Einschränkungen der Marktwirtschaft demonstriert Giesecke an den Beispielen "Landwirtschaft" und "Sozialisierung der Verluste" (S. 128). Gemeint sind einerseits der Schutz der heimischen Landwirtschaft durch staatlich garantierte Erzeugerpreise und andererseits die staatliche Unterstützung von Betrieben aus sozialpolitischen Gründen. Damit soll den Schülern deutlich werden, daß marktwirtschaftliche Prinzipien nicht uneingeschränkt gelten.
Die Bedeutung eines freien, möglichst ungehinderten Wettbewerbs für das Funktionieren einer Marktwirtschaft wird herausgestellt.
"Die Produzenten stehen auf dem Markt im Wettbewerb miteinander ... Markt und Wettbewerb sollen also den schwächeren Konsumenten vor überhöhten Preisen schützen" (S. 165). Giesecke bietet Informationen zur Gefahr der Kartellbildung und Monopolisierung. Er schreibt u.a.:

"Für größere Unternehmen ist jedoch die Versuchung groß, im Interesse einer besseren Kapitalverwertung (möglichst hohe Preise) den freien Markt einzuschränken oder auszuschalten" (S. 165). Das marktwirtschaftliche System funktioniert nach seiner Auffassung in "reiner Form nirgends" (S. 168).

Probleme für das marktwirtschaftliche System und damit auch für das Wettbewerbsprinzip sieht der Autor auch in den Multi-Nationalen Konzernen. Er stellt eine Grafik vor, die die größten Konzerne und deren Umsätze ausweist. Allerdings zeigt er nicht nur die Nachteile dieser wirtschaftlichen Giganten auf, sondern nennt auch einige Vorteile wie die bessere weltweite Versorgung und die Durchführung großer Forschungsvorhaben.

Giesecke hätte die Ausführungen durch die konkreten Maßnahmen zur Wettbewerbsordnung bereichern sollen (z. B. Informationen zum Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen), um sichtbar zu machen, wie das Wettbewerbsprinzip aufrechterhalten wird.

Die Werbung wird vor allem unter dem Abschnitt "Der private Konsum in der Freizeit" abgehandelt. Giesecke schreibt unter "Probleme" u.a.: "Wenn man also Werbespots oder Werbeslogans untersucht, dann lernt man nicht nur etwas über die Technik der Konsumwerbung, sondern auch über seine eigenen Bedürfnisse" (S. 237). Einige Karikaturen skizzieren - wohl bewußt überzogen - Werbung und Folgen der Werbung. Da Soziale Marktwirtschaft auch auf die Qualität des Wettbewerbs zielt, genügen diese Beiträge nicht. Informationen über die Verbraucherschutzmaßnahmen sind unverzichtbar.

Sozialer Ordnungsrahmen

Die marktwirtschaftlichen Prinzipien sollen durch einen staatlich gesetzten Rahmen beschränkt werden, um die Schwächeren zu schützen (S. 165). Damit ist zweifelsfrei die soziale Komponente der Wirtschaftsordnung angesprochen und zum Ausdruck gebracht, daß ein System der freien wirtschaftlichen Entfaltung mit dem Prinzip der sozialen Gerechtigkeit verbunden ist. Ein elementares Wesensmerkmal Sozialer Marktwirtschaft ist somit vermittelt.
Die Darbietung der Arbeits- und Sozialordnung erfolgt im wesentlichen unter den Abschnitten "Das Arbeitsverhältnis: Arbeitgeber und Arbeitnehmer", "Die Berufsausbildung" und "Sozialstaatlichkeit". Giesecke verleiht allein schon durch die Ausweisung eigener Abschnitte diesem Bereich besonderes Gewicht, das auch im Umfang (über 50 Seiten) zum Ausdruck kommt.
Die Zusammenhänge zwischen wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit und sozialen Gestaltungsmöglichkeiten werden sichtbar. "Der Staat kann ja selbst das Geld, das er verteilt, nicht schaffen. Er kann es nur an der einen Stelle nehmen (z. B. durch Steuern), um es an einer anderen Stelle (z. B. an die Armen) wieder auszugeben" (S. 110).
Nach der Beschreibung der historischen Entwicklung des Sozialstaatsprinzips stellt Giesecke mit der "Sozialversicherung" und der "Sozialhilfe" den "Kern der staatlichen Sozialpolitik" (S. 111) vor. Die an sich spärlichen Informationen erfahren durch einige Schaubilder ("Sozialhilfe in der Bundesrepublik", "Einnahmen und Ausgaben in der gesetzlichen Unfallversicherung", "Gesetzliche Rentenversicherung in der Bundesrepublik" und "Das kostspielige Gesundheitswesen") eine gewisse Präzisierung. Als Probleme in diesem Bereich werden das Spannungsverhältnis zwischen Freiheit und sozialer Sicherheit und vor allem die Kostenexplosion der sozialen Leistungen herausgestellt.

Es wird der Versuch unternommen, aufzuzeigen, daß trotz eines umfassenden sozialen Netzes in der Bundesrepublik partiell noch Armut besteht. Ein kritischer Beitrag zur Situation der Vermögensbildung soll eine noch ungelöste Aufgabe der Sozialen Marktwirtschaft verdeutlichen. Mißbräuche von sozialen Leistungen, wie beispielsweise die Fehlbelegung von Sozialwohnungen, werden angesprochen und dabei auch die politischen Schwierigkeiten aufgezeigt, die die Modifizierung einer einmal getroffenen Regelung mit sich bringt.
Der Schüler kann zum Thema Sozialstaat umfassende Kenntnisse erwerben.

Die Notwendigkeit des Zusammenwirkens von Unternehmern und Arbeitnehmern, trotz gelegentlich unterschiedlicher Auffassungen, ergibt sich aus dem gemeinsamen Interesse, daß der Betrieb erfolgreich wirtschaftet (S. 201). Die Gewinnerzielung als wichtiges Ziel unternehmerischer Tätigkeit wird angesprochen, allerdings auch deutlich gemacht, daß Gewinne die Basis für neue Investitionen sind und damit Arbeitsplätze sichern und schaffen.

Ausgehend von einer kurzen Beschreibung der besonderen Kennzeichen des Arbeitsmarktes und der wesentlichen Verpflichtungen auf Grund eines Arbeitsvertrages wirft der Autor einen Blick zurück auf die Phase der Industrialisierung im vergangenen Jahrhundert. Er zeigt gemeinsame und unterschiedliche Interessen von Arbeitnehmern und Arbeitgebern auf und versucht, das Spannungsverhältnis der Lohnfindung oder der Regelung der Arbeitsbedingungen plausibel zu machen.

Das Zustandekommen eines Tarifvertrages auf Grund von Verhandlungen zwischen Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden und der Grundsatz der Tarifautonomie werden erörtert.

Vor- und Nachteile von Streiks und die Friedenspflicht während der Laufzeit werden zur Diskussion gestellt. Giesecke fordert die Schüler sehr, wenn er fragt: "Auch heute noch werden bestimmte Arbeitsverträge individuell abgeschlossen: Bei welchen Berufen z.B.?" (S. 203). Materialien bieten ergänzende Informationen zu den Sozialpartnern in der Bundesrepublik Deutschland oder zeigen Spielregeln, die bei Streiks zu beachten sind. Das Betriebsverfassungsgesetz bezeichnet Giesecke als eines der "wichtigsten Gesetze" (S. 204) des Arbeitsrechts. Die wesentlichen Inhalte werden durch Autorentext und ein Schaubild mit Text schülergemäß dargestellt. Unter "Probleme" subsumiert der Autor die Mitbestimmung in der Unternehmensführung, insbesondere das Mitbestimmungsgesetz von 1976. Der Problemcharakter wird vor allem durch das "überlieferte Verhältnis von Unternehmen und Arbeitnehmern" (S. 204) begründet. Die traditionell gewachsene Teilung in Entscheidungsbefugnisse einerseits und Ausführung andererseits wird durch Mitbestimmungsbefugnisse der Arbeitnehmer durchbrochen. Die Einlegung der Verfassungsbeschwerde der Unternehmer gegen das Mitbestimmungsgesetz von 1976 unterstreiche dies.

Giesecke stellt zahlreiche Schwierigkeiten aus dem Arbeitsleben zur Diskussion und motiviert mit kontrovers gehaltenem Material. Zur Schaffung von mehr Arbeitsplätzen stellt er beispielsweise Positionen des Sozialpolitikers Blüm und des Unternehmers Pieroth vor. Die Humanisierung der Arbeitswelt ist ihm ein Anliegen. "Die Karriere ist nicht alles" (S. 212) oder "Nachtarbeit heißt immer Leben gegen die Natur" (S. 214) sind zwei Texte überschrieben und geben damit die Intentionen der Inhalte wieder. Ursachen der Arbeitslosigkeit oder die Chancengleichheit im Bildungswesen werden beleuchtet. Probleme der beruflichen Bildung stehen im Mittelpunkt. In diesem Zusammenhang wird auch auf die Dienstleistungen des Arbeitsamtes

verwiesen, die gerade dem jugendlichen Leser bei der Lehrstellensuche nützlich sein können.
Der Bezug zur Jugend wird zudem mit einem Auszug aus dem Jugendarbeitsschutzgesetz hergestellt.
Die Ausführungen zur Arbeitsordnung überzeugen, da sie nicht nur die wesentlichen Merkmale der Konzeption Soziale Marktwirtschaft verarbeiten, sondern weil ein wesentlicher Grundsatz dieser Ordnungsidee sichtbar wird, nämlich, daß die Interessen aller am Produktionsprozeß Beteiligten zu sehen sind. Es sollen alle als Menschen gesehen werden, und nur das Zusammenwirken verspricht Erfolg.

Wirtschaftspolitik

Giesecke konzentriert das Interesse zunächst auf die Mehrung des Wirtschaftswachstums und versucht, an rückläufigen Wachstumsraten das Phänomen Konjunktur zu erläutern. Er unterscheidet dabei "Konjunkturen und Krisen" (S. 166), wobei Konjunktur für günstige wirtschaftliche Entwicklung steht (siehe auch S. 201: "In der Konjunktur werden mehr Arbeitsplätze benötigt"). Damit ist der Konjunkturbegriff aber nicht hinreichend beschrieben. Eine Korrektur erfährt die Beschreibung des Autors durch eine grafische Darstellung, in der die Konjunkturbewegung als die Auf- und Abwärtsentwicklung der Wirtschaft modellhaft dargestellt wird.
Der Autor nennt sichtbare Anzeichen günstiger und ungünstiger Wirtschaftsentwicklung und macht deutlich, daß die Konjunktur von Wirtschaftszweig zu Wirtschaftszweig unterschiedlich ausgerichtet sein kann.
In diesem Zusammenhang werden erstmals Fragen der Vollbeschäftigung und der Preisstabilität - wenn auch nicht

ausdrücklich als wirtschaftspolitische Ziele - aber doch zumindest angetippt.
Das Wesen staatlicher Wirtschaftspolitik sieht Giesecke folgendermaßen: "Der Staat greift zwar nicht unmittelbar in den Markt ein, aber er kann bestimmte Bedingungen festlegen, damit sich die Wirtschaft im Ganzen in der gewünschten Richtung entwickelt. Dabei geht es vor allem um zwei Ziele: um wirtschaftliches Wachstum, um den Schutz der Bevölkerung vor schädlichen wirtschaftlichen Entwicklungen" (S. 167).
Er führt dann eine Reihe konkreter staatlicher Maßnahmen an, mit denen die Konjunktur beeinflußt werden kann bzw. Folgen der konjunkturellen Entwicklung gemildert werden. Hier werden die Vollbeschäftigung und die Preisstabilität als Ziele staatlicher Wirtschaftspolitik deutlich.

Elemente der Strukturpolitik werden eingeführt, wenn er "Finanzierungs- und Steuerhilfen für Betriebe in sogenannten strukturschwachen Gebieten" (S. 168) vorschlägt.

Unter "Probleme" diskutiert der Verfasser u.a. die anhaltende Arbeitslosigkeit und den Komplex "Wachstum und Umweltschutz" und "Grenzen des Wachstums" (S. 170). Ursachen der strukturell und konjunkturell bedingten Arbeitslosigkeit werden aufgezeigt und die Frage gestellt, ob die "vorhandene Arbeit" (S. 171) neu verteilt werden sollte. Unterschiedliche politische Positionen (S. 177 ff.) sollen die Schwierigkeiten sichtbar machen und zugleich Lösungssätze demonstrieren.
Giesecke stellt die Beeinträchtigung der Umwelt heraus und fordert auf, darüber nachzudenken, ob nicht "auf die Dauer der Sinn des wirtschaftlichen Wachstums gefährdet" (S. 170) wird. Die in diesem Zusammenhang gestellten Fragen zeigen, daß es Giesecke offensichtlich darauf ankam, mehrere Komponenten dieser Problematik anzusprechen.

" Können wir ohne Rücksicht auf die nachfolgenden Generationen so weitermachen?

Gibt es Möglichkeiten, sparsamer mit Rohstoffen und Energie umzugehen? Was würde das für die Wirtschaft bedeuten?

Sind die reichen Industrienationen an der Grenze ihres Wohlstandes angelangt?

Welche politischen und sozialen Folgen könnte es haben, wenn das Wachstum geringer wird und dann eben auch weniger verteilt werden kann?" (S. 170)

Die zahlreichen ordnungspolitischen Entscheidungen, die in den zurückliegenden Jahren zum Schutz der Umwelt ergangen sind, stellt Giesecke nicht vor, was den sonst guten Eindruck beeinträchtigt.

Gesamturteil:

Im Lese- und Arbeitsbuch "Einführung in die Politik", wie es Giesecke treffend charakterisiert, werden wirtschafts- und sozialpolitische Themen sehr ausführlich behandelt. Schüler der Sekundarstufe I können erkennen, daß die Wirtschafts- und Sozialordnung der Bundesrepublik Deutschland durch das Bekenntnis zur Marktwirtschaft weitgehende wirtschaftliche Freiheiten und zugleich eine möglichst große soziale Gerechtigkeit garantiert.
Es werden die Zusammenhänge zwischen einer leistungsfähigen Wirtschaft und den staatlichen Möglichkeiten zur Umverteilung nach sozialen Aspekten deutlich.
Damit sind bereits zentrale Anliegen der Sozialen Marktwirtschaft vermittelt.
Der durch die Soziale Marktwirtschaft ermöglichte Wohlstand kommt an verschiedenen Stellen zum Ausdruck, wenngleich der Autor versucht, bereits gewisse Grenzen abzustecken (z. B. Wachstum und Umwelt). In den Mittelpunkt seiner Ausführungen stellt Giesecke Probleme der Arbeitswelt, die vor allem den in abhängiger Arbeit stehenden Menschen tangieren. Er versteht es, überzeugend darzustellen, daß Arbeitgeber und Arbeitnehmer gleichermaßen zum Erfolg der Wirtschaft und somit zum Wohlergehen der Menschen beitragen. Möglichkeiten der Zusammenarbeit und die vorgesehenen Wege zur Konfliktbewältigung werden aufgezeigt. Die Beeinflussung des Wirtschaftsprozesses zur Steuerung der Konjunktur wird als wichtige staatliche Aufgabe gesehen.
Eine schülergemäßere Aufbereitung verschiedener Themen hätte den positiven Gesamteindruck noch verbessern können.
Soziale Marktwirtschaft kann aber von Schülern der Sekundarstufe I erarbeitet werden.

## 2.3.3. Sozialkunde

### Allgemeine Daten

Autoren: Greiffenhagen, Martin (Herausgeber); Hättich, Manfred (Herausgeber); Brugger, Alfred; Feick, Jürgen; Fiederle, Xaver; Haubrich, Karlernst; Müller, Hermann; Stimpfle, Irmina; Röttgers, Ekkehard; Roßmann, Manfred; Rumpf, Erhard
Verlag: Ernst Klett, Stuttgart
Erscheinungsort/Erscheinungsjahr/Neuauflage: Stuttgart, 1979; 2. Auflage
Format: 23,5 x 16,7 cm
Einband: kartoniert
Umfang: 209 Seiten
Inhaltsverzeichnis: 11 Kapitel mit weiteren Untergliederungen
Stichwortregister: relativ ausführlich
Namensregister: nicht aufgenommen
Fremdwörterverzeichnis: umfangreich
Quellenverzeichnis: nicht im Zusammenhang aufgenommen (Ausnahme: Bildnachweise)
Hinweise auf weiterführende Literatur: keine
Anschriftenverzeichnis: nicht aufgenommen
Jahrgangsstufen: 7.-10. Schuljahr
Zulassung: Bayern (G), Rheinland-Pfalz (HS, RS, G), Baden-Württemberg (HS, RS, G), Saarland (HS, RS, G), Niedersachsen (HS, RS, G)
Lehrerheft: liegt vor
Elternbrief: nein
Vorwort: aufgenommen
Sonstige Hinweise für den Benutzer: Ausführliche thematische Übersicht

Didaktisch-methodische Struktur

Das Buch "Sozialkunde" weist folgende Grobgliederung aus:

"1 Zwischen Zwang und Freiheit - der einzelne in der Gesellschaft" (S. 7-31)
"2 Grundfragen politischer Ordnung" (S. 32-73)
"3 Regierungssysteme" (S. 38-53)
"4 Recht und Gesetz ordnen unser Zusammenleben" (S. 54-71)
"5 Wirtschaft und Gesellschaft" (S. 72-107)
"6 Die Bundesrepublik Deutschland" (S. 108-137)
"7 Der Kommunismus" (S. 138-149)
"8 China" (S. 150-154)
"9 Die Deutsche Demokratische Republik" (S. 155-173)
"10 Die Dritte Welt" (S. 174-191)
"11 Den Frieden schaffen und sichern" (S. 192-204)

Die einzelnen Kapitel sind z. T. ausführlich untergliedert. Für unsere Untersuchung interessiert vor allem das Kapitel "Wirtschaft und Gesellschaft", das der Autor Ekkehard Röttgers in sieben Abschnitte gliedert.

"Wirtschaften"
"Der Austausch von Gütern und Leistungen"
"Geld erleichtert den Austausch von Gütern und Leistungen"
"Alles hat seinen Preis"
"Der Mensch in der Wirtschaft"
"Die Rolle des Staates in der Wirtschaft"
"Das Sozialprodukt - die volkswirtschaftliche Gesamtrechnung"

Daneben ist eine Reihe von Abschnitten aus anderen Kapitel für unsere Untersuchung relevant, wie aus Kapitel 1 "Berufe im Wandel", "Soziale Schichtung und Mo-

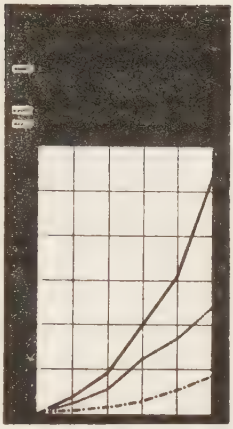
bilität", "Soziale Sicherheit - soziale Gerechtigkeit"; aus Kapitel 4 "Recht und Gerechtigkeit", "Gerichte sprechen Recht"; aus Kapitel 6 "Die politische Ordnung" und "Gesellschaftliche Probleme".
Die Wirtschafts- und Sozialordnung ist demnach nicht im Zusammenhang dargestellt. Verbindungen werden jedoch aufgezeigt.
In einem knappen Vorwort zu den Handreichungen für den Lehrer beschreiben die Autoren eine Grobstruktur ihres didaktischen Ansatzes. Demnach streben sie an, die "Mehrdeutigkeit sozialer Phänomene" erkennbar zu machen und zur "Auseinandersetzung mit kontroversen Positionen" zu befähigen. "Die gegenseitige Bedingtheit und Abhängigkeit möglichst aller gesellschaftlicher Faktoren" soll durchschaubar gemacht werden. Sie wollen "Institutionen und Fakten" anbieten, aber auch Anstöße für "politisches und gesellschaftliches Problembewußtsein" geben.
In den didaktischen Vorüberlegungen zum Kapitel Wirtschaft und Gesellschaft wird vor allem darauf hingewiesen, daß der Wirtschaftskundeunterricht "nicht ausschließlich von der Aktualität her gesehen werden" (S. 30) darf. Die Erfahrungen der Schüler sollen geordnet und ergänzt werden. Von einfacheren wirtschaftlichen Fragestellungen wird zu schwierigen Themen geführt. Dabei sollen Abhängigkeiten aufgezeigt werden.

Das im Zwei-Farben-Druck gehaltene und ansprechend wirkende Buch weist eine klare, übersichtliche Gliederung auf. Die Autoren trennen Informationstexte und Arbeitsmaterialien. Quellen, Tabellen und Schaubilder sind nahezu ausnahmslos mit oranger Farbe unterlegt und heben sich dadurch nicht nur von der Anordnung her ab.

Beispiel:

## 5.5. Der Mensch in der Wirtschaft
### 5.5.1. Um den gerechten Lohn

Im September 1969 kam es in verschiedenen Städten der Bundesrepublik Deutschland zu spontanen Arbeitsniederlegungen, zu „wilden Streiks". Der Bundesminister für Wirtschaft, Karl Schiller, versuchte, die Ursache für diese unerwarteten Aktionen der Arbeiter zu finden: „Wenn die Arbeitnehmer in den Zeitungen lesen, was an Überpreisen für ihre eigenen Produkte, ... zum Beispiel Betonstahl, gezahlt worden ist, und sehen, daß man die Dinge auf der Basis immer noch bestehender, vorzeitig abgeschlossener Lohntarife weiter hat laufen lassen, dann führt das zu Spannungsfeldern in den Betrieben und in der Gesellschaft, und es genügt ein kleiner Anlaß, um Konflikte in einer für den deutschen Politiker und den deutschen Gewerkschaften unbekannten Form zum Ausbruch zu bringen." (Reden zur Wirtschaftspolitik, Bd. 7, Bonn 1970, S. 40)



S. 86

Das Buch weist sich eindeutig als Lehr- und Arbeitsbuch aus.

Bei der Aufbereitung der einzelnen Themen fällt der permanente Bezug zur Realität auf. Fallbeispiele werden nicht nur zum Ausgangspunkt der Überlegungen gemacht, sondern auch häufig zwischen den Texten präsentiert.

Durch Einbeziehung der Erlebniswelt der Schüler wird zudem verstärkt subjektive Betroffenheit erzeugt und damit die Motivation zur Mitarbeit gefördert.

Beispiel:

> "Wirtschaften im Kleinen ... Mein Bruder benötigt ein Bücherregal. Mutter wünscht, daß die Tür zwischen Wohnzimmer und Küche endlich zugemauert wird. Zwei Bedürfnisse, die es zu befriedigen gilt. Wir überlegen und planen gemeinsam und setzen die möglichen Mittel klug ein: Die Spanplatte verschließt von der Küche her die Türöffnung, in die Türnische des Wohnzimmers basteln wir das Regal. So haben wir mit dem geringsten Aufwand den gewünschten Erfolg erzielt" (S. 72).

An zahlreichen Stellen werden wirtschaftspolitische Problemsituationen dargestellt (z. B. Auseinandersetzung um den gerechten Lohn auf S. 87, die unterschiedlichen Standpunkte bei der Verwirklichung von Vermögensbildungsplänen auf S. 89 oder die Ausweitung der Mitbestimmung auf S. 93/95).
Trotz dieser Problemorientierung besteht nicht der Eindruck, dem Autor läge an einer Übertonung divergierender Auffassungen. Es wird auch der Versuch unternommen, die Argumente der jeweiligen anderen Seite mit anzuführen (s. S. 95 "Woher kommen die Konflikte?"). Damit wird auch ein Beitrag zur Konfliktanalyse geleistet. Durch Einbeziehung modellhafter Darstellungen (z. B. Wirtschaftskreislauf, Marktwirtschaft:Planwirtschaft) soll das komplizierte Wirtschaftsgeschehen nachvollziehbar werden.

Das Buch enthält eine Fülle von sehr unterschiedlichem Arbeitsmaterial. Statistiken, Schaubilder, Übersichten (z. B. vom Statistischen Bundesamt oder der Bundesanstalt für Arbeit), Auszüge aus Gesetzestexten (z. B. GG), Presseveröffentlichungen (z. B. aus der Zeit, dem Südkurier,von der Neuen Züricher Zeitung).

Äußerungen von Politikern (z. B. von Bundeskanzler Schmidt), Positionen gesellschaftlich wichtiger Gruppen (DGB, BDA, Evangelische Kirche u.a.), Stellungnahmen von Wissenschaftlern und sonstige Publikationen werden herangezogen.
Fotos und Karikaturen im Wirtschaftsteil hätten den Gesamteindruck, aber auch die Arbeitsmöglichkeiten noch verbessern können.

Mit dem vorliegenden Material können durchaus abwechslungsreich wirtschaftliche Themen erarbeitet werden. Zahlreiche Fragen und Arbeitsaufträge leisten zudem die erforderliche Unterstützung.
Zur Festigung des Grundwissens stellt der Verfasser nach jedem größeren Sachzusammenhang sog. Stichwortreihen vor, die Wesentliches nochmals schlagwortartig nennen und als Lernzielkontrolle fungieren können.

Beispiel zu den Grundsachverhalten des Wirtschaftens:

▶ Produktionsfaktoren: Natur, Arbeit, Kapital - Investition - Produktivität - Produktionsentscheidung - Konsumentscheidung - Handel: Großhandel, Einzelhandel, Binnenhandel, Außenhandel

S. 77

Vor allem interessierte und leistungsstärkere Schüler werden durch weiterführende Informationen und Fragen motiviert, verschiedene Themen noch intensiver - möglichst im Gespräch - zu erörtern.

Beispiel:

● 1. Die Aufgaben und Möglichkeiten der Sozialpartner erschöpfen sich nicht in der Aushandlung von Tarifverträgen. Welche Aufgabengebiete lassen sich noch finden? 2. Verbände sollen die Interessen ihrer Mitglieder vertreten. Wie kann verhindert werden, daß sich die Interessen der Mitglieder von denen der Funktionäre, die die Verbände organisieren und verwalten, unterscheiden? Wie muß hierzu die Arbeit innerhalb des Verbandes organisiert werden? Worin können die Ursachen für mögliche Interessengegensätze innerhalb eines Verbandes liegen? 3. Karl Marx (1818–1883) sagte von der kapitalistischen Gesellschaft, daß in ihr ein Kampf zweier Klassen stattfinde, der Kampf der Klasse des besitzlosen Proletariats gegen die Klasse der besitzenden Bürger. Welche unterschiedlichen Gesellschaftsauffassungen stehen hinter den Begriffen „Klassenkampf" einerseits und „Sozialpartner" andererseits? ■

S. 97

Das Buch ist insgesamt gesehen anspruchsvoll und fordert vom Schüler konzentrierte Arbeit, gleichwohl dürfte es das Leistungsvermögen von Schülern der Sekundarstufe I, insbesondere an weiterführenden Schulen, nicht überfordern.

Nach unserem Eindruck erscheint es hinsichtlich der unterschiedlichen politischen Positionen ausgewogen.

Aufbereitung der Sozialen Marktwirtschaft

Das Kapitel "Wirtschaft und Gesellschaft" wird mit einer breit angelegten Einführung in die Grundsachverhalte der Wirtschaft eingeleitet. Damit ist es möglich, dem Schüler seinem Abstraktionsvermögen entsprechend das Wirtschaftsgeschehen zu vermitteln. Bedürfnisse der Menschen, Knappheit, wirtschaftliches Prinzip, Bedürfnisbefriedigung durch Güter, Produktion, private Haushalte und öffentliche Haushalte stehen als Stichworte für die erste Begegnung der Schüler mit Wirtschaftsfragen. Der Autor geht auch auf den Wandel der Bedürfnisse ein, der von der Wirtschaft eine ständige Anpassung fordert. Er gibt Erläuterungen zu den Produktionsfaktoren und macht die Notwendigkeit der Arbeitsteilung bewußt. Vor- und Nachteile der Arbeitsteilung werden gesehen, wenn er auffordert: "Diskutiert folgende Argumente: Arbeitsteilung spart Zeit, Arbeitsteilung bewirkt höhere Qualität, Arbeitsteilung schafft Abhängigkeiten, Arbeitsteilung ermöglicht Massenproduktion und damit mehr Güter" (S. 74). Ein Schaubild, das den Austausch von Gütern und Leistungen transparent macht, zeigt auch die Doppelrolle des Menschen als Produzent und Konsument. In diesem Zusammenhang wird bereits die Bedeutung des Sparens für Investitionen hervorgehoben. "Der Handel vertreibt die Güter" (S. 77) nennt er einen Teilabschnitt, indem er das engmaschige Netz beschreibt, das als Bindeglied zwischen Produzenten und Verbrauchern fungiert.
Unter der Überschrift "Geld erleichtert den Austausch von Gütern und Leistungen" (S. 78) demonstriert er die Unverzichtbarkeit des Geldes für das Funktionieren einer hochentwickelten Wirtschaft. Am Beispiel der Situation nach dem 2. Weltkrieg wird gezeigt, daß Geld seinen Sinn nur erfüllt, wenn es akzeptiert wird und Güter erstanden

werden können. Davon ausgehend zeigt der Autor die Funktionen des Geldes auf und erklärt das Zustandekommen von inflatorischen und deflatorischen Entwicklungen. Farblich abgesetzt (Materialienteil) bietet er zugleich Informationen über den bargeldlosen Zahlungsverkehr sowie einen Vergleich Einkommensindex - Preisindex an.

Marktwirtschaftlicher Ordnungsrahmen

Folgende Ausgangsfrage wird für heute als entscheidend angesehen: "Wie kann eine gerechte Wirtschaftsordnung erreicht werden, die für alle die freie Entfaltung der Persönlichkeit garantiert" (S. 81/82). Damit hat der Autor bereits ein eindeutiges Plädoyer für eine marktwirtschaftliche, aber auch sozial gebundene Ordnung abgegeben.
Diese grundlegende Aussage wird durch die Schilderung der von der Verfassung garantierten zentralen Freiheitsrechte sowie der Eigentumsgarantie präzisiert. Sie sind ja Voraussetzung für eine Marktwirtschaft.

Das Marktgeschehen, Angebot und Nachfrage, die Preisbildung, den Gleichgewichtspreis (Preiskompromiß) und die Gesichtspunkte der Marktforschung behandelt der Autor sehr detailliert und versteht es auch, auf Probleme einzugehen, die das Wirtschaftsgeschehen mit sich bringen kann (z. B. Preiskonjunktur, schleichende Inflation).
Die Beispiele, mit denen gearbeitet wird, sind geschickt gewählt und für den Schüler durchaus plausibel. Dies gilt auch für die ergänzenden Informationstexte.
Die modellhafte Darstellung des Wirtschaftskreislaufes in einer Marktwirtschaft macht Interdependenzen deutlich und ermöglicht es dem Schüler, Zusammenhänge zu verstehen.

Marktwirtschaftliche Prinzipien gelten nicht uneingeschränkt, denn auch "der Staat kann die Preisbildung beeinflussen" (S. 82). Die Möglichkeit der Festsetzung von Höchst- oder Mindestpreisen wird angedeutet und insbesondere die "Preispolitik" (S. 82) im Bereich der Agrarmärkte näher besprochen. Soziale Marktwirtschaft fordert vom Staat Maßnahmen zur "Erhaltung eines funktionsfähigen Wettbewerbs durch Verbot bzw. Kontrolle marktbeherrschender Unternehmungen (Kartellgesetz) und Schutz der Unternehmer gegen unlauteren Wettbewerb von Konkurrenten" (S. 82). Gerade wegen dieser klaren Aussage zur Notwendigkeit einer Wettbewerbsordnung wäre es durchaus angebracht gewesen, die konkrete Ausgestaltung intensiver zu erörtern. Der Hinweis auf die Kontrollpflicht des Bundeskartellamtes bei Monopolbildungen und die lapidare Erwähnung des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (S. 83) genügen uns nicht.

Der Beitrag zu den Aufgaben und Zielen der Werbung zeigt, daß eine auch durchaus kritische Konsumentenerziehung möglich ist, ohne gleich in einseitige Polemik zu verfallen. Garant für diese Feststellung ist allein schon der hierzu u.a. formulierte Arbeitsauftrag. "Ein häufig gehörter Vorwurf: Werbungskosten verteuern die Waren. Läßt sich dieser Vorwurf belegen? - Ein Gegenargument: Werbung sichert einer Ware Massenabsatz. Sie trägt dazu bei, daß billiger produziert werden kann" (S. 85). Der positive Eindruck der Verbrauchererziehung hätte noch verstärkt werden können, wenn die Rechte des Konsumenten stärker herausgestellt worden wären. Die aufgezeigten zivilrechtlichen Grundlagen (Geschäftsfähigkeit, Vertragswesen) bilden lediglich das Fundament der zahlreichen Ordnungsregeln.

Sozialer Ordnungsrahmen

Die freie wirtschaftliche Betätigung soll nicht zu sozial unerwünschten Ergebnissen führen. "Der Staat macht es sich zur Aufgabe, das freie Spiel der wirtschaftlichen Kräfte aus Gründen des Gemeinwohls, zum Schutz der wirtschaftlich Schwachen zu steuern" (S. 82). Mit dieser Aussage ist der Kern des sozialen Ordnungsrahmens angesprochen.

Auch wenn die Elemente der sozialen Sicherung weitgehend nicht in unmittelbarem Zusammenhang mit Fragen der Wirtschaftsordnung erörtert werden, stellt der Autor die erforderlichen Sachzusammenhänge her. Diesen Zweck erfüllen zunächst Informationen über die Entstehung, Verteilung und Verwendung des Sozialprodukts. Dem Schüler wird vermittelt, daß steigende Ansprüche insgesamt nur durch eine Mehrung des Sozialprodukts erfüllt werden können und alljährlich Verteilungsprobleme von den Politikern zu bewältigen sind. An anderer Stelle schreibt der Autor unter Bezugnahme auf den Wohlfahrtsstaat: "Der Staat hilft allen, aber diese Hilfe ist nur durch direkte oder indirekte Besteuerung aller möglich" (S. 31). Noch deutlicher nennt er die Voraussetzungen sozialpolitischer Gestaltungsmöglichkeiten, wenn er schreibt: "Die materiellen Voraussetzungen für die soziale Sicherheit werden von der Aktivbevölkerung geschaffen, das heißt von der erwerbsfähigen Bevölkerung zwischen etwa 20 und 65 Jahren" (S. 30).

Das Bekenntnis zum sozialen Staat wird in den Abschnitten "Soziale Sicherheit - soziale Gerechtigkeit" (S. 29 ff.) und "Der Mensch in der Wirtschaft" (S. 86 ff.) konkretisiert. Die "Verbesserung der bestehenden Einkommens- und Vermögensverteilung" (S. 82) und die "Schaffung

einer gerechten Arbeits- und Sozialordnung" (S. 82) werden mit als wesentliche Ordnungsaufgaben einer Sozialen Marktwirtschaft gesehen.

Der Autor begnügt sich nicht nur mit einer Auflistung sozialer Hilfsmaßnahmen, sondern sucht auch Gründe für das Sicherheitsbedürfnis der Menschen aufzuzeigen und Verständnis für die Verantwortlichkeit des Menschen für die Mitmenschen zu wecken.
Soziale Gerechtigkeit herzustellen, sieht der Verfasser als Aufgabe des Staates. Die ständige Ausweitung des Sozialbudgets wirft die Frage auf: "Die Bundesrepublik - ein Wohlfahrtsstaat?" (S. 30). Gefahren, die damit verbunden sind, umreißt er in dem Satz: "Hier ertönt der Ruf nach Hilfe von allen Seiten und von allen Gruppen, auch von denen, die sich selbst helfen könnten und müßten" (S. 31).

Für eine tiefergehende Beschäftigung mit dem Thema sollen Überlegungen zu Vor- und Nachteilen von "Möglichkeiten sozialer Sicherung" (S. 31) die Grundlage bilden. Hier kann auch der "Gedanke der Subsidiarität" (S. 31) herausgearbeitet werden.

Sehr deutlich werden die Probleme herausgestellt, die einer gerechteren Vermögensverteilung zugrundeliegen. Als Belege stellt er unterschiedliches Zahlenmaterial vor, das je nach Ausgangslage unterschiedliche Ergebnisse ausweist. Die Notwendigkeit einer breiteren Steuerung des Vermögens wird durch die Aufnahme von drei Stellungnahmen zum Ausdruck gebracht (auch hier ist der Autor auf Ausgewogenheit bedacht). Eine zeitgeschichtliche Betrachtung (ausgehend von der Währungsreform 1948) versucht, Ursachen für die gegenwärtige Situation aufzuzeigen. Dem Schüler wird die Möglichkeit geboten, Alternativen zur Ausweitung der Vermögensbildung kennenzulernen und Unterschiede herauszuarbeiten. Mögliche

politische und soziale Gefahren einseitiger Vermögensverteilung sollen bewußtgemacht werden. Ob es Schülern der Sekundarstufe I allerdings schon möglich ist, zu beurteilen, welcher Vorschlag die geeignete Vermögensbildungsmaßnahme enthält (S. 91), muß bezweifelt werden.

Die im Konzept Sozialer Marktwirtschaft wurzelnden geistigen Grundlagen werden beim Thema Arbeitsordnung besonders offenkundig ("Der Mensch in der Wirtschaft", S. 86 ff.). Hier wird ein realistisches Bild des Arbeitslebens vermittelt. Interessensunterschiede werden nicht verschwiegen, jedoch führt dies nicht zu einer einseitigen Parteiergreifung. Zum lohnpolitischen Ringen wird u.a. geschrieben: "In der Auseinandersetzung um den gerechten Lohn betonen die Arbeitnehmer und ihre Vertreter, daß die Lohnquote gegenüber der Gewinnquote der Unternehmer zu gering sei. Dagegen führen letztere die unternehmerischen Wagnisse an (Markt- und Konjunkturlagen, Fehlplanungen) sowie die Notwendigkeit immer neuer Investitionen, um wettbewerbsfähig zu bleiben, und deshalb fordern sie hohe Gewinne" (S. 87).
Chancen und Risiken sowohl der Arbeitnehmer als auch der Unternehmer werden gleichermaßen angesprochen.
Dem Schüler soll plausibel werden, daß es letztlich allen Menschen besser geht, wenn sie bereit sind, zusammenzuwirken.

Ausgehend von der Ausbeutung der Arbeitnehmer im 19. Jahrhundert bietet der Autor im Abschnitt "Arbeit und Kapital" genaue Informationen über die Tarifverhandlungen und das Zusammenspiel der Sozialpartner einschließlich der im Bedarfsfall einzusetzenden wirtschaftlichen Druckmittel. Es wird offenkundig, daß ihm daran liegt, das Miteinander der beiden Seiten zu zeigen. "Beide sind gesell-

schaftlich (sozial) gleichberechtigte Partner im Wirtschaftsgeschehen" (S. 96).
Durch mehrere Impulse und Fragen versucht er, das Thema zu vertiefen. Unter Hinweis auf die Gedanken von Marx fordert er z. B. die Schüler auf, darüber nachzudenken: "Welche unterschiedlichen Gesellschaftsauffassungen stehen hinter den Begriffen 'Klassenkampf' einerseits und Sozialpartner andererseits" (S. 97).
Das Montan-Mitbestimmungsgesetz und das Betriebsverfassungsgesetz von 1972 und die sich daraus ergebenden Rechte und Pflichten werden besprochen. Erörtert wird auch das Streben der Arbeitnehmervertretungen auf Ausweitung der Mitbestimmungsrechte bis hin zur Parität.
Mit vier Positionen, nach Pro und Contra differenziert, versucht er, unterschiedliche Standpunkte (L. Rosenberg vom DGB, H.M. Schleyer vom BDA, Rat der Evangelischen Kirche und H.J. Abs von der Deutschen Bank) zur Diskussion zu stellen und kontroverses Denken zu fördern.
Der Autor erläutert die Argumente der beiden Seiten nochmals kurz und folgert: "Mitbestimmung steht zwischen Fremd- und Selbstbestimmung, vom Begriff her ist sie geeignet, Konflikte zwischen gleichberechtigt aufeinander angewiesenen gesellschaftlichen Gruppen zu lösen" (S. 95).
Die ordnungspolitischen Notwendigkeiten zur Verringerung der Umweltschäden werden erkannt und in einen größeren Kontext gestellt ("Gefährdete Zukunft? Raumplanung - Verkehrsplanung - Umweltschutz", S. 131 ff.).
An den Beispielen der steigenden Abfallmengen, der Luftverschmutzung und der Wasserverunreinigung dürfte den Schülern das Problem sehr schnell bewußt werden. Der Autor deutet auch erste Ansätze zur Bewältigung der Umweltbeeinträchtigungen an (z. B. Benzinbleigesetz) und macht den Versuch, Schwierigkeiten bei der Kostenrege-

lung aufzuzeigen. Wenngleich damit ein erster Einblick in ökologische Fragen möglich ist, scheinen uns doch die bisherigen Leistungen der Ordnungspolitik (z. B. bei der Abfallbeseitigung, beim Gewässerschutz usw.) nicht hinreichend sichtbar zu werden.

Wirtschaftspolitik

Unter der Überschrift "Die Rolle des Staates in der Wirtschaft" (S. 98) geht der Autor umfassend die Aufgabenfelder der Wirtschaftspolitik an. Da wird die Rolle des Staates als Produzent und Konsument gesehen, einschließlich der daraus resultierenden Wirkungen auf das Wirtschaftsgeschehen.

Die weitgehende Verwirklichung der wirtschaftspolitischen Ziele des Stabilitätsgesetzes sieht er als die Grundlage für einen möglichst großen Wohlstand.
Die Notwendigkeit der Wirtschaftspolitik wird u.a. damit begründet, "daß wirtschaftliche Sicherheit politische Maßnahmen erforderlich macht, weil im freien Spiel der Kräfte der Schwächere dem Stärkeren unterliegt" (S. 100/101). Die Schüler sind aufgefordert, anhand vorausgegangener Informationen herauszufinden, "in welche wirtschaftlichen Bereiche der Staat ordnend und lenkend eingreift" (S. 101). Diskutiert werden die Schwierigkeiten und Folgen, die sich ergeben würden, wenn sich der Staat aus der Wirtschaft heraushielte.

Ziele, Aufgaben und Probleme der Strukturpolibik werden exemplarisch an der Landwirtschaft besprochen. Geschickt integriert der Autor auch die persönlichen und sozialen Gründe, die Strukturpolitik in bestimmten Regionen oder Branchen erforderlich machen. Damit kann er zusätzliches Interesse für das Thema bei den Schülern wecken.

Die "Geld- und Kreditpolitik", "Die Haushaltspolitik des Staates" und damit die Steuerpolitik sowie den Welthandel und die Situation der Zahlungsbilanz betrachtet er als mit beeinflussende Faktoren für die Konjunktur. Die Instrumentarien der Deutschen Bundesbank hinsichtlich der Regelung des Geldumlaufs und die Funktionen einer antizyklischen Haushaltspolitik werden erklärt, wenngleich durch die notwendigerweise knapp gehaltenen Formulierungen Zusammenhänge oft nur schwer sichtbar werden. Besprochen werden auch die Einflüsse des Außenhandels auf die Binnenwirtschaft. Dabei werden wichtige wirtschaftspolitische Begriffe wie Wechselkurs, Aufwertung, Abwertung, Devisen oder importierte Inflation geklärt.
Dem Schüler dürfte es nach Durcharbeitung des einschlägigen Abschnittes möglich sein, den Konjunkturbegriff und die staatlichen Möglichkeiten der Konjunkturbeeinflussung zu verstehen. Außerdem ist ein erster - didaktisch und methodisch gut aufbereiteter - Einblick in die Strukturpolitik vermittelt.

Gesamturteil:

Die Autoren bezeichnen das Buch im Untertitel als "Lehr- und Arbeitsbuch zur Politischen Bildung". Damit haben sie eine treffende Charakterisierung gefunden. Die Elemente eines Arbeits- und eines Lehrbuches halten sich in etwa die Waage. Die farblich und räumlich getrennte Anordnung der Arbeitsmaterialien ist auch optisch gut gelöst.

Über die uns wesentlich erscheinenden Merkmale einer Sozialen Marktwirtschaft wird z. T. ausführlich informiert. Im Mittelpunkt stehen dabei die wirtschaftliche Freiheit durch die Marktwirtschaft und die flankierenden sozialpolitischen Maßnahmen (einschließlich der Wirtschaftspolitik). An mehreren Stellen wird der Bezug zwischen wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit und sozialpolitischer Gestaltungsmöglichkeiten aufgezeigt. Der Schüler soll (und kann) mit dem Buch zu begründeten Urteilen über wirtschafts- und sozialpolitische Fragen geführt werden. Probleme und daraus entstehende Konflikte, die ja dem menschlichen Zusammenleben immanent sind, werden nicht umgangen, sondern es wird häufig der Versuch unternommen, Lösungsmöglichkeiten aufzuzeigen. Damit wird einer wesentlichen Grundlage Sozialer Marktwirtschaft Rechnung getragen, nämlich durch vermehrte Kooperation und geregelte Konfliktaustragung das Wirtschaftsleben auch humaner zu gestalten.
Die Leistungen der Sozialen Marktwirtschaft werden nicht nur durch die entsprechenden Zahlenangaben über das Sozialprodukt und dessen Verteilung auf einen rein materiellen Wohlstand reduziert, sondern die Tendenz des Buches zeigt, daß die Erfolge der Sozialen Marktwirtschaft vor allem im engmaschigen Netz sozialer Sicherheit und im Gerechtigkeitsstreben liegen, und daß jeder

einzelne Mensch als wichtiger Teil des Wirtschaftsgeschehens zu sehen ist. Die Offenheit der Wirtschaftsordnungsidee Soziale Marktwirtschaft für künftige Aufgaben kann - wenn auch nicht ausdrücklich erwähnt - durchaus abgeleitet werden.

Zusammenfassend ist festzuhalten, daß Inhalte und Intentionen der Sozialen Marktwirtschaft mittels des Buches jederzeit von Schülern der Sekundarstufe I gut erarbeitet werden können.

## 2.3.4. Lernfeld Gesellschaft

Allgemeine Daten

Autoren: Grix, Rolf; Knöll, Wilhelm
Verlag: Moritz Diesterweg, Frankfurt
Erscheinungsort/Erscheinungsjahr/Neuauflage: Frankfurt, 1980; 5. Auflage
Format: 18 x 22 cm
Einband: fest gebunden, nicht kartoniert
Umfang: 190 Seiten
Inhaltsverzeichnis: 12 Kapitel, die noch untergliedert sind
Stichwortregister: sehr ausführlich
Namensregister: nicht vorhanden
Fremdwörterverzeichnis: nicht vorhanden, z. T. werden Fremdwörter im Text erläutert
Quellenverzeichnis: liegt für Bilder vor
Hinweise auf weiterführende Literatur: nicht vorhanden
Anschriftenverzeichnis: nicht aufgenommen
Jahrgangsstufen: 7.-10. Schuljahr
Zulassung: Bremen (HS, RS, G), Nordrhein-Westfalen (alle Schultypen), Berlin (alle Schultypen), Hessen (alle Schultypen), Hamburg (HS, RS), Niedersachsen (HS, RS, G)
Lehrerheft: liegt vor
Elternbrief: nicht vorhanden
Vorwort: In der Form eines Interviews zwischen Verfasser und Schüler
Sonstige Hinweise für den Benutzer: Arbeitsheft

Didaktisch-methodische Struktur

"Lernfeld Gesellschaft" ist in folgende 12 Kapitel gegliedert:

"1 Auto" (S. 1-12)
"2 Kriminalität" (S. 13-20)
"3 Wohnen" (S. 21-32)
"4 Fernsehen" (S. 33-53)
"5 Die Alten - eine Randgruppe?" (S. 54-62)
"6 Schule" (S. 64-87)
"7 Sport" (S. 89-100)
"8 Umweltschutz" (S. 102-119)
"9 Entwicklungshilfe" (S. 121-129)
"10 Berufe" (S. 131-153)
"11 Wähler und Gewählte" (S. 155-168)
"12 Das geteilte Deutschland" (S. 170-183).

Rolf Grix und Wilhelm Knöll widmen der Wirtschafts- und Sozialordnung also kein eigenes Kapitel, obwohl sie auch für das Lernfeld Gesellschaft äußerst relevant ist.
Die Kapitel weisen jedoch z. T. bis zu 14 Untergliederungen auf, wo verschiedene Abschnitte Äußerungen zur Wirtschafts- und Sozialordnung erwarten lassen.
In einem Lehrerbegleitband und im Vorwort nennen Grix/Knöll die didaktische Zielsetzung des Buches.
Zunächst versuchen sie, didaktische Schwierigkeiten der Politischen Bildung aufzuzeigen, da "fast jede Aussage in diesem Bereich ein interessengebundenes Politikum ist, selbst die allgemeinste Lernzielformulierung" (S. 3, Lehrerbegleitheft). Sie beklagen die Diskrepanz zwischen Didaktikern und dem Lehrer vor Ort und sehen ein Spannungsverhältnis zwischen Theorie und Praxis. Ein Schulbuch müsse aber beiden gerecht werden.

Für das Unterrichtsbuch "Lernfeld Gesellschaft" formulieren sie folgende für den Schüler erreichbare Ziele:

"- Die Schüler sollen versuchen, von gegeben erscheinenden gesellschaftlichen Sachverhalten Abstand zu gewinnen.
- Dabei sollen sie auch ihre eigene gesellschaftliche Gebundenheit erkennen.
- Diese Reflexion soll helfen, Widersprüche in der Gesellschaft zu erkennen.
- Darüber hinaus soll der jeweils erkannte Sachverhalt bewertet werden mit erlernten, erkannten und wenn möglich kritisch geprüften Normen.
- Von hier aus können Anregungen für politisches Handeln hier und heute oder dort und morgen gewonnen werden" (S. 4, Lehrerbegleitheft).

Nach Auffassung der Verfasser soll der Lehrer seine politische Meinung zu erkennen geben und sie im Unterricht zur Diskussion stellen.
Der Schüler, der im täglichen Leben "Ungleichheit, Unfreiheit, Ungerechtigkeit" (S. 3, Lehrerbegleitheft) erlebt, obwohl z. B. Gleichheit, Freiheit oder Gerechtigkeit propagiert werden, soll Fragen stellen und "etwas in Frage stellen, was vielen selbstverständlich erscheint" (S. VII, Vorwort).
Das Buch soll für den Lehrer Leitfaden sein. Ergänzend soll ein Arbeitsheft eingesetzt werden.
Die Autoren betonen, daß ein Politiklehrbuch nicht alle erforderlichen Themen erfassen kann. Die beispielhafte Themenauswahl gründet auf der "schmalen Basis an thematischer Übereinstimmung in den Bildungsplänen der Bundesländer" (S. 5, Lehrerbegleitheft) und orientiert sich an den angeführten Lernzielen.
Politische Wirklichkeit soll aus unterschiedlichen Blickrichtungen erschlossen werden,z. B. aus der Sicht

der Wirtschaftspolitik (Thema: Auto) oder juristischen Sicht (Themen: Kriminalität oder Wohnen).
Es wird zugestanden, daß wohl "jeder Kollege" irgend etwas ihm Wichtiges vermissen wird. Hierzu wird folgender Grund zitiert, der dann auch die Absichten der Verfasser zeigt:

> "Gibst du einem Mann einen Fisch,
> nährt er sich einmal
> Lehrst du ihn das Fischen,
> nährt er sich das ganze Leben"
>
> (S. 5, Lehrerbegleitheft)

Auf Seite VII des Vorworts betonen die Autoren ausdrücklich, daß sie für die "Benachteiligten" Partei ergreifen wollen, ohne jedoch hinreichend zu definieren oder zu erklären, welchen Personenkreis sie damit konkret meinen. Dem Buch insgesamt liegt offensichtlich ein ausgesprochen emanzipatorischer Ansatz zugrunde.

Hinsichtlich der Darstellung der Elemente der Wirtschafts- und Sozialordnung ist zunächst festzuhalten, daß es selbst für den informierten Leser schwierig ist, Zusammenhänge herzustellen, geschweige denn, sich ein der politischen Realität adäquates Gesamtbild machen zu können. Umso schwerer (um nicht zu sagen unmöglich) wird es für Schüler unserer Altersstufe sein, sich einen für uns akzeptablen Einblick in die Wirtschafts- und Sozialordnung zu verschaffen.

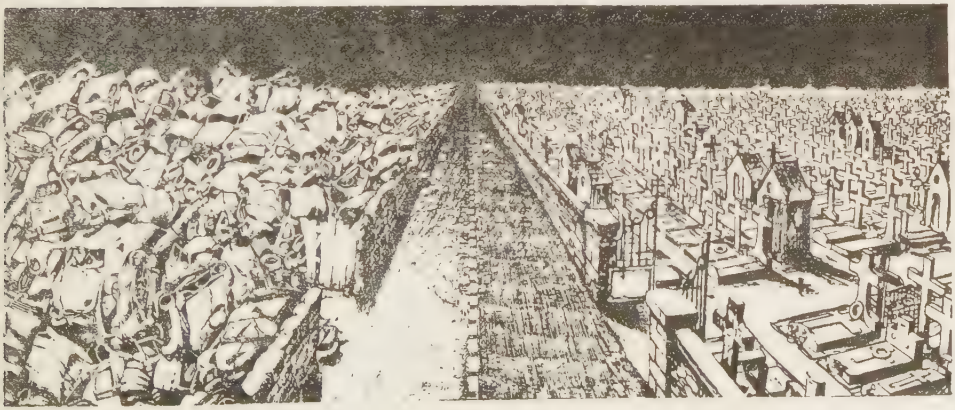
Die Autoren bedienen sich bei der Darstellung der Stoffe der exemplarischen Vorgehensweise. Dies kommt bereits in den didaktischen Erläuterungen zu diesem Buch zum Ausdruck.

Die Autorentexte, aber auch zahlreiche Materialien, werden relativ häufig unter dem Gesichtspunkt ausgewählt, Probleme und Kontroversen sichtbar zu machen.

So schreiben die Verfasser z. B. auf S. 181 nach einigen Informationen über die Aktiengesellschaft: "Wer hat in dem Aufsichtsrat also mehr Einfluß, die Eigentümer oder die Arbeiter und Angestellten? Welches Argument spricht für die starke Position der Eigentümer? Welches Argument spricht für eine Stärkung der Position der Arbeiter und Angestellten? - Kann man bei einer Drittelbesetzung schon von Mitbestimmung sprechen?" (S. 181).
An anderer Stelle wird folgendermaßen formuliert: "Sobald eine Sache einen Gebrauchswert für den Menschen bekommt, wird die Eigentumsfrage strittig ... Man kann von Eigentum - im kleinen wie im großen - nur dann sprechen, wenn es von anderen als Eigentum anerkannt wird ... Wer schützt dein persönliches Eigentum? Wer schützt öffentliches Eigentum?" (S. 174).

Besonders drastisch werden Umweltbeeinträchtigungen problematisiert, z. B. durch ein Zitat von Dr. Eckhold, Bundesanstalt für Gewässerkunde: "Spätestens Ende der siebziger Jahre wälzt sich Deutschlands stolzester Strom als trübe, dampfende Brühe dem Meer zu. Das auf vierzig bis fünfzig Grad erhitzte Rheinwasser verbreitet einen üblen Faulschlammgeruch, Dampfwolken steigen auf, die Uferzonen sind in wallende Nebel getaucht, von der Sonne nur matt durchdrungen" (S. 112).
Es wird vereinzelt versucht, Konflikte nicht nur darzustellen, sondern auch deren Ursachen, Merkmale und Lösungsmöglichkeiten aufzuzeigen.
Grundwissen und weiterführendes Wissen werden in der Regel nicht deutlich sichtbar getrennt.
Gelegentlich werden den Autoren besonders wichtig erscheinende Passagen durch farbliche Absetzung und Kennzeichnung (M) hervorgehoben.

Die Autoren setzen zahlreiche Materialien ein. Von den wirtschaftlich relevanten Gesetzen werden allerdings nur das Grundgesetz und das Bürgerliche Gesetzbuch zitiert.
Ansonsten finden sich Karikaturen (S. 1, 137), Zeichnungen (S. 2), Zitate aus der Literatur, auch aus wissenschaftlichen Publikationen (S. 2), Bilder (S. 6), Übersichten (S. 172), Schaubilder (S. 181), Statistiken (S. 8), grafische Darstellungen (S. 177), Werbeplakate (S. 15), Zitate von Politikern (z. B. von Bundeskanzler Schmidt, S. 14), Auszüge aus Parteiprogrammen (S. 14), Zitate aus den Massenmedien, insbesondere den Presseerzeugnissen, Stellungnahmen von Verbänden (S. 108) oder amtliche Verlautbarungen (z. B. Bundesanstalt für Arbeit, S. 148).
Bei den lernpsychologischen Faktoren fällt das Bemühen der Verfasser auf, die Schüler durch treffende Zeichnungen und Karikaturen für ein bestimmtes Thema betroffen zu machen und sie damit auch für das Unterrichtsgeschehen zu motivieren. Als Beispiel kann wohl diese - natürlich überzogene - Perspektive zur Umweltproblematik stehen.



S. 109

Das Sprachniveau dürfte den Schülern angemessen sein. Fachausdrücke sind nicht immer erklärt (z. B. Produktivität, S. 176). Das in Zweifarbendruck gehaltene Buch ist durch zahlreiches Material durchaus aufgelokkert. Die Verfasser wechseln häufig zwischen den Lehrtexten und den Arbeitsmaterialien. Vor allem die Fragen und Arbeitsaufträge bilden Einschnitte.
Die Gliederung befriedigt nicht; insbesondere bei den für uns interessanten Themen "Berufe" und "Das geteilte Deutschland" würde durch präzisere Einteilung und Zuordnung manches verständlicher (z. B. auf S. 180/181) werden.
Das Buch bietet Grundlagen für Unterrichtsgespräche, fordert zu Diskussionen, zu Gruppenarbeit auf und propagiert immer wieder das Rollenspiel.
Fragen und Arbeitsaufträge, die in jedem Kapitel durchnumeriert sind und optisch hervorstechen, finden sich zu jedem Abschnitt. Sie sind z. T. sehr schwierig (z. B. "Wie kann ein Landwirt unter den schwierigen Umständen unserer Zeit seine Selbständigkeit behalten und rentabel arbeiten?", S. 144). Die Fragen haben teilweise auch den Charakter von Lernzielkontrollen.
Querverbindungen innerhalb des Faches und zu anderen Fächern (z. B. Geschichte, Chemie) zeigen die Autoren vereinzelt auf.

Auch wenn im Buch unterschiedliche Standpunkte zu Wort kommen, bleibt zu vermerken, daß insgesamt im Hinblick auf die Pluralität der Meinungen von einer Ausgewogenheit nicht die Rede sein kann. So dominieren beispielsweise bei den zitierten Presseerzeugnissen eindeutig die "Frankfurter Rundschau" und "Der Spiegel".

Aufbereitung der Sozialen Marktwirtschaft

Eine Einführung in die Grundbegriffe und Grundsachverhalte der Wirtschaft und des Wirtschaftens enthält das Buch nicht.
Gelegentlich werden Teilaspekte, z. B. die Arbeitsteilung oder die Produktion, angesprochen. Auf S. 11 findet sich die Feststellung: "Wir leben in einer arbeitsteiligen Gesellschaft". In dieser arbeitsteiligen Gesellschaft gibt es Produzierende, Händler und Dienstleistende", oder auf S. 147: "Du weißt bereits, was man unter Arbeitsteilung versteht. In einer Gesellschaft ohne Arbeitsteilung gibt es keine Berufe". Es folgt eine kurze Schilderung, daß es bei den Indianern noch keine Arbeitsteilung gab.
Anschließender Arbeitsauftrag: "Zähle in deinem Arbeitsheft mindestens sechs Berufe auf, die die Arbeitsteilung einer im Gegensatz zu den Indianern stehenden Gesellschaftsordnung in einer Stadt im Wilden Westen verdeutlicht" (S. 147).
Zur Produktion wird u.a. geschrieben: "Die Herstellung eines Autos beginnt mit der Bearbeitung vieler Naturprodukte und Bodenschätze. Durch Arbeit, die bei jedem Vorgang geleistet wird, verändert sich das Naturprodukt zum Rohstoff und zum Halbfertigteil. Schließlich kommen zahllose Teile in eine riesige Halle, in der das fertige Auto entsteht" (S. 11).

Damit sind den Möglichkeiten, im Politikunterricht der Sekundarstufe I wirtschafts- und sozialpolitische Tatbestände und Zusammenhänge aufzuzeigen und dem Abstraktionsvermögen der Schüler anzupassen, bereits enge Grenzen gesetzt.

Marktwirtschaftlicher Ordnungsrahmen

Aus dem Inhalt des Buches kann gefolgert werden, daß die Wirtschaft in der Bundesrepublik Deutschland nach marktwirtschaftlichen Prinzipien geordnet ist (s. z. B. S. 181). Dem Schüler wird jedoch keinerlei Möglichkeit geboten, nachzuvollziehen, wie diese Marktwirtschaft funktioniert. Auch die juristischen Voraussetzungen für eine freiheitliche Wirtschaftsordnung sind nicht ausreichend besprochen.
Es genügt uns nicht, wenn lediglich geschrieben wird: "Die Verfügung über Eigentum gehört in der Bundesrepublik zu den verfassungsmäßig geschützten Grundrechten, wie den Rechten auf Glaubensfreiheit, freie Meinungsäußerung, Versammlungsfreiheit, Brief- und Postgeheimnis, Freizügigkeit" (S. 174).

An anderer Stelle ist zu lesen: "Im Grundgesetz heißt es im Artikel 12, 1: Alle Deutschen haben das Recht, Beruf, Arbeitsplatz und Ausbildungsstätte frei zu wählen. Theoretisch sind die Berufswahl und damit der begrenzte Aufstieg frei" (S. 146). Es werden eine Reihe von Schwierigkeiten angeführt, die bei der Berufswahl gelegentlich zu bewältigen sind.
Durch diese Aussage wird nach unserer Auffassung in das Grundrecht der freien Berufswahl mehr hineininterpretiert, als es zu halten in der Lage ist, nämlich, daß niemand gezwungen werden kann, eine bestimmte berufliche Tätigkeit auszuüben.

Die Eigentumsgarantie, insbesondere die Sozialpflichtigkeit des Eigentums, wird erwähnt (S. 144: "An erster Stelle steht die Sozialpflichtigkeit des Eigentums"). Auch diese Interpretation differiert mit der herrschenden Rechtsauffassung.

Auf Fragen der Wettbewerbsordnung und der Beeinträchtigung marktwirtschaftlicher Grundsätze geht das Buch nicht ein.

Sozialer Ordnungsrahmen

Die Autoren konzentrieren ihr Interesse sehr stark auf die Sozialbindung des Eigentums und vernachlässigen dabei Sinn und Zweck der staatlichen Eigentumsgewährleistung in einem freiheitlichen Staat.

Wenngleich an einer Stelle Art. 20 Abs. 1 GG zitiert (S. 142) und damit das Bekenntnis zum sozialen Staat vermittelt wird, ist doch die Ausgestaltung des Sozialstaatspostulats zu lückenhaft wiedergegeben, und zudem werden auch keine Zusammenhänge zwischen der wirtschaftlichen und sozialen Ordnung sichtbar.

Brauchbare Informationen sind am ehesten noch über Inhalte des Arbeitsförderungsgesetzes und des Bundesausbildungsförderungsgesetzes zu erlangen. Dagegen werden die Leistungen nach dem Bundessozialhilfegesetz mit dem Satz abgehandelt: "Die Sozialhilfe, vorrangig von den Sozialämtern geleistet, befaßt sich mit allgemeiner wirtschaftlicher Hilfe, der Gefährdetenfürsorge und ähnlichen Aufgaben" (S. 148). Ebenso spärlich sind die Ausführungen zur Rentenversicherung. Den Schülern wird folgender - zu schwierige - Auftrag erteilt: "Formuliere einige Fragen über die Folgen der flexiblen Altersgrenze und richte sie an a) die Allgemeine Ortskrankenkasse, b) das Sozialamt, c) den DGB-Kreisausschuß" (S. 60). Die Autoren fahren fort: "Dabei muß bedacht werden, daß alle Menschen ein Recht auf ein sorgenfreies Leben im Alter haben sollen. Die Fragen an die drei genannten Behörden müssen sich deshalb auch mit der Finanzierung der Altersversorgung befassen" (S. 60).

Auch die Ausführungen zur Arbeitsordnung können uns keineswegs befriedigen. Da werden zwar durchaus wichtige Teilaspekte des Arbeitslebens erörtert, aber den eigentlichen Ordnungselementen wird zu wenig Aufmerksamkeit geschenkt. Beim Leser erhebt sich zudem zwangsläufig der Eindruck, die Autoren seien meist darauf bedacht, die staatliche Ordnung der Bundesrepublik Deutschland auf Schwachstellen abzuklopfen.
Diskutiert werden Probleme der Arbeitswelt mittels Lehrtext und Bildern (z. B. von Arbeiterinnen am Fließband). Die Autoren bringen umfangreichere Ausführungen über die Rechtsstellung als Beamter, Angestellter und Arbeiter.
Nach einem historischen Überblick (ausgehend von der Französischen Revolution) über die Arbeiterbewegung finden sich einige Informationen über die Entwicklung der Gewerkschaften und der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Bekannte Namen wie die der Geistlichen Wichern, Ketteler und Kolping werden angeführt.
Die folgenden zwei Zitate scheinen uns zu Fragen der Arbeitsordnung noch am aussagekräftigsten: "Seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges haben die organisierten Arbeiter und Angestellten in der Bundesrepublik Deutschland zahlreiche Rechte erstritten, die ihnen im Vergleich zu früheren Zeiten und anderen westlichen Ländern eine Anzahl von entscheidenden Verbesserungen ihrer Lebens- und Arbeitsbedingungen brachten. Dazu gehören das Betriebsverfassungsgesetz, die Arbeitsgerichtsbarkeit, die Mitbestimmung in Großbetrieben und zahlreiche tarifvertragliche Vereinbarungen. Tarifverträge über die Verkürzung der durchschnittlichen Arbeitszeit von 48 auf 40 Stunden in der Woche und über die Verlängerung des Jahresurlaubs sollen hier als Beispiele genügen" (S. 139) ... "Festgelegt sind die Bestimmungen

zur Mitbestimmung über soziale Fragen in dem Betriebsverfassungsgesetz von 1972. Die Gewerkschaften erstreben eine Veränderung des Betriebsverfassungsgesetzes zugunsten der paritätischen Mitbestimmung wie in der Montanindustrie. Die privaten Eigentümer und ihre Vertreter befürchten, daß durch die paritätische Mitbestimmung ihre Verfügungsgewalt eingeschränkt wird" (S. 181).

Im Modell wird noch die paritätische Mitbestimmung in der Montanindustrie und das Mitbestimmungsgesetz von 1976 demonstriert. Es erscheint nicht sonderlich glücklich, dieses Thema unter dem Kapitel "Das geteilte Deutschland" zu präsentieren, da doch gewisse wirtschaftliche Sachzusammenhänge nicht aufgezeigt werden konnten. Der Schüler wird hier erhebliche Orientierungsschwierigkeiten haben. Die Autoren beschäftigen sich mit der Lehrstellensituation und deuten auch den Aufgabenkatalog des Arbeitsamtes an. Der Leser kann sich auch über die wichtigsten Inhalte des Berufsausbildungsvertrags informieren, wobei die Situation der Auszubildenden kritisch betrachtet wird (S. 152).

Auf die Notwendigkeit der Kooperation zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern gehen die Autoren nicht ein. Es sind auch keine Äußerungen ausfindig zu machen, aus denen Rückschlüsse auf die allgemeine Beurteilung des Unternehmens gezogen werden könnten. Die Notwendigkeit der Gewinnerzielung wird aber offensichtlich bejaht: "Der Betrieb muß mehr für die produzierten Waren bekommen, als er für Löhne, Rohstoffe und andere Produktionskosten ausgibt" (S. 180).
Die wirtschaftliche und politische Aufgabe des Umweltschutzes ist den Verfassern ein großes Anliegen. Über 17 Seiten widmen sie diesem Themen-Komplex. Trotz gelegentlich überzogener Dramatisierung, insbesondere

durch aufgenommene Materialien, bietet die Zusammenstellung wertvolle Informationen, fördert das Problembewußtsein und regt sicherlich auch die Bereitschaft des einzelnen (des Schülers und des Lehrers) an, einen eigenen Beitrag zum Umweltschutz zu leisten.
Umweltbeeinträchtigungen werden aufgezeigt, vor allem die Luftverschmutzung,durch Industrie und Gewerbe, durch Kraftfahrzeuge oder durch Heizanlagen sowie die Verschmutzung der Gewässer. Die Abfallbeseitigung und auch die Lärmbelästigung werden ausführlich diskutiert.

Die Autoren zeigen auf, daß der Staat durch rechtliche Regelungen durchaus Erfolge erzielen kann. Es werden auch die Schwierigkeiten genannt, die im Vorfeld des Gesetzesbeschlusses zu bewältigen sind. Unterschiedliche Interessen, Kompetenzschwierigkeiten, internationale Kooperation, Kosten des Umweltschutzes, Verursacherprinzip werden angesprochen.
Was dann konkret von jedem einzelnen geleistet werden kann, bietet eine umfangreiche Zusammenstellung aus der "Zeit".
Aber auch die Politiker werden aufgefordert, sich diesen Fragen stärker anzunehmen.
Dieser Abschnitt scheint uns durchaus geeignet, dem Schüler einen brauchbaren Einblick in das wirtschafts- und sozialpolitische Problem des Umweltschutzes zu bieten.

Wirtschaftspolitik

Zu staatlichen Möglichkeiten, den Wirtschaftsprozeß zu beeinflussen, äußern sich die Autoren nicht.

Gesamturteil:

Das Lehr- und Arbeitsbuch "Lernfeld Gesellschaft" zielt auf Emanzipation der "Benachteiligten", ohne daß jedoch der damit gemeinte Adressatenkreis genau beschrieben wird. Diesem Ziel entsprechend sind die Inhalte ausgewählt und aufbereitet. Die wirtschaftspolitische Konzeption Soziale Marktwirtschaft einschließlich der damit erzielten Erfolge für die Menschen können anhand des Buches aus mehreren Gründen nicht erfaßt werden. Da ist zunächst nicht ausgeführt, unter welchen Bedingungen eine Marktwirtschaft funktioniert und was zur Aufrechterhaltung dieser Ordnung unternommen werden muß. Der Leitgedanke der Ordnungsidee Soziale Marktwirtschaft, nämlich die wirtschaftliche Freiheit mit einem System der sozialen Gerechtigkeit zu koppeln, wird ebenfalls nicht ersichtlich, auch wenn vereinzelt Maßnahmen zur sozialen Sicherheit genannt sind. Auch wenn an verschiedenen Stellen zum Ausdruck kommt, daß in den vergangenen Jahrzehnten die Nichtselbständigen im Arbeitsleben ihre Stellung wesentlich verbessern konnten, wird jedoch "der Geist" Sozialer Marktwirtschaft, nämlich trotz unterschiedlicher Interessenlage Arbeitnehmer und Arbeitgeber näher zusammenzuführen, nicht ersichtlich.
Zu den Möglichkeiten der staatlichen Wirtschaftspolitik äußern sich die Autoren überhaupt nicht.
Bleibt abschließend festzustellen, daß das Wirtschaftssystem der DDR präziser beschrieben ist als das der Bundesrepublik Deutschland und eigentlich auch eine positivere Bewertung vermittelt wird.

## 2.3.5. Politik Wirtschaft Gesellschaft

Allgemeine Daten

Autoren: Grosser, Dieter (Herausgeber); Andersen, Uwe; Fehl, Peter; Höfer, Heinrich; Kempf, Udo; Koschig, Manfred; Krüger, Gerd; Oberreuter, Heinrich; Operschowski, Horst; Schünemann, Hans; Senkpiel, Peter; Tibken, Hans-Jürgen; Tillmann, Walter; Vogt, Irmgard; Witte, Manfred

Verlag: Georg Westermann Verlag, Braunschweig

Erscheinungsort/Erscheinungsjahr/Neuauflage: Braunschweig, 1979

Format: 30 x 21 cm

Einband: fest, nicht kartoniert

Umfang: 200 Seiten

Inhaltsverzeichnis: 16 Kapitel, die zusätzlich untergliedert sind

Stichwortregister: relativ ausführlich

Namensregister: nicht aufgenommen

Fremdwörterverzeichnis: nicht aufgenommen

Quellenverzeichnis: liegt für Bilder vor

Hinweise auf weiterführende Literatur: keine

Anschriftenverzeichnis: nicht enthalten

Jahrgangsstufen: 7.-10. Jahrgang

Zulassung: Nordrhein-Westfalen (alle Schultypen)

Lehrerheft: liegt nicht vor

Elternbrief: liegt nicht vor

Vorwort: Autoren und Verlag stellen das Buch vor

Sonstige Hinweise für den Benutzer: Praktische Hinweise sollen die Arbeit mit dem Buch erleichtern (S. 4)

Didaktisch-methodische Struktur

Das Schulbuch "Politik Wirtschaft Gesellschaft" hebt sich allein schon des äußeren Rahmens wegen (DIN A 4 Format) von anderen Schulbüchern ab.
Beim "ersten Blättern" fällt zudem die außergewöhnlich farbenprächtige Aufmachung angenehm auf. Der Leser ist geneigt, allein schon deswegen auch inhaltlich besondere Erwartungen zu stellen.

Folgende Grobgliederung ist ausgewiesen:

"Familie" (S. 5-14)
"Schule" (S. 15-26)
"Freizeit" (S. 27-42)
"Umwelt" (S. 43-58)
"Vorurteile" (S. 59-64)
"Massenmedien" (S. 65-76)
"Arbeitnehmer" (S. 77-88)
"Gemeinde" (S. 89-98)
"Demokratie" (S. 99-112)
"Rechtsstaat" (S. 113-119)
"Sozialstaat" (S. 120-134)
"Wirtschaft" (S. 135-148)
"DDR" (S. 149-162)
"EG" (S. 163-172)
"Entwicklungsländer" (S. 173-186)
"Frieden" (S. 187-198)

Für unsere Untersuchung kommen vorrangig in Betracht die Kapitel "Wirtschaft" (Untergliederungen: "Marktwirtschaft und Zentralverwaltungswirtschaft", "Marktmacht", "Werbung und Verbraucher", "Ursachen der Arbeitslosigkeit", "Soziale Marktwirtschaft im Streit der Meinungen"),

"Sozialstaat" (Untergliederungen: "Gleiche Chancen für alle - aber wie?"; "Armut in Deutschland";"Das Netz der sozialen Sicherheit"; "Arbeitslosigkeit früher und heute"; "Ausbildungsbeihilfen"),

"EG" (Untergliederungen: "Staaten in Europa schließen sich zusammen"; "Erfolge und Mißerfolge der EG"; "Wer bestimmt in der EG?"; "Die Zukunft der EG") und

"Arbeitnehmer" (Untergliederungen: "Gewerkschaften: Vereint sind Arbeitnehmer stark"; "Das regelt der Tarifvertrag"; "Ein neuer Tarifvertrag wird ausgehandelt"; "Der Betriebsrat"; "Gleicher Lohn für gleiche Arbeit").

Ergänzend werden die Kapitel "Umwelt", "Rechtsstaat", "DDR" und "Freizeit" herangezogen.

Die Gliederung zeigt die Absicht der Autoren, möglichst viele Aufgabenfelder der Politik anzusprechen.

Über 50 Seiten sind wirtschafts- und sozialpolitisch bedeutsamen Themen gewidmet.
Die didaktischen Auswahlkriterien orientieren sich an den Zielen, die Jugend an die Politik heranzuführen, Interesse für Politik zu wecken, von der Notwendigkeit des politischen Engagements und der Interessenvertretung zu überzeugen sowie die begründete Urteilsfähigkeit über Politik zu fördern (s. Vorwort, S. 4).

Die Autoren präsentieren als Einstieg einen Text, der drucktechnisch hervorgehoben ist, oder eine bzw. mehrere Abbildungen. Es schließt sich ein Informationsteil mit zahlreichem Material und Texten der Verfasser an.

Arbeitsaufträge sollen die Lerninhalte zugänglich machen. Besonders schwierige Arbeitsaufträge kennzeichnen die Autoren mit "D" (für Differenzierung).

Die Themenbereiche der Sozialen Marktwirtschaft sind nicht ausschließlich in unmittelbarem Zusammenhang dargestellt, jedoch sind Verflechtungen hinreichend aufgezeigt.
Bei der stofflichen Aufbereitung wählen die Autoren exemplarisch aus. Der sachlich notwendige Zusammenhang geht jedoch dabei nicht verloren. Dies wird vor allem bei der Beschreibung des Marktgeschehens ersichtlich (S. 137 ff.).
Am Beispiel der Arbeitslosigkeit (S. 143) wird die Notwendigkeit staatlichen Eingreifens in die Wirtschaft demonstriert, und zugleich werden dem Staat zur Verfügung stehende Instrumentarien besprochen. Der Autor versteht es, dabei andere wirtschaftliche Ziele, wie Wirtschaftswachstum oder Geldwertstabilität, mit einzuführen.
Die Ausbildungsbeihilfen als ein Zweig der vielen staatlichen Sozialleistungen werden ausführlich - wohl auch aus lernpsychologischen Gründen - behandelt. An diesem Beispiel werden der grundsätzliche Anspruch, der Antragsweg zur Erlangung der Hilfe und Probleme besprochen, die sich mit dem BAFöG ergeben ("Studenten fühlen sich von Bonn betrogen", S. 134).
Aktuelle Problemsituationen dienen häufig als Ausgangspunkt für die Darbietung der Lerngegenstände (z. B. Situation des Arbeitsmarktes Mitte der 70er Jahre).

Kontroverse Positionen stellt der Autor z. B. beim Abschnitt "Soziale Marktwirtschaft im Streit der Meinungen" (S. 147) gegenüber:

**In den politischen Auseinandersetzungen über soziale Gerechtigkeit werden immer wieder zwei grundsätzliche Standpunkte deutlich:**

**– Für die einen bedeutet soziale Gerechtigkeit so viel wirtschaftliche Gleichheit wie irgend möglich. Die Einkommensunterschiede sollen nach dieser Auffassung möglichst gering sein; jedenfalls nicht größer, als es notwendig ist, um die Menschen zur Ausführung unangenehmer oder schwieriger Arbeiten zu bewegen.**
**– Für die anderen bedeutet soziale Gerechtigkeit Berücksichtigung der unterschiedlichen Leistung der einzelnen: wer viel leistet, soll viel verdienen, wer wenig leistet, soll mit weniger zufrieden sein. Jeder soll allerdings frei von materieller Not sein: ausreichende Ernährung, Wohnung, Ausbildung müßten jedem garantiert sein; denn eine reiche Gesellschaft wie die der Bundesrepublik Deutschland sei nur sozial gerecht, wenn auch die leistungsunfähigen oder leistungsschwachen Bürger die Möglichkeit zu einem menschenwürdigen Dasein hätten.**

Trotz der Aufnahme zahlreicher strittiger Standpunkte aus dem Wirtschaftsleben besteht nicht der Eindruck, die Autoren würden Konflikte überbetonen oder gar darauf abzielen, einseitig Konfliktsituationen zu besprechen.
An zahlreichen Stellen zeigen die Verfasser Ursachen von wirtschaftspolitischen Problemen auf (z. B. auf S. 144 "Versuche, Ursachen der Arbeitslosigkeit zu finden").
Modellhafte Darstellungen, z. B. die Preisbildung auf Märkten, sollen die Wirtschaft für den Schüler leichter nachvollziehbar machen.

Die Texte der Autoren sind mit außergewöhnlich vielfältigen Materialien ergänzt, die nicht nur deren Aussagen belegen sollen, sondern ein weiteres Eindringen in die jeweilige Materie ermöglichen.
Es finden sich z. B. Auszüge aus dem Grundgesetz, dem Betriebsverfassungsgesetz, der Satzung der Deutschen-Angestellten-Gewerkschaft, aus einem Rahmentarifvertrag

oder aus historischen Quellen, wie der Allgemeinen Preußischen Gewerbeordnung von 1845.
Veröffentlichungen von am Wirtschaftsleben partizipierenden Gruppen (Aktionsprogramme des DGB, Mitgliederzahlen des DGB, Schreiben der IG Chemie-Papier-Keramik) sind ebenfalls aufgenommen.
Aus verschiedenen Presseorganen (Süddeutsche Zeitung, Zevener Zeitung, Bild am Sonntag, Zeit, Handelsblatt, Spiegel) sind Berichte wiedergegeben.
Vereinzelt bieten Stellungnahmen der Fachwelt (z. B. Sachverständigenrat) ergänzende Informationen.
Zahlreiche Tabellen (z. B. Pkw-Zulassungen in der Bundesrepublik), Schaubilder (z. B. "Das Netz der sozialen Sicherheit"), grafische Darstellungen (z. B. Marktgeschehen), Übersichten (z. B. Ausgaben des Bundes 1978 für das Netz der sozialen Sicherheit) bieten zusätzliche Informationen, sorgen für Abwechslung und können als Arbeitsgrundlage dienen.
Das Buch ist mit auffallend vielen Bildern und Karikaturen bereichert. Der Schüler wird durch das Buch schrittweise in die Grundsachverhalte der Wirtschaft eingeführt und mit der Notwendigkeit staatlicher Ordnungsmaßnahmen vertraut gemacht. Darauf aufbauend werden Problembereiche (Marktmacht, Arbeitslosigkeit) behandelt. Diese Vorgehensweise scheint durchaus schülergemäß zu sein. Die Verfasser bemühen sich, die Schüler subjektiv betroffen zu machen und sie dadurch verstärkt zu motivieren. Situationen, die heute oder morgen auch Schüler berühren können, dienen als Unterstützung.

Beispiel:

> "Franz Becker ist 17 Jahre, ungelernter Arbeiter. Er war bei der Baufirma Werner & Co. beschäftigt und hatte zu seinem Schrecken am 25.2.1978 erfahren, daß

seine Firma Konkurs angemeldet hatte. Ihm und seinen vom Konkurs betroffenen Mitarbeitern konnte der Lohn nicht mehr ausgezahlt werden. Wenige Tage nach dem 25.2. findet sich Franz Becker auf dem Arbeitsamt ein, ihm gegenüber ein Sachbearbeiter.
Franz, nervös den Sachbearbeiter des Arbeitsamtes betrachtend: "Meine Firma hat nun Konkurs angemeldet, und ich bin jetzt der Dumme! Meinen letzten Monatslohn kann ich in die Röhre schreiben, da hab' ich ganz umsonst gearbeitet! Hier müßte sich der Staat drum kümmern und so etwas nicht zulassen! Jetzt gibt es eben einen jugendlichen Arbeitslosen mehr! Können Sie mir nicht bald einen neuen Job besorgen, ich hab' mein Motorrad noch nicht ganz bezahlt!" (S. 130).

Gesichtspunkte der Anschaulichkeit werden stark betont. Mit einem großen Farbbild wird jeweils auf die einzelnen Kapitel eingestimmt. Die Aufmachung des Buches hebt sich allein schon durch die zahlreichen Farbbilder bzw. farblich unterlegten Darstellungen von anderen Büchern ab. Die Anordnung und Gliederung der Stoffe scheint durchaus verbesserungsfähig, da zum Teil durch überlange Autorentexte (z. B. auf den Seiten 138, 139) die Übersicht - zumindest für Schüler - verlorengehen dürfte. Zwischen Texten der Verfasser und den hinzugezogenen Materialien wird gewechselt. Gelungen scheint diesbezüglich vor allem der Abschnitt "Ein neuer Tarifvertrag wird ausgehandelt" (S. 82).

Die Autoren betonen in den Hinweisen für die Benutzer des Buches, daß sie nur selten Vorschläge zu Einzel-, Partner- oder Gruppenarbeit machen.
Gleichwohl läßt das Buch - bei etwas Geschick des Lehrers - unterschiedliche Einsatzmöglichkeiten zu.
Zu allen Teilbereichen formulieren die Verfasser um-

fangreiche Arbeitsaufträge mit unterschiedlichen Schwierigkeitsgraden. Sie sollen dem Schüler vor allem aus unterschiedlichen Blickrichtungen Zugang zum Thema verschaffen.

Gelegentlich finden sich Querverbindungen innerhalb des Faches, aber auch zu anderen Fächern, vor allem zur Geschichte.

Den Autoren war es offensichtlich ein großes Anliegen, unterschiedliche Standpunkte zu den politischen Themen deutlich zu machen. Diese Absicht wurde weitgehend durchgehalten. Die von ihnen verfaßten Texte und die herangezogenen Materialien sind hinsichtlich parteipolitischer Positionen, der bedeutsamen Interessengruppen und der Presseerzeugnisse ausgewogen.

Nach unserem Eindruck erweist sich das mit umfangreichen Informationen ausgestattete Buch als sehr anspruchsvoll und dürfte Schüler der Sekundarstufe I - soweit sie nicht weiterführende Schulen besuchen - sehr fordern.

Aufbereitung der Sozialen Marktwirtschaft

Mit einem großem Farbbild eines Wochenmarktes beginnt das Kapitel Wirtschaft. Damit wird den Schülern sehr plastisch demonstriert, wie auch sie der Wirtschaft schon oft - vielleicht unbewußt - begegnet sind. Ausführlich und zusammenhängend wird in die Grundsachverhalte der Wirtschaft eingeführt. Einen ersten Einblick in die Notwendigkeit des Wirtschaftens vermittelt der "Stammbaum eines Mofas" (S. 136 ff.). An diesem für Schüler der Sekundarstufe I sehr brauchbaren Beispiel kann vor allem die Phase der Produktion und des Absatzes nachvollzogen werden.

Marktwirtschaftlicher Ordnungsrahmen

Der Verfasser skizziert die Wirtschaft "als riesiges Zahnräderwerk" (S. 136) und stellt die wichtige Frage: "Wer bringt Ordnung in das ganze Geschehen?" (S. 136).

In anderem Zusammenhang wird bereits auf die auch für das Wirtschaftsleben geltenden Freiheitsrechte und die Eigentumsgarantie hingewiesen und insoweit auch zum rechtlichen Rahmen für die Wirtschaftsordnung Stellung bezogen.

"Preise steuern die Wirtschaft" überschreibt der Autor die umfangreichen Ausführungen über den Koordinationsmechanismus Markt. Systematisch und sehr verständlich werden das Marktgeschehen, Reaktionen der Anbieter und Nachfrager sowie die Bildung des Marktpreises verbal und grafisch erläutert. Das Verhalten der Marktteilnehmer am Beispiel eines Taschenrechners zu erklären, erscheint zudem für Schüler sehr treffend.
Der Autor vertieft die Thematik, wenn er aufzeigt, wie

Veränderungen der Angebotskurve zu einem neuen Marktpreis führen. Vom konkreten Beispiel wird der Übergang zu allgemeinen Grundsätzen mit der Feststellung vollzogen: "Überall, wo sich Anbieter und Nachfrager begegnen, sprechen wir von einem Markt" (S. 138).

Zentrale Anliegen der marktwirtschaftlichen Ordnung in der Bundesrepublik Deutschland formuliert der Verfasser mit den Sätzen: "Die Wünsche und Kaufmöglichkeiten der Verbraucher bestimmen also das gesamte Wirtschaftsgeschehen. Man könnte von einer Verbraucherwirtschaft sprechen. Doch werden die Verbraucherwünsche auf jedem Markt mit den Herstellermöglichkeiten verglichen. Aus dem Vergleich von Verbraucherwünschen und Kaufmöglichkeiten und den Kosten der Anbieter andererseits auf jedem Markt ergibt sich, was passiert. Darum spricht man von der Marktwirtschaft. Die Wirtschaft wird durch die Preisbildung auf den Märkten gesteuert ... Die Marktwirtschaft bewirkt also, daß sich viele Menschen überlegen, wie die Waren noch billiger hergestellt werden können und für welche neuen Waren der Verbraucher ein Interesse haben könnte" (S. 138/139).
Das Modellhafte der Darstellung des Marktgeschehens hätte jedoch für den Schüler deutlicher herausgestellt werden müssen.

Die Funktion und Bedeutung des Wettbewerbs in einer Marktwirtschaft werden hervorgehoben, z. B. auf S. 139, wenn der Autor feststellt: "Damit aber die Marktwirtschaft für den Verbraucher vorteilhaft ist, müssen in jedem einzelnen Markt mehrere Anbieter vorhanden sein, die im Wettbewerb um die Verbraucher stehen. Nur der Wettbewerb zwingt die Hersteller, möglichst gute Ware möglichst billig zu produzieren. Wettbewerb ist den Herstellern daher unbequem" (S. 139).

Der Verfasser sieht die Beeinträchtigung des Wettbewerbsprinzips durch Kartelle und Konzentrationen zurecht als einen Angriffspunkt gegen die marktwirtschaftliche Ordnung. Er fordert deswegen staatliche Maßnahmen, "daß der Wettbewerb erhalten bleibt" (S. 139).

Der Autor begnügt sich nicht damit, es bei dieser pauschalen Forderung zu belassen, sondern zeigt Elemente der Wettbewerbsordnung auf und verschweigt auch nicht die Schwierigkeiten, die die Durchsetzung mit sich bringt.
"Müssen sich die Unternehmer wirklich nach den Verbrauchern richten? Oder ist es so, daß der Wettbewerb der Unternehmen um die Gunst der Verbraucher durch Kartelle und Firmenzusammenschlüsse immer mehr eingeschränkt wird?" (S. 140). Unter Zugrundelegung dieser Ausgangsfragen werden der Trend zur Kartellbildung, die Probleme der Überwachung trotz des grundsätzlichen Verbots, Ausnahmeregelungen und die Fusionskontrolle nach dem Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen erörtert. Die Autorentexte sind mit Presseausschnitten zur Arbeit des Bundeskartellamtes oder einer Zusammenstellung der drei größten Unternehmen verschiedener Industriegruppen angereichert und bekommen dadurch zusätzliche Praxisnähe. Arbeitsaufträge sollen den Zugang erleichtern und zur vertieften Beschäftigung mit diesem Thema anregen.
Zu begrüßen ist, daß die Schüler auch aufgefordert werden, Wettbewerbsprobleme an Hand der Meldungen der Massenmedien zu verfolgen.
Aspekte der Werbung (Gefahren und Chancen) in einer Wettbewerbswirtschaft werden gegenübergestellt und dem Schüler verdeutlicht, wann von "Suggestivwerbung" und wann von "informativer Werbung" (S. 142) gesprochen werden kann. Auch hier überzeugt wieder der unmittelbare Be-

zug zur Praxis, der nicht nur in den Informationen, sondern auch in den Arbeitsaufträgen zum Ausdruck kommt. Das Verbot des unlauteren Wettbewerbs soll der folgende Arbeitsauftrag sichtbar machen: "In der Bundesrepublik Deutschland ist die vergleichende Werbung verboten, es darf also eine Firma nicht ausdrücklich mit den Vorteilen ihres Erzeugnisses gegenüber den Erzeugnissen anderer Firmen oder mit deren Nachteilen gegenüber den eigenen Erzeugnissen werben. Diskutiert Vor- und Nachteile dieser Regelung!" (S. 142).

Im Rahmen der ausführlichen Darlegungen der "Erfolge und Mißerfolge der EG" kommen auch die Beeinträchtigungen marktwirtschaftlicher Grundsätze auf Agrarmärkten zur Sprache (S. 167 ff.). Abschließend sei noch darauf hingewiesen, daß die Darstellung der Phase der erstmaligen politischen Durchsetzung der Sozialen Marktwirtschaft vernachlässigt wird.

Sozialer Ordnungsrahmen

Der Autor skizziert in knappen Worten "Soziale Marktwirtschaft in der Bundesrepublik Deutschland" (S. 139) und stellt fest, daß der Staat sozial nicht erwünschte Ergebnisse der Marktwirtschaft auszugleichen hat. Im einzelnen nennt er in diesem Zusammenhang den Ausbau der Sozialversicherung, den Schutz vor materieller Not und die Verhinderung von Arbeitslosigkeit. Mit diesen Aussagen wird eigentlich bereits ein wesentliches Prinzip Sozialer Marktwirtschaft aufgezeigt, nämlich die Zusammengehörigkeit von wirtschaftlicher Freiheit und sozialer Gerechtigkeit.

An mehreren Stellen wird dem Schüler vermittelt, daß die Möglichkeiten des Sozialstaates entscheidend von der wirtschaftlichen Entwicklung abhängig sind (z. B. S. 148).

Mit einigen grundsätzlichen Ausführungen zur Situation der Chancengleichheit in der Bundesrepublik Deutschland und dem Problem einer weitergehenden Verwirklichung dieses Gedankens leitet der Autor das Kapitel "Sozialstaat" ein. An einigen Beispielen schildert er, daß es auch noch in der Bundesrepublik Deutschland Armut gibt, aber durch das Sozialstaatsgebot und die einschlägigen Sozialgesetze, insbesondere das Sozialhilfegesetz, der Sturz in den materiellen Abgrund verhindert wird. Hervorgehoben wird die Hilfsbedürftigkeit von Randgruppen der Gesellschaft. Er nennt vor allem die Nichtseßhaften und die Behinderten. Die Nachrangigkeit der Sozialhilfeleistungen kommt zum Ausdruck, wenn er äußert, daß sie erst bei Nichtgreifen anderer Hilfen einsetzt.

Das "Netz der sozialen Sicherheit" (S. 127) soll die Vielfalt sozialstaatlicher Hilfen demonstrieren. Die Arbeitslosenversicherung, die Unfallversicherung, die Krankenversicherung und die Rentenversicherung als die grundlegenden Säulen der Versicherungen gegen Beschäftigungs- und Gesundheitsrisiken, aber auch andere Sozialleistungen (z. B. Kindergeld, Wohngeld) zeigen die gewaltigen Anstrengungen, um materielle Not abzubauen bzw. zu lindern. Die Ausführungen sind aber auch von dem Gedanken geprägt, daß Soziale Marktwirtschaft nicht nur materielle Hilfe zum Ziele hat, sondern das menschliche Zusammenleben generell fördern will. Den "Ausbildungsbeihilfen" (S. 134) widmet der Autor wohl aus Gründen der subjektiven Betroffenheit der Schüler mehr Raum.

Es ist erfreulich, daß die Ausführungen sich nicht nur in allgemeinen Beschreibungen der Ansprüche erschöpfen, sondern auch Wege aufzeigen, wie an die staatlichen Leistungen gelangt werden kann.

Der Leser wird aber auch aufgefordert, das Problem des Mißbrauchs mit sozialen Leistungen zu sehen und sich diesbezüglich eine Meinung zu bilden.
Das Ziel der gerechteren Einkommens- und Vermögensverteilung behandelt der Verfasser unter dem Abschnitt "Soziale Marktwirtschaft im Streit der Meinungen" (S. 147).

Zurecht werden eingangs die Schwierigkeiten herausgestellt, allgemeingültig zu definieren, was unter sozialer Gerechtigkeit zu verstehen ist.
Eine Übersicht über die Entwicklung der Preise, Löhne, Lohnquoten und der Kaufkraft in der Bundesrepublik Deutschland zeigt die Veränderungen im Laufe von drei Jahrzehnten und damit auch Erfolge der Sozialen Marktwirtschaft hinsichtlich einer gerechteren Einkommensentwicklung. Nach Auffassung des Autors ist die Verteilung des Vermögens weit ungleicher als die Verteilung des Einkommens. Mit Zahlenmaterial belegt er dies.

Die unterschiedlichen Schlußfolgerungen, die aus dieser Tatsache gezogen werden, stellt er gegenüber und fordert so zur Diskussion: "Die ungleichen Chancen der Vermögensbildung sind Kritikern der sozialen Marktwirtschaft ein schlagender Beweis dafür, daß die Wirtschaftsordnung gar nicht sozial ist. Anhänger der sozialen Marktwirtschaft verweisen dagegen darauf, daß es möglich wäre, die Vermögensbildung der Arbeitnehmer erheblich zu fördern, wenn der Staat Beteiligungen der Arbeitnehmer am Gewinn der Unternehmen steuerlich begünstigen würde. Tatsächlich hatten bis 1974 alle Parteien schon Pläne zur Vermögensbildung der Arbeitnehmer vorgelegt, die 1974 einsetzende Wirtschaftskrise zwang jedoch dazu, diese Pläne zu verschieben" (S. 148).

Die Bedeutung und Unverzichtbarkeit unternehmerischer Aktivität in einer Marktwirtschaft wird erkannt. Der folgende Auszug erhärtet diese Aussage: "Geringere Gewinne sind sicherlich bis zu einem bestimmten Punkt von jedem gutgehenden Unternehmen zu verkraften. Doch früher oder später kommt es zu Schwierigkeiten: Aus den Gewinnen müssen die Investitionen (neue Maschinen, Bauten) bezahlt werden, die zur Verbesserung und zur Erweiterung der Produktion notwendig sind. Geringere Gewinne bedeuten also geringere Investitionen der Unternehmen und damit auch weniger neue Arbeitsplätze. Schlagen die Gewinne gar in Verluste aus, so droht der Zusammenbruch des Unternehmens. Alle Arbeitsplätze sind dann in Gefahr" (S. 145).
Arbeitnehmerfragen sind den Autoren ein großes Anliegen. Dies kommt allein schon dadurch zum Ausdruck, daß diesem Themenkomplex ein eigenes Kapitel zugestanden wird. Mit einer sehr plastischen Darstellung der IG Bau-Steine-Erden "Ein Mensch ist wie ein Tropfen. Viele Tropfen sind ein Bach - ein Strom - ein Ozean" (S. 78) wird die Notwendigkeit gewerkschaftlichen Engagements demonstriert. Die historische Entwicklung der Gewerkschaftsbewegung, die einschlägigen Regelungen des Grundgesetzes und Ziele der Gewerkschaften (vor allem der DAG und des DGB) werden erörtert. Informationen finden sich auch zu den Leistungen der Gewerkschaften (S. 79: "Was haben wir erreicht? Daß auch Sie besser leben können!"). Dem Leser werden auch die hohen Mitgliederzahlen offengelegt und Einblicke in gewerkschaftseigene Unternehmen verschafft.
Praxisnah wird die Tarifautonomie angegangen. Eine Zeitungsanzeige, mit der ein Baufacharbeiter und ein Hilfsarbeiter bei übertariflicher Bezahlung gesucht werden, dient als Einstieg. Es folgen Informationen über das

Wesen des Tarifvertrages, die Tarifarten und die Verpflichtung zur Friedenspflicht während der Laufzeit des Vertrages. Der Veranschaulichung dient ein Auszug aus einem Bundesrahmentarifvertrag für das Baugewerbe.

Ausführlich wird die Phase der Verhandlungen über neue Tarifverträge besprochen. Auch hier besticht die klare Orientierung an der alljährlich zu beobachtenden Wirklichkeit. Die Autorentexte werden mit aktuellem Material ergänzt, wie Presseausschnitten oder einem Schreiben der IG Chemie-Papier-Keramik, in dem die Forderungen für eine anstehende Tarifrunde präzisiert werden.
Diskutiert werden auch die unterschiedlichen Auswirkungen von Streiks, je nach Relevanz der betreffenden Gruppen (z. B. Bummelstreiks der Fluglotsen).
Die Mitwirkungsmöglichkeiten des Betriebsrates im innerbetrieblichen Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozeß erläutert der Verfasser am Beispiel der "Frau M.", der trotz familiärer Schwierigkeiten gekündigt wird. Die Verhinderung der Kündigung macht die relativ starken Rechte der Belegschaftsvertretung deutlich. Aufgezeigt wird auch das Spannungsverhältnis zwischen Arbeitnehmervertretern und der Unternehmensführung. Ein Auszug aus dem Betriebsverfassungsgesetz ergänzt die Informationen über die Funktionen und die Kompetenzen des Betriebsrates.
Vermißt werden in diesem Zusammenhang die Mitbestimmungsrechte der Arbeitnehmer in der Unternehmensführung, die ihn eigentlich erst zum Partner der Arbeitgeber machen.

Ausführlich geht der Verfasser auf Probleme der Arbeitslosigkeit im allgemeinen und auf die Jugendarbeitslosigkeit im besonderen ein. Den Zweck des Arbeitsförderungsgesetzes umschreibt er: "Dieses Gesetz soll die Entstehung von Arbeitslosigkeit verhindern und bereits eingetretene Arbeitslosigkeit beseitigen" (S. 130). Aufgezeigt

werden anhand eines Schaubildes Ursachen der Arbeitslosigkeit (1975/76). Sechs Punkte sind genannt: "Spätfolge der Weltrezession", "Änderung der Auslandsnachfrage", "Hohe Lohnkosten", "Bauflaute", "Geringe Mobilität der Arbeitskräfte", "Geburtenstarke Jahrgänge" (S. 131).
Die Zusammenhänge zwischen Jugendarbeitslosigkeit und mangelnder Ausbildung werden hervorgehoben. Dies ist gerade für Schüler sehr wichtig. Mit einigen "Maßnahmen gegen Arbeitslosigkeit" (S. 133) wird der Versuch unternommen, Wege aus dem Dilemma aufzuzeigen.

Durch das Kapitel "Umwelt" (S. 43) sollen die Schüler zunächst die Notwendigkeit des Umweltschutzes erkennen und dann mit den "Ursachen der Umweltbelastung" (S. 44) vertraut gemacht werden. Die Aufbereitung ist nach unserer Meinung gut gelöst, insbesondere durch die Einbeziehung von aussagekräftigen Bildern und Karten.
In den Texten wird der Eindruck vermittelt, daß staatliche Ordnungsmaßnahmen notwendig sind und durch die Regelungen zur Abfallbeseitigung, zum Gewässerschutz, gegen Lärmbeeinträchtigungen u.a. bereits erste positive Wirkungen sichtbar werden. Sinnvoll ist der Hinweis an die Schüler, selbst einen Beitrag zum Umweltschutz zu leisten.

Wirtschaftspolitik

Im Mittelpunkt sieht der Autor das Streben nach Vollbeschäftigung. Dadurch geraten andere wirtschaftspolitische Ziele etwas in den Hintergrund, wenngleich darauf auch Bezug genommen wird.

Drei Meinungen zum Problem der Arbeitslosigkeit stellt er zur Diskussion:

- "Wenn die Leute mehr kaufen könnten, hätten die Unternehmen mehr zu tun. Dann würden mehr Arbeitskräfte eingestellt. Also sind die Löhne zu niedrig, sie müssen erhöht werden."
- "Die Löhne sind zu hoch. Die Bundesrepublik Deutschland hat heute die höchsten Lohnkosten von allen Industrieländern. Daher sind Waren 'made in Germany' zu teuer, es wird immer schwieriger, deutsche Waren im Ausland zu verkaufen. Daher gibt es Arbeitslosigkeit."
- "Die Verbraucher wollten heute einfach nicht mehr so viel kaufen wie früher. Geld ist schon da, das zeigen die hohen Sparguthaben. Doch die meisten Leute haben schon Autos und Fernseher, Tiefkühltruhe und Waschmaschine. Es fehlt allgemein an der Nachfrage!" (S. 143)

Am Beispiel der "Wachstumsschübe in der Bundesrepublik Deutschland" (S. 143) wird die Konjunkturentwicklung beschrieben und erwähnt, welche Verhaltensweisen die Anbieter in den jeweiligen Phasen zeigen. Eine grafische Darstellung veranschaulicht die Entwicklung. In diesem Abschnitt führt der Autor bereits die Elemente der antizyklischen Finanzpolitik ein und schreibt u.a.: "Bis 1974 glaubten die meisten Wirtschaftswissenschaftler und Politiker in der Bundesrepublik, daß der Staat ein wirksames Mittel habe, sowohl die Überhitzung der Konjunktur mit ihren Preissteigerungen als auch die Arbeitslosigkeit zu vermeiden" (S. 144).
Er versucht Ursachen der Arbeitslosigkeit ausfindig zu machen und stellt in diesem Zusammenhang die Fragen: "Sind die Löhne zu niedrig? ... Sind die Löhne zu

hoch? ... Verursacht der technische Fortschritt Arbeitslosigkeit? ... Sind die Wünsche der Verbraucher weitgehend erfüllt, die Märkte gesättigt?" (S. 144/146). Zur letzten Frage nennt er u.a. den Ausbau von Wohnungen, die Verwirklichung eines konsequenten Umweltschutzes und die Entwicklung neuer Techniken als Möglichkeiten der Arbeitsbeschaffung. Außerdem präsentiert er als Vorschlag zum Ausbau der Arbeitslosigkeit die Arbeitszeitverkürzung.

Der Autor fördert auch hier durch gezielte Arbeitsaufträge die Urteilsfähigkeit der Schüler und fordert häufig zum Gespräch.

Gesamturteil:

Mit dem Lehr- und Arbeitsbuch "Politik Wirtschaft Gesellschaft" ist es möglich, den der Sozialen Marktwirtschaft zugrunde liegenden Leitgedanken zu erkennen. Eine freiheitliche Wirtschaftsordnung soll mit dem Prinzip der sozialen Gerechtigkeit verbunden werden. Der marktwirtschaftliche und auch der soziale Ordnungsrahmen werden detailliert aufbereitet, auch wenn einzelne uns wichtig erscheinende Aspekte vernachlässigt werden (z. B. Mitbestimmungsfragen). Es wird aufgezeigt, daß die sozialpolitischen Gestaltungsmöglichkeiten eine leistungsfähige Wirtschaft zur Grundlage haben müssen und in der Bundesrepublik Deutschland durch die Soziale Marktwirtschaft ein beachtlicher Wohlstand erzielt werden konnte. Die Autoren machen deutlich, daß Soziale Marktwirtschaft vor allem auch den Arbeitnehmer als wichtigen Teil des Wirtschaftslebens sieht und ihm umfassende Rechte zustehen. Gleichwohl wird aber auch die Bedeutung unternehmerischer Initiativen in einer marktwirtschaftlichen Ordnung hervorgehoben. Es wird ersichtlich, daß Arbeitnehmer und Arbeitgeber kooperieren müssen, um die wirtschaftliche Entwicklung aufrechterhalten bzw. ausbauen zu können.

Dem Betrachter fällt immer das Bestreben der Verfasser auf, die Schüler möglichst praxisnah mit der Wirtschaft und der Wirtschaftspolitik vertraut zu machen und sie zu begründeten Urteilen über Politik zu führen. Soziale Marktwirtschaft kann mit dem vorliegenden Buch gut erarbeitet werden.

2.3.6. Sehen Beurteilen Handeln

Allgemeine Daten

Autoren: Hilligen, Wolfgang (Herausgeber); Gagel, Walter (Herausgeber); Buch, Ursula (Herausgeber); Beck, Gertrud; Bodemer, Klaus; Engelhardt, Margarete; Nicklas, Hans
Verlag: Hirschgraben-Verlag, Frankfurt
Erscheinungsort/Erscheinungsjahr/Neuauflage: Frankfurt, 1978
Format: 22,5 x 18,8 cm
Einband: fest, nicht kartoniert
Umfang: 318 Seiten
Inhaltsverzeichnis: 25 Kapitel mit je 3 Untergliederungen (mit Ausnahme des Kapitels Kommunismus im Wandel)
Stichwortregister: sehr ausführlich
Namensregister: nicht aufgenommen
Fremdwörterverzeichnis: nicht im Zusammenhang aufgenommen
Quellenverzeichnis: sehr umfangreich
Hinweise auf weiterführende Literatur: sehr umfangreich
Anschriftenverzeichnis: enthalten
Jahrgangsstufen: 7.-10. Schuljahr
Zulassung: Bremen (HS, RS, G), Nordrhein-Westfalen (alle Schultypen), Hessen (alle Schultypen), Hamburg (HS, RS, G), Baden-Württemberg (HS, RS, G), Saarland (HS, RS, G), Niedersachsen (HS, RS, G)
Lehrerheft: Offenlegung der didaktischen Entscheidungen
Elternbrief: liegt nicht vor
Vorwort: als Nachwort konzipiert (S. 302 ff.)
Sonstige Hinweise für den Benutzer: Erläuterungen für die Arbeit mit dem Buch

Didaktisch-methodische Struktur

Die Autoren haben das Buch folgendermaßen gegliedert:

"1. Was Siegrid (kennen-)lernen soll" (S. 3-15)
"2. Angst vor der Schule?" (S. 16-25)
"3. Gleiche Chancen für alle Kinder?" (S. 26-33)
"4. Familie - wozu?" (S. 34-43)
"5. Wandel der Familie" (S. 44-55)
"6. Konsumgesellschaft - Leben im Überfluß?" (S. 56-65)
"7. Freizeit" (S. 66-77)
"8. Wirklichkeit - durch Medien vermittelt" (S. 78-89)
"9. Ein Beruf fürs ganze Leben?" (S. 90-101)
"10. Die soziale Marktwirtschaft" (S. 102-119)
"11. Eigentum macht unabhängig - Eigentum verpflichtet" (S. 120-131)
"12. Arbeit - Mühsal oder Chance zur Selbstverwirklichung" (S. 132-143)
"13. Soziale Sicherheit" (S. 144-153)
"14. Ist Qualität des Lebens machbar?" (S. 154-165)
"15. Gefährdet: Die Lebensbedingungen im Raumschiff Erde" (S. 166-177)
"16. Die Wähler und die Parteien" (S. 178-191)
"17. Herrschaft im Auftrage des Volkes" (S. 192-201)
"18. Freiheit in einem Rechtsstaat" (S. 202-211)
"19. Jeder will sein Recht" (S. 212-222)
"20. Entwicklungspolitik - zwischen Geschenk, Geschäft und Machtkampf" (S. 223-235)
"21. Frieden nur durch Gewalt?" (S. 236-249)
"22. Kommunismus - im Wandel?" (S. 250-261)
"23. Zwei Staaten - eine Nation" (S. 262-273)
"24. Gesellschaft im Wandel" (S. 274-287)
"25. Wie wird (kann, soll) die Welt von morgen aussehen?" (S. 283-301)

Für unsere Analyse sind vor allem die Kapitel 6, 9-13, 15-19 und 23-25 interessant.
Die einzelnen Kapitel sind fast durchgehend in Teil A, B, C und in die Rubrik "Themenstichwort" geordnet. Dabei soll Teil A "grundlegende Informationen" vermitteln, Teil B spricht Probleme an, die sich aus dem Thema ergeben und versucht sie auf "vergleichbare Situationen" zu transferieren, Teil C enthält Arbeitsmaterial,und das Themenstichwort bietet "Orientierungswissen" (S. 2). Mit der Auswahl der Stoffe wollen die Autoren zum Ausdruck bringen, was sie "für allgemein bedeutsam und politisch wichtig halten" (S. 302). Die Inhalte gliedern sich nach "Situationsfeldern" (S. 302), in denen sich die Menschen bewegen.
Es ist beabsichtigt, einige "grundlegende Probleme" (S. 302) anzusprechen, die von "vielen Menschen und manchen Gruppen" (S. 302) noch nicht erkannt worden sind.
Nach Auffassung der Autoren kann es "die richtige Lösung oder die angemessene Verhaltensweise in einer bestimmten Lage nicht geben" (S. 303). Ziel muß es sein, die bestehenden Rechte "im Sinne von mehr Mitbestimmung, mehr Chancengleichheit und mehr Selbstbestimmung (d. h. mehr Menschenwürde)" zu verbessern. Dies erfordert "die Fähigkeit zu alternativem Denken und Handeln" (S. 303). Damit wird auch auf die von Hilligen konzipierten Optionen als Kategorien für einen Minimalkonsens aller demokratischen Kräfte Bezug genommen.

Unmittelbar nach den für die Wirtschaftsordnung relevanten Kapiteln sind Regelungen zur sozialen Teilhabe und sozialen Sicherung behandelt. Auch innerhalb der Kapitel wird die enge Verflechtung zwischen der Wirtschafts- und Sozialordnung ersichtlich. Der uns sehr wichtig erscheinende Gesichtspunkt, daß die Wirtschaftskraft das Fundament für die Sozialpolitik bildet, ist hinreichend berücksichtigt worden.

Das Buch enthält keinen systematisch angelegten Kurs durch die Wirtschafts- und Sozialordnung, sondern versucht, durch verschiedene Themenkreise exemplarisch die wesentlichen Bestandteile aufzuarbeiten. Durch die Anordnung der Einzelthemen werden jedoch durchaus Zusammenhänge hergestellt, die auch für Schüler nachvollziehbar sind.
Den für unser Thema wichtigen Kapiteln werden Fälle vorausgestellt, die z. T. der Erlebniswelt der Schüler entnommen sind (z. B. Kapitel 12: "Gerd wird ausgebildet. Sein Bericht", S. 132; Kapitel 13: "Wie Karl zum Lebensunterhalt beitrug", S. 144 oder Kapitel 15: "Eine allabendliche Situation", gemeint ist die Ruhestörung durch Motorräder ohne Auspuff, S. 166).

Auch zwischen den Informationstexten der Autoren und den Materialien ermöglichen kurze Fallbeispiele eine Rückkoppelung auf das tagtägliche Wirtschaftsgeschehen.

Die Autoren stellen wirtschaftspolitische Problemsituationen dar, ohne daß allerdings der Eindruck entstehen würde, ihnen ginge es nur darum, auf Probleme aufmerksam zu machen.
"Probleme während der Ausbildungszeit" (S. 96) werden mit einer - zwar sehr pointierten - aber für Schüler ansprechenden Karikaturenreihe angegangen. Daß die Wirtschaft nicht gleichförmig verläuft, sieht die Autorin - zu recht - als noch ungelöstes (und wohl auch kaum zu lösendes) Problem. Als weiteres Beispiel kann die Mitbestimmung genannt werden.
Mit einem anderen Beispiel wird gezeigt, was der Verbraucher beachten soll bzw. welche Möglichkeiten er hat.

Was man tun kann

- Bevor man etwas kauft, kann man sich über das Angebot informieren. Die Mittel: Werbeanzeigen, Prospekte, Informationen der Verbraucherorganisationen.
- Man kann sich Ratschläge einholen über seine Rechte als Verbraucher. Hinweise geben die Beratungsstellen der Verbraucherzentralen.
- Man kann gemeinsam mit anderen den Kauf bestimmter Waren verweigern. Das nennt man Käuferstreik. Dies kann vor allem ein Mittel gegen zu hohe Preise sein.

S. 62

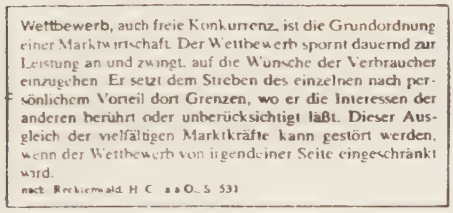
Die Autorin versucht auch, schwierige wirtschaftliche Sachverhalte anhand von Modellen durchsichtig zu machen (z. B. Wirtschaftskreislauf, Konjunkturverlauf).

Zwischen grundlegenden Informationen und weiterführendem Wissen ergibt sich (unabhängig davon, was letztlich wo einzuordnen ist) insoweit eine Trennung, als fast alle Kapitel eine Dreiteilung ausweisen und der erste Teil immer Basiswissen enthält.
Eine weitere Zusammenfassung von "Orientierungswissen" (S. 2) enthält das sog. "Themenstichwort" (z. B. über die Soziale Marktwirtschaft).

1. Es gibt zwei **Grundmodelle** für das wirtschaftliche Ordnungssystem eines Staates: Marktwirtschaft und Zentrale Verwaltungswirtschaft (Planwirtschaft). Diese Modelle beruhen auf den jeweils herrschenden politischen Anschauungen über die Mittel, mit denen Freiheit, Gerechtigkeit und Wohlergehen realisiert werden sollen. Keines der Grundmodelle ist heute voll verwirklicht; es haben sich **Mischformen** herausgebildet, in denen jeweils das eine oder andere System überwiegt.
2. Die **soziale Marktwirtschaft** der Bundesrepublik Deutschland verbindet die Vorteile der Marktwirtschaft mit staatlicher Sicherung vor ihren Risiken. Das Prinzip der freien Preisbildung soll garantieren, daß Produktion und Verteilung von Gütern und Diensten dem Bedarf entsprechen. Der Ausgleich von Angebot und Nachfrage findet durch den Wettbewerb auf den Märkten statt. Da ein freies Gewährenlassen der Marktkräfte sich nach aller Erfahrung zuungunsten der sozial Schwächeren auswirkt, greift der Staat gegebenenfalls mit wirtschaftspolitischen Mitteln regulierend in den Ablauf ein.

S. 119

Wichtige, elementare Informationen sind z. T. auch in einem "Kasten" ausgewiesen.



Wettbewerb, auch freie Konkurrenz, ist die Grundordnung einer Marktwirtschaft. Der Wettbewerb spornt dauernd zur Leistung an und zwingt, auf die Wünsche der Verbraucher einzugehen. Er setzt dem Streben des einzelnen nach persönlichem Vorteil dort Grenzen, wo er die Interessen der anderen berührt oder unberücksichtigt läßt. Dieser Ausgleich der vielfältigen Marktkräfte kann gestört werden, wenn der Wettbewerb von irgendeiner Seite eingeschränkt wird.

nach: Recktenwald, H. C., a.a.O., S. 531

S. 110

Zusammenfassend kann festgehalten werden, daß die Autoren zu jedem Kapitel unter Teil B (wie oben schon erwähnt) Probleme formulieren, von denen nur auf einige hingewiesen werden konnte.

Bei zahlreichen Problemsituationen und daraus resultierenden Konflikten versuchen die Autoren, die unterschiedlichen Interessenlagen aufzuzeigen und auch häufig Lösungsvorschläge einzubringen.

Die Autoren haben in das Buch eine Vielzahl von unterschiedlichen Materialien eingebaut und in der Anordnung häufig variiert. Nur eine kleine Auswahl kann hier ausdrücklich genannt werden.
Es sind enthalten: Auszüge aus Gesetzestexten (Grundgesetz, Berufsbildungsgesetz, Jugendarbeitsschutzgesetz, Betriebsverfassungsgesetz u.a.) sowie Gerichtsurteile, Parteiprogramme bzw. sonstige Äußerungen von Parteien (z. B. Programmatische Erklärung der CDU 1949), Internationale Verträge (EWG-Vertrag), Stellungnahmen der Interessenvertretungen (Deutscher Gewerkschaftsbund,

IG Metall, Einzelhandel, Deutsches Industrieinstitut, Handelsblatt u.a.), Äußerungen von Einzelpersönlichkeiten (Vorstandsvorsitzender der Hoechst AG, Rosenthal, Vetter, Eppler, Geißler, Scheel, Genscher u.a.), Veröffentlichungen der Medien (Gießener Anzeiger, Frankfurter Allgemeine, Süddeutsche Zeitung, Frankfurter Rundschau, Deutsche Zeitung Christ und Welt, Zeit, Spiegel, Fernsehsendung "Plus-minus" der ARD, Das Parlament u.a.) und amtliche Äußerungen (z. B. Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft, Bundesminister für Wirtschaft, Regierungserklärung des Bundeskanzlers, Bundesarbeitsminister u.a.).

Die der Literatur entnommenen Texte gehen z. T. auf hervorragend ausgewiesene Wissenschaftler zurück (z. B. Oswald von Nell-Breuning, Ludwig Erhard, Alfred Müller-Armack, Adam Smith).

Schaubilder, Statistiken, Grafiken, Anzeigen aus Tageszeitungen (Arbeitsmarkt), Flugblätter (Junge Union Hamburg), Bilder, Karikaturen und Zeichnungen lockern die Texte auf und machen das Buch sehr abwechslungsreich.

Ursula Buch führt die Schüler - von grundlegenden Inhalten ausgehend - langsam an komplexere Themen heran. Gerade die Einführung in die Grundbegriffe der Wirtschaft schafft z. B. die Voraussetzungen, um den Bereich "Konjunkturpolitik - Die Lenkungsfunktion des Staates" (S. 114) erfassen und verstehen zu können oder um die "Chancen und Risiken wirtschaftlicher Freiheit" (S. 118) fundiert diskutieren zu können.
Im Kapitel "Soziale Sicherheit" werden zunächst soziale Hilfen vorgestellt und deren Notwendigkeit erörtert und in einem zweiten Schritt die Finanzierbarkeit der Leistungen erörtert, ehe dann Alternativen zur gegenwärtigen Sozialstaatsgestaltung gesucht werden.

Die Autorin war bestrebt, die Inhalte weitgehend so auszuwählen, daß Schüler der Sekundarstufe I subjektiv betroffen sind. Viele Fallbeispiele sind Ausschnitte aus dem Leben von Schülern.

Beispiel:

**Ein Beispiel aus dem Alltag:**
Was macht ein Schüler, der die letzte Seite seines Heftes anbricht, ohne Ersatz zu haben? Er versucht, den Rest seiner Schulaufgaben auf diesem Blatt unterzubringen, indem er auf dem knappen Raum enger schreibt. Er versucht, mit vorgegebenen Mitteln den größtmöglichen Erfolg zu erzielen.

S. 106

Die Absicht, subjektive Betroffenheit zu erzeugen, geht jedoch nicht zu Lasten der objektiven Bedeutsamkeit.

Die Preisbildung am Beispiel eines Flohmarktes (S. 109) zu beobachten und durch eigenes Engagement die Vorgänge vielleicht sogar bewußt zu erleben, wird Schüler der Altersstufe von 14-17 Jahren intrinsisch motivieren und Leistungsansporn sein. Das Verständnis für die elementaren wirtschaftlichen Zusammenhänge wird sozusagen "spielend" erlebt und ist damit für den Lernprozeß äußerst förderlich.

Die Inhalte dürften insgesamt gesehen dem Leistungsvermögen von Schülern unserer Altersgruppe entsprechen, wenngleich das Buch als anspruchsvoll zu bezeichnen ist. Fachausdrücke sind meistens erklärt (oft sogar in einem eigenen Kasten ausgewiesen).

Beispiel:

Gewinn ist der Unterschied zwischen Ertrag und Aufwand. Ertrag ist der erzielte Kaufpreis; zum Aufwand gehören Löhne und Gehälter, Mieten, Soziallcistungen usw. Gewinne werden zum überwiegenden Teil dazu verwendet. Arbeitsplätze zu modernisieren.

S. 124

Das im Zwei-Farben-Druck (orange) hergestellte Buch ist klar gegliedert, die Nummern der Kapitel sind am Rand nochmals aufgeführt. Alle wichtigeren Überschriften sind farbig ausgedruckt. Nicht nur der häufige Wechsel zwischen Texten und anderen Materialien, sondern auch verschiedene drucktechnische Verfahren gestalten das Buch abwechslungsreich.
Die Arbeit mit dem Buch läßt alle Möglichkeiten der Unterrichtsgestaltung zu. Gerade die zahlreichen Texte, aber auch die sonstigen Materialien können Grundlage für Unterrichtsgespräche und Diskussionen sein. Förderlich für dieses Vorhaben sind auch die häufig in Pro und Contra gehaltenen Autorentexte, die oft auch den Charakter von Zusammenfassungen haben.

Beispiel:

> **Einerseits** ist die Ausstattung der Unternehmen mit modernen Produktionsmitteln eine wichtige Voraussetzung für Wirtschaftswachstum. Ein Vergleich der Grafiken auf S. 111 und 112 zeigt diesen Zusammenhang (Investitionen = Neuanlagen von Produktionsmitteln).
> **Anderseits** sind Löhne (Arbeitseinkommen) eine wichtige Voraussetzung für kaufkräftige Nachfrage, die ihrerseits die Produktion stimuliert.
>
> S. 112

Die Materialien können z. T. sicherlich auch in Gruppenarbeit oder auch in Einzelarbeit von den Schülern erschlossen werden.

Zu allen Teilbereichen sind Fragen formuliert, die Denkanstöße vermitteln sollen und den Leser auffordern, sich unter verschiedenen Gesichtspunkten mit den Themen zu befassen.

Beispiel:

> 3. Was bedeutet es für Arbeitnehmer, wenn Maschinen Arbeitskosten einsparen? Das ist eine soziale Frage.
> 4) Welche Unternehmen (und die darin Beschäftigten) haben Vorteile durch die Anschaffung von Neuanlagen? Das ist eine Frage des Marktes.
>
> S. 106

Sog. "Schlüsselfragen" (S. 2) sollen als Zugang zu anderen Problemen dienen.

> Die Schlüsselfragen lauten.
> ▼ Wer soll über den Einsatz von Arbeit, Bildung, Kapital und Rohstoffen entscheiden?
> ▼ Wonach wird entschieden?
>
> S. 106

"Worauf es ankommt". Unter dieser Spalte fassen die Autoren in Frage-Form zusammen, was ihnen zum jeweiligen Thema wissenswert oder bedenkenswert erscheint.
Innerhalb des Faches und damit innerhalb des Buches werden detaillierte Querverbindungen hergestellt. Zu anderen Fächern sind - mit Ausnahme zur Geschichte - kaum Bezüge genannt.

Der von uns formulierte Grundsatz der ausgewogenen Aufbereitung, vor allem zwischen den verschiedenen Strömungen und Positionen innerhalb der Gemeinschaft, für die diese Ordnung zu gelten hat, ist erfüllt. Es fällt deutlich auf, daß der Pluralität in der Gesellschaft Rechnung getragen werden sollte.

Aufbereitung der Sozialen Marktwirtschaft

Den zeitgeschichtlichen Aspekt der Sozialen Marktwirtschaft vernachlässigen die Autoren. Zwar finden sich Hinweise auf den Zustand der deutschen Wirtschaft nach Kriegsende (S. 102). Nähere Ausführungen zur erstmaligen politischen Durchsetzung der Sozialen Marktwirtschaft fehlen jedoch.
Die Idee der Sozialen Marktwirtschaft wird jedoch beschrieben (S. 107, 108 und 119).

Die Autoren überschreiben das Kapitel 10: "Die soziale Marktwirtschaft" (S. 102 ff.).
Der Schüler wird natürlich folgern, daß hier die wesentlichen Bestandteile der Wirtschafts- und Sozialordnung der Bundesrepublik Deutschland behandelt sind.
Für unsere Untersuchung ist deswegen dieses Kapitel von besonderem Interesse.
Die Autorin Ursula Buch führt zunächst sehr anschaulich in die Grundsachverhalte des Wirtschaftens ein.

Um Produktion und Konsum drehen sich nach ihrer Auffassung die Vorgänge in der Wirtschaft. Sie beschreibt die "Teilnehmer am Wirtschaftsgeschehen" (S. 103), gibt Informationen zu den Produktionsfaktoren und stellt fest: "In einer modernen Wirtschaft, in der kaum noch einer seinen Lebensbedarf allein erzeugen kann, herrscht Arbeitsteilung" (S. 103). An anderer Stelle (S. 133) wird die von Adam Smith beschriebene Arbeitsteilung bei der Stecknadelproduktion vorgestellt. Eine Einführung in das Modell eines einfachen Wirtschaftskreislaufs verschafft auch eine erste Begegnung mit den Aufgaben des Marktes. Die Knappheit der Mittel und das erforderliche wirtschaftliche Vorgehen bei der Produktion werden angedeutet. "Die Wirtschaftsgüter sind begrenzt, oft knapp - die menschlichen Bedürfnisse sind im Grunde unbegrenzt.

Wirtschaften heißt: die Knappheit mildern. Überwinden kann man sie nicht" (S. 106). Die Situation der Rohstoffvorräte verdeutlicht ein Schaubild, und ergänzend wird die Rohstoffarmut der Bundesrepublik Deutschland herausgestellt.
Die Funktionen des Geldes und die Zusammensetzung und Bedeutung der Geldmenge in einer hochentwickelten Wirtschaft scheinen uns - trotz einer Notiz zum Kreditwesen (S. 103) - knapp gehalten. Vor allem deswegen, weil bei späteren wirtschaftspolitischen Überlegungen oft ein Rückgriff unverzichtbar ist.
Den Schülern werden jedoch insgesamt gesehen die erforderlichen Grundkenntnisse vermittelt.

Marktwirtschaftlicher Ordnungsrahmen

Auch wenn die in der Verfassung verankerten Freiheitsrechte nicht ausdrücklich auf die Wirtschaftsordnung bezogen werden, kommt zum Ausdruck, daß eine Marktwirtschaft weitgehende freie Entscheidungen der Wirtschaftssubjekte voraussetzt ("Diese Freiheit, in die auch der Staat nicht eingreift, führt zu dem höchstmöglichen Lebensstandard aller", S. 108).
Zu dieser sehr wichtigen Frage bietet die Autorin im Teil C ("Chancen und Risiken wirtschaftlicher Freiheit", S. 118) Materialien an, anhand derer eine tiefergehende Bearbeitung möglich ist.
Einen besonderen Schwerpunkt bildet die Eigentumsregelung. Dieser Bereich ist herausgenommen aus dem Kapitel Soziale Marktwirtschaft und in einem eigenen Abschnitt dargestellt. Den Schülern wird jedoch dennoch deutlich, daß eine marktwirtschaftliche Ordnung Privateigentum (auch an Produktionsmitteln) voraussetzt.

Das Wesen des Marktes einschließlich des Zusammenspiels von Angebot, Nachfrage und Preis werden für eine erste Bearbeitung durchaus genügend erläutert.
"Wie entstehen die Preise?" Am Beispiel eines Flohmarktes oder noch treffender mit dem Spargelanbau (S. 109) werden sehr plastisch Preisbewegungen aufgezeigt. Die Autorin spricht von einer "Wechselwirkung zwischen den Anbietern (Produzenten und Händlern) und Verbrauchern (Haushalten)" und stellt fest, "daß Verbraucher Einfluß auf die Preise nehmen können" (S. 109).
Beeinträchtigungen des Preisbildungsmechanismus durch Abbau der Konkurrenz sind angedeutet ("Wenn es nur einen Anbieter gäbe ...", S. 109).

Die Schüler werden auch bereits auf die besonderen Probleme des Arbeitsmarktes hingewiesen. Die folgenden Fragen sollen dabei Anstöße bieten und das Bewußtsein wecken, daß der Arbeitsmarkt staatliche Ordnungsmaßnahmen erfordert.

> Das Wort **Arbeitsmarkt** enthält Probleme.
> ③ Warum kann man Arbeit nicht gleichsetzen mit Gütern, die auf dem Gütermarkt gehandelt werden?
> ④ Wer ist, was Angebot und Nachfrage der Arbeit betrifft, in der stärkeren, wer in der schwächeren Position? Was geschieht, wenn der Ausgleich von Angebot und Nachfrage nur über den Lohn geregelt wird?
>
> S. 104

"Marktwirtschaftliche Grundregel: Der Wettbewerb muß funktionieren" (S. 109), lautet die zentrale Forderung zur Wettbewerbsordnung, mit der ein wesentlicher Gedanke Sozialer Marktwirtschaft herausgestellt wird.

Nicht nur die Funktionen des Wettbewerbs (z. B. Leistungsansporn, Eingehen auf Verbraucherwünsche), sondern in einer Gegenüberstellung werden Vorteile des Wettbewerbs (billigeres und besseres Angebot u.a.), aber auch mög-

liche Nachteile durch eine ruinöse Konkurrenz herausgearbeitet. Exemplarisch wird auf die Situation im Einzelhandel hingewiesen. "Wenn die Zahl der Anbieter abnimmt, nimmt auch der Wettbewerb ab. Man nennt diesen Vorgang Konzentration" (S. 110). Ein Schaubild zeigt die Unternehmenszusammenschlüsse in der Bundesrepublik Deutschland von 1968-1979.
Die Autorin fordert auf ("Was man tun kann", S. 110), hinsichtlich der eigenen Bedürfnisse die Entwicklung des Angebots und damit des Wettbewerbs genau zu beobachten, und plädiert für den aufgeklärten Verbraucher.

Mittels eines Auszuges aus einer Informationsschrift des Bundesministers für Wirtschaft wird der "Staatseingriff zugunsten des Wettbewerbs" (S. 111), d. h. die Kartellgesetznovelle von 1973 mit der Einführung der vorbeugenden Fusionskontrolle besprochen. Dieser Text enthält wichtige Teile des Kartellgesetzes nicht, die damit dem Schüler vorenthalten werden.

Unter der Leitfrage "Information oder Verführung?" (S. 63) wird die Werbung behandelt. Dabei fällt angenehm das Bemühen auf, positive und negative Begleiterscheinungen gleichermaßen darzustellen. Aus den vorgestellten Texten seien die Titel "Werbung als Motor" (S. 63), "Geheime Verführung" (S. 64) und "Wachsendes Selbstbewußtsein" (S. 64) genannt, die gleichzeitig unterschiedliche Positionen erkennen lassen. Die Verfasserin artikuliert ihre Auffassung zu diesen Themen in Thesenform und formuliert anschließend Fragen zum Bedenkenswerten hinsichtlich der Werbung. Sie versäumt es auch nicht, wichtige Verbraucherschutzrechte vorzustellen.
Ob allerdings der Schüler die Stärkung des Verbrauchers als ein wichtiges Ziel Sozialer Marktwirtschaft erkennt, muß bezweifelt werden, da dieses Thema in vollkommen anderen Zusammenhang (S. 63 ff.) besprochen wird.

Sozialer Ordnungsrahmen

Die wesentlichen Teile der Arbeits- und Sozialordnung sind nicht im Kapitel Soziale Marktwirtschaft behandelt, sondern in eigenen Abschnitten. Diese Aufbereitung ist einer wirkungsvollen Darstellung von Sozialer Marktwirtschaft nicht förderlich, wenngleich zwischen den einzelnen Kapiteln Beziehungen hergestellt sind. Dem Kapitel Soziale Marktwirtschaft kann aber entnommen werden, daß die Wirtschafts- und Sozialordnung der Bundesrepublik Deutschland die Kräfte des Marktes mit einem System des sozialen Schutzes und der sozialen Sicherheit verbindet. "In einer sozialen Marktwirtschaft ... kann der Staat für die Entscheidungen Rahmenbedingungen setzen", schreibt Ursula Buch u.a. auf S. 107 oder in anderem Zusammenhang formuliert sie: "Die soziale Marktwirtschaft der Bundesrepublik Deutschland verbindet die Vorteile der Marktwirtschaft mit staatlicher Sicherung vor ihren Risiken" (S. 113). Damit gibt sie zugleich auch eine positive Wertung ab.

Unter dem "Themenstichwort: Sozialstaat" (S. 153) wird der untrennbare Zusammenhang zwischen wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit (nur dann kann mit entsprechenden Steuereinnahmen gerechnet werden) und sozialpolitischen Gestaltungsmöglichkeiten beleuchtet.
"Ein gewisses Spannungsverhältnis zwischen volkswirtschaftlichen Zielen und sozialstaatlichen Forderungen ist deshalb nicht zu vermeiden. Die (finanziellen) Mittel, mit denen soziale Ungerechtigkeiten gemildert werden können, müssen als Steuern oder Abgaben anderen Menschen oder Gruppen abgefordert werden" (S. 153).
Auch an anderen Stellen wird die von uns als wesentlich erachtete Abhängigkeit zum Ausdruck gebracht ("Steuern und Umverteilung", S. 151 oder auf S. 152: "Öffentliche Haushalte sind abhängig von der wirtschaftlichen Entwicklung. Stockt sie oder geht sie zurück, so mindern sich die Steuereinnahmen").

Das Kapitel "Soziale Sicherheit" (S. 144) leitet die Autorin mit der Feststellung ein: "In der Bundesrepublik Deutschland ist dafür gesorgt, daß niemand Not zu leiden braucht. Jeder kann sich auf Hilfe verlassen, der einmal in Schwierigkeiten gerät" (S. 144). Dabei wird bereits demonstriert, daß ein elementares Ziel der Sozialen Marktwirtschaft realisiert werden konnte.
Daß dies nicht immer so war, zeigt ein geschichtlicher Rückblick (Genese und Abbau der sozialen Frage), der als Kontrast gegenübergestellt wird. Die Bestandteile der Sozialversicherung, die als "die wichtigste, aber nicht die einzige Stütze des sozialen Netzes" (S. 147) bezeichnet werden, sind besprochen. Herausgestellt wird, daß dieses System auf "einer Solidargemeinschaft" (S. 147) basiert und damit sich Verpflichtungen für alle arbeitenden Menschen ergeben.
Andere Sozialleistungen wie z. B. Kindergeld, Ausbildungsförderung, Wohngeld, Kriegsopferversorgung werden lediglich kurz genannt.
Ursula Buch sieht zurecht die sozialen Einrichtungen (Altenheime, Jugendheime usw.) als notwendige Ergänzung zu staatlichen Geldleistungen und damit als Maßnahmen des Sozialstaates.
Die Aufmerksamkeit der Autorin konzentriert sich auf eine "Neue Soziale Frage" (S. 148), mit der ein Personenkreis angesprochen wird, dessen Einkommen unter den Sozialhilfesätzen liegt. Dies ist ein interessanter Aspekt, der häufig noch nicht beachtet wird. Dem betreffenden Personenkreis sind nach dem Bundessozialhilfegesetz die zum Lebensunterhalt notwendigen Mittel vom Staat zu gewähren. Zahlenmaterial demonstriert die ständige Zunahme der Hilfsbedürftigen, was vor allem auch durch die ständige Anhebung der Mindestregelsätze begründet ist. Es wird angedeutet, daß bei weitem noch nicht alle, denen Sozialhilfe zustehen würde, diese in Anspruch nehmen.

Vor allem bei den Beispielen "Umschulung" und "Krankenversicherung" wird die Frage diskutiert: "Sind Grenzen erreicht?" (S. 149). Mißbräuche mit Sozialleistungen beleben die öffentliche Diskussion, an der Schüler mit einer fundierten Meinung teilnehmen sollen.
"Es ist verhältnismäßig leicht, staatliche Leistungen zu fordern ... Aber es ist viel schwieriger, die Bedingungen im Auge zu behalten, unter denen Forderungen realisiert werden können" (S. 152), lauten die Kernsätze. Positionen der Politiker Eppler und Geißler können als Diskussionsgrundlage für Alternativen in der Sozialpolitik dienen.
In dem einschlägigen Kapitel ist das System der sozialen Sicherheit überzeugend dargestellt. Dem Schüler werden nicht nur Daten vermittelt, sondern er kann sich auch mit den Grundlagen vertraut machen, auf denen dieses System basiert und funktioniert.

Die Autorin spricht vom Magischen Fünfeck und ergänzt damit die eigentlichen wirtschaftspolitischen Ziele um "die Bildung und Verteilung von Einkommen und Vermögen" (S. 113). Ausgangspunkt der Überlegungen ist, daß Eigentum an Vermögenswerten "für die freie Entfaltung des Menschen eine große Rolle" (S. 127) spielt. Es wird darin "eine wesentliche Vorbedingung für die Realisierung von Lebenschancen" (S. 127) gesehen. Diese Aussage orientiert sich an den Vorstellungen Sozialer Marktwirtschaft.
Nach einigen Informationen zu den Vermögensarten, zu Vermögensverteilungen und zur Einkommenssituation - letztere differenziert nach Selbständigen, Arbeitnehmern und Rentnern - werden "Pläne zur Vermögensbildung" (S. 128) vorgestellt. Diese Überschrift ist sicher nicht glücklich gewählt, da darunter auch Regelungen vorgestellt werden, die längst das Stadium der Planung verlassen haben (z. B. das 624-Mark-Gesetz). Es wird auf die Möglichkeit gesetzlicher und tarifvertraglicher Vermögenspolitik hingewiesen. Folgende fünf Fragen sind nach Auffassung der Verfasserin bei dem fraglichen Thema von Bedeutung:

"Worauf kommt es an?
Welche Probleme ergeben sich aus der Vermögensverteilung?
in der Bundesrepublik Deutschland?
Welche Chancen der Vermögensbildung sind gegeben?
Welche Gründe sprechen für eine bessere Verteilung?
Welche neuen Wege werden beschritten?
Welche Folgen sind ohne/sind nach breiterer Vermögensverteilung zu erwarten?"
S. 130

Durch mehrere Quellen und Autorentexte können hierauf Antworten gefunden werden.
Es fällt auf, daß nicht lapidar eine ungleiche Einkommens- und Vermögensverteilung registriert wird, sondern nach "Bedingungen für Tarifverhandlungen und Vermögensbildung" (S. 130) gefragt wird.

Die Ausführungen zur Ordnung des Arbeitslebens können als sachlich bezeichnet werden. Sie werden den Intentionen Sozialer Marktwirtschaft weitgehend gerecht.
Eine Reihe von Bemerkungen vermitteln ein realistisches Unternehmerbild. Als Beispiel sei ein Auszug aus der Frankfurter Allgemeinen zitiert:

"Unternehmer in der Marktwirtschaft

Ende 1976 befragten Meinungsforscher die Bevölkerung, was sie von den Unternehmern hält. Die meisten Befragten dachten bei dem Wort Unternehmer an 'Eigentum', 'Gewinnstreben', 'Verantwortung', 'Leistung', 'Führungskraft'. An das Wort 'Ausbeutung' dachte nur etwa ein Drittel" (S. 108).

Unternehmerisches Engagement wird als wichtig erachtet für eine marktwirtschaftliche Ordnung ("Unternehmerische Entscheidungen als Motor" und "Erlahmt der Einfallsreichtum", S. 118).

Dabei wird auch die Notwendigkeit der Gewinnerzielung bejaht ("Ohne Gewinn keine Investition", S. 112), wenngleich durch die folgende Karikatur - etwas überzogen - die Notwendigkeit einer Reduzierung der Unternehmungsgewinne signalisiert werden soll.

7 Wieviel Lohn, wieviel Gewinn?

„Verhalten Sie sich endlich ruhig! Sie bringen uns noch beide in Gefahr!"

S. 124

Ausgehend von dem durch das Grundgesetz garantierten Koalitionsrecht bespricht die Autorin die Tarifautonomie. "Tarifpartner bei den Verhandlungen über Löhne und Arbeitsbedingungen sind die Arbeitgeberverbände und die Gewerkschaften. Die ausgehandelten Bedingungen gelten jedoch auch für Arbeitnehmer, die nicht den Gewerkschaften angehören. Häufig gebraucht man den Ausdruck Sozialpartner. Weil der Ausdruck 'Partner' aber die gegensätzlichen Interessen verdecken kann, wird auch von den 'Sozialparteien' gesprochen" (S. 125). Der Ablauf von Tarifverhandlungen soll dem Schüler auch das Ringen der Beteiligten um eine für beide Seiten akzeptable Lösung demonstrieren. Dabei werden auch die wirtschaftlichen Kampfmittel und mögliche Inhalte von Tarifverträgen aufgezeigt.

Unter die Probleme der Arbeitswelt reiht die Verfasserin den Komplex Mitbestimmung. "Welche Chancen haben die Arbeitnehmer heute, ihre Arbeitsbedingungen mitzubestimmen? Wovon hängt es ab, daß sie ihre Chancen wahrnehmen können?" (S. 142). Zu diesen Fragen versucht die Autorin Informationen anzubieten, die eine Antwort ermöglichen sollen. Im einzelnen werden die derzeit geltenden Mitbestimmungsgesetze und wesentliche aus dem Betriebsverfassungsgesetz abzuleitende Rechte der Arbeitnehmer bzw. des Betriebsrates vorgestellt. Die Texte geben auch einen Einblick in die unterschiedlichen Interessenslagen zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern. Zur weiteren Vertiefung dieser Thematik dient ein Text, der in Pro- und Contra-Form Positionen zur paritätischen Mitbestimmung entfaltet. Die Autorin resümiert: "Mitbestimmung (am Arbeitsplatz, im Betrieb, in der Unternehmensleitung) ist eine von mehreren Möglichkeiten, Belastungen und Risiken der Arbeit unter industriellen Bedingungen zugunsten der Arbeitnehmer zu verringern. Die Argumente, die gegen die paritätische Mitbestimmung vorgebracht werden, müssen jedoch bedacht werden" (S. 143).
Kurze Hinweise finden sich auf die Aufgaben der Arbeitsverwaltung (z. B. Umschulungs- und Fortbildungshilfen) und zur Arbeitsgerichtsbarkeit.

Unter dem Themenstichwort "Arbeit" (S. 143) weist die Verfasserin auf Möglichkeiten hin, die "die Industriearbeit den menschlichen Bedürfnissen anzugleichen" versuchen und nennt dabei als Beispiel auch den Arbeitsschutz. Leider vermissen wir jedoch ein Eingehen auf die umfangreichen rechtlichen Regelungen zur Sicherheit und zum Schutz der arbeitenden Menschen. Zwar sind einzelne Maßnahmen genannt (z. B. Berufsausbildungsgesetz oder Jugendarbeitsschutzgesetz). Dies erscheint uns jedoch nicht ausreichend.

Probleme, die zusammenhängen mit der Berufswahl, dem Ausbildungsstellenmarkt, dem "Recht auf Ausbildung während der Lehrzeit" (S. 96) und den "Schwierigkeiten, Rechte wahrzunehmen" (S. 98), werden ausgiebig diskutiert. Vergessen werden aber auch nicht die Pflichten und die Leistungen, die ein Auszubildender zu erfüllen hat.
Ein wichtiges Anliegen ist der Verfasserin offensichtlich "der Mensch am Arbeitsplatz", dem trotz permanenter Fortentwicklung der Produktionsverfahren die Selbstverwirklichung durch Arbeit ermöglicht werden soll.

"Umwelt: früher von Natur aus gegeben - heute zur Aufgabe geworden" (S. 166). Unter diesen Leitworten versucht Hilligen im Kapitel 15 eine Situationsbeschreibung gegenwärtiger Umweltbeeinträchtigung, wobei die Schwerpunkte auf Belästigungen bzw. Gefährdungen durch Lärm, Smog, Müll und Gift liegen. Der einzelne (auch der Schüler) ist aufgefordert, zur Reduzierung beizutragen.
Hinweise auf gesetzliche Maßnahmen (z. B. Benzinbleigesetz, Reinhaltung der Luft, Abfallbeseitigung) signalisieren das Tätigwerden des Staates, der vorrangig den Verursacher im Auge hat.
An den Beispielen des Abwasserabgabengesetzes und der Schädlingsbekämpfung werden die durch unterschiedliche Interessenslagen bedingten Zielkonflikte der Umweltschutzpolitik aufgezeigt.
Ursula Buch weist bereits im Kapitel Soziale Marktwirtschaft auf diese wichtige ordnungspolitische Aufgabe hin und deutet Lösungsmöglichkeiten an, die eine Marktwirtschaft aus sich heraus entwickeln könnte (z. B. Wiederverwendung von Abfällen).

Wirtschaftspolitik

Durch die Schwankungen der wirtschaftlichen Entwicklung ergeben sich "Probleme der staatlichen Wirtschaftspolitik" (S. 111). Ursula Buch zeigt anhand einer Grafik die "Konjunkturbewegung in der Marktwirtschaft" (S. 113) und gibt erläuternde Bemerkungen, insbesondere zu sichtbaren Anzeichen der jeweiligen Konjunkturlagen.
Sie deutet an, daß die wirtschaftspolitischen Ziele (auch dargestellt auf einem Schaubild) in einer gewissen Konkurrenz zueinander stehen und versucht werden muß, diesen Zielkonflikt möglichst gering zu halten bzw. Prioritäten gesetzt werden müssen. Ausführlicher werden das Verhältnis der Lohn- und Gewinnquote und deren Auswirkungen auf das Wirtschaftswachstum angesprochen.
"Maßnahmen, die den Ausgleich von Konjunkturschwankungen anstreben" (S. 129) sind in einer sozialen Marktwirtschaft unbestritten, folgert die Autorin und plädiert damit für die staatliche Einflußnahme auf den Wirtschaftsprozeß.

Die Ausführungen zur Konjunkturpolitik werden im wesentlichen auf die Möglichkeiten der Steuerpolitik beschränkt. "Steuern ... sind ein wichtiges Mittel, um den Wirtschaftsablauf zu beeinflussen; die Steuerpolitik ist daher immer Gegenstand harter politischer Auseinandersetzungen" (S. 114). Stellungnahmen des DGB und der "Unternehmerseite" bekräftigen diese Aussage. In diesem Zusammenhang hätten die Möglichkeiten der Bundesbank, durch ihre Geldpolitik die Konjunktur zu beeinflussen, und die antizyklische Ausrichtung der Konjunkturpolitik ausführlicher erörtert werden sollen. Die konjunkturpolitischen Möglichkeiten können deswegen von den Schülern nur partiell erfaßt werden.

Gesamturteil:

"Sehen Beurteilen Handeln" weist sich überwiegend als Arbeitsbuch aus. Die methodische Gesamtanlage ist beeindruckend, da es einerseits den Autoren vorzüglich gelungen ist, die wirtschafts- und sozialpolitischen Themen unter Berücksichtigung lernpsychologischer Faktoren schülergemäß aufzubereiten und andererseits die Vielfalt der Informationen imponiert.

Schülern unserer Altersstufe ist es möglich, zu erarbeiten, daß mit der Sozialen Marktwirtschaft eine Wirtschaftsordnung praktiziert wird, die als sehr leistungsfähig anzusehen ist und deswegen am ehesten Gewähr bietet für Wohlstand breiter Bevölkerungsschichten. Der dieser Ordnungsidee zugrundeliegende Leitgedanke, nämlich weitgehende wirtschaftliche Freiheiten und zugleich durch staatliche Maßnahmen soziale Sicherheit und soziale Gerechtigkeit zu garantieren, wird auch für Schüler der Sekundarstufe I offenkundig.
Die durch die Soziale Marktwirtschaft ermöglichte soziale und politische Stabilität wird an mehreren Stellen ausdrücklich erwähnt. Auch wenn dem Gesamteindruck nach die Situation des nichtselbständig Arbeitenden mehr im Vordergrund steht, kann dennoch festgestellt werden, daß die Interessen aller am Wirtschaftsleben Beteiligten gesehen werden. Der Gedanke der Kooperation zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern hätte vielleicht noch stärker betont werden können. Die Notwendigkeit staatlicher Wirtschaftspolitik zur Beeinflussung der konjunkturellen Entwicklung wird bejaht.
Soziale Marktwirtschaft kann insgesamt gesehen gut erarbeitet werden.

2.3.7. Bürger und Politik

Allgemeine Daten

Autor: Steinbügl, Eduard

Verlag: Winklers Verlag, Darmstadt

Erscheinungsort/Erscheinungsjahr/Neuauflage: Darmstadt, 1979, 1. Auflage

Format: 24 x 16,5 cm

Einband: fest, nicht kartoniert

Umfang: 208 Seiten

Inhaltsverzeichnis: 8 Kapitel, die weiter untergliedert sind

Stichwortregister: enthalten

Namensregister: enthalten (allerdings ohne Anmerkungen)

Fremdwörterverzeichnis: enthalten

Quellenverzeichnis: enthalten

Hinweise auf weiterführende Literatur: enthalten

Anschriftenverzeichnis: nicht aufgenommen

Jahrgangsstufen: 10. Klasse

Zulassung: Bayern und Schleswig-Holstein, Realschule, 10. Jahrgangsstufe

Lehrerheft: liegt nicht vor

Elternbrief: liegt nicht vor

Vorwort: enthalten

Sonstige Hinweise für den Benutzer: keine

Didaktisch-methodische Struktur

Der Autor gliedert das Buch in folgende 8 Kapitel:

"1 Politische Meinungs- und Willensbildung" (S. 7-22)
"2 Politik im Entscheidungsbereich" (S. 23-36)
"3 Parlament, Regierung und Rechtssprechung in der Bundesrepublik Deutschland" (S. 37-63)
"4 Politik als gestaltende Kraft" (S. 64-91)
"5 Der Staatsbürger und die Gesellschaft" (S. 92-108)
"6 Föderalismus in der Bundesrepublik Deutschland" (S. 109-129)
"7 Die sozialistische Gesellschaft" (S. 130-157)
"8 Internationale Politik" (S. 158-202)

Das Inhaltsverzeichnis von "Bürger und Politik" weist kein Kapitel für die Wirtschaftsordnung aus.
Im Kapitel 2 "Politik im Entscheidungsbereich" findet sich ein Thema, das mit "Der Zusammenhang von Wirtschaft und Politik" überschrieben ist. Die Europäische Gemeinschaft ist im Kapitel 8 "Internationale Politik" behandelt. Weitere wirtschaftliche Inhalte sind vereinzelt anderweitig eingeordnet (S. 143 -Beschreibung der sozialen Marktwirtschaft, S. 82/83 -Eigentumsgarantie usw.). Für die Betrachtung der Elemente der Sozialordnung interessieren vor allem die Kapitel "Politik als gestaltende Kraft" mit den für unser Anliegen wichtigen Abschnitten

"Die Bundesrepublik Deutschland als Sozialstaat"
"Geschichtliche Entwicklung"
"Soziale Sicherung heute"
"Organisation der sozialen Sicherheit"
"Das Netz der übrigen Versicherungen"
"Streitfälle zwischen Bürgern und Behörden"

sowie das Kapitel "Der Staatsbürger und die Gesellschaft"

mit den Abschnitten "Sozialstruktur der Bundesrepublik Deutschland" und "Soziale Mobilität".
Gegenstand der Untersuchung sind auch die Abschnitte "Parteien und Parteiprogramme", "Macht der Verbände", "Sozialistische Wirtschaft" und "Unsere Grundrechte".

Es wird bereits deutlich, daß die Behandlung wirtschaftlicher und wirtschaftspolitischer Sachverhalte nicht im Mittelpunkt steht.

Der Autor hatte die Absicht zusammenzustellen, "was notwendig ist, daß wir in Frieden und Freiheit" (S. 2) unser Leben gestalten können. Er macht deutlich, daß im Rahmen eines Buches nicht alle - eigentlich erforderlichen - Teilgebiete untergebracht werden können. Dies sei auch nicht notwendig, da es darauf ankomme, "an geeigneten Modellen soziales Verhalten und demokratische Spielregeln" (S. 2) einzuüben.
Erstrebenswert erscheint für Steinbügl,"Verantwortungsbewußtsein für den Nächsten und damit auch für den Staat zu wecken und den so gefährlichen 'Ohne-mich'-Standpunkt zu überwinden" (S. 2).

Die Lerninhalte zur Wirtschafts- und Sozialordnung der Bundesrepublik Deutschland sind nicht in unmittelbarem Zusammenhang behandelt und z. T. bei den unterschiedlichsten Themen angesiedelt.
Der Autor setzt die vielfältigen Möglichkeiten der stofflichen Aufbereitung um und verbindet vor allem Elemente eines Lehr- bzw. Arbeitsbuches nach unserer Auffassung vorzüglich.
Als Einstieg in die jeweiligen Themen dienen häufig kontrovers gehaltene Aussagen.

Beispiel:

## 8.2 Die Europäische Gemeinschaft

**Pro:** „Der Zusammenschluß europäischer Völker zu einer großen Einheit ist ein wichtiger Meilenstein auf dem Wege zu einem dauerhaften Frieden in Europa und in der Welt. Er bedeutet politische Sicherheit, wirtschaftlichen Fortschritt und wachsenden Wohlstand für alle Bürger. Heute schon ist die Gemeinschaft die führende Handelsmacht der Welt, sie hat erreicht, daß Europa wieder weltweit Ansehen und Geltung besitzt."

**Kontra:** „Die Europäische Gemeinschaft ist in sich uneins und zerstritten, sie wird von häufigen Krisen erschüttert. Der Abbau der Zollschranken und gegenseitiger Leistungsdruck haben zu einem erbitterten Konkurrenzkampf unter den Mitgliedstaaten geführt. Während auf der einen Seite Subventionen eine Überproduktion begünstigen, steigen andererseits die Preise für den Verbraucher aufgrund von Preis- und Absatzgarantien unaufhörlich an. Es zeigt sich in der Praxis, daß den Partnern die Wahrung eigenstaatlicher Interessen wichtiger ist als das Gemeinwohl."

S. 162

Dadurch werden die Schüler gezwungen, einen bestimmten Sachverhalt von mehreren Seiten zu beleuchten. Die Vielschichtigkeit politischer Probleme wird angedeutet und damit auch ein Grundstein für eine fundierte Urteilsbildung gelegt.
Umfangreiche Informationstexte vermitteln das notwendige Basiswissen, wobei der permanente Rückgriff auf historische Entwicklungen auffällt. Die Beiträge des Autors werden durch unterschiedliche Arbeitsmaterialien ergänzt.
Für unser Thema werden vor allem Schaubilder, z. T. mit ergänzenden Texten, herangezogen. Es finden sich Übersichten, die anderer Literatur entnommen sind, wie dem Buch "Grenzen des Sozialstaates" von Wellner (S. 71) oder der "Übersicht über die Soziale Sicherung" (S. 74). Auf einen Auszug aus dem Sozialbe-

richt der Bundesregierung sei ebenfalls hingewiesen (S. 70). Bilder, z. B. von den großen Europäern, von einem Protestmarsch deutscher Landwirte gegen die Brüsseler Agrarpolitik, von der Kommandozentrale eines Kernkraftwerkes oder von Arbeitern am Fließband in einer Automobilfabrik, bringen Abwechslung für den Leser. Einen Beitrag zur Auflockerung leisten auch die Karikaturen, die die politische und wirtschaftliche Kraft der europäischen Staaten und das politische Ringen in Europa darstellen (S. 170).
Internationale Vereinbarungen, wie die in Kopenhagen vereinbarte Erklärung über die europäische Identität vom 14.12.1973 oder Auszüge aus dem Grundgesetz, stehen als Primärquellen.
Trotz der Aufnahme zahlreicher Materialien bereitet die systematische Orientierung keine Schwierigkeiten.

Das Buch scheint sowohl von der Sprache als auch vom Inhalt her dem Leistungsvermögen durchschnittlicher Schüler der 10. Jahrgangsstufe angepaßt.
Bei der Auswahl der Stoffe stellt der Autor Belange der objektiven Bedeutsamkeit offensichtlich über die Gesichtspunkte der subjektiven Betroffenheit. Insoweit wird es verstärkter Lehreraktivität bedürfen, die Schüler entsprechend zu motivieren. Gesichtspunkten der Anschaulichkeit wird Rechnung getragen (Zweifarbendruck, Abwechslung u.a.).

In Konsequenz der bisherigen Ausführungen ist zu bescheinigen, daß das Buch vielfältig eingesetzt werden kann. Es wäre praktikabler für die Unterrichtsarbeit, wenn die Fragen unmittelbar nach den Arbeitsmaterialien plaziert wären. Da die Arbeitsaufgaben am Ende eines bestimmten Sachzusammenhanges stehen, haben sie zu sehr den Charakter von Lernzielkontrollen. Positiv ist zu werten, daß zahlreiche Fragen die Schüler zu weiterführendem Denken anregen sollen.

Beispiel:

> "Ist es nicht bedenklich, Laienrichter ohne juristische Ausbildung zu wichtigen Prozessen mit vollem Stimmrecht zuzulassen?"
>
> "Warum hat der Gesetzgeber dennoch diese Regelung getroffen?" (s. S. 69).

Positiv sind auch die vereinzelt in Form von Übersichtstafeln angebotenen Zusammenfassungen zu registrieren (z. B. "Organisation der sozialen Sicherheit", S. 75 oder zum Thema Grundrechte, S. 83).

Dem Autor ist zu bestätigen, daß es gelungen ist, politische Einseitigkeit zu vermeiden und einen Einblick in unterschiedliche Standpunkte zu gewährleisten.

Aufbereitung der Sozialen Marktwirtschaft

Kenntnisse über die elementaren Sachverhalte des Wirtschaftens werden den Schülern nicht vermittelt.

Marktwirtschaftlicher Ordnungsrahmen

Die "Grundrechte der Deutschen" werden in einem eigenen Abschnitt dargestellt. Neben einigen historischen Fakten sind die einzelnen Grundrechte und Grundpflichten lapidar aufgezählt. Die für unsere Betrachtung relevanten Grundrechte sind die der freien Entfaltung der Persönlichkeit, einschließlich des Rechts auf freie wirtschaftliche Betätigung (S. 83), der Vereinigungsfreiheit, des Rechts auf Freizügigkeit, der freien Berufswahl und der Eigentumsgarantie. Ob den Schülern allerdings bereits der Transfer gelingt, daß damit auch die Grundlage für eine marktwirtschaftliche Ordnung gelegt ist, muß bezweifelt werden. Eine Definition von Sozialer Marktwirtschaft stellt der Autor nämlich in vollkommen anderem Zusammenhang vor. Eingebettet in den Themenkomplex "Sozialistische Wirtschaft" betont Steinbügl (S. 143): "Der Unternehmer ist in seinen Entscheidungen frei. Er richtet sich in seiner Produktion nach den Marktbedürfnissen, d. h., nach den Regeln von Angebot und Nachfrage. Es herrscht freier Wettbewerb mit hartem Konkurrenzkampf. Um soziale Härten zu vermeiden und den Bürger vor einem Mißbrauch privatwirtschaftlicher Interessen zu schützen, kann der Staat lenkend in den Wirtschaftsprozeß eingreifen (z. B. durch Verbot von Preisabsprachen, Maßnahmen gegen Arbeitslosigkeit und Preissteigerung, Unterstützung wirtschaftlich Schwacher, regulierende Steuerpolitik)".

Damit wird zwar der Kern einer marktwirtschaftlichen Ordnung herausgestellt, jedoch dürfte diese knappe Aussage nicht genügen, um für Schüler der Sekundarstufe I den Koordinationsmechanismus Markt verständlich zu machen. Des weiteren hätten noch das Wettbewerbsprinzip und die erforderliche Wettbewerbsordnung besprochen werden müssen.

Steinbügl zeigt im Abschnitt "Die Europäische Gemeinschaft" (S. 162 ff.) sehr anschaulich und detailliert die Probleme auf den Agrarmärkten innerhalb der EG und die damit verbundenen Beeinträchtigungen marktwirtschaftlicher Prinzipien auf.
Die Schwierigkeiten auf den Agrarmärkten, die u.a. auf "unterschiedliche Voraussetzungen nach Klima, Bodenqualität, Anbaufläche und Technisierung" (S. 168) zurückzuführen sind, werden durch staatliche Subventionen ausgeglichen. Die durch Preis- und Absatzgarantien mit hervorgerufenen Überproduktionen werden kritisiert, ebenso die gelegentliche Verschleuderung und Verwaltung von Überschußgütern. Ein Schaubild stellt sehr übersichtlich Ziele und Wirklichkeit des gemeinsamen Agrarmarktes gegenüber (S. 166).

Sozialer Ordnungsrahmen

Das Ziel Sozialer Marktwirtschaft, nämlich eine freiheitliche Wirtschaftsordnung mit einem System des sozialen Ausgleichs zu verbinden, kommt in der oben angeführten Kurzbeschreibung vom Wesen Sozialer Marktwirtschaft in gewisser Weise zum Ausdruck. Nachdem aber der zur Sozialordnung einschlägige Abschnitt in anderem Kontext vorgestellt wird und eine diesbezügliche eindeutige Aussage nicht mehr vorsieht, werden Schüler der Sekundarstufe I diese Zielkombination nicht ohne weiteres begreifen können.

Den Abschnitt "Bundesrepublik Deutschland als Sozialstaat" leitet Steinbügl mit einem Auszug aus dem Sozialbericht der Bundesregierung ein, der die soziale Sicherheit, aber auch "persönliche Entfaltung und mehr Beteiligung an Entscheidungsprozessen" (S. 70) postuliert. Auf den Verfassungsauftrag wird Bezug genommen. Sinnvoll erscheint uns der historische Bericht über den Aufbau der gesetzlichen Sozialversicherung im vergangenen Jahrhundert durch Reichskanzler Otto von Bismarck und die Informationen über die Weiterentwicklung des Sozialversicherungsrechts, die Dynamisierung der Renten im Jahre 1957 und das Gesetz zur Krankenversicherung der Landwirte (1972).
Allerdings gehen diese Informationen - wohl beabsichtigt - nicht ins Detail. Die Aufgaben der sozialen Sicherung in der Gegenwart sieht er in der "dynamischen Existenzsicherung" und im "sozialen Ausgleich" (S. 70). Existenzsicherung bedeutet für ihn, "daß bei Krankheit, Invalidität, Alter, Arbeitslosigkeit und Tod des Ernährers ein angemessenes Einkommen gewährleistet wird" (S. 71). Er weist auf den Sozialhilfeanspruch sowie auf die gewaltigen Lasten im Rahmen der Kriegsopfer- und Kriegshinterbliebenenversorgung hin.

Das Schaubild "Soziale Leistung - Soziale Last" (S. 71) macht bewußt, daß alle Förderung zunächst vom Bürger erwirtschaftet werden muß. Die Übersicht "Was macht der Staat mit unserem Geld?" (S. 53) vergegenwärtigt die gewaltigen Anstrengungen im Bereich der sozialen Sicherungsmaßnahmen und zeigt, daß von den gesamten Staatsausgaben (Bund und Länder) jede vierte Mark in den Sozialbereich fließt.
Steinbügl fordert angesichts "der steigenden Löhne und Preise sowie der sinkenden Kaufkraft der DM" die dynamische Anpassung der Leistungen an die "Einkommens-

und Wirtschaftslagen" (S. 71). Der umfangreiche soziale Leistungskatalog (Kindergeld, Wohngeld, Sozialhilfe usw.) wird erwähnt. Es wird auch auf den Grundsatz eingegangen, daß erst durch das Zusammenwirken aller eine Solidargemeinschaft entsteht, die soziales Handeln ermöglicht. Problematisch sieht er diesbezüglich die ungünstige Bevölkerungsentwicklung im Hinblick auf die Rentenfinanzierung (S. 73). Damit ist ein durchaus ausreichender erster Einblick in Sinn und Ausmaß des Netzes sozialer Sicherheit gewährt.

Die Ausgaben für die Sparförderung durch Sparprämien und Bausparprämien sowie das vermögenswirksame Sparen sollen ebenfalls staatliche Umverteilung demonstrieren. Hierzu führt Steinbügl u. a. aus: "Sozialer Ausgleich führt dazu, daß die Gegensätze zwischen Großverdienern und Einkommensschwachen abgebaut werden. Demokratie kann auf die Dauer nur Bestand haben, wenn ein gewisser, wenn auch bescheidener Wohlstand für alle erreicht wird" (S. 71). Nach unserer Auffassung genügen diese Hinweise auf das sozialpolitische Ziel einer gerechteren Einkommens- und Vermögensverteilung. Man hätte allerdings hier noch auf die gegenwärtige Situation in der Bundesrepublik Deutschland eingehen können, wo zweifellos ein beachtlicher Wohlstand erreicht wurde.

Die Ausführungen zur Arbeitsordnung erscheinen uns nicht ausreichend und zudem die Intentionen der Sozialen Marktwirtschaft nicht hinreichend zu erfassen. Zwar werden Maßnahmen zur Humanisierung des Arbeitslebens, wie Schutzvorrichtungen an Maschinen und Geräten, die Sicherung gegen Brände, die Erhaltung einer gesunden Atemluft oder Nichtraucherschutz, gefordert und betont "Umweltschutz beginnt also bereits am Arbeitsplatz" (S. 73), aber auf die anderen wichtigen Bereiche des Arbeits-

lebens (Tarifautonomie, Unternehmensführung einschließlich Mitbestimmungsfragen u.a.) geht der Autor nicht näher ein.
Die Problematik des Umweltschutzes wird ebenfalls nur angetippt.

Wirtschaftspolitik

Der Autor führt die Bedeutung der Wirtschaft für die Politik auf die Verflechtung von Export und Import zurück. Dies ist sicherlich ein wichtiger Teilaspekt, der beim Zusammenwirken von Politik und Wirtschaft beachtet werden muß.
Die Interdependenz von Wirtschaft und Politik hätte jedoch durch Einbeziehung konkreter Fälle herausgearbeitet werden können. In folgenden zwei Sätzen deutet er die Wechselwirkung an: "Jede Regierung und jedes Parlament muß sich nach den wirtschaftlichen Grundinteressen des Volkes richten und danach die gesamte Politik ausrichten ... In einer Zeit des regen internationalen Warenverkehrs kann es nicht ausbleiben, daß die Wirtschaft der teils geheime, teils offene Lenker der Politik ist" (S. 26).
Steinbügl hätte hier präzisieren sollen, wen er mit der Bezeichnung "Wirtschaft" ansprechen will.

Die Ziele staatlicher Wirtschaftspolitik werden nur am Rande behandelt, z. B. wenn der Autor feststellt, daß sich die Währungspolitik "um Geldwertstabilität und Absicherung im internationalen Währungsgefüge"zu bemühen hat (S. 26) oder wenn auf Seite 54 die Kompetenzen der Ressorts Wirtschaft und Finanzen beschrieben werden. Inhalt, Zusammenhang und Wirkung werden durch derartige Randbemerkungen nicht aufgezeigt.

Der Schüler kann anhand des Buches auch nicht die in einer Sozialen Marktwirtschaft erforderliche staatliche Beeinflussung des Wirtschaftsprozesses (Konjunkturpolitik u.a.) nachvollziehen.

Gesamturteil

Die im Lehr- und Arbeitsbuch "Bürger und Politik" aufgenommenen Informationstexte und Arbeitsmaterialien können den Themenkomplex Soziale Marktwirtschaft nicht repräsentieren. Da sind einerseits das Wesen und die Funktionen einer marktwirtschaftlichen Ordnung nicht hinreichend aufgezeigt, und andererseits wird die soziale Komponente zu abstrakt von der Wirtschaftsordnung behandelt. Die durchaus brauchbaren Schilderungen der sozialstaatlichen Verpflichtungen und Leistungen genügen eben allein nicht. Des weiteren werden die für das Arbeitsleben konzipierten und praktizierten Grundsätze für eine weitgehend - möglichst konfliktfreie - Zusammenarbeit zwischen Unternehmern und Arbeitnehmern nicht gelehrt und können auch nicht erarbeitet werden. Vermißt werden weiterhin die in einer Sozialen Marktwirtschaft zur Beeinflussung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung unverzichtbaren Maßnahmen der Wirtschaftspolitik.

Erwähnt werden soll noch, daß im Zusammenhang mit der Darstellung des Wirtschaftssystems der DDR auch die großen materiell-ökonomischen Leistungen in der Bundesrepublik Deutschland zum Ausdruck kommen.

## 2.3.8. Grundzüge der Sozialkunde

Allgemeine Daten

Autor: Süss, Gustav Adolf

Verlag: Moritz Diesterweg, Frankfurt

Erscheinungsort/Erscheinungsjahr/Neuauflage: Frankfurt, 1979; Neufassung

Format: 22 x 15,5 cm

Einband: fest, nicht kartoniert

Umfang: 128 Seiten

Inhaltsverzeichnis: 4 Abschnitte, die ausführlich untergliedert sind

Stichwortregister: nicht umfangreich

Namensregister: nicht enthalten

Fremdwörterverzeichnis: nicht enthalten

Quellenverzeichnis: nicht enthalten

Hinweise auf weiterführende Literatur: keine

Anschriftenverzeichnis: nicht aufgenommen

Jahrgangsstufen: 9. und 10. Klasse

Zulassung: Bayern (G), Schleswig-Holstein (RS), Rheinland-Pfalz (RS), Baden-Württemberg (RS), Saarland (RS)

Lehrerheft: liegt vor

Elternbrief: liegt nicht vor

Vorwort: Enthält Anregungen zur Arbeit mit dem Buch

Sonstige Hinweise für den Benutzer: keine

Didaktisch-methodische Struktur

Das Buch "Grundzüge der Sozialkunde" ist in vier große Kapitel ("Gesellschaft", "Wirtschaft", "Staat" und "Überstaatliche Organisationen und Probleme") eingeteilt.

Für unsere Untersuchung ist vorrangig das Kapitel "Wirtschaft" von Interesse. Es ist in die Abschnitte gegliedert (S. 37-71):

"Grundformen der Wirtschaft"
"Die Landwirtschaft"
"Das Handwerk"
"Die Industrie"
"Arbeit und Kapital im Produktionsprozeß"
"Gewerkschaften"
"Soziale Sicherheit"
"Geld und Kapital"
"Inflation und Deflation"
"Grundbegriffe von Geld und Kredit"
"Wertpapiere"

Unserer Betrachtung wird nicht nur das Kapitel Wirtschaft unterliegen, sondern vor allem noch aus dem Bereich Gesellschaft der Abschnitt "Ordentliche Gerichte und besondere Gerichtsbarkeiten" (S. 18), aus dem Kapitel Staat die Abschnitte "Parteien in der Bundesrepublik Deutschland" (S. 87), "Finanzpolitik" (S. 104), "Der sozialistische Staat in der DDR" (S. 112) sowie aus dem Kapitel "Überstaatliche Organisationen und Probleme" der Abschnitt "Die europäischen Organisationen" (S. 122).

Der Wirtschaft sind nahezu 35 Seiten eingeräumt. Davon entfallen vier Seiten auf die Darstellung der sozialistischen Wirtschaft der DDR.

Süss weist in einem Vorwort ausdrücklich darauf hin, daß mit dem Buch lediglich Grundwissen erworben werden kann.
Mit den Fragestellungen ist die Absicht verbunden, die Schüler "zum Nachdenken und Suchen" zu veranlassen. Damit deutet Süss sein Verständnis von Sozialkunde an. Er präzisiert dies mit der Feststellung, Sozialkunde soll als Fach betrieben werden, "in dem man Grundwissen braucht, das sich aber nicht auf die Vermittlung von Wissen beschränkt. Es geht in der Sozialkunde vielmehr darum, bewußtzumachen, daß die Probleme unserer Welt immer wieder studiert und bedacht - und von uns allen neu gelöst werden müssen".

Der Autor leitet die einzelnen Kapitel in der Regel mit einem Materialangebot ein (am Rand als solches auch ausdrücklich gekennzeichnet). Die nachfolgenden, z. T. allerdings zu anspruchsvollen Arbeitsvorschläge sollen zu dessen Auswertung anregen. Mit meist knapp gehaltenen Lehrtexten trägt Süss die ihm für das Thema relevant erscheinenden Lerninhalte zusammen. Jedem Teilabschnitt fügt er sog. "Zusatzinformationen" an, die dem Schüler "neue Gesichtspunkte" bieten und zur Weiterarbeit motivieren sollen. Hinsichtlich der stofflichen Aufbereitung ist festzuhalten, daß die im Wirtschaftsleben unvermeidbaren Probleme nicht verschwiegen, aber auch nicht dramatisiert werden. Die Wirtschafts- und Sozialordnung wird im Zusammenhang dargestellt.
Die Vielfalt der Materialarten könnte mehr berücksichtigt werden. Lediglich Statistiken, grafische Darstellungen, Schaubilder, Texte und ein Wechselvordruck finden sich im fraglichen Kapitel. Nachdem lediglich auf S. 56 "Die Zeit" als Quelle genannt ist, kann auch nicht untersucht werden, auf welchen Ursprung die Materialien zurückgehen. Einige dürften jedoch vom Autor erstellt worden sein, z. B. das Schaubild auf S. 48,

das den "Bereich der industriellen Produktion" gut nachvollziehbar skizziert.
Das Buch ist niveauvoll geschrieben und wird die Schüler fordern, jedoch nicht überfordern.
Aufmachung, Anordnung, Farbgebung (schwarz und grün) und Illustrierung könnten ansprechender gestaltet werden. Dies würde nicht zuletzt die Motivation zur Arbeit mit dem Buch fördern. In die Darbietung des Lehrtextes und der Materialien ließe sich mehr Abwechslung einbauen.
Das Buch enthält zahlreiche Arbeitsvorschläge, die Variationen im Unterricht zulassen. Querverbindungen innerhalb des Faches finden sich gelegentlich (S. 42). Lernzielkontrollen sind nicht ausdrücklich eingebaut.

Insgesamt gesehen kann das vorliegende Buch bezüglich der verschiedenen politischen Meinungen als ausgewogen beurteilt werden. Diese Feststellung im Einzelfall und an Hand konkreter Angaben zu präzisieren, wird erschwert, da der Autor zu den ausgewählten Materialien fast keine Quellen angibt.

Bleibt abschließend nochmals festzuhalten, daß Süss mit dem Buch offensichtlich nur einen Leitfaden ("Grundzüge der Sozialkunde") konzipieren wollte und diese Tatsache in die weitere Untersuchung einzubeziehen ist.

Aufbereitung der Sozialen Marktwirtschaft

Eine systematisch zusammenhängende Einführung in die wirtschaftlichen Grundsachverhalte sieht der Autor nicht vor. Vereinzelt werden diesbezüglich relevante Teilaspekte vorgestellt (z. B. Fragen der Arbeitsteilung, S. 44 oder sehr anschaulich der Produktionsprozeß, S. 48 ff.).

Marktwirtschaftlicher Ordnungsrahmen

In den Themenbereich Wirtschaft wird mit einem in Frage-Antwort-Form gehaltenen Vergleich des marktwirtschaftlichen und planwirtschaftlichen Ordnungsmodells eingeführt (S. 37).
Die Darstellung der Modelle bietet dem Schüler sicherlich zahlreiche - höchstwahrscheinlich zu viele - Informationen, die die Einordnung in den Gesamtzusammenhang erheblich erschweren. Die erste Frage lautet: "Wer steuert die Wirtschaft?" Die Antwort: "Der Markt, d. h. das Verhältnis von Angebot und Nachfrage". Süss fährt fort: "Wer bestimmt, was produziert wird?" Antwort: "Der Unternehmer". Nächste Frage: "Welche Faktoren spielen bei der Produktionsentscheidung eine Rolle?" Antwort: "Gewinnerwartung des Unternehmers". Hier zeigen sich bereits die Schwierigkeiten, die eine derartige Darstellung in sich birgt. Sie zwingt zum knappen Formulieren und gerät dadurch in die Gefahr, wichtiges unerwähnt zu lassen. Der Autor hätte natürlich mit angeben müssen, daß sehr wohl der Konsument oder besser die Vielzahl der Konsumenten Produktionsentscheidungen maßgeblich beeinflussen. Auch ist die Gewinnerwartung des Unternehmers nicht alleiniger Grund für unternehmerisches Engagement.

Zu einer Reihe anderer Fragen dieses "Materialangebots" müßten noch ähnliche Anmerkungen gemacht werden.
Der Gegenüberstellung Marktwirtschaft : Planwirtschaft folgen zwei Arbeitsaufträge, von denen einer genannt sein soll: "Erörtern Sie im Modell der Marktwirtschaft die Situation um einen Haushaltsartikel (z. B. Brotschneidemaschine)! Berücksichtigen Sie dabei folgende Gesichtspunkte: Produktionsentscheidung (wer, warum, wieviel?), Preisbildung, Werbung, Risiko" (S. 38). Als Ergebnis des genannten Arbeitsvorschlages erwartet Süss: "Der Unternehmer entscheidet sich für die Produktion in einer bestimmten Höhe, weil er annimmt, daß seine Produkte vom Markt verlangt werden. Er sorgt für Werbung, verlangt im allgemeinen den Preis, den der Markt hergibt, und trägt das Risiko" (S. 7, Lehrerheft).
In den ergänzenden Informationen betont Süss ausdrücklich: "Unserer Wirtschaft in der Bundesrepublik Deutschland liegt das Modell der Marktwirtschaft zugrunde (S. 38). Zur erstmaligen politischen Durchsetzung äußert sich der Verfasser nicht.
Ein erster Einblick in den Koordinationsmechanismus Markt ist damit getan. Ob Schüler der Sekundarstufe I damit aber bereits die Aufgaben des Marktes erfassen können, muß bezweifelt werden. Für das Schulfach Politik wäre es auch angebracht gewesen, die Garantien des Grundgesetzes für eine freiheitliche Wirtschaftsordnung stärker herauszuarbeiten.

Zum Thema Marktformen und Preisbildung sagt der Autor, daß unsoziale Wirkungen dort entstehen können, wo "ein übermächtiges Wirtschaftsunternehmen alle Konkurrenten vom Markt verdrängt, sich dadurch ein Monopol für ein bestimmtes Produkt verschafft und dann für dieses Produkt überhöhte Preise verlangt" (S. 38). An anderer Stelle geht der Autor auf das Wettbewerbsprinzip ein und spricht diesbezügliche Ordnungselemente an.

"Welche Rolle spielt der Konkurrenzgedanke?" (S. 37). Die Betriebe sollen durch vermehrte Leistung ihre "Existenz" und "Konkurrenzfähigkeit" sichern, lautet sinngemäß die Antwort. Die gesetzlichen Möglichkeiten des Staates, für die Aufrechterhaltung und die Qualität des Wettbewerbs zu sorgen, spricht Süss an: "Gegen Fälle von Marktbeherrschung verfügt unser Staat über verschiedene Mittel, z. B. Verbot des Zusammenschlusses von Großbetrieben, Kartellverbot, Senkung der Einfuhrzölle zur Förderung der Konkurrenz" (S. 38).

Als "Zusatzinformationen" bietet er zu diesem Komplex einige Interpretationen des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen, speziell zum Kartellrecht, an (S. 39). Andere Wettbewerbsgesetze werden nicht angesprochen. Zu den Konzentrationsbewegungen in der Großindustrie findet sich ebenfalls keine Aussage. Lediglich eine Übersicht über Zusammenschlüsse im Handwerksbereich, wonach die Zahl der Betriebe von 1949-1976 nahezu um 400 000 abnahm, informiert zu diesem Komplex.
Mögliche Beeinträchtigungen marktwirtschaftlicher Prinzipien versucht Süss mit den Worten anzudeuten: "Aber unser Staat läßt die marktwirtschaftlichen Prinzipien nur soweit gelten, als sie ... nicht unsoziale Wirkungen haben" (S. 38).

Das Abrücken von der Marktwirtschaft wird ausführlich und verständlich am Beispiel der Probleme auf den EG-Agrarmärkten demonstriert (S. 129). Süss schreibt der Realität entsprechend: "Durch die stärkere Berücksichtigung marktwirtschaftlicher Prinzipien könnte das Problem der Überproduktion landwirtschaftlicher Erzeugnisse in der EG wahrscheinlich gelöst werden, aber dabei würden viele landwirtschaftliche Betriebe unrentabel, und das könnte zusätzliche soziale und politische Probleme schaffen. Deswegen ist gegenwärtig noch keine befriedigende Ordnung des Agrarmarktes in der EG in Sicht" (S. 124).

Sozialer Ordnungsrahmen

Unter Bezugnahme auf Art. 14 Abs. 2 und Art. 20 Abs. 1 GG stellt Süss fest, daß "unsoziale Wirkungen" (S. 38) der Marktwirtschaft korrigiert werden. Damit bringt er bereits die soziale Komponente der Wirtschaftsordnung der Bundesrepublik Deutschland zum Ausdruck. Ein Auszug aus dem Programm der CDU bekräftigt ebenfalls den zentralen Gedanken Sozialer Marktwirtschaft ("Die Soziale Marktwirtschaft ist wie keine andere Ordnung geeignet ... persönliche Freiheit ... wachsenden Wohlstand und sozialen Fortschritt für alle zu verwirklichen und zu sichern", S. 90).

Süss integriert den Abschnitt "Soziale Sicherheit" in das Kapitel "Wirtschaft" und bringt damit unseres Erachtens zweifelsfrei zum Ausdruck, daß zwischen den Möglichkeiten eines sozialen Staates und der wirtschaftlichen Leistungskraft eines Staates ein untrennbarer Zusammenhang besteht.

Das komplizierte Gebilde der sozialen Absicherung beginnt Süss mit der Wiedergabe einer Stellungnahme des Bundeskanzlers zur Arbeitslosigkeit, die auf die Hilfe der Gemeinschaft in Notfällen verweist. Es folgen, differenziert nach Arbeitern und Angestellten, Beamten und Selbständigen, Informationen zu den Inhalten der Sozialversicherung.

Mittels Schaubild erklärt er die Finanzierung der vier Bestandteile der Sozialversicherung. Die Leistungen der Sozialversicherung sind kurz geschildert, einschließlich eines Hinweises auf die Dynamisierung der Renten (S. 55). Zwei schematische Darstellungen des Erstattungsweges bei gesetzlicher und privater Krankenversicherung (bei Beamten) scheinen entbehrlich zu sein.

Süss geht auch auf die Situation der Versorgung der Selbständigen ein und betont, daß bei diesem Personenkreis "das Maß an sozialer Sicherheit geringer als bei den Arbeitnehmern" (S. 56) sei. Diese Befürchtung ist in der heutigen Zeit nicht mehr begründet (s. vor allem auch gesetzliche Krankenversicherung der Landwirte). Außer den elementaren Bestandteilen der Sozialversicherung wird lediglich noch auf die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall verwiesen (S. 53). Weitere Ausführungen zur Sozialordnung enthält das Buch nicht. Der wesentliche Kern des sozialen Schutzes ist aber sichtbar.

Das Ziel einer gerechten Einkommens- und Vermögensverteilung hebt Süss an zahlreichen Punkten hervor, allerdings fehlt der Zusammenhang. Erwähnt werden das Einkommen aus Kapitalvermögen, das Konsumverzicht voraussetzt, die Modelle, "bei denen die Arbeitnehmer zu ihrem Barlohn Anteilscheine bekommen, durch die sie Mitbesitzer ihres Betriebes werden" (S. 49) oder das 624-DM-Gesetz. Eine Tabelle gibt Einblick in die Verteilung des Volkseinkommens. Süss resümiert: "Die Maßnahmen zur Vermögensverteilung stellen beachtliche Ansätze zur Vermögensbildung dar. Sie haben aber bisher an der Tatsache nichts zu ändern vermocht, daß die meisten Bürger unseres Landes nur in bescheidenem Maße zur Kapitalbildung in der Lage sind" (S. 57).

Fragen des Arbeitslebens behandelt Süss sehr ausführlich (zumindest in Relation zu anderen Gebieten). Die Notwendigkeit der Kooperation zwischen Unternehmern und Arbeitnehmern in der Sozialen Marktwirtschaft bringt der Autor mit den Worten zum Ausdruck: "Die alte Vorstellung, daß in der industriellen Arbeitswelt Arbeitgeber und Arbeitnehmer (Kapital und Arbeit) natürliche Gegner seien und jede Gruppe die Absicht habe, der anderen das Fell über die Ohren zu ziehen, entspricht nicht mehr dem

modernen Verständnis in unserer Industriegesellschaft, in der die schrankenlose Durchsetzung der jeweiligen eigenen Interessen nicht mehr möglich ist" (S. 48). Die Leistungen sowohl der Unternehmer als auch der Nichtselbständigen für die Volkswirtschaft werden anerkannt. Ausdrücklich wird aufgezeigt, daß eine zu starke Besteuerung des Unternehmens für beide Seiten (Arbeitgeber und Arbeitnehmer) ungünstige Folgen hat. "Den Vermögenszuwachs der Arbeitgeber durch Steuern abzuschöpfen, ist ein volkswirtschaftlich bedenkliches Verfahren, weil dann zu befürchten ist, daß für Investitionen und Rücklagen weniger Kapital eingesetzt wird ... und daraus ergäben sich Gefahren für die Sicherheit der Arbeitsplätze" schreibt Süss auf S. 49.

Die in einer Sozialen Marktwirtschaft als wichtig zu erachtenden Maßnahmen zur Arbeitsordnung werden mit der Tarifautonomie eingeleitet. "Die Arbeitgeber sind in ihren Lohnzahlungen an die von den Tarifpartnern (Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände) ausgehandelten Tarife gebunden" (S. 48).

In einem eigenen Abschnitt hebt Süss dann die Rolle der Gewerkschaften hervor. Mit den folgenden Ausführungen charakterisiert er treffend die unbestreitbaren Verdienste der Gewerkschaftsbewegung: "Die Gewerkschaften in der Bundesrepublik Deutschland, die nach 1945 neu entstanden, waren im Gegensatz zu den traditionsgebundenen Gewerkschaften in einigen unserer Nachbarländer nicht auf einen antikapitalistischen Kurs festgelegt. Durch ihre maßvollen Forderungen und ihr Eintreten für die soziale Marktwirtschaft haben sie zusammen mit den Arbeitgebern die Voraussetzungen für die wirtschaftliche Gesundung der Bundesrepublik Deutschland und damit auch für die fortlaufende Verbesserung der Lage der Arbeitnehmer geschaffen" (S. 51).

Die geltenden Mitbestimmungsregelungen sind lediglich kurz erläutert. Es wird für unsere Schüler nur schwer möglich sein, sich dadurch ausreichend informieren zu können (s. S. 47). Auf die Arbeitsgerichtsbarkeit als besonderen Gerichtszweig wird auch nur hingewiesen (S. 18).

Wirtschaftspolitik

Die von den politisch relevanten Gruppen grundsätzlich bejahten wirtschaftspolitischen Ziele - Vollbeschäftigung, Geldwertstabilität, Wirtschaftswachstum und ausgeglichene Zahlungsbilanz - sieht Süss mehr aus dem Blick der Wirtschaftswissenschaft (s. Einstieg S. 58) und weniger aus dem der Politik. Es kommt nicht hinreichend zum Ausdruck, daß sich die Politik die weitgehende Realisierung dieser Ziele zur ständigen Aufgabe gesetzt hat. Die Gesamtproblematik stellt er unter die Leitbegriffe "Inflation und Deflation" (S. 59). Zu den Zielen Vollbeschäftigung, Wachstum, ausgeglichene Zahlungsbilanz sind die Materialangebote und die ergänzenden Informationen sehr knapp gehalten. Der permanente Zielkonflikt in der praktischen Wirtschaftspolitik wird angedeutet: "Dabei wird jeweils zu berücksichtigen sein, welchen Wert ein Land und seine Bevölkerung der Geldwertstabilität und welchen sie der Vollbeschäftigung beimessen" (S. 59).
Die Notwendigkeit staatlicher Beeinflussung der Wirtschaft wird bejaht. "In den modernen Industriestaaten strebt man eine Stabilisierung der Wirtschaft durch ständiges Gegensteuern (antizyklische Wirtschaftspolitik) an. In Zeiten des wirtschaftlichen Aufschwungs (steigende Inflationsrate, Vollbeschäftigung) schränkt der Staat seine Ausgaben ein, um die Aufträge einzudämmen. In

Zeiten wirtschaftlichen Abschwungs (sinkende Inflationsraten, wachsende Arbeitslosenzahlen) kurbelt der Staat die Wirtschaft an, z. B. durch mehr Aufträge und Steuererleichterungen" (S. 59). Er äußert in weiteren Ausführungen die berechtigte Vermutung, daß in der Bundesrepublik Deutschland aus historischen Gründen der Geldwertstabilität Priorität eingeräumt wird.
Eine präzise Klärung des Phänomens Konjunktur würde dringend notwendige Zusammenhänge sichtbar machen.

Unter dem Abschnitt "Grundbegriffe von Geld und Kredit" wird, ausgehend von der Begriffsbestimmung des Wechsels, die Geldmengenpolitik der Bundesbank an den Beispielen der Diskont- und Mindestreservenpolitik erläutert. Die durch den freien zwischenstaatlichen Handel bedingten Grenzen der Konjunkturpolitik durch Staat und Bundesbank zeigt der Autor auf (Beispiel: Diskonterhöhung in der Bundesrepublik Deutschland und Senkung des Satzes in den USA und in Frankreich).

Auf S. 67 geht er zwar auf den Strukturbegriff ein, ohne jedoch die strukturpolitischen Instrumente zu nennen und ihre Wirkungen aufzuzeigen.

Leistungen der Sozialen Marktwirtschaft

Die Leistungen der Sozialen Marktwirtschaft werden nicht explizit erwähnt, kommen jedoch in zahlreichen Formulierungen zum Ausdruck, z. B. die Besonnenheit der Arbeitgeber und Arbeitnehmer "war eine der wesentlichen Voraussetzungen für den wirtschaftlichen Aufstieg der Bundesrepublik Deutschland" (S. 49). An einem anderen Ort schreibt er: "Marktwirtschaft ist das wirtschaftliche Modell, nach dem sich die wirtschaftlich leistungsfähigen Staaten orientieren; dazu gehören alle wesentlichen

Industriestaaten. Sie können sich Marktwirtschaft leisten und durch sie ihren Bürgern einen relativ hohen Lebensstandard ermöglichen" (S. 39).

Gesamturteil:

Gustav Adolf Süss stellt mit dem vorliegenden Buch Grundwissen der Sozialkunde zusammen. Dabei wählt er hinsichtlich der stofflichen Aufbereitung einen Mittelweg zwischen einem Lehr- und Arbeitsbuch. Dem Gesamteindruck nach dominiert der Lehrbuchcharakter. Die marktwirtschaftlichen Prinzipien, die erste wichtige Säule der Wirtschaftsordnung der Bundesrepublik Deutschland, hätten wegen dem durchschnittlichen Leistungsvermögen von Schülern der Sekundarstufe I präziser dargelegt werden sollen. Trotzdem ist es allerdings noch möglich, das Wesen einer Marktwirtschaft zu verstehen. Gut herausgearbeitet ist die Einbindung der sozialen Komponente in eine marktwirtschaftliche Ordnung. Dabei wird offenkundig, daß ohne ausreichendes wirtschaftliches Fundament eine Umverteilung nach sozialen Gesichtspunkten nicht möglich ist. Der Gedanke der Kooperation von Unternehmern und Arbeitnehmern prägt die einschlägigen Abschnitte zur Arbeitsordnung.
Der Autor bejaht die spezifischen Interessen der am Wirtschaftsleben beteiligten Menschen und Gruppen und plädiert für die Austragung der Meinungsunterschiede im gesamtwirtschaftlichen - vom Staat gesetzten - Rahmen. Die Leistungen der Sozialen Marktwirtschaft, die im breiten Wohlstand der Bevölkerung und in der politischen und sozialen Sicherheit zum Ausdruck kommen, werden an zahlreichen Stellen gewürdigt. Anhand des Buches können die Grundlagen und Ziele Sozialer Marktwirtschaft jederzeit erarbeitet werden.

2.3.9. Zweimal Deutschland

Allgemeine Daten

Autoren: Thurich, Eckart; Endlich, Hans

Verlag: Moritz Diesterweg, Frankfurt

Erscheinungsort/Erscheinungsjahr/Neuauflage: Frankfurt, 1979; Neubearbeitung

Format: 22 x 15,5 cm

Einband: fest, nicht kartoniert

Umfang: 206 Seiten

Inhaltsverzeichnis: 4 Kapitel mit weiteren umfangreichen Untergliederungen

Stichwortregister: relativ ausführlich

Namensregister: nicht aufgenommen

Fremdwörterverzeichnis: nicht aufgenommen

Quellenverzeichnis: liegt für Bilder vor

Hinweise auf weiterführende Literatur: keine

Anschriftenverzeichnis: nicht aufgenommen

Jahrgangsstufen: Sekundarstufe I

Zulassung: Schleswig-Holstein (RS, G), Hamburg (VS, RS, G), Baden-Württemberg (HS, RS), Saarland (HS, RS), Niedersachsen (RS, G)

Lehrerheft: liegt nicht vor

Elternbrief: liegt nicht vor

Vorwort: nicht aufgenommen

Sonstige Hinweise für den Benutzer: keine

Didaktisch-methodische Struktur

Das Buch wird in die vier Kapitel: "Entstehung zweier deutscher Staaten nach 1945", "Unterschiedliche Gesellschaftssysteme im geteilten Deutschland", "Eine Nation - zwei deutsche Staaten" und "Gebiet und Bevölkerung in beiden deutschen Staaten" eingeteilt.

Das 1. Kapitel wird in folgende Abschnitte gegliedert:

"Der Zusammenbruch des Deutschen Reiches" (S. 1-3)
"Die Politik der Besatzungsmächte" (S. 4-14)
"Wirtschaftliche und gesellschaftliche Maßnahmen in den Besatzungszonen" (S. 14-17)
"Die Gründung der Bundesrepublik" (S. 17-23)
"Die Gründung der DDR" (S. 24-28)
"Berlin" (S. 29-34)

Das nächste Kapitel gliedert sich in:

"Die Bundesrepublik Deutschland ist ein Bundesstaat" (S. 35/36)
"Die Bundesrepublik Deutschland ist ein Rechtsstaat" (S. 36-43)
"Die Bundesrepublik Deutschland ist ein freiheitlich demokratischer Staat" (S. 43-66)
"Parteien in der Bundesrepublik Deutschland" (S. 66-79)
"Verbände in der Bundesrepublik Deutschland" (S. 79-84)
"Das Regierungssystem der Deutschen Demokratischen Republik" (S. 85-95)
"Soziale Marktwirtschaft in der Bundesrepublik Deutschland" (S. 96-119)
"Zentrale Verwaltungswirtschaft in der DDR" (S. 119-133)
"Sozialpolitik in der Bundesrepublik Deutschland" (S. 133-138)
"Sozialpolitik in der DDR" (S. 138-148)

"Die Massenmedien in der Bundesrepublik Deutschland" (S. 149-153)
"Die Massenmedien in der DDR" (S. 154-160)
"Sicherheitspolitik der Bundesrepublik Deutschland" (S. 160-165)
"Das Militär in der DDR" (S. 165-171)
"Internationale Beziehungen der Bundesrepublik Deutschland" (S. 172-176)

Die einzelnen Abschnitte werden noch weiter untergliedert.

Das dritte Kapitel ist gegliedert in:

"Der 17. Juni 1953" (S. 178-186)
"Militärische Abriegelung der DDR und Mauerbau" (S. 187-191)
"Der Grundlagenvertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR" (S. 191-193)
"Die deutsche Nation in der Sicht der Bundesrepublik Deutschland" (S. 193/194)
"Die deutsche Nation in der Sicht der DDR" (S. 195-197)

Das letzte Kapitel ist nicht weiter gegliedert.

Dem Thema Wirtschaft und Soziales wird breiter Raum eingeräumt, auch in Relation zu anderen Gegenständen politischer Bildung. Es fällt auf und soll deswegen auch hervorgehoben werden, daß die Soziale Marktwirtschaft als eigenes Kapitel ausgewiesen wird (S. 96-118).
Die Kapitel über die Bundesrepublik Deutschland und damit auch die Fragen der Wirtschaftsordnung wurden von Eckart Thurich verfaßt.

Für unsere Untersuchung kommen vor allem die Abschnitte "Die Bundesrepublik Deutschland ist ein Rechtsstaat", "Sozialpolitik in der Bundesrepublik Deutschland", "Parteien und Verbände in der Bundesrepublik Deutschland",

"Internationale Beziehungen der Bundesrepublik Deutschland" und "Soziale Marktwirtschaft in der Bundesrepublik Deutschland" in Betracht.
Andere Bereiche werden mit einbezogen, soweit die Inhalte dies auf Grund des unlösbaren Zusammenhangs aller staatlicher Ordnungen erforderlich machen.

"Zweimal Deutschland" versteht sich als Lehrbuch für Politik und Zeitgeschichte. Aus dieser Bezeichnung wird bereits der Hintergrund ersichtlich, auf dem Politik und politischer Unterricht gesehen werden. Der Schüler soll Politik - wenn immer möglich - unter Einbeziehung der Geschichte (der Zeitgeschichte) vermittelt bekommen, da die Autoren zu Recht historisches Wissen als Grundlage für politisches Verständnis und damit für politischen Unterricht ansehen.
Die didaktischen Auswahlkriterien sind von der Absicht bestimmt, dem Leser zunächst einen zeitgeschichtlichen Hintergrund zu vermitteln. Ausgehend von der Situation nach dem 2. Weltkrieg und den dann entstehenden beiden deutschen Staaten sollen die unterschiedlichen Gesellschaftssysteme der Bundesrepublik Deutschland und der DDR besprochen werden.

Die einzelnen Kapitel sind systematisch angeordnet und beginnen jeweils mit vom Autor verfaßten umfangreichen Informationen. In diese Informationen fließen gelegentlich die Meinungen anderer gesellschaftlich relevanter Einzelpersonen oder Gruppen ein; sie werden zitiert (S. 115, Äußerung von Gewerkschaftsvertretern: "Arbeitsplatzvernichtung durch Rationalisierung") oder dem Sinne nach wiedergegeben (S. 115, "Angesichts der kritischen Situation müsse auch die Frage gestellt werden, ob nicht das gesamte System der sozialen Marktwirtschaft zu überdenken sei").

Eine Trennung von Basiswissen und weiterführendem Wissen ist nicht ersichtlich. Die Informationstexte werden durch viele mit braunem Punkt gekennzeichneten Materialien bereichert. Exemplarisch seien genannt: Aufrufe von Politikern (z. B. Kurt Schumacher, S. 97), Auszüge aus Parteiprogrammen (z. B. Ahlener Programm der CDU, S. 98), amtliche Verlautbarungen (z. B. Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik, S. 104), Stellungnahmen von Unternehmen (z. B. Volkswagenwerk, S. 105), Stellungnahmen von Instituten der Demoskopie (Infas, Wickert, Allensbach, S. 136/137), Schaubildern (z. B. Kostenfaktor Lohn, S. 111), Karikaturen (z. B. Sozial"partner", S. 110), Bilder (z. B. Demontage, S. 15) und Gesetzestexte (z. B. Artikel des GG, S. 38).
Der Verfasser versucht auch, mit Hilfe von Modellen komplizierte Sachverhalte verständlich zu machen (u.a. Wirtschaftskreislauf, S. 107).
Die stoffliche Aufbereitung ist insgesamt ausgewogen. Auch in den Informationstexten werden immer wieder Argumente unterschiedlicher Richtungen angeführt (s. S. 115). Die Wirtschafts- und Sozialordnung ist nicht im Zusammenhang dargestellt. Eine gewisse Verflechtung ist jedoch erkennbar (s. S. 108).
Der Inhalt ist zum Teil erheblich reduziert und dem Aufnahmevermögen des Schülers angepaßt. Elementare Situationen aus dem Leben der Schüler fehlen weitgehend, was natürlich die Motivation zur Arbeit mit dem Buch erheblich mindert. Fachausdrücke sind nicht immer erklärt (z. B. der Konjunkturbegriff, S. 116).

Das im Zwei-Farben-Druck gehaltene Buch ist klar gegliedert und bietet Abwechslung in der Anordnung der Stoffe. Eine umfangreichere Illustrierung wäre wünschenswert.

Die Lernhilfen, die das Buch ausweist, sind spärlich. Der Lehrer ist gehalten, Aufträge zu Gruppenarbeit, Partnerarbeit, Einzelarbeit zunächst zusammenzustellen. Ebenso enthält das Buch keine Fragen, Lernzielkontrollen oder Zusammenfassungen.
Querverbindungen innerhalb des Faches und vor allem zur Geschichte finden sich. Unterrichtsgespräche und Diskussionen können entwickelt werden.
Hinsichtlich der Berücksichtigung der unterschiedlichen politischen Positionen ist das Buch ausgewogen.

Aufbereitung der Sozialen Marktwirtschaft

In den Mittelpunkt unseres Interesses stellen wir den Abschnitt "Soziale Marktwirtschaft in der Bundesrepublik Deutschland", da bei dieser Überschreibung sich gerade beim Schüler der Eindruck verfestigen wird, daß das hier Angebotene die Wirtschafts- und Sozialordnung skizziert.

Der Autor referiert in diesem Abschnitt zunächst über die "Ausgangslage", beschreibt das Marktgeschehen und die Preisbildung und nimmt Stellung zum Wettbewerbsprinzip. Dann führt er in die Grundsachverhalte des Wirtschaftens ein ("Die arbeitsteilige Volkswirtschaft"). Es folgen Regelungen zur Arbeits- und Sozialordnung ("Tarifautonomie und Arbeitskampf", "Die Mitbestimmung"). Stellungnahmen zur Arbeitslosigkeit und zur "Rolle des Staates in der Wirtschaft" runden das Thema Soziale Marktwirtschaft ab.

An anderer Stelle (14 Seiten später) werden dann die Sozialgesetzgebung und die Situation der Einkommens- und Vermögensverteilung erörtert. Damit hat der Autor die Chance vertan, Soziale Marktwirtschaft kompakt aufzubereiten mit der Folge, daß gerade bei dieser Anordnung sich bei nicht wenigen Schülern die Auffassung bilden wird, die Elemente der sozialen Sicherung seien nicht Gegenstand der Wirtschaftsordnung Soziale Marktwirtschaft. An dieser Aussage dürften auch die gelegentlich hergestellten Verflechtungen nichts ändern.

Alle Grundbegriffe, die für eine Einführung in Wirtschaftsfragen notwendig sind, werden angesprochen und erklärt. Es wird herausgearbeitet, daß die Notwendigkeit des Wirtschaftens auf die unzähligen Bedürfnisse der Menschen und die Knappheit der Mittel zurückzuführen ist (S. 104). Mit dem Hinweis "Nur im Schlaraffenland ist

das Wirtschaften überflüssig" (S. 104) führt er plastisch den permanenten Zwang zum Wirtschaften vor. Vermißt wird bei der Erläuterung des Entstehens und der gegenwärtigen Situation der Arbeitsteilung ein Hinweis auf die sich daraus ergebenden menschlichen Probleme. Thurich schreibt z. B.: "Die Verwendung von Maschinen und modernen Produktionsmethoden hat in bestimmten Wirtschaftszweigen immer mehr menschliche Arbeitskräfte überflüssig gemacht. Mit wachsendem Wohlstand und daraus folgenden neuen Bedürfnissen werden sie freilich an anderer Stelle wieder gebraucht" (S. 105). Tatsächlich ist die durch die technische Innovation notwendige Mobilität der Arbeitnehmer ein nicht bewältigtes Problem in unserer Gesellschaft.

Nach der prägnant dargestellten geschichtlichen Entwicklung des Geldes hätten die Geldfunktionen und die Geldarten ausführlicher erläutert werden können. Das heute nicht mehr wegdenkbare Buchgeld wird nicht besprochen. Mit den Geldfunktionen führt der Autor bereits die Begriffe Inflation und Deflation ein.

Marktwirtschaftlicher Ordnungsrahmen

In einem ausführlichen zeitgeschichtlichen Überblick geben Materialien über die Aufrufe der Parteien nach der Kapitulation Auskünfte über deren Positionen im Hinblick auf die Neuordnung der Wirtschaft. Die politische Absicht, Fehler vergangener Zeiten nicht zu wiederholen, wird offengelegt. Es genügt aber nicht, die freie Marktwirtschaft damit zu charakterisieren, daß sich die Unternehmer bei der Produktionsentscheidung danach richteten, "was ihnen beim Verkauf den größten Gewinn zu bringen versprach" (S. 96).

"Soziale Marktwirtschaft" wird definiert "als ein dritter Weg zwischen schrankenloser privatkapitalistischer Marktwirtschaft und zentralistischer staatlicher Planwirtschaft" (S. 97). Auf die Konzeption und deren geistige Väter wird insoweit eingegangen, als die Leistungen von Prof. Dr. Ludwig Erhard als Wirtschaftsdirektor der Bizone zum Ausdruck kommen und damit die erstmalige politische Durchsetzung der Sozialen Marktwirtschaft sichtbar wird.

Auszüge aus den Düsseldorfer Leitsätzen der CDU vom Juli 1949 bieten weitere Informationen und zeigen, daß sich die CDU bereits damals dem Konzept der Sozialen Marktwirtschaft verschrieb.

Die Inhalte des Grundgesetzes werden nicht unter dem Gesichtspunkt behandelt, ob und inwieweit sie einen Rahmen für die Wirtschaftsordnung setzen.
Aus einzelnen Äußerungen können jedoch wichtige Schlußfolgerungen für die Garantie einer Marktwirtschaft gezogen werden. Gemeint sind die Feststellungen: "Die Grundrechte sind nicht nur schöne Deklamationen" (S. 37) oder "Die Rechtsordnung schützt den Bestand der staatlichen Ordnung und die Rechtsgüter des einzelnen: sein Leben, seine Freiheit, seine Gesundheit und sein Eigentum" (S. 36).

Das Marktgeschehen wird sehr treffend beschrieben, wobei besonders die Szenen aus dem täglichen Leben (S. 100) "Erdbeeren im Juni teuerer als im Juli", "Fahrten auf dem Riesenrad in der Woche billiger als am Sonntag" oder "Wer gute Nerven hat, wird auch am Nachmittag des 24. Dezember seinen Weihnachtsbaum um etliches billiger erwerben als drei Tage vorher" die Preisbildung einsichtig machen. Das legitime Streben nach Gewinn wird hervorgehoben. Der Unternehmer produziert Güter nicht aus

Menschenfreundlichkeit, "sondern deshalb, weil er mit ihrem Verkauf einen Gewinn für sich erzielen will" (S. 100).
Auch die Wechselwirkung Angebot - Nachfrage - Preis wird transparent dargestellt.

In unmittelbarem Anschluß an die Preisbildung auf Märkten folgen Informationen zu "Wettbewerb und Konzentration". Der Sinn des Wettbewerbs und damit seine positiven Komponenten für den Verbraucher müßten intensiver erläutert werden. Es genügt nicht, wenn Wettbewerb lediglich aus dem Blickwinkel des Unternehmers gesehen wird, der danach trachtet, ihn abzubauen. Neben den Konzentrationsformen Kartell und Syndikat bereits auf die Konzerne (S. 101) einzugehen, ist fachlich gerechtfertigt. Lediglich mit einem Satz wird das Wettbewerbsrecht konkret angesprochen. Wenig aussagekräftig sind Sätze, wie "Deutsche Firmen stehen nicht nur im Inland im Wettbewerb miteinander, sondern auch im Ausland untereinander und gegen ausländische Firmen und Firmengruppen" (S. 101).
Notwendig erscheint der Hinweis auf die Gefahren für die Politik bei zu großer wirtschaftlicher Machtkonzentration.

Sozialer Ordnungsrahmen

Der Zusammenhang zwischen wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit und den Möglichkeiten des sozialen Staates wird ersichtlich. "Aus der Zusammenarbeit aller in den verschiedenen Wirtschaftsbereichen arbeitenden Menschen entsteht das Sozialprodukt. Zählt man in einer Volkswirtschaft den Wert aller von Inländern produzierten Güter und Dienstleistungen, die einen Markt-

wert besitzen, in einem Jahr zusammen, so erhält man das Bruttosozialprodukt dieses Jahres. Das Sozialprodukt kann mit einem Kuchen verglichen werden, an dessen Entstehung alle arbeitenden Menschen beteiligt sind. Geht es an die Verteilung des Kuchens, so muß u.a. darüber entschieden werden, welcher Anteil verbraucht und welcher Anteil z. B. für die Anschaffung neuer Maschinen, verbesserter Verkehrsanlagen usw. (Investitionen) verwandt werden soll" (S. 108).
Damit wird aufgezeigt, daß nur das verteilt werden kann, was vorher erwirtschaftet wurde.
Die vier wesentlichen Elemente der sozialen Sicherung - Unfallversicherung, Krankenversicherung, Rentenversicherung und Arbeitslosenversicherung - finden breiten Raum, während andere soziale Leistungen (Kindergeld, Ausbildungsförderung, Wohngeld, Umschulungshilfen u.a.) nur genannt sind. Diesen Abschnitt rundet die Bemerkung ab: "Mit all diesen Maßnahmen bewirkt der Staat, daß auch eine Umverteilung der wirtschaftlichen Lasten und damit der Einkommen vorgenommen wird. Wirtschaftlich Starke unterstützen über Beiträge und Steuerleistungen wirtschaftlich Schwache. Regierung und Opposition in der Bundesrepublik Deutschland sind darin einig, daß das System der sozialen Sicherung in unserem Staat als vorbildlich betrachtet werden kann" (S. 135).
Der Autor beschränkt sich nicht nur darauf, die vielfältigen Aufgaben eines sozialen Staates aufzuzeigen, sondern sucht auch die Gründe für diese Leistungen in seine Überlegungen einzubeziehen.
Das sozialpolitische Ziel der gerechteren Einkommens- und Vermögensverteilung behandelt der Verfasser hauptsächlich mit Material verschiedener Urheber. Tenor der ergänzenden Anmerkungen ist die nach der Währungsreform ungleiche Ausgangssituation, vor allem im Hinblick auf

das Produktivvermögen. Konzepte staatlicher Vermögensbildung (Sparförderung, betriebliche Vermögensbildung) werden vorgestellt. Probleme der Vermögensbildung bei Beziehern niedriger Einkommen werden angedeutet: "Dabei ist es leichter, 10 Prozent von einem Monatseinkommen von 10 000 DM zu sparen als von einem Monatseinkommen von 2 000 DM" (S. 136).
Damit wird auch die Wechselwirkung zwischen Einkommens- und Vermögensbildung in gewisser Weise ersichtlich.
Die Einkommenssituation im Vergleich von Selbständigen, Arbeitnehmern, Rentnern und Pensionären demonstriert ein Schaubild. Trotz aller Unterschiede herrscht allerdings ein hohes Maß an Zufriedenheit, wie eine Infas-Erhebung recherchiert (S. 136).

Die politischen Grundentscheidungen zur Ordnung des Arbeitslebens werden auf die Tarifautonomie und die Mitbestimmung der Arbeitnehmer konzentriert. Wenngleich diese beiden Bereiche wichtige Säulen der Arbeitsordnung ausmachen, hätten die Ausführungen um Hinweise zu den umfangreichen Schutzrechten der Arbeitnehmer erweitert werden müssen.
In den einschlägigen Abschnitten werden wichtige Intentionen Sozialer Marktwirtschaft wiedergegeben oder werden zumindest sichtbar. Gemeint sind damit die Pflicht von Arbeitgebern und Arbeitnehmern, zum Wohl aller Menschen zusammenzuwirken, sowie die Tatsache, daß eine erfolgreiche Wirtschaft letztlich allen nützt. Probleme und Konflikte sollen nach den vorgegebenen Regularien abgebaut werden. Da wird auch keine einseitige Stellungnahme zu den Unternehmensgewinnen abgegeben, und auch das besondere Risiko des Unternehmers wird gesehen.

Tarifverhandlungen werden als ein sich ständig wiederholender Interessenstreit von Arbeitnehmern und Arbeitgebern gesehen, der wegen der unterschiedlichen Positionen kontrovers ausgetragen wird und in der Regel schließlich im Kompromiß endet. Andernfalls können Kampfmittel eingesetzt werden. Die Schilderung der Auseinandersetzung der Sozialpartner ist sehr verständlich, wenngleich die Karikatur auf S. 110 den Ablauf etwas zu sehr dramatisiert (aber dies liegt wohl im Wesen der Karikatur). Durch nebeneinandergestellte Materialien, einerseits eine monatliche Wirtschaftsrechnung eines privaten 4-Personen-Arbeitnehmerhaushaltes mit mittlerem Einkommen und andererseits der Faktor Lohnkosten und Lohnnebenkosten eines Unternehmens, können zusätzliche Kenntnisse über den Tarifkonflikt gewonnen werden.

Die derzeit geltenden Mitbestimmungs- und Mitwirkungsregelungen werden ausführlich besprochen, wobei das Hauptgewicht mehr auf den organisatorischen Gesichtspunkten liegt. Unseres Erachtens hätten die oben dargelegten tieferen Gründe für die Notwendigkeit und die Berechtigung betrieblicher Mitbestimmung stärker betont werden können.

Wirtschaftspolitik

Die wirtschaftspolitischen Ziele werden erwähnt, allen voran die Vollbeschäftigung. Konjunkturprogramme sollen den Schülern die Möglichkeit staatlichen Eingreifens zur Nachfrageerhöhung nahebringen. Erklärt werden mögliche Wirkungen dieser Eingriffe (S. 116) und an anderer Stelle die Notwendigkeit des antizyklischen Verhaltens (S. 119). Hinweise auf das Stabilitätsgesetz und die Geldmengenpolitik der Bundesbank fehlen.

Im Abschnitt "Die Rolle des Staates in der Wirtschaft" begründet der Autor u.a. das Engagement des Staates mit den geschichtlichen Tatsachen (Nachtwächterstaat im 19. Jahrhundert). Er bringt Beispiele für Strukturpolitik durch eine Übersicht über Subventionen im Jahre 1977 und erläutert die Gründe dieser Maßnahmen. "Das spielt besonders dort eine große Rolle, wo ganze Wirtschaftszweige den Anschluß an veränderte Wettbewerbsbedingungen im In- und Ausland nicht vollziehen können" (S. 118/119).

Eine umfangreiche Orientierung ist zum Problembereich Arbeitslosigkeit möglich. Hier sieht der Autor zurecht die Wirtschaftspolitik vor allem gefordert.

Gründe für permanent hohe Arbeitslosigkeit wie weltweite Verlangsamung des Wirtschaftswachstums, Auslandseinflüsse, hohes Lohnniveau oder Rationalisierung sowie unterschiedliche Standpunkte der Unternehmer und Gewerkschaften sind geschildert und sollen zeigen, wo angesetzt werden muß, um das Problem abzubauen. Aufschlußreich gerade für junge Menschen ist die Bemerkung, daß die Arbeitslosigkeit häufig auch auf mangelnde Ausbildung zurückzuführen ist. Die Schilderung der weitreichenden Folgen langer Arbeitslosigkeit in persönlicher und wirtschaftlicher Hinsicht sollen bereits auch Schüler betroffen machen. Bei einer ausführlicheren Darlegung der konjunkturpolitischen Möglichkeiten hätte bei den Schülern der Eindruck verstärkt werden können, daß der Staat den wirtschaftlichen Wechsellagen durchaus wirkungsvoll begegnen kann.

## Leistungen und künftige Aufgaben der Sozialen Marktwirtschaft

Der Autor macht in der Gesamtanlage des Buches einen klaren Trennungsstrich zwischen tradierter freier Marktwirtschaft und Sozialer Marktwirtschaft. Die Leistungen der Sozialen Marktwirtschaft heben die gebotenen Inhalte an sich schon hervor.
Exemplarisch können die Sätze stehen: "Der Erfolg gab ihm recht" (gemeint ist Prof. Erhard). "In der Bundesrepublik Deutschland begann ein wirtschaftlicher Aufschwung, den das Ausland und die Deutschen selbst mit Staunen verfolgten. Sie empfanden den unglaublichen Aufstieg aus dem Nichts als Wunder und nannten die nun anbrechende Periode die Zeit des Wirtschaftswunders" (S. 97).

Auf S. 99 zeichnet ein Schaubild die Entwicklung von Preisen - Löhnen - Kaufkraft in der Zeit von 1948-1978. Hingewiesen sei auch auf die Tabelle, die den Bestand an Personenkraftwagen von 1950 und 1977 ausweist.

Künftige Aufgaben der Sozialen Marktwirtschaft (Umweltschutz u.a.) erörtert der Autor nicht, aber er sieht Soziale Marktwirtschaft als ein Programm (S. 97), das natürlich die Offenheit für künftige Entwicklungen in sich bergen muß.

Gesamturteil:

Das Lehrbuch "Zweimal Deutschland" behandelt systemvergleichend unter starker Einbeziehung der zeitgeschichtlichen Aspekte die unterschiedlichen staatlichen und gesellschaftlichen Ordnungen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR. Im Abschnitt "Soziale Marktwirtschaft in der Bundesrepublik Deutschland" wird über weite Teile dieser wirtschaftspolitischen Konzeption informiert. Wichtig erscheint die Feststellung, daß gerade die der Wirtschaftsordnung immanente soziale Komponente in anderem Zusammenhang dargestellt wird und deshalb der Gedanke,marktwirtschaftliche Freiheiten und soziale Sicherheit in einem System zu verbinden,nicht befriedigend deutlich wird. Ansonsten wird allerdings sehr wohl ersichtlich, worauf die Konzeption Soziale Marktwirtschaft wurzelt und abzielt. Diese Bemerkung kann vor allem auch auf die Behandlung der Arbeitswelt bezogen werden. Hervorgehoben werden soll der zeitgeschichtliche Bezug, der bei vielen Schülern eine Wissenslücke schließen kann. Die Leistungen der Sozialen Marktwirtschaft werden an mehreren Stellen ausdrücklich gewürdigt. Schüler der Sekundarstufe I können anhand des Buches Soziale Marktwirtschaft ausreichend erarbeiten. Arbeitsaufträge und Fragen hätten den Gesamteindruck verbessert.

## 2.3.10. Thema Politik

Allgemeine Daten

Autoren: Becker, Horst; Feick, Jürgen; Greiffenhagen, Martin; Hufnagel, Gerhard; Müller, Hermann; Stetzer, Harald; Uhl, Herbert

Verlag: Ernst Klett, Stuttgart

Erscheinungsort/Erscheinungsjahr/Neuauflage: Stuttgart, 1976; 2. Auflage

Format: 22 x 20 cm

Einband: fest, nicht kartoniert

Umfang: 184 Seiten

Inhaltsverzeichnis: 15 Kapitel mit weiteren Untergliederungen

Stichwortregister: sehr ausführlich

Namensregister: nicht aufgenommen

Fremdwörterverzeichnis: enthalten

Quellenverzeichnis: enthalten

Hinweise auf weiterführende Literatur: enthalten

Anschriftenverzeichnis: liegt nicht vor

Jahrgangsstufen: 7.-10. Schuljahr

Zulassung: Bremen (RS, G), Nordrhein-Westfalen (HS, RS, G), Berlin (alle Schultypen)

Lehrerheft: liegt vor

Elternbrief: nein

Vorwort: nein

Sonstige Hinweise für den Benutzer: keine

Didaktisch-methodische Struktur

Das Buch weist folgende Grobgliederung aus:

"0 Unsere Bedürfnisse" (S. 5-16)
"1 Leben in Gruppen" (S. 17-32)
"2 Lernen und Erziehung" (S. 33-48)
"3 Freizeit und Konsum" (S. 49-64)
"4 Arbeit und Produktion" (S. 65-80)
"5 Mitteilen und Verstehen" (S. 81-96)
"6 Die Zukunft sichern" (S. 97-112)
"7 Grundzüge des Gesellschaftssystems der Bundesrepublik Deutschland" (S. 113-122)
"8 Wirtschaftsprozesse und Wirtschaftsordnungen" (S. 123-133)
"9 Die politischen Systeme der Bundesrepublik und der DDR" (S. 134-143)
"10 Kommunikation und Massenmedien" (S. 143-147)
"11 Die Verwaltung" (S. 148-151)
"12 Das Recht in der Bundesrepublik Deutschland" (S. 152-159)
"13 Konflikte und Entspannung nach 1945" (S. 160-163)
"14 Europa nach 1945" (S. 163-166)
"15 Entwicklungsländer" (S. 167-171)

Die Kapitel 0 - 6 sind als "Unterrichtseinheiten" (sog. Arbeitsteil) konzipiert. Die Kapitel 7 - 15 dienen der "Information und Orientierung" und sollen ergänzend den "Sach-Inhaltsbereich" (S. 17, Lehrerhandbuch) abdecken, da dies nach Auffassung der Autoren bei den Problemdiskussionen im Rahmen der Unterrichtseinheiten nicht immer möglich ist. Hinsichtlich der Arbeit mit dem Buch betonen die Autoren: "Vorrang sollte also im Unterricht die Arbeit auf der Grundlage der Einheiten haben" (S. 24, Lehrerhandbuch).

Zu den Informationskapiteln werden jedoch Verbindungen hergestellt, die es ermöglichen, diese Ausführungen in den Lernprozeß einzubeziehen.

Im Lehrerhandbuch geben die Verfasser Einblick in den "Prozeß der Konzeptionsfindung und -realisierung" (S. 1). Sie sehen "als Gegenstand des politischen Unterrichts ... die Gesellschaft, in der Menschen miteinander in Beziehung treten, miteinander handeln" (S. 5).
Die Gesamtanlage des Buches orientiert sich an einem "bedürfnisorientierten" Ansatz.
Die Autoren betrachten "Gesellschaft als Organisation von Beziehungen und Verhältnissen, in denen Menschen in Verbindung treten, um ihre individuellen wie auch kollektiven Bedürfnisse zu erkennen, als Anspruch deutlich zu machen (zu artikulieren) und zu befriedigen" (S. 5).
Als "vororientierende und problemformulierende Einheit" (S. 5) stehen Fragen menschlicher Bedürfnisse am Anfang des Unterrichtswerks.

Die weitere Auswahl der Unterrichtseinheiten ist von der Überlegung geleitet "in welchen gesellschaftlichen Bereichen sich die Organisation der Grundbedürfnisse 'zu sein' und 'zu haben' vollziehen und in ihren unterschiedlichen Erscheinungsformen ausgestalten läßt" (S. 16).
Auf diesen Gedanken aufbauend entstanden die "sechs sozialen Problemfelder" (S. 16), die oben bereits genannt sind. Die Autoren wollten mit den Inhalten der sechs Unterrichtseinheiten auch zum Ausdruck bringen, was sie "politisch und gesellschaftlich" (S. 16) für bedeutsam erachten. Die "Konkretisierung von Bedürfnissen" (S. 16) und "die Möglichkeiten und Schwierigkeiten ihrer Befriedigung, d. h. aber auch die Faktoren ihrer Verhinderung" (S. 16) sollen daran demonstriert werden.

In unsere Untersuchung werden beide Teile des Buches einbezogen.

Wirtschaftliche sowie wirtschafts- und sozialpolitische Sachverhalte lassen erwarten:

Kapitel 3 (Abschnitte: "Konsum - nicht alle können sich gleich viel leisten", "Kehrseite der Konsumfreiheit", "Wie Verbraucher ihre Interessen wahren", "Können wir unbegrenzt konsumieren?", "Das Müllproblem" und "Können wir immer mehr erzeugen?");

Kapitel 4 (Abschnitte: "Arbeiten - wofür?", "Produzieren - womit?", "Im Betrieb", "Unternehmen können wachsen", "Wenn Unternehmen wachsen, wächst auch ihre Macht" und "Berufsausbildung - Berufsaussichten");

Kapitel 7 (Abschnitt: "Soziale Ungleichheit und sozialer Ausgleich");

Kapitel 8 (Abschnitte: "Wirtschaften, Produzieren und Verteilen", "Wirtschaftssysteme und Wirtschaftsordnungen", "Entwicklung der Wirtschaft in der Bundesrepublik Deutschland" und "Wirtschafts- und Finanzpolitik als Gesellschaftspolitik");

Kapitel 9 (Abschnitte: "Parteien und Verbände" und "Grundrechte");

Kapitel 12 (Abschnitte: "Das Privat- oder Zivilrecht", Jugend - Wirtschaft - Recht" und "Sicherung des Rechts - Aufbau der Gerichte");

Kapitel 14 (Abschnitte: "Was heißt europäische Einigung?", "Die Staaten der Europäischen Gemeinschaft", "Die Geschichte der europäischen Einigung" und "Schwierigkeiten bei der Einigung").

Allein schon aus dieser Auflistung läßt sich ersehen, daß unserem Untersuchungsgegenstand auf jeden Fall quantitativ großes Gewicht beigemessen wird.
Die Themen der Wirtschafts- und Sozialordnung werden weitgehend im Zusammenhang behandelt.

Bei der exemplarischen Auswahl der Stoffe wird meist eine Problemorientierung sichtbar.
An einigen Marginalien kann dies bereits verdeutlicht werden:

"Arbeiten - wofür" (S. 66)
"Wer besitzt Produktionsmittel?" (S. 69)
"Neue Formen der Arbeitsorganisation" (S. 71)
"Es geht nicht nur um wirtschaftliche Fragen" (S. 71)
"Konzerne - mächtiger als Staaten?" (S. 77)
"Lehrzeit oder Leerzeit" (S. 80)

Die Fließbandtätigkeit eignet sich z. B. sicherlich, um wirtschaftliche, technische oder soziale Probleme der Arbeitswelt darzustellen. Anhand eines Textes über die Einführung des Fließbandes bei Ford und einer Bilderreihe über den Bandablauf können durch gezielte Fragen Ursachen der Probleme und daraus resultierende Konflikte aufgezeigt werden.
Anhand zweier Texte mit unterschiedlichen Aussagen zur Werbung (S. 60), wo einerseits der Informationscharakter herausgestellt und andererseits behauptet wird, daß sie dem Verbraucher nur schadet, läßt sich eine in der Öffentlichkeit häufig anzutreffende Kontroverse diskutieren. Unterschiedliche, aber konkrete Werbemaßnahmen für Produkte, die im Bild vorgestellt werden, fördern die Meinungsbildung.
"Können wir unbegrenzt konsumieren? - Das Müllproblem", überschreibt der Autor einen Abschnitt und stellt zwei Texte vor, die Folgen des derzeitigen hohen Lebensstandards vor Augen führen. Eine etwas drastisch ausgefallene Karikatur

S. 61

soll das Problembewußtsein noch verstärken.

Weitere Beispiele könnten angeführt werden, was natürlich beim Leser den Eindruck vermittelt, den Autoren komme es vorrangig darauf an, problematische Situationen aus "Arbeit und Produktion" (S. 65) im Unterricht zu behandeln.
Die Informations- und Orientierungskapitel bieten systematisch zusammenhängend ergänzendes und weiterführendes Wissen zu den jeweiligen Unterrichtseinheiten. Hier arbeitet der Autor auch mit Modellen, z. B. bei der Darstellung des Geldkreislaufs.

Hinsichtlich Lernhilfen oder methodischer Hilfen zum Unterrichtsablauf bietet das Buch eine reiche Auswahl. Unterrichtsgespräche, Diskussionen, Gruppenarbeit, Partnerarbeit oder auch die Einzelbeschäftigung des Schülers können auf der Grundlage der Inhalte des Buches erfolgen.

Der Autor stellt auch Planspiele vor. In einem Fall sollen die Schüler die Entscheidungssituationen eines Unternehmens nachvollziehen. Am Beispiel selbst herzustellender Limonade sollen von der Produktion bis zum Absatz unternehmerische Entscheidungsprozesse und daraus sich ergebende Schwierigkeiten durchleuchtet werden.
Für Schüler unserer Altersstufe weniger geeignet scheint das auf S. 72/73 aufbereitete "Europa-Produktions-Planspiel", wo Standortentscheidungen durchgespielt werden können.

Innerhalb der Unterrichtseinheiten werden zahlreiche Fragen und Aufträge formuliert, die die Texte und sonstige Materialien zugänglich machen und Lernprozesse unterstützen sollen. Sie sind für Schüler der Sekundarstufe I z. T. zu schwierig (z. B. S. 73, S. 58).

Querverbindungen innerhalb des Faches sind z. T. genannt. Bezüge zu anderen Fächern werden nicht ausdrücklich hergestellt.

Die Autoren bieten eine Vielzahl von unterschiedlich ausgerichteten Materialien an. Vor allem die Unterrichtseinheiten sind reich ausgestattet. Ins Auge fallen vor allem die zahlreichen Farbbilder, die dem Buch eine ansprechende Note geben. Diesbezüglich sei vor allem die Darstellung von menschlichen Bedürfnissen im Comics-Stil hervorgehoben.
Des weiteren sind zu nennen: Auszüge aus Gesetzestexten (Grundgesetz, Berufsbildungsgesetz und Jugendarbeitsschutzgesetz).
Aufgenommen sind u. a. Veröffentlichungen von amtlichen Stellen (z. B. Bundesanstalt für Arbeit oder Bundeskartellamt), Berichte aus verschiedenen Zeitungen und Magazinen (Süddeutsche Zeitung, Zeit, Frankfurter Allgemeine oder dem Spiegel) und aus der Literatur (Henry Ford, Dieter Grosser u.a.). Es findet sich weiter eine Stellungnahme des Sachverständigenrates. Karikaturen, Karten, Schaubilder oder Übersichten ergänzen wirkungsvoll die Texte.
Die Autorentexte und Materialien sind dem Niveau und Leistungsvermögen von Schülern unserer Altersstufe angepaßt. Durch die Einbeziehung elementarer Situationen aus der Erlebniswelt der Schüler (z. B. Produktion von Limonade durch Schüler oder Interview mit Schülern über Berufswünsche) wird subjektive Betroffenheit mobilisiert und damit die Mitarbeit wesentlich gefördert.

Das Buch ist sprachlich nicht zu beanstanden. Fachausdrücke sind meist erklärt. Auf die Worterklärungen auf S. 172 ff. wird hingewiesen.
Die in den Kapiteln 1-6 vorgestellten Unterrichtseinheiten sind sehr anschaulich und abwechslungsreich aufbereitet. Der Mehrfarbendruck leistet dabei wertvolle Unterstützung. Bei den Informations- und Orientierungskapiteln sind hinsichtlich der Aufmachung aber wesentliche Abstriche zu machen. Die Gliederung der Unterrichtseinheiten ist verbesserungsfähig (Überschriften statt Marginalien). Das Zurechtkommen der Schüler dürfte aber gewährleistet sein, wenngleich das notwendige Blättern zwischen dem Arbeits- und Informationsteil auch als Beeinträchtigung gesehen werden kann.

Die Autoren sind bemüht, differierende Standpunkte und Fakten in das Buch aufzunehmen, und stellen deswegen auch unterschiedliche politische Positionen vor. Die Auswahl der Publikationen von Massenmedien ist daran weitgehend orientiert. Insoweit kann Ausgewogenheit bescheinigt werden. Hinsichtlich der am Arbeitsleben partizipierenden Interessengruppen muß allerdings eine gewisse Einschränkung gemacht werden, da an mehreren Stellen (z. B. S. 74, 77, 128) ein einseitiges, negatives Unternehmerbild suggeriert wird.

Aufbereitung der Sozialen Marktwirtschaft

Die Schüler werden zunächst mit Grundsachverhalten des Wirtschaftens vertraut gemacht. Die Vielzahl menschlicher Bedürfnisse und die Notwendigkeit der Befriedigung wird bereits im einleitenden Arbeitskapitel aufgezeigt und kommt auch an anderen Stellen des Buches zum Ausdruck (z. B. Informationsteil, S. 123).
Im Rahmen der Unterrichtseinheit "Arbeit und Produktion" sollen die Schüler im Planspiel einen Einblick in die Produktion der Güter bekommen. Die Schüler stellen Limonade her. Damit haben die Autoren ein gutes, schülergemäßes Beispiel gewählt, um zu verdeutlichen, was bei der Güterherstellung alles überlegt werden muß und unabdingbar notwendig ist. Dieser an sich brauchbare Ansatz wird unseres Erachtens dadurch beeinträchtigt, daß die Verfasser das Gewinnstreben der Produzenten (Unternehmer) überbetonen und vor allem durch die Zitate von Karl Marx und J. Most Klassendenken fördern. Diese Darstellung wird Sozialer Marktwirtschaft natürlich nicht gerecht und ist auch der heutigen wirtschaftlichen Realität nicht angemessen. Im Informationsteil (S. 123 ff.) werden ergänzend wichtige Grundbegriffe des Wirtschaftens zusammengestellt.

Marktwirtschaftlicher Ordnungsrahmen

Die Autoren stellen fest, daß sich nach dem 2. Weltkrieg "die marktwirtschaftliche Ordnung als Soziale Marktwirtschaft" (S. 130) durchgesetzt hat.
Das Marktmodell wird im Rahmen der Unterrichtseinheiten nicht explizit erörtert. Der Schüler wird lediglich aufgefordert, diesbezüglich das Informationskapitel zu studieren.

Dort schreiben die Verfasser zum Koordinationsmechanismus Markt u.a.: "Das Modell der Marktwirtschaft geht davon aus, daß der einzelne nach seinen persönlichen wirtschaftlichen Interessen handelt. Er selbst entscheidet darüber, was er verbrauchen oder wieviel er in welche Produktion investieren will" (S. 127). Auf das Zusammenspiel von Preis, Angebot und Nachfrage und die Wirkungen der Veränderungen einer dieser Größen wird kurz hingewiesen. Marktwirtschaft kann nur funktionieren, wenn Konkurrenz und Transparenz auf den Märkten bestehen. "Der Wettbewerb gerät in Gefahr durch Konzentration" und "Marktübersicht ist schwer herzustellen" (S. 128), überschreiben die Verfasser ihre Bedenken. Obwohl unter den "Begrifferklärungen" (S. 172 ff.) u.a. auch noch die Garantie von Freiheitsrechten und das Privateigentums als Voraussetzungen einer Marktwirtschaft betont werden, muß doch sehr bezweifelt werden, ob Schüler der Sekundarstufe I damit das Marktgeschehen hinreichend erfassen können, zumal sie im Informationstext keine Lernhilfen durch Arbeitsaufträge, Fragen usw. bekommen.
Die Unterrichtseinheit "Arbeit und Produktion" sieht die Realisierung von Lernzielen zur Unternehmenskonzentration und damit zur Notwendigkeit der Wettbewerbsordnung vor. Folgende Sätze aus einem Gutachten des Sachverständigenrates betonen die Bedeutung dieses Themas für die Wirtschaftsordnung: "Jeder Käufer, ob Unternehmer oder Konsument, soll grundsätzlich zwischen mehreren Lieferanten, jeder Verkäufer zwischen mehreren Abnehmern wählen können. Jeder Arbeitnehmer soll die Freiheit der Wahl zwischen einer ausreichenden Zahl voneinander unabhängigen Arbeitgebern haben" (S. 76).
Ein besonderes Anliegen ist es den Verfassern offensichtlich, die Gefahren herauszuarbeiten, die sich aus zu grosser Marktmacht ergeben.

Mit zahlreichem Material werden nationale und internationale Konzentrationsbewegungen dargestellt. Im einzelnen können u.a. Informationen bezogen werden über die Produktionen der größten Unternehmen, Umsatzzahlen der 50 und 100 größten Unternehmen in der Bundesrepublik oder über die Zahl der Zusammenschlüsse von Unternehmen in der Bundesrepublik in bestimmten Zeiträumen. Fragen und Arbeitsaufträge sollen vor allem die Diskussion über Kontrollmöglichkeiten fördern.
Begriffe wie Konzern bzw. multinationaler Konzern und Kartell werden erläutert. Die Autoren nehmen nicht nur kritisch zu den Fusionen Stellung ("Wenn Unternehmen wachsen, wächst auch ihre Macht", S. 74), sondern bringen auch einige Argumente, die für große Unternehmungen sprechen (z. B. billigere Produktion, geringe Krisenanfälligkeit). Die konkreten wettbewerbspolitischen Leistungen hätten allerdings präzisiert werden müssen.

Der Kompetenzbereich des Bundeskartellamtes, der sich aus dem Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen ergibt, wird lediglich angedeutet. "Man kann den Mißbrauch wirtschaftlicher Macht verbieten und unter Strafe stellen" (S. 77). Pessimistisch wirkt in diesem Sachzusammenhang der Hinweis: "Allerdings ist es meist sehr schwierig oder gar unmöglich, solche Wirtschaftsvergehen zu beweisen. Sind schon die Möglichkeiten und Rechte des Kartellamtes im Inland sehr beschränkt, so ist es gegen internationale Konzerne fast machtlos" (S. 132). Damit wird auch zum Ausdruck gebracht, daß die Politik gefordert ist, das Wettbewerbsrecht weiterzuentwickeln.
Das Pro und Contra der Werbung wird in der Unterrichtseinheit Freizeit und Konsum (S. 49 ff.) gegenübergestellt (S. 60). Das Buch will zum informierten, kritischen Konsumenten erziehen. Nach einigen Hinweisen über Konsumentenfallen stellen die Verfasser mehrere Möglich-

keiten vor, begründete Kaufentscheidungen zu treffen. Tips und Anschriften von Verbraucherzentralen oder goldene Regeln für den Einkauf stehen als Beispiele. Ein Auszug aus dem Gesetz gegen unlauteren Wettbewerb soll Grenzen der Zulässigkeit von Werbung zeigen. Es wird allerdings nicht hinreichend ersichtlich, daß das Konzept Soziale Marktwirtschaft gerade auch verbraucherorientiert ist und Maßnahmen für den Schutz des Verbrauchers verlangt.

Sozialer Ordnungsrahmen

Zunächst ist festzuhalten, daß die soziale Komponente der Wirtschaftsordnung der Bundesrepublik Deutschland in den Unterrichtseinheiten vernachlässigt wird. Der Schüler kann allenfalls beim ergänzenden Studium der Informationskapitel diesbezüglich umfangreichere Kenntnisse erwerben.
Die Zusammenhänge zwischen der Leistungsfähigkeit einer marktwirtschaftlichen Ordnung und den sozialpolitischen Gestaltungsmöglichkeiten werden aber für Schüler der Sekundarstufe I nicht genügend ersichtlich.
Einen zentralen Gedanken Sozialer Marktwirtschaft zeigt der Autor auf, wenn er schreibt: "Soziale Marktwirtschaft will durch staatliche Maßnahmen soziale Ungerechtigkeiten und andere negative Auswirkungen des marktwirtschaftlichen Systems verhindern oder mildern" (S. 131).
In diesem Zusammenhang wird auch auf das Sozialstaatsgebot der Art. 20 und 28 GG Bezug genommen und die Pflicht des Staates zur Ausgestaltung dieses Prinzips betont.
Unter der Überschrift "Soziale Ungleichheit und sozialer Ausgleich" (S. 122) wird auch auf die Säulen des Sozialstaates näher eingegangen. Der Verfasser (Gerhard Hufnagel) spricht von der Sozialversicherung und den Leistungen des Staates, die aus Steuern finanziert wer-

den. Er zeichnet ein positives Bild von der Ausgestaltung des Sozialstaatsgedankens, wenn er schreibt: "Von 1950 bis 1972 stiegen die Sozialausgaben wie alle öffentlichen Ausgaben um das Sechsfache. Dabei handelt es sich um die Bereitstellung von 'Sozialgütern' wie Erziehung und Ausbildung, Gesundheitsfürsorge, Kindergeld, Kriegsopferversorgung, Arbeitsförderung, Umweltschutz, Stadtsanierung, Verbesserung der Regionalstruktur. Zur Bezahlung dieser Aufgaben werden 51,5 % aller öffentlichen Ausgaben eingesetzt. Im internationale Vergleich gehört die Bundesrepublik mit diesen Zahlen zur Spitzengruppe" (S. 122).
Jürgen Feick meint jedoch, die "Verwirklichung des Sozialstaates bleibt also ein Zukunftsgebot" (S. 134), obwohl er in diesem Zusammenhang auch folgert: "Die Bundesrepublik Deutschland hat ... ein umfassendes System sozialer Sicherung, das dazu dient, die Lebenschancen gerechter zu verteilen und Härten der Marktwirtschaft zu vermeiden" (S. 134). Die Orientierung und die Meinungsbildung von Schülern unserer Altersstufe wird dadurch natürlich erschwert.
Es wäre vielmehr angebracht gewesen, auch aufzuzeigen, daß der Ausgestaltung des Sozialstaates allein aus finanzieller Sicht Grenzen gesetzt sind und es auch nicht im Sinne des Konzepts Soziale Marktwirtschaft sein kann, jedes Risiko abzusichern.

Möglichkeiten zur Verwirklichung einer gerechteren Einkommens- und Vermögensverteilung, wie progressive Steuersätze oder Beteiligungsmöglichkeiten der Arbeitnehmer an betrieblichen Gewinnen, werden vorgestellt. Gleichzeitig wird eine ungleiche Einkommens- und Vermögensverteilung (S. 55, 130 und 134) konstatiert.
Der Autor nennt aber die "gerechte Verteilung der Einkommen und Vermögen" (S. 131) als Ziel der Sozialen Marktwirtschaft.

Damit soll wohl deutlich werden, daß Anspruch und Wirklichkeit differieren. Dem ist entgegenzuhalten, daß Soziale Marktwirtschaft nur auf eine gerechtere Einkommens- und Vermögensverteilung zielt, da die gerechte Verteilung sicher nicht realisierbar ist.
Der Autor kritisiert vor allem die Eigentumsverhältnisse am Produktivvermögen. Es verfügen "wenige Mitglieder unserer Gesellschaft über Produktivvermögen und damit über wirtschaftliche Macht. Wenige können also darüber entscheiden, was wo produziert wird und was nicht" (S. 130).

Diese Feststellung und die in diesem Zusammenhang präsentierten Zahlen bleiben sehr an der Oberfläche dieses Themenkomplexes. Zum einen können in einer Marktwirtschaft auch kleine und mittlere Unternehmen (einschließlich der Landwirtschaft) selbständig und unabhängig Produktionsentscheidungen treffen. Letztlich müssen aber Führungsaufgaben und damit umfassende Entscheidungsbefugnisse auf relativ wenige Personen konzentriert sein, um die Funktionsfähigkeit zu gewährleisten. Wichtig ist, daß alle Produkte auf den Märkten bestehen müssen.
Es wird auch nicht befriedigend dargestellt, daß auch andere Vermögenswerte (z. B. Rentenansprüche) große Bedeutung für eine gerechtere Vermögensverteilung haben.

Fragen der Arbeitswelt und der Arbeitsordnung sind bereits Gegenstand der Unterrichtseinheiten. Der Autor Hermann Müller stellt zunächst die Frage in den Mittelpunkt: "Arbeiten - wofür?" (S. 66). Er beleuchtet zudem die unterschiedlichen Aufgaben eines Betriebes und konzentriert sein besonderes Interesse auf die Probleme bei der Arbeit am Fließband. Herbert Uhl spricht dann noch die Mitbestimmung an. Die Ausführungen sind nicht überzeugend im Sinne des Konzepts Soziale Marktwirtschaft. Da wird zunächst mehrmals eine distanzierte und kritische Haltung gegenüber der Unternehmensführung deutlich.

Sie ist noch sehr von dem Gedanken geprägt, daß das Arbeitsleben durch die Unternehmer (Inhaber der Produktionsmittel) auf der einen Seite und die Lohnabhängigen auf der anderen Seite stark polarisiert ist. Die folgende Karikatur kann als Beispiel für diese Feststellung stehen.

S. 77

Mißtrauen und Skepsis wird hier unseren Schülern vermittelt.
Diese Linie wird fortgeführt bei der Begründung der Mitbestimmung durch die Arbeitnehmer. "Mißbrauch wirtschaftlicher Macht kann auch verhindert werden, indem nicht nur wenige über die Unternehmen verfügen, sondern alle, die in diesem Unternehmen arbeiten. Dies soll erreicht werden durch die Mitbestimmung der Arbeitnehmer im Betrieb. Diese Regelung geht davon aus, daß die sozialen und wirtschaftlichen Entscheidungen, die in einem Unternehmen gefällt werden, nur dann gerechtfertigt sind, wenn sie auch die Zustimmung der Mehrheit der Arbeitnehmer finden" (S. 77). Es sei nur darauf hingewiesen, daß auf Repräsentation nicht verzichtet werden kann. Fragwürdig sind auch die Ausführungen zu diesem Thema im Informationskapitel. Jürgen Feick schreibt u.a.: "Da auch in der Bundesrepublik immer mehr Menschen als Lohn- und Gehaltsempfänger von Großbetrieben bzw. Konzernen abhängig sind, liegt in der ungleichen Verteilung der Verfügungsgewalt über Produktivvermögen eine Gefahr. Wenn Unternehmer Fehlentscheidungen treffen (z. B. ihre Produktion nicht rechtzeitig auf neue Produkte umstellen) und dadurch Betriebe

in Konkurs gehen, dann sind immer auch die Arbeitnehmer betroffen: sie verlieren ihren Arbeitsplatz.
Um den Mißbrauch sozialer Macht zu verhindern, hat es seit 1945 in der Bundesrepublik Deutschland viele Pläne zur Mitbestimmung der Arbeitnehmer gegeben" (S. 132/133).
Soziale Marktwirtschaft will durch die Mitbestimmung den Arbeitnehmer als Mensch und Mitarbeiter werten, der mitgestalten und mitverantworten soll, ohne dabei auf die unternehmerische Initiative zu verzichten. Im übrigen sind auch mit Arbeitnehmervertretern besetzte Führungs- und Kontrollinstanzen nicht frei von Fehldispositionen, was tagtäglich in der wirtschaftlichen Praxis bewiesen wird.
Die geltenden Mitbestimmungsregelungen sind kurz dargestellt. Es wird auch deutlich, daß Mitbestimmung als ein noch nicht abgeschlossener Prozeß zu sehen ist und hier Interessensgegensätze besonders zutage treten. Die Rechte und Pflichten, die sich aus dem Betriebsverfassungsgesetz ergeben, werden angedeutet.
Informationen über die Tätigkeit der Arbeitsverwaltung sind nur vereinzelt zu entnehmen.
Mit wesentlichen Regelungen des Berufsbildungs- und des Jugendarbeitsschutzgesetzes werden Auszüge wichtiger Arbeitsgesetze vorgestellt, die vor allem für junge Menschen Bedeutung haben.
In einer Grafik werden sehr anschaulich die besonderen Gerichte zusammengestellt, darunter auch - ohne nähere Erläuterung - der Instanzenzug der Arbeitsgerichtsbarkeit.
Die Schutzrechte der Arbeitnehmer hätten ausführlicher dargelegt werden müssen. Dies gilt auch für die Tarifautonomie.
Ausgehend von der äußerst ungünstigen Situation der Arbeitnehmer Mitte des vergangenen Jahrhunderts stellt der Autor lediglich fest: "Den organisierten Arbeitern gelang es dann, eine Gegenmacht gegen die Arbeitgeber

zu bilden und Verbesserungen auf vielen Gebieten zu erreichen. Heute verhandeln Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände jährlich um Tariflöhne, Urlaubsgeld, Urlaubszeit, soziale Leistungen und eine menschlichere Gestaltung des Arbeitsplatzes. Da der Staat sich hier nicht direkt einmischen darf, sprechen wir von Tarifautonomie, die die beiden Verhandlungspartner haben" (S. 130).

Damit dürfte unseren Schülern der Sinn und Zweck der Tarifautonomie noch nicht verständlich sein.

Die bisherigen ordnungspolitischen Maßnahmen zum Schutz der Umwelt werden nicht vermittelt. Es wird jedoch die Frage zur Diskussion gestellt: "Können wir unbegrenzt konsumieren?" (S. 62). Mit dem vorliegenden Zahlenmaterial ist eine brauchbare Grundlage gegeben, um die Schüler auf dieses wichtige Anliegen einzustimmen.

Wirtschaftspolitik

Lediglich in den Informationskapiteln wird ein erster Einblick in die Konjunktur- und Strukturpolitik geboten. Staatliche Einflußnahme zur Erreichung der wirtschaftspolitischen Ziele, Wachstum, Vollbeschäftigung, stabile Preise, ausgeglichene Zahlungsbilanz und gerechtere Verteilung der Einkommen und Vermögen erachten die Verfasser für notwendig und betonen: "diese wirtschaftspolitischen und sozialpolitischen Ziele sind kaum gleichzeitig zu verwirklichen" (S. 131).
Möglichkeiten der Konjunkturpolitik (dieser Begriff ist nicht ausdrücklich erwähnt) werden aufgezeigt und dabei wird zwischen rezessiven und günstigen Wirtschaftslagen differenziert. Die Rolle der Bundesbank wird nur berührt. Hier zeigen sich die Schwierigkeiten bei knapp gehaltenen Informationstexten, da Institutionen und Begriffe

eingeführt werden müssen, die eigentlich einer Präzisierung bedürften (z. B. Rolle der Bundesbank, Diskontsatz u.a.). Schüler der Sekundarstufe I werden diese komplexen wirtschaftlichen Zusammenhänge ohne jegliche Hilfestellung kaum verstehen können.

Gesamturteil:

"Thema Politik" ist ein "Lese- und Arbeitsbuch", das sich von der methodischen Anlage her von anderen Schulbüchern deutlich absetzt. Die ersten sechs Kapitel sind als problemorientierte "Unterrichtseinheiten" ausgewiesen und sollen als Arbeitsgrundlage im Unterricht dienen. Die Kapitel 7-15 vermitteln Informations- und Orientierungswissen, das nach Auffassung der Autoren im Arbeitsteil nicht entsprechend aufgenommen werden kann. Hinsichtlich der Darstellung von Sozialer Marktwirtschaft fällt zunächst auf, daß in den Unterrichtseinheiten wesentliche Grundlagen nicht erarbeitet werden und der Schüler lapidar auf die Informationstexte verwiesen wird. Da wird das marktwirtschaftliche Ordnungsmodell nicht ausdrücklich in die Unterrichtseinheiten einbezogen, sondern der Schüler ist gehalten, sich im Informationskapitel die erforderlichen Kenntnisse anzueignen. Eine Hilfestellung (z. B. durch Arbeitsanregungen) ist nicht vorgesehen. Es wird deswegen kaum möglich sein, daß Schülern der Sekundarstufe I das Marktgeschehen transparent wird. Die Autoren machen in diesem Zusammenhang deutlich, daß Soziale Marktwirtschaft möglichst große soziale Gerechtigkeit anstrebt. Es wird jedoch nicht genügend herausgearbeitet,und es wird damit für unsere Schüler nicht verständlich, daß die freie wirtschaftliche Betätigung mit einem System des sozialen Ausgleichs verbunden werden soll. Die Leistungsfähigkeit einer Marktwirtschaft und die sich daraus ergebenden sozialpolitischen Möglichkeiten werden nicht aufgezeigt. Erfolge der Sozialen Marktwirtschaft werden nur teilweise (z. B. soziales Netz) sichtbar.

Die Ausführungen zur Arbeitsordnung entsprechen weitgehend nicht den Intentionen Sozialer Marktwirtschaft.

Hier wird noch zu sehr in den Kategorien Produktionsmittelbesitzer einerseits und lohnabhängige Arbeitnehmer andererseits gedacht. Gerade in den Unterrichtseinheiten wird dieses Klassendenken deutlich. Es wird nicht genügend herausgestellt, daß Soziale Marktwirtschaft sowohl die Leistungen der Unternehmer als auch der Arbeitnehmer einbezieht und versucht wird, die Kooperation zu fördern, um durch eine erfolgreiche Wirtschaft allen Menschen zu dienen und die unterschiedlichen Interessen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer geregelt ausgetragen werden sollen.

Auf die Notwendigkeit,durch staatliche Konjunktur- und Strukturpolitik den Wirtschaftsprozeß zu beeinflussen, weisen die Autoren hin, wenngleich diese Informationen für unsere Schüler nicht ausreichen dürften.
Zusammenfassend ist festzuhalten, daß durch Überbetonung der Probleme zu sehr Skepsis gegenüber der Funktionsfähigkeit der Wirtschaftsordnung vermittelt wird und anhand der Arbeitsgrundlagen und der Informationstexte Soziale Marktwirtschaft von Schülern der Sekundarstufe I nicht ausreichend erarbeitet werden kann.

## 2.3.11. Arbeitsbuch: Politik 2

Allgemeine Daten

Autoren: Mickel, Wolfgang (Herausgeber); Filipp, Karlheinz; Lüde v., Rolf; Nuissel, Ekkehardt; Saarbourg, Erich; Stachwitz, Reinhard

Verlag: August Bagel, Düsseldorf

Erscheinungsort/Erscheinungsjahr/Neuauflage: Düsseldorf, 1978; Neubearbeitung

Format: 22 x 16 cm

Einband: fest, nicht kartoniert

Umfang: 240 Seiten

Inhaltsverzeichnis: 18 Kapitel mit weiteren Untergliederungen

Stichwortregister: nicht umfangreich

Namensregister: nicht enthalten

Fremdwörterverzeichnis: nicht im Zusammenhang, vereinzelt werden Fremdwörter erklärt

Quellenverzeichnis: sehr ausführlich

Hinweise auf weiterführende Literatur: vorhanden

Anschriftenverzeichnis: nicht aufgenommen

Jahrgangsstufen: 7.-10. Schuljahr

Zulassung: Bremen (HS, RS, G), Nordrhein-Westfalen (alle Schultypen), Hessen (alle Schultypen)

Elternbrief: Buch wird den Eltern ausführlich vorgestellt

Vorwort: nicht aufgenommen

Sonstige Hinweise für den Benutzer: keine

Didaktisch-methodische Struktur

Mickel und sein Autorenteam gliedern das Buch in folgende 18 Kapitel:

"1 Was man in der Schule auch lernen kann" (S. 7-18)
"2 Das geht alle Mädchen an und alle Jungen, die sich für Mädchen interessieren" (S. 19-34)
"3 Freizeit - Freiheit?" (S. 35-60)
"4 Was man mit der Extra-Zeitung machen kann" (S. 61-67)
"5 Schülerschule? Lehrerschule? Für wen ist die Schule da?" (S. 69-76)
"6 Die Demokratie fängt in der Gemeinde an" (S. 77-88)
"7 Der Staat, in dem wir leben" (S. 89-98)
"8 Wahlen: Alle sollen mitentscheiden" (S. 99-110)
"9 Die Bundesrepublik Deutschland: ein Rechtsstaat" (S. 111-127)
"10 Gäste oder Menschen zweiter Klasse?" (S. 128-139)
"11 Lehrzeit - Leerzeit" (S. 140-149)
"12 Der Streit um Lohn- und Arbeitsbedingungen: Für immer unvermeidlich?" (S. 151-159)
"13 Mitbestimmen - mitgewinnen: zwei ungelöste Probleme unserer Wirtschaftsordnung" (S. 160-177)
"14 An den Grenzen der freien Marktwirtschaft: die Sozialbindung des Eigentums" (S. 178-182)
"15 Das Auto: Pro und Contra" (S. 184-196)
"16 Im Schatten unseres Reichtums: die meisten Menschen der Erde" (S. 197-208)
"17 Frieden und Krieg" (S. 209-218)
"18 Über die internationalen Beziehungen der Bundesrepublik Deutschland" (S. 219-231)

Gegenstand unserer Betrachtung werden vor allem die Kapitel 11, 12, 13, 14 und 18 sein. Soweit es notwendig

erscheint, werden auch andere Kapitel herangezogen. Mit nahezu 50 Seiten widmen die Autoren wirtschafts- und sozialpolitischen Fragen breiten Raum. In einem dem Buch vorangestellten vierseitigen Elternbrief umreissen Herausgeber, Mitarbeiter und Verlagsredaktion ihre Ziele mit dem Schulbuch "Politik 2". Sie gehen davon aus, daß Politikunterricht bei der Inhaltsbestimmung, bei Methoden und Zielen zu Kontroversen führt. Mickel und Stachwitz schreiben u.a.: "Das Buch will - wie jeder Politikunterricht in einer demokratischen Gesellschaft - keine unumstößlichen Lehren (abgesehen von den Grundentscheidungen unserer Verfassung) präsentieren, es will nicht indoktrinieren, sondern zum Nachdenken, Selberdenken, zu eigenständiger Meinungsbildung und politischer Handlungsfähigkeit anregen und verhelfen."
Es wird betont, daß die Inhalte des Buches letztlich einen Kompromiß darstellen, da bei der Entstehung vielfältige Gesichtspunkte zu beachten waren. Die Konzeption des Buches ist von dem Gedanken getragen, von den Schülern nachhaltig Aktivitäten beim Wissenserwerb zu verlangen.
Mit dem Buch soll "politisches Wissen, politisches Urteilen und politisches Handeln in einem demokratischen Gemeinwesen gelernt und - aktiv teilnehmend am politischen Geschehen - auch angewendet werden."
Die Grundhaltung des Buches wird folgendermaßen beschrieben: "Kritische Auseinandersetzung ist immer noch die beste Voraussetzung sowohl für den Erhalt und die Bewahrung des als wertvoll erkannten Bestehenden, wie auch für die Weiterentwicklung und Verbesserung des je Vorfindlichen".

Bei der stofflichen Aufbereitung unseres Themas bedienen sich die Autoren meist der exemplarischen Darstellung von Problemen und Konflikten aus dem Wirtschaftsleben.
Auch die Formulierung der Überschriften der einzelnen Kapitel deutet diese Tendenz bereits an.
Vor allem die aus anderen Publikationen übernommenen Texte liegen weitgehend auf der oben gezeichneten Linie. Nachdem die Verfasser durch ihre eigenen Beiträge (Texte und Fragen) diesbezüglich kaum entgegenwirken, ergibt sich für den Schüler ein sehr einseitiges Bild, das der politischen und wirtschaftlichen Realität nicht gerecht wird und junge Menschen sehr verunsichern wird. Dies kann und darf nicht Ziel der politischen Bildung sein.
Die Vielfalt der Materialien ist beeindruckend. Auszüge aus dem Betriebsverfassungsgesetz, dem Grundgesetz, dem Vertrag zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, Gerichtsentscheidungen, Äußerungen von Partei- und Interessenvertretern (auch von Arbeitgeber- und Arbeitnehmerseite) stellen wichtige Lernhilfen dar. Auf die zahlreichen Presseveröffentlichungen, die nicht nur Tageszeitungen entnommen sind, sei ebenfalls hingewiesen. In dem Buch finden sich zu unserem Thema zahlreiche Übersichten, Schaubilder, Karikaturen, Zeichnungen mit ergänzenden Texten, ein Schlagertext und Zeitungsinserate.
Die Autoren sind bemüht, den Leser betroffen zu machen. Sicherlich ist ihm dies beim Kapitel "Lehrzeit - Leerzeit" gelungen, da ja der unmittelbare Erlebensbereich Jugendlicher berührt wird. Als gelungen (wenn auch drastisch überzogen) kann auch der Einstieg zum Kapitel "Mitbestimmen - mitgewinnen: zwei ungelöste Fragen unserer Wirtschaftsordnung" bezeichnet werden (s. Bilder).

**13.1**

S. 160

Das Sprachniveau wird Schüler im 7.-10. Schuljahr kaum überfordern. Dies gilt allerdings nicht immer für die Materialien (s. S. 167). Es muß natürlich zugestanden werden, daß es oft schwierig ist, in allem brauchbare

Materialien (Texte) zu finden. Äußerungen wie "Das ist ein Scheißalter unter 18" (S. 144) gehören allerdings nach unserer Auffassung nicht in ein Schulbuch.

Das Buch ist im Zweifarbendruck hergestellt und bietet in der Anordnung der Autorentexte und der Materialien eher zuviel Abwechslung. Die Gliederung ist sicher verbesserungsfähig. Es fällt oft - zumindest für den Schüler - schwer, zu erkennen, ob es sich um die Meinung des Autors oder um die Auffassungen anderer handelt. Die Lehrtexte hätten auch drucktechnisch deutlicher abgesetzt werden sollen.
Die Arbeit mit dem Buch ermöglicht Unterrichtsgespräche, Diskussionen und Debatten, z. B. wenn auf S. 168 aufgefordert wird: "Diskutiert die Argumente, die von den Parteien und Verbänden vorgetragen werden. Sammelt Berichte über den Fortgang der Klage gegen das Gesetz" (S. 168).
Gruppenarbeit, Partnerarbeit oder Einzelarbeit im Unterricht kalkulieren die Autoren ein. "Bildet Gruppen in eurer Klasse. Jede Gruppe beschäftigt sich mit den drei Vorschlägen und erarbeitet einen Fragenkatalog", fordert der Verfasser beim Thema "gerechtere Vermögensverteilung" (S. 177).
Zu jedem Teilbereich werden Fragen gestellt. Dabei sollen nicht nur die Inhalte zugänglich gemacht und erschlossen werden, sondern häufig wird auch auf eine vertiefende Beschäftigung gezielt.

Es besteht der Eindruck, daß die Fragen und Arbeitsaufträge die Schüler außergewöhnlich fordern, wenn nicht gar überfordern.

Der Autor stellt zahlreiche Querverbindungen zu anderen Fächern, insbesondere zur Geschichte her. "Versucht mit Hilfe des Geschichtsbuches, die Herkunft der Mitbestimmungsfrage aus den Klassenkämpfen des 19. Jahrhunderts aufzuzeigen" (S. 164). Der Religionsunterricht ist nach seiner Auffassung zur Frage gefordert, ob "es nach Auffassung der christlichen Religion ein göttliches Recht bezüglich der Verteilung von Vermögen" (S. 170) gibt. Auch innerhalb des Faches stellt er gelegentlich Querverbindungen her.

Das Buch enthält Presseartikel verschiedener politischer Grundorientierungen. Konservativ ausgerichtete Zeitungen werden quantitativ geringer herangezogen. Es kommen Politiker und Interessengruppen mit unterschiedlichen Ansichten zu Wort, wobei auch hier konservative Positionen vernachlässigt werden.

Insgesamt kann die Ausgewogenheit nicht konstatiert werden. Dies ist nicht nur durch die bereits oben festgestellte Gewichtung der verschiedenen Positionen, sondern auch durch den Gesamtinhalt begründet. Untermauert wird diese Ansicht durch die zweifellos den realen Gegebenheiten nicht gerecht werdenden Zeichnungen und Karikaturen (S. 143, 146, 148, 152, 160, 161, 164, 175). Auch wenn zugestanden wird, daß bei diesen Darstellungen überzogen werden kann, prägt diese massierte Anwendung bei Schülern ein einseitiges, gegen den Unternehmer gerichtetes Bild.

Aufbereitung der sozialen Marktwirtschaft

Die Grundbegriffe und Grundsachverhalte des Wirtschaftens werden nicht behandelt. Damit wird die Beschäftigung mit Fragen der Wirtschafts- und Sozialordnung für Schüler unserer Altersstufe wesentlich erschwert.

Marktwirtschaftlicher Ordnungsrahmen

Eine für den Schüler verständliche Einführung in das Marktgeschehen ist nicht vorgesehen.
Gelegentlich werden zwar damit zusammenhängende Inhalte angesprochen; eine systematische, für den Schüler im Zusammenhang nachvollziehbare Erklärung findet sich nicht.
Auf S. 182 wird beispielsweise erwähnt, daß nach dem 2. Weltkrieg "in der Bundesrepublik ein System der sozialen Marktwirtschaft (= eine privatkapitalistische Wirtschaftsordnung, in der die Regelung von Angebot und Nachfrage überwiegend durch den Markt erfolgt; sozial nicht vertretbare Folgen des Marktmechanismus werden durch staatliche Maßnahmen gemildert) eingerichtet" wurde.
Damit sind das Wesen und die Funktionen einer Marktwirtschaft keinesfalls schülergemäß dargestellt.
Zur Funktion des Wettbewerbs und zur Wettbewerbsordnung äußern sich die Autoren nicht.
Hinsichtlich der juristischen Grundlagen für eine marktwirtschaftliche Ordnung vernachlässigen die Autoren die als unverzichtbar anzusehenden wirtschaftlichen Freiheitsrechte. Nur vereinzelt weisen sie darauf hin (z. B. Grundrecht der freien Berufswahl, S. 141). Damit werden

unseren Schülern elementare Voraussetzungen unserer Wirtschaftsordnung vorenthalten. Eingegliedert in das Kapitel "An den Grenzen der freien Marktwirtschaft: die Sozialbindung des Eigentums" behandelt der Verfasser die Thematik "Grundgesetz und Wirtschaftsordnung in der Bundesrepublik" (S. 181).
Nach Auffassung der Autoren haben bei der Ordnung der Wirtschaft der "Privatbesitz an Grund und Boden" (S. 181) sowie die wirtschaftliche Stellung von Großindustrien zentrale Bedeutung. Der Autor folgert: "So stehen die Politiker immer wieder vor der Frage, wie wirtschaftliche Macht so weit eingegrenzt werden kann, daß einerseits das Interesse der jeweiligen Eigentümer und Unternehmer gewahrt bleibt, auf der anderen Seite aber auch die Interessen der Gesellschaft nicht zu kurz kommen" (S. 181). Die Schüler sollen im Anschluß an diesen einführenden Text an Beispielen die Bedeutung wirtschaftlicher Macht erklären. Hinweise auf andere Kapitel im Buch sollen Hilfestellung leisten.
Nach einer kurzen Beschreibung der Situation nach dem 2. Weltkrieg (dieses Thema wird als Aufgabenfeld der Geschichte verstanden) stellt der Autor wirtschaftspolitische Positionen von CDU und SPD vor. Er stellt die Grundgesetzartikel "14 (Eigentum, Erbrecht, Enteignung)", "15 (Sozialisierung)" und den ersten Satz des Art. 20 ("Die Bundesrepublik Deutschland ist ein demokratischer und sozialer Bundesstaat") vor.
Andere für die Wirtschaftsordnung äußerst relevante Grundrechte (z. B. Art. 2) zitiert er hier nicht, so daß beim Schüler der Eindruck entstehen muß, lediglich die o.g. Artikel würden den Rahmen für die Wirtschaftsordnung bilden.
Die Linie der Unvollständigkeit wird fortgeführt beim anschließenden Zitat der Bundesverfassungsgerichtsentscheidung von 1954.

Der Autor zitiert lediglich: "Ein bestimmtes Wirtschaftssystem ist durch das Grundgesetz nicht gewährleistet ... Das Grundgesetz garantiert weder die wirtschaftspolitische Neutralität der Regierungs- und Gesetzgebungsgewalt noch eine nur mit marktkonformen Mitteln zu steuernde soziale Marktwirtschaft" (S. 182).

Auch für die Wirtschaftsordnung wesentliche Aussagen fehlen (z. B., daß der Gesetzgeber bei wirtschaftspolitischen Entscheidungen an das Grundgesetz gebunden ist).
Diesem unvollständigen Zitat die Aussage des CDU-Bundesvorsitzenden Kohl: "Zur lebendigen Verfassung, die sich in dem Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland manifestiert, gehört grundlegend die soziale Marktwirtschaft" (S. 182) gegenüberzustellen, wird bei Schülern den Eindruck erwecken, Kohl interpretiere das Grundgesetz falsch.
Als besonderes Problem marktwirtschaftlicher Ordnung in der Bundesrepublik Deutschland sehen die Autoren den durch öffentliche Planung bedingten Wertzuwachs von Grundvermögen. Diskussionsgrundlage im Unterricht bildet eine Geschichte von zwei Schwestern, die jeweils einen landwirtschaftlichen Betrieb führen und von denen eine durch die Entscheidung des Stadtrates mit ihren Grundstücken in den Einzugsbereich eines Bebauungsplanes gerät.
Die Schüler sollen die Wertsteigerung diskutieren. Mehrere Fragen erschließen aber nur Teile des Problems. Der Autor zitiert einen Programmsatz der Bayer. Verfassung, wonach bestimmte Bodenwertsteigerungen für die Allgemeinheit nutzbar zu machen sind (Art. 161 Abs. 2), sowie einen Auszug eines Bundesverfassungsgerichtsurteils von 1967, wo die Besonderheit von Grund und Boden für die Volkswirtschaft zum Ausdruck gebracht wird.

Der anschließende Lehrtext: "Wie am Rande unserer Städte unterliegen die Grundstücke auch innerhalb der Städte, besonders in den Stadtkernen, dem Grundsatz der höchstmöglichen Gewinnerzielung (Gewinnmaximierung) und dem marktwirtschaftlichen Gesetz von Angebot und Nachfrage" (S. 180) beschreibt die aktuelle Rechts- und Sachlage. Er unterlegt diese Aussage mit einem besonders drastischen Beispiel von Bodenwertzuwachs in Hamburg. Dieser dem Magazin "Spiegel" entnommene Bericht soll die prekäre Situation in Großstadtzentren verdeutlichen. Durch Fragen, wie "Die hohen Grundstückspreise werden von den Käufern bei der Vermietung der Häuser bzw. Wohnungen, die auf diesen Grundstücken gebaut werden, an Mieter weitergegeben: Erklärt, was das für die Mieter bedeutet" (S. 180), sollen mögliche Folgen hoher Preissteigerungen für Grund und Boden aufgezeigt werden. "Soll man sie wie jeden Privatbesitz als eine Ware behandeln?" (S. 180).
Der Autor geht noch weiter, wenn er die Situation vor 100 Jahren mit der jetzigen vergleicht und an die Schüler die Fragen richtet: "Zu wessen Gunsten/Ungunsten wirkt sich der sog. freie Bodenverkehr (= der knappe Boden wird wie jede andere Ware gekauft oder verkauft) aus? Welche Änderungsmöglichkeiten gebe es?" Die weitreichenden Folgen einer Änderung des Bodenrechts bespricht der Autor allerdings nicht.

Sozialer Ordnungsrahmen

Schülernder Sekundarstufe I wird beim Studium des Buches zunächst die Leistungsfähigkeit einer marktwirtschaftlichen Ordnung nicht einsichtig werden, zum anderen werden auch die Zusammenhänge zwischen der Wirtschaftskraft eines Staates und den sozialpolitischen

Gestaltungsmöglichkeiten nicht hinreichend ersichtlich. Der Autor nennt zwar ein Wesensmerkmal Sozialer Marktwirtschaft ("sozial nicht vertretbare Folgen des Marktmechanismus werden durch staatliche Maßnahmen gemildert", S. 182), aber damit können unsere Schüler natürlich noch nicht nachvollziehen, daß das Konzept Soziale Marktwirtschaft die freie wirtschaftliche Betätigung und Gedanken der sozialen Gerechtigkeit koppelt.

Den Elementen der sozialen Sicherheit widmen die Autoren keine große Aufmerksamkeit. Vereinzelt gehen sie darauf ein oder stellen entsprechende Texte vor (z. B. S. 95 ff.). Aber auch hier werden dem Schüler die enormen sozialen Schutzmaßnahmen, die während der vergangenen Jahrzehnte ausgebaut oder geschaffen wurden, nicht aufgezeigt. Damit ist bereits als Defizit zu vermerken, daß ein wesentlicher Bestandteil der Sozialen Marktwirtschaft nicht genügend dargestellt ist.

"Unsere Vermögensverteilung ist nicht gerecht", schreibt der Autor in der Überschrift (S. 170) und nimmt damit das Ergebnis seiner Darstellung bereits vorweg. Er führt u.a. aus: "Heute wird versucht z. B. mit Hilfe von Tarifverträgen und staatlicher Steuerpolitik, das Problem der Vermögensverteilung zu lösen. Alle Parteien in der Bundesrepublik halten die gegenwärtige Vermögensverteilung in unserem Land für ungerecht" (S. 170). Mit der Darstellung der Vermögenssituationen von Baron von Finck und einem "Durchschnittsbürger" wird den Lesern ein besonders drastisches Beispiel einer ungleichen Verteilung vorgeführt.

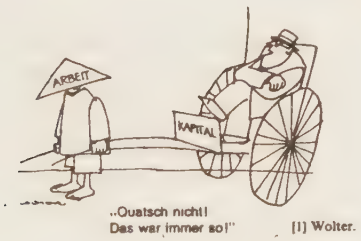
Der Autor bietet mit einem übersichtlichen Schaubild eine Einführung in verschiedene Vermögensarten und demonstriert für Schüler verständlich die private Vermögensbildung von 1950 - 1969. Die Vermögensbildung durch das 624-DM-Gesetz wird besprochen (einschließlich der permanent steigenden Zuwachsraten). Die Schüler sollen aber auch über die Frage nachdenken, ob durch dieses Gesetz die bisherige Vermögensverteilung wesentlich geändert werden kann. Die Konzentration des Eigentums am Produktivvermögen auf relativ wenige Bürger wird diskutiert und insgesamt kritisch beleuchtet. Der Wirklichkeit nicht gerecht wird allerdings eine vergleichende Betrachtung der Situation der Vermögensbildung von 1871 und 1971, die eigentlich zum Ausdruck bringt, daß sich in diesem Zeitraum nur Unwesentliches geändert habe.

Dem Leser werden drei Vorschläge zur gerechteren Vermögensbildung vorgestellt. Ein CDU-Vorschlag spricht sich dafür aus, den Arbeitnehmern Anteile am Produktivvermögen in Form von Aktien oder Investmentzertifikationen zukommen zu lassen.

Zwei Vorschläge kommen von der Gewerkschaftsseite und sehen zum einen "Anrechtsscheine" am Produktivvermögen und zum anderen eine weitere Demokratisierung der Wirtschaft vor.

Der Autor bietet eine Reihe von brauchbaren Informationen zur Situation der Vermögensverteilung an. Aspekte der Einkommensverteilung hätten allerdings stärker in die Überlegungen einbezogen werden sollen. Für unsere Schüler ergeben sich einige wertvolle Denkanstöße. Mehr Ausgewogenheit hätte erzielt werden können, wenn erkannt und herausgearbeitet worden wäre, daß nicht allein das Produktivvermögen Einfluß und Sicherheit verschafft, sondern auch andere Vermögenswerte (z. B. Rentenansprüche) diesbezüglich bedeutsam sind.

Drei Kapitel sehen die Autoren für Fragen der Arbeitsordnung vor. Allein schon die Überschriften ("Lehrzeit - Leerzeit", "Der Streit um Lohn- und Arbeitsbedingungen", "Mitbestimmen - mitgewinnen: zwei ungelöste Fragen unserer Wirtschaftsordnung") signalisieren, unter welchem Blickwinkel die Themen angegangen werden.
Zunächst ist festzuhalten, daß den Schülern auf Grund der zahlreichen Zeichnungen und Karikaturen (z. B. S. 146, S. 149, S. 152, S. 160, S. 161, S. 164, S. 169, S. 175) ein äußerst negatives Unternehmerbild suggeriert wird. Als Beispiel soll die unten stehende Karikatur genügen.




S. 161

Die ökonomisch fundierte Auseinandersetzung mit der Unternehmensführung und dem Unternehmensergebnis wird vermißt.
"Hey Boß - ich brauch mehr Geld". Mit diesem Schlagertitel wird die Darstellung des Tarifkonflikts eingeleitet.
Ausgehend von diesem der Motivation sicherlich förderlichen Text sollen die Schüler Gründe für Lohnerhöhungen sammeln.

Die Schüler werden im folgenden über die unterschiedlichen Ausgangspositionen der Sozialpartner unterrichtet. Ein Ausschnitt aus dem "Vorwärts" und ein erdachtes Gespräch zwischen Vertretern der Unternehmensführungen beinhalten zahlreiche Argumente für die jeweilige Haltung. Der Autor versucht durch Fragen die Schüler anzuregen, über die Lösung von Tarifauseinandersetzungen nachzudenken.

Beispiel:

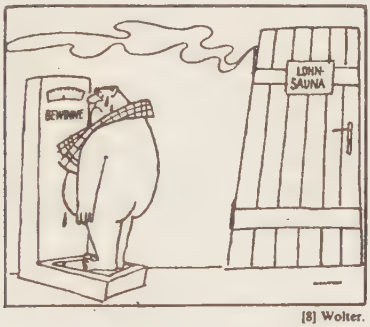
> "Versucht einmal, in einem Tarifkonflikt, wie er in den Massenmedien geschildert wird, eine Entscheidung zu fällen. Könnt ihr euch leicht einigen? Natürlich müßt ihr eure Entscheidung begründen!" (S. 153)

Er konfrontiert die Lernenden mit den unten stehenden Begriffen, die durchaus in dieser Form im Arbeitnehmer- bzw. Arbeitgeberlager verwendet werden. Sie werden teilweise den Intentionen Sozialer Marktwirtschaft nicht gerecht und bedürften zusätzlicher Erläuterungen.

| Die einen sagen... | Die anderen sagen... |
|---|---|
| Gewinn | Profit |
| Arbeitgeber | Unternehmer |
| Arbeitnehmer | Arbeiter, Angestellte(r) |
| Freisetzung | Entlassung |
| Kapital-Eigner | Kapitalist |
| Tarifpartner | Tarifvertragspartei(en) |
| Mitarbeiter | Lohnabhängige |
| Führungskraft | Boß |
| Preisangleichung | Preiserhöhung |
| Wilder Streik | spontane Arbeitsniederlegung |

S. 153

Die Texte werden u.a. mit dieser Karikatur bereichert.




S. 153

Hier wird jedoch Einseitigkeit deutlich, da der Schüler natürlich annehmen muß, überzogene Unternehmensgewinne bedürfen der Schmälerung durch die "Lohnsauna".
Der Streik wird als das "letzte Mittel der Arbeiter und Angestellten im Interessenkonflikt mit den Unternehmern" (S. 154) bezeichnet. Zur Legitimation wird Art. 9 GG angeführt.

Der Autor behandelt die obligatorischen Tarifverhandlungen unter der Überschrift "Regeln im Arbeitskampf" (S. 155). Es stellt sich die Frage, ob es berechtigt ist, das Ringen um die Arbeitsbedingungen bereits unter das Schlagwort "Kampf" zu subsumieren.
Begriffe wie Warnstreiks, Schlichtungsverhandlungen, Tarifkommission, Friedenspflicht, Sympathiestreik oder Streikbrecher werden angesprochen. Die soziale Absicherung während des Streiks wird ebenso wie das Procedere zur Streikbeendigung erörtert.
Ein Schaubild verdeutlicht die relativ geringe Belastung der deutschen Wirtschaft durch Streiks. Die Äußerung des Präsidenten des Bundesverbandes der deutschen Industrie:

"Die Gewerkschaften haben große Verdienste, weil sie, zusammen mit den Unternehmern, für ein ruhiges Sozialklima gesorgt haben und damit unserem Land zu einem in seiner Geschichte beispiellosen Wohlstand verhalfen" (S. 157), bekräftigt diese Darstellung.
Als Antwort auf den Streik wird die Aussperrung gesehen. Nach einführenden Hinweisen sollen Äußerungen der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände und der DBG-Vorsitzenden die unterschiedlichen Standpunkte hierzu darlegen.
Der Verfasser leitet über auf die wichtige Frage, ob nicht der Staat die Lohn- und Arbeitsbedingungen besser regeln könne. Er führt einige Argumente an und stellt den Grundsatz der Tarifautonomie dagegen.
Im folgenden Lehrtext bezieht er eindeutig für die Tarifautonomie Stellung, wenn er etwa schreibt: "Die Tarifautonomie gilt als Eckpfeiler der Wirtschaftsordnung der Bundesrepublik. Sie ist zwischen Unternehmern und Gewerkschaften, bei den Politikern und Wirtschaftsfachleuten in der Bundesrepublik anerkannt und unstreitig" (S. 159). Eine Bemerkung tippt die konzertierte Aktion an, mittels derer der Staat versucht, mit Empfehlungen auf die Verhandlungen Einfluß zu nehmen.

Im Kapitel "Mitbestimmung" werden sehr unterschiedliche Akzente gesetzt. Da wird einerseits die Zusammenarbeit zwischen Unternehmern und Arbeitnehmern betont. "Im hochgradig arbeitsteiligen Wirtschaftsleben kann sich Erfolg nur einstellen, wenn Arbeitnehmer und Arbeitgeber zusammenwirken. Die sehr erfolgreiche wirtschaftliche Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland in den letzten 30 Jahren mit relativ wenigen Streiks und vergleichsweise hohen Unternehmergewinnen, Löhnen, Gehältern und Sozialleistungen deutet darauf hin, daß

das Verhältnis zwischen den Arbeitnehmern und ihren Organisationen einerseits und den Arbeitgebern und deren Organisationen andererseits verhältnismäßig gut gewesen ist" (S. 161).
Andererseits werden in diesem Zusammenhang zwei Zeichnungen (s. S.243 in dieser Arbeit) abgedruckt, die der Realität nicht angemessen sind. Diese Darbietung beeinträchtigt die sachgemäße Orientierung erheblich. Das dadurch entstandene verzerrte Bild über die derzeitige Situation im Arbeitsleben wird durch einen Auszug des Betriebsverfassungsgesetzes - BVG - wieder etwas zurechtgerückt. Positiv ist festzuhalten, daß der Autor die Schüler anhand konkreter Fragen auffordert, Inhalte des BVG zu erarbeiten. Zwei Fälle aus dem Wirtschaftsleben sollen die praktische Anwendung des BVG verdeutlichen.
Mitbestimmung ist nicht nur auf die innerbetriebliche Mitwirkung in personellen oder sozialen Angelegenheiten beschränkt, sondern schließt auch Mitentscheidungsbefugnisse in wirtschaftlichen Fragen ein. Der Autor stellt die Aussagen des Unternehmers Flick und die des Gewerkschaftsvorsitzenden Vetter gegenüber und möchte damit wohl demonstrieren, daß substantiell keine unterschiedlichen Auffassungen bestehen (S. 165/166).
Kurzinformationen, in Schaubildern zusammengefaßt, erläutern die z. Zt. geltenden Mitbestimmungsmodelle.
Die Schüler sollen Gründe für die Mitbestimmung zusammenstellen und sich mit der Frage befassen, was gegen eine Übertragung der Grundsätze der politischen Demokratie auf Wirtschaftsunternehmen spricht. Ausführlich wird die politische Diskussion um das Mitbestimmungsgesetz von 1976 dargestellt. Stellungnahmen des Vorsitzenden des CDU-Wirtschaftsrates, des Deutschen Gewerkschaftsbundes, der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitge-

berverbände und des Bundeskanzlers sollen die jeweiligen Standpunkte aufzeigen.
Das Gesetz wird als "ein allseits unbeliebter Kompromiß" (S. 167) bezeichnet. An diesem Beispiel macht der Autor den Versuch, das Problem des Kompromisses im politischen Entscheidungsbereich generell anzusprechen. Pro und contra weitgehender Mitbestimmungsrechte versucht der Verfasser durch eine zwar erfundene - aber durchaus mögliche - Diskussion von Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertretern zu durchleuchten.
Ein besonderes Anliegen ist den Autoren die derzeitige schwierige Lage auf dem Lehrstellenmarkt und die Qualität der Ausbildung. Es ist natürlich angebracht und notwendig, Schüler der fraglichen Altersstufe darüber zu informieren.
"Lehrzeit - Leerzeit?" überschreiben die Autoren ein Kapitel, in dem die Situation der Auszubildenden behandelt wird. Wenn auch diese Überschrift mit einem Fragezeichen versehen ist, scheint sie nicht angemessen, da sie den tatsächlichen Gegebenheiten nicht gerecht wird. Es besteht die Gefahr, den jungen Menschen eine Konfliktsituation zu suggerieren, die allenfalls in wenigen Einzelfällen der Realität entspricht. Eine Lehr- oder Ausbildungszeit dürfte nie eine "Leerzeit" sein, da immer Kenntnisse und Fertigkeiten vermittelt werden. Natürlich wird zugestanden, daß die Intensität der Ausbildung von Betrieb zu Betrieb unterschiedlich ist.

Mittels zweier Texte versuchen die Autoren, die Schwierigkeiten bei der Lehrstellensuche und Vermittlung aufzuzeigen. Es schließt sich ein umfangreicher Fragenkatalog an, der den Schülern Gründe und Wege der eigenen Berufsfindung sichtbar machen soll.

Beispiele:

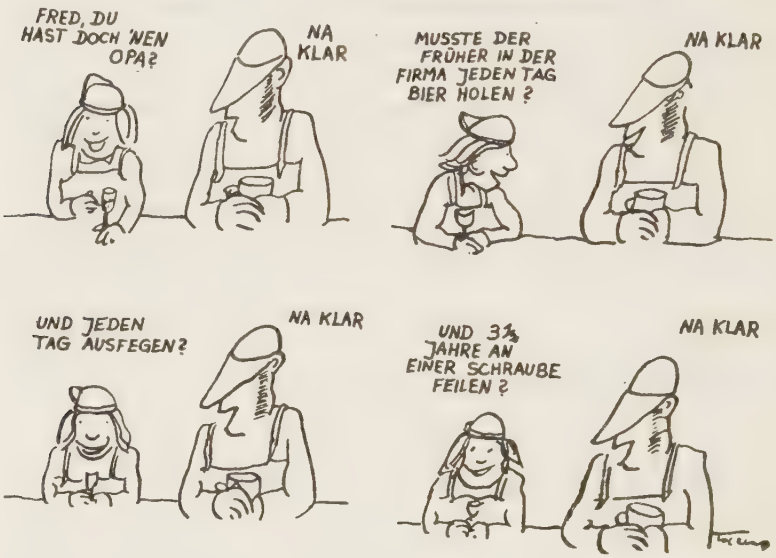
"Was hat dich zu dieser Berufswahl veranlaßt?"

"Hältst du dich über deinen angestrebten Beruf schon für ausreichend informiert?" (S. 140/141)

Verfassungstext und Realität sollen ein Auszug des Grundrechts auf freie Berufswahl und Materialien zur Entwicklung der Jugendarbeitslosigkeit in der Bundesrepublik Deutschland kritisch beleuchten. Ein Zeitungstext, der die Situation der Lehrstellen in Bochum beschreibt, steht u.a. als Beispiel, daß die "Verwirklichung des Rechts auf Bildung noch auf Schwierigkeiten stößt" (S. 141). Die Auswahl der Texte und Materialien zu diesem Thema stellt vor allem die negativen Aspekte der beruflichen Bildung, die zweifelsohne teilweise auftreten, in den Mittelpunkt.

**11.4 „Sei froh, daß du überhaupt eine Lehrstelle hast!" Die richtige Devise?**

11.4.1 Soviel ist klar: Eine Lehrstelle gefunden zu haben ist besser, als keine gefunden zu haben. Aus Angst, die Stelle wieder zu verlieren, kann der/die Auszubildende einiges übersehen oder falsch machen. Darum ist es nicht unwichtig, z. B. die gesetzlichen Bestimmungen zu kennen.




S. 146

Derartige Darstellungen helfen den auf Arbeitsplatzsuche befindlichen Jugendlichen nicht weiter. Positiver kann dabei schon registriert werden, daß die Notwendigkeit bestmöglicher Qualifikation behandelt wird (s. Zeitungsausschnitt der Neuen Rhein Zeitung auf S. 145).
Ausgiebig wird diskutiert, ob der Staat stärker reglementierend in die Berufsausbildung eingreifen soll oder nicht.

Der Autor unterbreitet fünf Vorschläge, die eine Verbesserung der Bildungssituation zum Ziele haben. Bildungssteuer, Zusatzabgabe für größere Betriebe, Förderung der Haupt- und Berufsschulen, stärkere staatliche Kontrolle und vermehrter Einfluß der Arbeitnehmer sind Gegenstände der Diskussion.
"Zehn Punkte, auf die es ankommt bei einer guten Ausbildungsstelle" (S. 147): Zitiert wird die Süddeutsche Zeitung. Als Ergänzung werden "Acht wichtige Punkte für gute Berufsbildung" (S. 149) genannt, die von einer deutschen Jugendzeitung erarbeitet wurden.
Einige Beispiele aus diesem Materialangebot verdeutlichen, daß vor allem die herkömmliche Ausbildung im Handwerksbetrieb verworfen wird. "In guten Ausbildungsstellen gibt es hauptberufliche Ausbilder, mindestens aber Fachkräfte, die einen angemessenen Teil ihrer Arbeitszeit für die Unterweisung der Stifte verwenden können ...
Das Zahlenverhältnis zwischen Fachkräften und Auszubildenden gibt weitere Aufschlüsse über die Ausbildungsqualität ...
Erfolgt die Ausbildung in einem anerkannten Ausbildungsberuf? Wird sie ganz oder teilweise in einer Lehrwerkstatt durchgeführt? ... Gibt es einen Betriebsrat und eine Jugendvertretung? ... Hat der Ausbildungsbetrieb einen guten Ruf? ".
Soziale Marktwirtschaft möchte aber gerade den kleinen und mittleren Betrieb gestärkt wissen,und dazu gehört auch, daß sie wirtschaftlich und rechtlich in der Lage sind, ausbilden zu können.

Gesamturteil:

Die Autoren sprechen zurecht von einem Arbeitsbuch für Politik, da der Materialteil eindeutig dominiert. Hinsichtlich der Aufbereitung von Sozialer Marktwirtschaft fällt zuerst auf, daß eine Einführung in die Grundsachverhalte des Wirtschaftens und in das Marktgeschehen nicht geboten wird. Damit können natürlich für Schüler der Sekundarstufe I elementare Grundlagen dieser Wirtschaftsordnung nicht verständlich werden.
Es kommt nicht befriedigend zum Ausdruck, daß Soziale Marktwirtschaft auf eine Synthese von wirtschaftlicher Freiheit und sozialer Gerechtigkeit zielt, zudem vernachlässigen die Verfasser die Darstellung des Systems der sozialen Sicherheit. Auf Elemente sozialer Teilhabe wird zwar eingegangen, jedoch überzeugen die Darlegungen nur partiell im Sinne des Konzepts Sozialer Marktwirtschaft. Dem Schüler wird wohl kaum bewußt werden, daß sowohl Arbeitgeber als auch Arbeitnehmer gleichermaßen zur betrieblichen Leistung beitragen und deswegen die Interessen beider Seiten zu sehen sind. Die Arbeitgeberseite wird zu negativ dargestellt.
Soziale Marktwirtschaft bedarf der staatlichen Konjunktur- und Strukturpolitik. Diesen wichtigen Teilbereich lassen die Verfasser gänzlich außer acht.
Die durch die soziale Marktwirtschaft erzielten Erfolge, gerade im Hinblick auf den materiellen Wohlstand der Bevölkerung und auch auf die politische und soziale Stabilität, werden nicht genügend sichtbar.
Bleibt als Ergebnis festzuhalten, daß Schüler der Sekundarstufe I anhand des Buches Soziale Marktwirtschaft nicht ausreichend erarbeiten können.

.3.12. Gesellschaft und Politik

Allgemeine Daten

Autoren: Fischer, Kurt Gerhard (Herausgeber); Rinninsland, Konrad; Sach, Joachim; Rückert, Günther; Spremberg, Bärbel und Werner; Borelli, Michele
Verlag: I.B. Metzlersche Verlagsbuchhandlung, Stuttgart
Erscheinungsort/Erscheinungsjahr/Neuauflage: Stuttgart, 1977; 4. Auflage
Format: 24 x 17 cm
Einband: fest, nicht kartoniert
Umfang: 320 Seiten
Inhaltsverzeichnis: 11 Kapitel mit weiteren Untergliederungen
Stichwortregister: relativ ausführlich
Namensregister: mit ausführlichen Anmerkungen
Fremdwörterverzeichnis: sehr umfangreich
Quellenverzeichnis: liegt nur für Bilder im Zusammenhang vor
Hinweise auf weiterführende Literatur: keine
Anschriftenverzeichnis: nicht aufgenommen
Jahrgangsstufen: 7.-10. Klasse
Zulassung: Bremen (RS, G), Nordrhein-Westfalen (alle Schultypen), Berlin (alle Schultypen), Hessen (alle Schultypen), Niedersachsen (HS, RS, G)
Lehrerheft: liegt vor
Elternbrief: Überlegungen zum Hintergrund von Gesellschaft und Politik und über politisches Lernen werden skizziert
Vorwort: Autoren stellen sich und das Buch vor
Sonstige Hinweise für den Benutzer: keine

Didaktisch-methodische Struktur

Gesellschaft und Politik weist folgende Grobgliederung aus:

"1. Von der Politik - von politischem Denken und Handeln" (S. 8-37)
"2. In welcher Gesellschaft leben wir?" (S. 38-69)
"3. Das politische System, in dem wir leben" (S. 69-133)
"4. Recht und Gerechtigkeit" (S. 134-148)
"5. Im Mittelpunkt von allem steht die Wirtschaft" (S. 149-196)
"6. Familie - gestern, heute, morgen" (S. 197-221)
"7. Jung-sein in Deutschland" (S. 222-233)
"8. Heißt unsere Zukunft Freizeit?" (S. 234-244)
"9. Minderheiten in der Bundesrepublik: die Gastarbeiter" (S. 245-254)
"10. Von Gefahren, die unsere Welt bedrohen" (S. 255-280)
"11. Auf dem Weg zu einer Weltgesellschaft" (S. 281-302)

Relevant für unsere Untersuchung ist in erster Linie das Kapitel "Im Mittelpunkt von allem steht die Wirtschaft" mit den Untergliederungen

"Ein Blick in die Geschichte: Arbeiten und Wirtschaften einst"
"Soziale Marktwirtschaft - Lösung der Probleme für alle?"
"Probleme der Wirtschaftspolitik in der Bundesrepublik"
"Sind wir auf dem Weg zum Volkskapitalismus?"
"Wirtschaftsmacht als politische Macht"
"Die Mitbestimmungsforderung der Arbeitnehmer"
"Was man jedenfalls wissen muß: Gewerkschaft - Streik - Tarifvertrag"
"Die Eigentumsfrage"
"Marktwirtschaft oder Planwirtschaft?"
"Wie andere die Probleme lösen"

"Auf dem Weg zur Vollautomation"
"Die 'Dritte industrielle Revolution' rückt näher"

Von Interesse sind noch die Kapitel "In welcher Gesellschaft leben wir?" und "Recht und Gerechtigkeit" sowie folgende Untergliederungen anderer Kapitel: "Sind wir unterwegs zum Vereinten Europa?", "Die verfassungsrechtliche Lage der Bundesrepublik" und "Die Familie als Wirtschaftsgemeinschaft".

Wirtschaftlichen Fragen messen die Autoren große Bedeutung zu. Dies kommt schon quantitativ (über 50 Seiten) zum Ausdruck und wird noch durch die Überschreibung des einschlägigen Kapitels ("Im Mittelpunkt von allem steht die Wirtschaft") verstärkt.

Die Autoren bezeichnen die Kapitel 2, 3, 4, 5 und 6 als problemorientierte Informationskapitel.
Die Kapitel 7, 8 und 9 werden als projektorientierte Kapitel verstanden.
Gegenstand des ersten Unterrichts sollte das einführende Kapitel sein: "Von der Politik - von politischem Denken und Handeln".
Die Autoren unterscheiden mehrere Textgruppen durch bestimmte Initialen, Schriftgröße bzw. Farbgebung.

| | | |
|---|---|---|
| I | : | Informationen des Autors |
| $M_1$ | : | Materialien mit Quellenangabe |
| $M_2$ | : | " " " |
| $M_3$ | : | " " " |
| $M_4$ | : | " " " |
| E | : | Einstiege, die zu Beginn einiger Kapitel einen Überblick über die jeweiligen Probleme vermitteln sollen. |

Farblich abgesetzt (blau) stehen Fragen, Anregungen und Arbeitsaufträge. Die Autoren weisen ausdrücklich darauf hin,

daß sie bewußt auf eine ausdrückliche Kennzeichnung als Frage, Aufgabe usw. verzichtet haben.

Elternbrief und Vorwort geben Aufschluß über das didaktische Konzept des Buches. Wissen, das sich Schüler aneignen sollen oder müssen, ist ständigen Veränderungen unterworfen. Es kann deswegen nicht darum gehen "in der Schule Wissen ein für allemale in die Köpfe der Schüler hineinzutrichtern" (S. 11, Elternbrief).

Es sei deswegen exemplarisches Lernen erforderlich. "Sie sollen vor allem das Lernen lernen." (S. 11, Elternbrief). Nur dann sei eine Anpassung an veränderte Gegebenheiten und insbesondere auch in Zukunft die Wahrnehmung eigener Interessen und Rechte möglich. Die Autoren gehen davon aus, "daß solche Inhalte gegenüber anderen zu bevorzugen sind, an denen die Schüler selbst bemerken können, daß keine - politisch verfaßte - Gesellschaft leben und überleben kann, ohne ein Minimum an allen gemeinsamen Grundüberzeugungen" (S. 11, Elternbrief). Diese "Einsichten" (z. B. Alle Menschen sind gleich) sollen Maßstab für das menschliche Zusammenleben und die Politik sein.
Außer diesen Grundüberzeugungen könne in einem demokratischen Staat alles zur Disposition stehen. Ausdrücklich wird jedoch darauf hingewiesen, daß Konflikte oder Probleme, die sich tagtäglich ergeben, nicht deswegen in das Buch aufgenommen werden, um das Bestehende zu diskreditieren, sondern letztlich "um der Einsichten willen" (S. 12, Elternbrief).
Bei der Inhaltsbestimmung waren die Autoren einerseits interessiert, möglichst für die Jugend aktuelle Themen anzusprechen, zum anderen betonen sie die Grenzen und Möglichkeiten eines Arbeitsbuches, "das nicht Leitfaden des Unterrichts sein kann und darf" (S. 12, Elternbrief). Das Buch soll auch nicht systematisch durchgenommen werden, denn "den Lerninhalten der Politischen Bildung liegt

kein geschlossenes System von Denkgegenständen zugrunde" (S. 5, Vorwort). Es hat vielmehr die Funktion eines Nachschlagewerkes, soll Quelle für Anregungen und Materialsammlung sein. Den Autoren ist bewußt, daß sie nicht alles anbieten können, was politischer Unterricht im Sinne ihrer Vorstellungen voraussetzt und erfordert. Sie gehen davon aus und weisen ausdrücklich darauf hin, daß andere Schulbuchproduzenten eine andere Auswahl getroffen hätten. Das Urteil überlassen sie den Lehrern und natürlich den Schülern.
Sie streben an, möglichst viele Schüler - also künftige Bürger - für Politik zu interessieren. Deswegen ist das Schulbuch interessant zu machen durch Streitfragen, Konflikte, Interessenunterschiede, aber auch die Illustrierung sei besonders wichtig. Nicht zuletzt ist das bei den Schülern bereits durch Primärsozialisation vorhandene politische Wissen zu ordnen, wobei nicht beabsichtigt ist, in diese oder jene Richtung zu lenken (S. 4, Vorwort).

Der weit überwiegende Teil des Buches (etwa zwei Drittel) besteht aus Materialien. Die Bezeichnung "Arbeitsbuch" ist deswegen gerechtfertigt. Die Elemente der Wirtschafts- und Sozialordnung sind nicht im Zusammenhang dargestellt. Dies erschwert die Erarbeitung erheblich, zumal Schüler mit einem Materialband ohnehin Orientierungsschwierigkeiten haben.
Die Auswahl der Lerninhalte konzentriert sich hauptsächlich auf wirtschaftliche Problemsituationen. Die jeweiligen Überschriften können dafür bereits als Beleg stehen. Die Autoren "orientieren sich an der Leitidee Emanzipation" (S. 7, Lehrerheft).
Wenngleich auch immer wieder positive Komponenten der Wirtschaftsordnung einfließen, besteht doch insgesamt der Eindruck, daß die Autoren Konflikte überbetonen und

zu sehr ein negatives Bild zeichnen, zumal der Lehrer nicht ständig bei der Arbeit mit dem Buch präsent sein kann. Ohne ergänzende Informationen wird der Schüler häufig Schwierigkeiten haben, ein realitätsgetreues Bild vermittelt zu bekommen. Die Autorentexte sind relativ knapp gehalten. Eine klare Trennung zwischen Grundwissen und weiterführendem Wissen ist nicht ersichtlich.

Die Autoren stellen eine Vielzahl von z. T. unterschiedlichen Materialien vor.
Für die Unterrichtsarbeit dürfte sich die große Anzahl wissenschaftlicher Literaturstellen beeinträchtigend auswirken. Im einzelnen finden sich neben den bereits genannten Auszügen aus der Literatur Schaubilder, Tabellen, Karikaturen, Bilder, Übersichten, Stellungnahmen von Politikern, Äußerungen von Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertretern, Auszüge aus Gesetzen, Auszüge aus Gerichtsurteilen oder Statistiken. Wichtige, für die Wirtschaftsordnung relevante Gesetze werden jedoch vermißt (z. B. Stabilitätsgesetz). Bei den Ausführungen wird auf einen schülergemäßen Abstraktionsgrad nicht im erforderlichen Umfang geachtet.
Ein gutes Beispiel, Schüler betroffen zu machen und zu motivieren, ist sicherlich der Einstieg zum Thema "Sozialstaat".
Nach einem kurzen Autorentext präsentiert der Verfasser den folgenden Bericht aus der Frankfurter Rundschau:

**3.3.9 ›Sozialstaat‹ - was ist das?**

In der Zeit vor Weihnachten wenden sich manche Tageszeitungen an ihre Leser mit Berichten wie dem folgenden:

Licht in das Dunkel der Einsamkeit

›In der kleinen, dusteren Mansarde in einem Altbau im Oeder Weg zu Frankfurt steht zwar ein Fernsehgerat, doch seit einiger Zeit wird es nicht mehr eingeschaltet. »Der Arzt hat gesagt, wegen meiner Augen durfe ich nicht mehr fernsehen«, seufzt Anna K., die jetzt 74 Jahre alt ist. Fruher war das fast die einzige Abwechslung fur die alleinstehende Frau.

In ihrer Jugend war sie vom Pflegevater bei jeder Gelegenheit geschlagen und geprugelt worden, kam dann in ein Waisenhaus und arbeitete spater als Zimmermadchen. Heute sind nicht nur die Augen krank, auch die Galle macht nicht mehr so richtig mit. Immer wieder spricht Anna K. von ihren Krankheiten. Über die teuren Medikamente. Über ihren Krankenhausaufenthalt - es ist das zentrale Thema ihres Lebens geworden. ›Dasst verstandlich‹, erlautert die Sozialarbeiterin, die uns begleitet. ›Überhaupt, wenn man so allein ist.‹ Fur all das reicht auch der Zuschuß des Sozialamtes nicht.

In dem kleinen Zimmer ist gerade noch so viel Platz, daß sich ein Mensch umdrehen kann. Der Boden ist spiegelblank, das Geschirr auf dem kleinen Tisch sauber. In der Ecke steht ein zweirädriger Einkaufswagen. »Den hab' ich mir zugelegt. Ich hole noch alles selbst aus dem Laden. Man kommt damit auch besser die Treppe 'rauf.‹

Trotz ihrer Krankheiten hat Anna K. das Lachen nicht verlernt. Bescheiden außert sie ihren Weihnachtswunsch. »Ein Paar warme, hohe Schuhe...« *(Frankfurter Rundschau vom 21. November 1970)*

S. 103

Bei einer Reihe weiterer Texte kann bei Schülern von 14 bis 17 Jahren durchaus Betroffenheit entstehen (S. 151 oder S. 59). Gerade das Thema über die Jugendarbeitslosigkeit dürfte diesen kurz vor dem Eintritt ins Berufsleben stehenden Personenkreis besonders zur Mitarbeit anregen.

Die zahlreichen Auszüge aus der wissenschaftlichen Literatur sind z. T. für Schüler unserer Altersstufe nur sehr schwer zu bewältigen.

Das Buch wirkt bereits auf den erwachsenen Leser monoton, umso mehr wird dieser Eindruck bei Kindern und Jugendlichen entstehen. Aufmachung und Anordnung sind nicht besonders übersichtlich.

Die Gliederung scheint verbesserungsfähig. Auch hätte der Zweifarbendruck effektiver für die Veranschaulichung eingesetzt werden können.
Die von den Autoren geschilderten Kontroversen bieten genügend Gelegenheiten zu Unterrichtsgesprächen und Diskussionen (z. B. S. 170). Ausdrücklich wird an verschiedenen Stellen zu Gruppenarbeit aufgefordert (z. B. S. 56). Farblich abgesetzt (blau) werden Anregungen und Fragen formuliert, die z. T. dem Lernprozeß nicht förderlich sind bzw. die Schüler überfordern.

Beispiele: "Über die Tätigkeit des Kartellamtes wird oft in der Presse berichtet. Wenn Euch das Thema interessiert, sammelt die entsprechenden Meldungen. Überlegt bitte, warum es für das Kartellamt besonders schwierig ist, Kartelle aufzudecken" (S. 155).
"Vergleicht die Wirtschaftsentwicklung in der Bundesrepublik mit der im Ausland. Wie beurteilt Ihr die Chancen einer rein nationalen Wirtschaftspolitik?" (S. 160)

Lernzielkontrollen sind gelegentlich vorgesehen.
Querverbindungen innerhalb des Faches und zu anderen Fächern, vor allem zur Geschichte, sind enthalten.
Die Ausgewogenheit im Sinne der unterschiedlichen politischen Positionen kann nicht konstatiert werden, obwohl die Autoren voneinander abweichende Standpunkte zitieren. Gerade bei den ausgewählten Presseerzeugnissen dominieren eindeutig das politische Magazin "Der Spiegel" und die "Frankfurter Rundschau".

Aufbereitung der Sozialen Marktwirtschaft

Eine Einführung in die Grundsachverhalte der Wirtschaft und des Wirtschaftens sehen die Autoren nicht vor.
Mit einem Gang durch die Geschichte führt Günther Rückert, der Autor des 5. Kapitels, in den Themenbereich Wirtschaft ein. Er beginnt einen Informationstext mit der Feststellung, daß in der Urzeit der Menschheitsentwicklung die erwachsenen Mitglieder eines Familienverbands gleichberechtigt waren. Die folgenden Sätze seien zitiert, da sie für die Charakterisierung und die Linie des Buches durchaus wesentlich erscheinen: "Im Verlauf der weiteren Entwicklung wurde es möglich, mit Hilfe neuer Erfindungen und Arbeitsweisen mehr zu erwirtschaften als zur Befriedigung der unmittelbaren Lebensbedürfnisse notwendig war. Den durch die Entwicklung der Produktivkräfte (Menschen, Werkzeuge und Maschinen) und die wachsende Arbeitsleistung produzierten Überschuß eigneten sich einzelne Mitglieder der Gesellschaft an. Sie erlangten damit zugleich Herrschaft über andere" (S. 149).

Im Anschluß daran stellt er die Situation der Sklaven, der Leibeigenen und der Arbeiter im Frühkapitalismus mittels Materialien dar.
Der Autor orientiert sich diesbezüglich in seinen Ausführungen und in der Materialauswahl deutlich an einem historisch-materialistischen Ansatz. Auch die Formulierung der Überschrift ("Im Mittelpunkt von allem steht die Wirtschaft", S. 149) kann als Rechtfertigung für diese Aussage herangezogen werden, da die Wirtschaft als die alles bestimmende Grundlage gesehen wird.
Hingewiesen sei in diesem Zusammenhang noch auf einen vom Autor formulierten Arbeitsauftrag. "Schon die Wirtschaft im Altertum beruhte auf der Sklaverei. Informiert Euch darüber in Eurem Geschichtsbuch" (S. 151). Diese

Formulierung erscheint nicht ganz unproblematisch, da durchaus vom Schüler gefolgert werden kann, daß sich die Lage auch heute noch ähnlich darstellt.

Marktwirtschaftlicher Ordnungsrahmen

Auf die Ordnung der Wirtschaft in der unmittelbaren Nachkriegszeit wird am Rande eingegangen, z. B. mit einer Übersicht über die Lebensmittelzuteilung in der 112. Zuteilungsperiode.
Zu den Positionen der Parteien zur Wirtschaftsordnung nach dem 2. Weltkrieg wird auf S. 84 ausgeführt: "Auch jene Parteien, die seit 1945/46 bestehen, haben innere Wandlungen durchgemacht. CDU wie SPD forderten in den ersten Jahren Vergesellschaftung (= Sozialisierung, d. h. Enteignung des Privatbesitzes an Produktionsmitteln) im Aktionsprogramm von Hannover vom 11. Mai 1946 (SPD) und im Programm von Neheim-Hüsten vom 1. März 1946 (CDU)". Für die CDU ist diese pauschale Aussage nicht zutreffend. Die Schüler werden aufgefordert, Parteiprogramme von 1945 bis heute auch hinsichtlich der Aussagen zur Wirtschaftsordnung zu überprüfen (S. 84).

Im Rahmen des Abschnittes "Soziale Marktwirtschaft - Lösung der Probleme für alle?" (S. 152 ff.) stellt der Autor einige charakteristische Merkmale einer Marktwirtschaft vor (z. B. "Angebot und Nachfrage bestimmen Preis und Ort und Umfang der produzierten Güter", S. 152). Der Schüler kann aus diesen spärlichen Informationen allenfalls folgern, daß die Wirtschaft in der Bundesrepublik Deutschland nach marktwirtschaftlichen Prinzipien geordnet ist. Es wird ihm jedoch sicherlich nicht möglich sein, ausreichende Kenntnisse über den Marktmechanismus zu erlangen.

Die verfassungsrechtlichen Voraussetzungen für eine marktwirtschaftliche Ordnung können anhand der Materialien erarbeitet werden. Die Schüler werden aufgefordert, die Verfassungstexte (Bund und Land) im Hinblick auf die garantierten wirtschaftlichen Freiheiten zu studieren (S. 153). Hilfreich ist in diesem Zusammenhang auch ein Auszug aus dem Investitionshilfeurteil des Bundesverfassungsgerichts von 1954. Es bleibt allerdings festzuhalten, daß er in einem anderen Abschnitt (30 Seiten später) abgedruckt ist, kein Bezug hergestellt ist und damit nicht garantiert ist, ob ihn der Schüler in die Überlegungen einbezieht.
Unseres Erachtens wird auch nicht genügend die Bedeutung einer freiheitlichen Wirtschaftsordnung für die Qualität des menschlichen Lebens ersichtlich.
Es kommt zum Ausdruck, daß die Garantie des privaten Eigentums in einer Marktwirtschaft notwendig ist. Die Schüler sollen sich eine möglichst umfassende Meinung zur Eigentumsfrage bilden können.
Der Autor stellt deswegen verschiedene Positionen zur Eigentumsfrage nebeneinander (Liberalismus, demokratischer Sozialismus, evangelische und katholische Kirche) und fordert zum Vergleich. Vermißt wird allerdings ein Eingehen auf die Rechtslage und die Intentionen des Grundgesetzes. Daran ändert auch nichts die Aufforderung an die Schüler, in der Bibliothek in juristischen Kommentaren nachzulesen, zumal diese Anregung Schüler unserer Altersstufe überfordert (falls es überhaupt einen Kommentar zum Grundgesetz an der Schule gibt).

Eine ausgesprochen kritische Haltung nimmt der Verfasser hinsichtlich des Privateigentums an Produktionsmitteln ein und stellt sich damit nicht hinter das Konzept Soziale Marktwirtschaft. Er formuliert auf S. 183 u.a.: "Die Wirtschaftsordnung der Bundesrepublik gründet sich auf dem Privateigentum an den Produktionsmitteln. Daraus

ist eine Vielzahl von Problemen und Gefahren für unsere Gesellschaft erwachsen (z. B. die Einkommens- und Vermögenskonzentration, die politische Macht der Wirtschaft)". Er sieht hier einerseits nicht die Vorteile, die durch die freie unternehmerische Initiative möglich werden, andererseits zeigt die politische Realität, daß die Einkommens- und Vermögensverteilung und die politische Macht der Wirtschaft sich nicht so problematisch darstellen und differenzierter zu sehen sind, als diese pauschale Feststellung des Autors es vermuten läßt.

Die Bedeutung und Unverzichtbarkeit eines möglichst großen Wettbewerbs für eine marktwirtschaftliche Ordnung wird an mehreren Stellen ausdrücklich betont.
Der Verfasser sieht aber "Gefahren für unsere Wirtschaftsordnung" durch "Konzentration und Beschränkung des Wettbewerbs" (S. 153).
In relativ ausführlichen Informationen werden wichtige Teile des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen dargeboten. Schwierigkeiten des Kartellamtes und Grenzen rechtlicher Möglichkeiten werden deutlich, wenn der Autor schreibt: "Zwar kann das Kartellamt Preisabsprachen verbieten, doch es ist sehr schwierig, Unternehmern solche Kartellverträge nachzuweisen" (S. 153). Schaubilder über die 10 größten Unternehmen innerhalb und außerhalb der USA sowie über die Konzentrationsbewegungen innerhalb der Bundesrepublik Deutschland sollen gewissermaßen demonstrieren, daß trotz umfangreicher Gesetzgebung die Zusammenschlüsse zunehmen. Am Beispiel der Konzentration bei Presseorganen fordert er die Schüler auf, darüber nachzudenken, was es bedeuten würde, "wenn eines Tages nur noch eine große Tageszeitung den Markt beherrschte?" (S. 155). Dieser Transfer scheint gerade für das Schulfach Politik sinnvoll und auch notwendig.
Die Stellung des Verbrauchers und die ihm zustehenden

Rechte werden nicht genügend herausgearbeitet. Da wird zwar zunächst die starke Position der Verbraucher durch einen Text von Wolfgang Heintzeler folgendermaßen zum Ausdruck gebracht: "In der Marktwirtschaft ist der Kunde und letztlich der Verbraucher König, die Marktwirtschaft bedient sich gewissermaßen des im Wettbewerb stehenden Unternehmens als Werkzeug, um die optimale Erfüllung der Verbraucherbedürfnisse zu erreichen" (S. 182).
In anderem Zusammenhang wird jedoch unter dem Abschnitt "Die Familie als Wirtschaftsgemeinschaft" zum Konsumstreben schlechthin und zu den Maßnahmen, den Konsum zu steigern, sehr kritisch Stellung bezogen.
Fragen, wie "Welche Methoden werden benutzt, um einen schnellen Verschleiß sowie einen häufigen Wechsel der Konsumgüter zu erreichen?" (S. 201), deuten eine derartige Tendenz an.
Verbrauchererziehung darf sich nicht darin erschöpfen, nur mit möglichen Gefahren vertraut zu machen, sondern muß den Konsumenten umfassend in seinem Entscheidungsverhalten stärken. Insoweit wird also im Buch dem Gedanken Sozialer Marktwirtschaft nicht Rechnung getragen.

Sozialer Ordnungsrahmen

Der Verfasser stellt einen wesentlichen Gedanken "Sozialer Marktwirtschaft" vor, wenn er schreibt, daß die Marktwirtschaft "um das Moment der sozialen Verpflichtung erweitert wird" (S. 152). Diese Aussage wird dann noch präzisiert durch zwei Auszüge des Buches von Heinz Lampert "Die Wirtschafts- und Sozialordnung", die die Ziele der Sozialen Marktwirtschaft umreißen.
Es erscheint auf Grund dieser Darlegungen unverständlich, warum die Elemente der sozialen Sicherung losgelöst von wirtschaftlichen Themen behandelt werden, kein Bezug her-

gestellt wird und auch die Zusammenhänge zwischen wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit und den sozialstaatlichen Möglichkeiten nicht ausreichend aufgezeigt werden.
Damit wird die Möglichkeit, das Konzept Soziale Marktwirtschaft zu erfassen, erheblich eingeschränkt, auch wenn zugestanden wird, daß die Ausführungen zur Sozialen Sicherheit (im Kapitel "Das politische System") positiv und ausführlich dargestellt sind.
Mit Situationen, die aus dem Leben gegriffen sind, wird versucht, die Pflicht zur Unterstützung bei sozialer Not zu begründen. "Soziale Gerechtigkeit für alle" (S. 103) wird postuliert. Den Schülern sollen soziale Gegensätze bewußtgemacht werden, wenn geschrieben wird: "Ergänzende Einblicke in die Lage von sozial Benachteiligten findet Ihr in diesem Buch auf S. 64 f.. Auch über die Kehrseite dieser Medaille gibt unser Buch an verschiedenen Stellen Auskünfte, z. B. über Einkommensverteilung S. 161 f., über Einkommen S. 40" (S. 104).
Ein Auszug aus dem Sozialbericht der Bundesregierung vermittelt einen Überblick über die jährlichen Sozialleistungen. Andeutungsweise wird auch auf die Finanzierung der Sozialversicherung eingegangen.
Rentenversicherung, Krankenversicherung, Unfallversicherung, Arbeitslosenversicherung, Sozialhilfe, Leistungen nach dem Bundesversorgungsgesetz, Kindergeld und Ausbildungsförderung werden zum Teil sehr ausführlich dargestellt.

Der Autor begnügt sich nicht mit der lapidaren Aufzählung der Fakten, sondern versucht jeweils aktuelle Fragen der Sozialversicherungszweige aufzugreifen, z. B. den Kostendruck im Krankheitswesen, die Bruttoeinkommen der praktizierenden Ärzte oder die Rentenfinanzierung.

"Sind wir auf dem Wege zum Volkskapitalismus?" (S. 161) wird der Abschnitt über die Einkommens- und Vermögensverteilung überschrieben. Unter Kapitalismus verstehen die Autoren laut den Worterklärungen eine "Wirtschafts-

und Herrschaftsform, in der Privatpersonen als Eigentümer über die Produktionsmittel, also über Grundvermögen, über Grund und Boden verfügen usw." (S. 307).
Allein schon vom Umfang her (nahezu 10 Seiten) verleiht der Autor diesem Thema großes Gewicht. Es geht ihm offensichtlich darum, aufzuzeigen, daß die Ziele der Sozialen Marktwirtschaft und die Realität differieren (s. Frage S. 153). Er übersieht dabei, daß das Ziel einer gerechteren Einkommens- und Vermögensverteilung als Programmsatz zu sehen und nur nach und nach zu erreichen ist und zudem in einer freiheitlichen Wirtschaftsordnung diesbezüglich Grenzen gesetzt sind.
Als Ausgangspunkt wird die 1950 vom Wissenschaftlichen Beirat beim Bundeswirtschaftsministerium vertretene These: "Zu einer sozialen Marktwirtschaft gehört eine befriedigende Einkommens- und Vermögensverteilung" (S. 161) gesetzt.
Mit zahlreichen Belegen wird die gegenwärtige Vermögenskonzentration als Kontrast gezeigt. "Einen deutlichen Hinweis auf die Entstehung der ungleichen Vermögensverteilung gibt die Einkommensverteilung" (S. 162), stellt der Verfasser fest.
Die Einkommenssituation von Rentner-, Arbeitnehmer- und Selbständigenhaushalten weist ein Schaubild aus. Selbständige liegen danach deutlich an der Spitze. Innerhalb dieser Gruppe dominiert die Industrie und das produzierende Gewerbe. Die Zahlen beziehen sich auf das Jahr 1974 und sind insoweit nicht mehr ausgesprochen aktuell.
Er versucht auch, Ursachen der Vermögenskonzentration aufzuzeigen.
Bei der Bewältigung der Vielzahl von Materialien (vor allem mit den unterschiedlichsten Zahlenangaben, die im einzelnen nicht nachgeprüft werden können) werden Schüler unserer Altersstufe überfordert sein. Die Bedeutung und die Vorzüge des Sparens für die Volkswirtschaft und damit für alle Menschen werden sehr einseitig und nicht vollständig

beleuchtet. Für den Leser verfestigt sich der Eindruck, daß Konsumverzicht durch Sparen abqualifiziert wird (s. Schaubild "Sparer ziehen den Kürzeren", S. 166 oder den Text "M 2", S. 165/166).
Ausführlich wird der Meinungsstreit der Gewerkschaften, der Arbeitgeber und der Politiker zu weitergehenden Vermögensbildungsmaßnahmen angegangen. Investivlohn, Gewinnbeteiligung, aber auch die staatliche Sparförderung werden erörtert, wobei auch hier Fragen an die Schüler gestellt werden, die eigentlich anmaßend sind. Da wird beispielsweise zum Thema Preisstabilität und Lohnerhöhung, wo Arbeitnehmer auf eine Befragung eine eindeutige Auskunft geben, gefragt: "Ob wohl alle Arbeitnehmer, die in der Meinungsumfrage mit einem Ja geantwortet haben, sich über alle Konsequenzen ihrer Antwort klar waren? Wovon könnte ihr Urteil beeinflußt worden sein?" (S. 168).
Die Elemente der Arbeitsordnung beleuchtet der Autor hauptsächlich aus der Sicht der Arbeitnehmer, wobei der Schwerpunkt auf die Bereiche gelegt ist, die den Arbeitnehmer wirtschaftlich und politisch stärken.
Der Verfasser versucht, die Notwendigkeit von betrieblicher Mitbestimmung historisch zu begründen. Er zieht hierzu Stellungnahmen der CDU (Ahlener Programm von 1947) und der IG Metall heran. Es folgen Kurzinformationen über die derzeit gültigen Mitbestimmungsregelungen (mit Ausnahme des Mitbestimmungsgesetzes von 1976). Erläutert werden auch die Mitwirkungsmöglichkeiten im sozialen, personellen und wirtschaftlichen Bereich nach Maßgabe des Betriebsverfassungsgesetzes von 1972.
Breiten Raum nimmt die Mitte der 70er Jahre aktuelle Mitbestimmungsdiskussion ein. Hier findet sich auch der Kompromiß der Regierungskoalition, der später Gesetz wurde. Deutlich wird auch, daß der Deutsche Gewerkschaftsbund weiterhin an der gleichberechtigten Beteiligung der Arbeitnehmer festhält. Durch mehrere Fragen soll die Thematik erschlossen und vertieft werden.

Wenn auch die eigentlich mit der Tarifautonomie verbundene ordnungspolitische Grundentscheidung (Lohnkonflikte sollen nicht zu politischen Konflikten führen) nicht betont wird, bietet doch der einschlägige Abschnitt umfangreiche Informationen zu den Lerninhalten "Gewerkschaft - Streik - Tarifvertrag" (S. 177).
Begriffe wie Lohn- und Gehaltstarifvertrag oder Manteltarifvertrag, "wilder Streik", Schlichtungsverfahren, Tarifparteien oder Friedenspflicht werden besprochen.
Nicht beigepflichtet werden kann der Auffassung, daß die Aussperrung sich vor allem gegen die gewerkschaftlich nicht organisierten Arbeitnehmer richtet (S. 177). Faktisch wirkt sie gegen alle ausgesperrten Arbeitnehmer, wenn auch nicht verkannt werden soll, daß die Nichtorganisierten kein Streikgeld erhalten und sich damit schlechter stellen.
Dem Streik wird in Relation zu anderen Themen breiter Raum eingeräumt (S. 32, 33, 42, 177, 179 und 180). Der Gedanke der Emanzipation der Nichtselbständigen war für die Autoren dafür sicherlich mit wesentlicher Anlaß. Diese Aussage scheint auch durch die Ausführungen zum politischen Streik erhärtet.
"Manche meinen, daß den Gewerkschaften nicht das Recht zustünde, durch Androhung oder gar Verwirklichung der politischen Streiks in die Staats-Geschicke einzugreifen. Die Gewerkschaften verstanden und verstehen sich hingegen als Wächter der Demokratie und folgern daraus, daß sie bedarfsfalls die Demokratie retten müssen" (S. 180).
Wenn auch in anderem Zusammenhang betont wird, daß "Arbeitszeit, Sicherheit des Arbeitsplatzes, Fortbildung, gesetzliche Regelungen, wie z. B. das Arbeitsförderungsgesetz, gewerkschaftliche Maßnahmen zur Steuerung der Automationsfolgen" (S. 185), bedeutsame Fragen für das zukünftige Leben der Schüler sind, so hätten doch die Arbeitnehmerschutzrechte, die Dienstleistungen der Arbeitsämter oder die Arbeitsgerichtsbarkeit stärker herausgestellt werden müssen.

Die Arbeitswelt ist insgesamt allerdings nicht hinreichend im Sinne des Konzepts Soziale Marktwirtschaft dargeboten, da die zugrundeliegende Idee einer vermehrten geregelten Kooperation zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern zum Wohle beider Seiten von unseren Schülern nicht abgeleitet werden kann. Die Ausführungen sind von einem starken Klassendenken geprägt.

Wirtschaftspolitik

In einem eigenen Abschnitt versucht der Autor die Bedeutung der "Wirtschaftsmacht als politische Macht" (S. 171) herauszustellen. Dabei will er aufzeigen, wie nach seiner Auffassung die Wirtschaftspolitik im weitesten Sinne in der Regel durch Geldzahlungen beeinflußt (um nicht zu sagen manipuliert) wird.
Farblich und vom Schriftbild her abgesetzt resümiert er:

**Wirtschaftliche Macht ist gleichzeitig immer politische Macht. Das beginnt schon in der Gemeinde: Wer durch Entrichtung der Gewerbesteuer wesentlich an den kommunalen Einkünften beteiligt ist, wird versuchen, auf die Kommunalpolitik Einfluß zu nehmen. Oder denken wir an andere Beispiele: Wer in Zeitungen regelmäßig teuere Anzeigen aufgibt, sieht es bestimmt nicht gern, wenn er in ihnen kritisiert wird. Die Wirtschaft gibt Millionen in den Zeiten vor der Bundestagswahl aus, um bestimmte Parteien und Politiker zu fördern; damit greift sie unmittelbar in die Politik ein. Durch ihre Vertreter im Parlament und in der ›Lobby‹ versucht sie, Einfluß auf Gesetzgebung und Verwaltung zu nehmen.**

**Wirtschaftliche Macht muß also kontrolliert werden! Denkt hierbei an die Mitbestimmungsforderungen der Gewerkschaften, an die Kartellgesetzgebung usw. Welche anderen Kontrollmöglichkeiten lassen sich denken?**

S. 171/172

Diese Aussagen bedürfen wohl der Differenzierung. Es ist nicht unsere Absicht, den Einfluß wirtschaftlicher Macht auf die Politik zu verharmlosen, jedoch nehmen auch andere gesellschaftliche Gruppen - durchaus legitim - ihre Interessen nachhaltig wahr, was zu einem gewissen Gleichgewicht führt. Im übrigen beweisen zahlreiche politische Entscheidungen, daß die verantwortlichen Politiker sehr wohl in der Lage sind, autonom zu entscheiden und dadurch von sich aus auf die Wirtschaft einzuwirken. Die Interdependenz von Politik und Wirtschaft sieht der Autor nicht genügend.
Mit Informationen über die gewaltige Wirtschaftskrise von 1929-1932 wird in das Thema Wirtschaftspolitik in der Bundesrepublik Deutschland eingeführt.
Er nennt mit der Preisstabilität, dem Wirtschaftswachstum, der Vollbeschäftigung und dem außenwirtschaftlichen Gleichgewicht die vier vorrangigen wirtschaftspolitischen Ziele. Durch einschlägiges Zahlenmaterial kann der Leser sehen, inwieweit die Ziele erreicht wurden.
Das Phänomen Konjunktur und die verschiedenen Phasen des Konjunkturverlaufs werden erläutert und die Notwendigkeit staatlicher Beeinflussung betont. John Maynard Keynes kommt zu Wort. Ein Schaubild zeigt die Konjunkturbewegungen von 1950-1975.
Ein weiteres Eindringen in diese Materie wird durch verschiedene Materialien ermöglicht.
Es wird die schwierige konjunkturelle Situation Mitte der 70er Jahre ausführlich aufbereitet. Nach einer Kurzbeschreibung der damaligen wirtschaftlichen Lage reiht der Autor Schaubilder aneinander, die wichtige Hinweise enthalten über "Branchen im Konjunkturschatten", "Konkurse und Vergleichsverfahren 1949-1974", die außergewöhnlich hohe "Pleitenwelle", die Arbeitslosigkeit, die Situation der Preisanstiege, die Realinvestitionen, das Wirtschaftswachstum und den Lebensstandard.

Für Schüler erweisen sich vor allem die Zahlen zur Entwicklung der Jugendarbeitslosigkeit als interessant. Anhand der Erklärungen des Verfassers und der Materialien ist es für unsere Schüler aber nur mit Einschränkungen möglich, mit elementaren Fragen der Konjunkturpolitik vertraut zu werden, da die Schaubilder z. T. nur schwer verständlich sind und eben die oft notwendigen Verbindungen fehlen.

Leistungen und künftige Aufgaben der Sozialen Marktwirtschaft

Im Personenverzeichnis (S. 315) wird bei Ludwig Erhard u. a. ausgeführt: "Viele verknüpfen mit seinem Namen die 'Soziale Marktwirtschaft' und auch das Wirtschaftswunder der Fünfzigerjahre in der Bundesrepublik". Damit werden auch die Leistungen der Sozialen Marktwirtschaft zum Ausdruck gebracht. An anderen Stellen wird der materielle Wohlstand der Bundesbürger ebenfalls erwähnt (z. B. Übersichten über den Bestand ausgewählter Gebrauchsgüter sowie der durchschnittlichen monatlichen Bruttoeinkommen, S. 187).
Die aber durch die Soziale Marktwirtschaft erreichte soziale und politische Stabilität unter Bewahrung der Freiheitsrechte können unsere Schüler kaum erkennen.

Gesamturteil:

"Gesellschaft und Politik" weist sich eindeutig als Arbeitsbuch aus. Hinsichtlich der zentralen Frage unserer Untersuchung, ob es anhand des Buches für Schüler der Sekundarstufe I möglich ist, die Intentionen und die wesentlichen Merkmale Sozialer Marktwirtschaft zu erarbeiten, ist zunächst festzuhalten, daß der Marktmechanismus von unseren Schülern nicht erfaßt werden kann. Damit sind dem Verständnis von Sozialer Marktwirtschaft bereits Grenzen gesetzt.
Die Zielkombination freiheitliche Wirtschaftsordnung und soziale Gerechtigkeit wird anhand von Texten aufgezeigt. Es wird nicht genügend deutlich, daß gerade eine marktwirtschaftliche Ordnung besonders leistungsfähig ist, dadurch Wohlstand für breite Bevölkerungsschichten ermöglicht wird und ein Netz der sozialen Sicherheit und des sozialen Schutzes finanzierbar ist.
Bei der Materialauswahl und den Informationstexten zu Fragen der Arbeitsordnung wird der von den Autoren vertretene Gedanke der Emanzipation besonders offenkundig. Während die Soziale Marktwirtschaft die Interessengegensätze zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer reduziert, dominiert bei den Verfassern ein starkes Klassendenken, wobei sie glauben, die Interessen der Arbeitnehmer unterstützen zu müssen. Soziale Marktwirtschaft kann anhand des Buches von Schülern der Sekundarstufe I nicht ausreichend erarbeitet werden.

2.3.13. politik im aufriß

Allgemeine Daten

Autoren: Helbig, Ludwig (Herausgeber); Dingeldey, Erika (Band 2); Hartwig, Klaus (Band 2)

Verlag: Moritz Diesterweg, Frankfurt

Erscheinungsort/Erscheinungsjahr/Neuauflage: Frankfurt, 1978, 5. Auflage (Bd. 1), Frankfurt 1978, 3. Auflage (Bd. 2)

Format: 22 x 15,5 cm

Einband: fest, nicht kartoniert

Umfang: Bd. 1, 298 Seiten, Bd. 2, 289 Seiten

Inhaltsverzeichnis: Bd. 1: 14 Kapitel mit Untergliederungen
Bd. 2: 11 Kapitel mit Untergliederungen

Stichwortregister: relativ ausführlich

Namensregister: sehr umfangreich mit Anmerkungen

Fremdwörterverzeichnis: ist aufgenommen

Quellenverzeichnis: nicht im Zusammenhang erstellt (Ausnahme: Bildnachweise)

Hinweise auf weiterführende Literatur: enthalten

Anschriftenverzeichnis: nicht aufgenommen

Jahrgangsstufen: 7.-11. Schuljahr

Zulassung: Bremen (G), Nordrhein-Westfalen (alle Schultypen), Berlin (alle Schultypen), Hessen (alle Schultypen), Hamburg (G)

Lehrerheft: liegt nicht vor

Elternbrief: liegt nicht vor

Vorwort: Hinweise sollen die Arbeit mit dem Buch erleichtern

Sonstige Hinweise für den Benutzer: keine

Didaktisch-methodische Struktur

Der Band 1 weist folgende Grobgliederung aus:

"I. Eltern und Kinder" (S. 1-25)
"II. Schule" (S. 26-45)
"III. Sexualität" (S. 46-60)
"IV. Frau und Gesellschaft" (S. 61-88)
"V. Berufsausbildung" (S. 89-100)
"VI. Hausbesitzer und Mieter" (S. 101-115)
"VII. Mehrheiten und Minderheiten" (S. 116-140)
"VIII. Klassenkampf im 19. Jahrhundert" (S. 141-169)
"IX. Die Wirtschaftstheorien von Adam Smith und Karl Marx" (S. 170-181)
"X. Der technische Fortschritt" (S. 182-204)
"XI. Mitbestimmung der Arbeitnehmer" (S. 205-222)
"XII. Streik und Aussperrung" (S. 223-237)
"XIII. Kontroversen um die soziale Marktwirtschaft" (S. 238-274)
"XIV. Gesellschaft im Wandel" (S. 275-290)

Der Band 2 ist folgendermaßen gegliedert:

"I. Grundrechte" (S. 1-17)
"II. Wahlen" (S. 18-36)
"III. Die Parteien in der Bundesrepublik Deutschland" (S. 37-64)
"IV. Politische Herrschaft in der Bundesrepublik Deutschland" (S. 65-94)
"V. Der soziale Rechtsstaat" (S. 95-107)
"VI. Strafrecht und Strafvollzug" (S. 108-127)
"VII. Wirtschaftspolitik" (S. 128-169)
"VIII. Pressefreiheit" (S. 170-186)
"IX. Die DDR" (S. 187-228)
"X. Die armen Länder" (S. 229-254)
"XI. Entwicklungspolitik" (S. 255-279)

Die einzelnen Kapitel weisen z. T. bis zu 7 Untergliederungen auf. Für unser Vorhaben sind im Band 1 vor allem die Kapitel VI, VIII, IX, X, XI, XII, XIII, XIV interessant.
Im Band 2 werden die Kapitel I, III, IV, V, VII, IX der näheren Betrachtung unterzogen. Soweit keine Angaben gemacht werden, beziehen sich Zitate auf Band 1.

Die Stoffauswahl signalisiert bereits umfangreiches Interesse des Herausgebers und der Mitautoren für Fragen der Wirtschaft. Der Band 1 wurde ausschließlich von Ludwig Helbig verfaßt, während bei Band 2 noch Erika Dingeldey und Klaus Hartwig mitwirkten. Bei nahezu allen Kapiteln werden historische Sachverhalte einbezogen.

Leitgedanke disses Buches ist es, den Leser "zur Teilnahme an der Gestaltung in Gesellschaft und Politik zu befähigen" (S. IV). Ausdrücklich wird betont, daß nicht beabsichtigt ist, ein fertiges Konzept anzubieten, vielmehr soll das Material "zum Diskutieren und Argumentieren" auffordern.
Nach Auffassung des Autors läßt sich Demokratie, zu der ja in der Schule erzogen werden soll, nur durch ein "hohes Maß an Selbst- und Mitbestimmung" der Bürger verwirklichen. Zentrale Frage ist es daher, "die Bedingungen und Möglichkeiten von Selbst- und Mitbestimmung" ausfindig zu machen und offenzulegen. Das Buch will politische Prozesse, die innerhalb des Verfassungsrahmens abzulaufen haben, behandeln und dabei auch aufzeigen, wie die unterschiedlichsten Interessen von gesellschaftlich relevanten Gruppen einfließen. Das Ringen um die bessere Lösung, so wird Politik verstanden.

Wichtiges Anliegen des Autors ist es auch, Interessen auf mögliche Verschleierungen zu hinterfragen. "Man sagt das eine und meint das andere" (S. IX), schreibt er.

Die Elemente der Wirtschafts- und Sozialordnung sind nicht im Zusammenhang dargestellt und über beide Bände verteilt. Gewisse Verbindungen werden jedoch aufgezeigt (s. z. B. S. 238, Band 1).

Helbig sieht die Aufgabe von Politik darin, "politische und gesellschaftliche Probleme zu bearbeiten und verbindlich zu regeln. Unter anderem solche Probleme, d. h. unterschiedliche Auffassungen von Wertungen wie auch Lösungsvorschläge oder verbindliche Regelungen durch die Politik, sind Darstellungsgegenstand dieses Buches.
Hinter Problemen und der Art ihrer Lösung stehen oft unterschiedliche Vorstellungen und Interessenlagen von Gruppen" (S. IX, Einführung).
Von diesem Verständnis ausgehend formuliert Helbig zu jedem Kapitel einen Vorspann "Zum Problem", in dem er neben grundlegenden Fakten aufzuzeigen versucht, was bei dem jeweiligen Thema umstritten ist.

Beispiele:

Nach einer Beschreibung der wesentlichen Merkmale der Sozialen Marktwirtschaft formuliert er z. B.: "Absicht dieses Kapitels ist es, Kontroversen um die soziale Marktwirtschaft aufzuzeigen. Hierzu wurden drei Problembereiche ausgewählt, die kontrovers beurteilt werden:
- das Problem der Konzentration in der Wirtschaft;
- die Frage nach der Gerechtigkeit der Einkommens- und Vermögensverteilung;
- das Problem der Werbung in der Wettbewerbs- und 'Überfluß'-Wirtschaft ...

In diesem Abschnitt sollen Sie die Maßnahmen kennenlernen, die mit der Währungsreform verbunden waren, das Selbstverständnis der Vertreter der sozialen Marktwirt-

schaft studieren und erkennen, daß die Einführung der sozialen Marktwirtschaft und das darauffolgende 'Wirtschaftswunder' kontrovers beurteilt werden. Diese kontroversen Urteile sollen Sie diskutieren, um zu einer eigenen begründeten Position zu gelangen" (S. 239).

"Zum Problem" der beruflichen Bildung schreibt er u.a.: "In diesem Abschnitt geht es darum, zunächst zu erkennen, daß Zielsetzung, Effektivität und Modernität der Berufsausbildung umstritten sind. Sie sollen die Argumente der verschiedenen Seiten kennenlernen. Dabei müssen die nicht immer übereinstimmenden Interessen, die die Gesellschaft insgesamt, die Auszubildenden und die ausbildenden Betriebe haben, gegeneinander abgewogen werden. Das Studium einzelner Fälle, von Stellungnahmen, der Rechtsgrundlage der Berufsausbildung, von Kritik, Reformen und Reformvorschlägen soll Sie in die Lage versetzen, mögliche eigene Vorurteile zu korrigieren und eine begründete eigene Meinung zu vertreten" (S. 89).

Durch diese didaktische Intention entsteht natürlich bei Durchsicht der konkreten Aufbereitung im Buch der Eindruck einer Überbetonung von kontroversen und konfliktbeladenen Situationen.

Außer den Texten "Zum Problem" werden nur noch vereinzelt durch den Autor Sachzusammenhänge vermittelt. Er reiht vielmehr meist Material an Material, anhand dessen die Themen erarbeitet werden sollen. Unterschiedliche Positionen werden berücksichtigt.

Helbig stellt eine große Auswahl von Arbeitsmaterialien vor. Im einzelnen sollen genannt sein: Auszüge aus dem Grundgesetz, dem Bundessozialhilfegesetz, dem Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen, dem Jugendarbeits-

schutzgesetz, dem Berufsbildungsgesetz, dem Betriebsverfassungsgesetz, dem Montanmitbestimmungsgesetz, dem Mitbestimmungsgesetz und dem Stabilitätsgesetz.

Es finden sich u.a. Stellungnahmen des Deutschen Gewerkschaftsbundes, des Präsidenten des Deutschen Industrie- und Handelstages, des Präsidenten des Zentralverbandes des Deutschen Handwerks, der CDU, der SPD, der FDP, des Zentralverbandes der Deutschen Haus- und Grundstückseigentümer, der Bundesvereinigung der Arbeitgeberverbände, von Politikern (z. B. Erhard, Maihofer, Biedenkopf).
Aus unterschiedlichen Presseorganen sind Berichte und Kommentare wiedergegeben (z. B. Frankfurter Allgemeine, Süddeutsche Zeitung, Zeit, Spiegel); Stellungnahmen der Fachwelt (z. B. Sachverständigenrat, Institut für Sozialforschung). Die Entnahmen aus der fachlichen Literatur können auch nur exemplarisch genannt werden. Wichtig erscheinen uns vor allem die Publikationen von Erhard, Müller-Armack und Lampert.
Schaubilder, Statistiken, Karikaturen, Bilder lockern die Texte auf.

Bei der Anlage der Bücher ist eine Trennung von Grundwissen und weiterführendem Wissen wohl kaum zu erreichen und wohl auch nicht angestrebt worden. Vereinzelt wurden auch komplexe Sachverhalte am Beispiel von Modellen erläutert (z. B. Konjunkturverlauf).

Lernpsychologische Faktoren hätten bei der Zusammenstellung und Aufbereitung der Bücher stärker berücksichtigt werden können. Gerade für Schüler der Sekundarstufe I wäre dies dringend geboten gewesen. Bei Quellensammlungen scheint es ohnehin schwierig, das Abstraktionsvermögen von Schülern zu treffen, da die nötigen Verbindungen und Lernschritte meist nicht hergestellt werden können.

Die vorgestellten Texte und Materialien beinhalten (von einigen Karikaturen und den Beiträgen zur Berufsausbildung abgesehen) auch keine Förderung der subjektiven Betroffenheit. Gesichtspunkte der objektiven Bedeutsamkeit waren vorrangig.
Ohne Steuerung des Lernprozesses durch den Lehrer scheinen die z. T. äußerst schwierigen Texte die Leistungsfähigkeit von Schülern unserer Altersstufe häufig zu überfordern.

Die im Zwei-Farben-Druck gehaltenen Bücher sind klar gegliedert. Das Zurechtkommen ist aufgrund einer übersichtlichen Anordnung jederzeit möglich. Die Quellen sind durchnummeriert, die Fragen und Arbeitsaufträge ausdrücklich gekennzeichnet. Texte der Autoren sind von den Satztypen her abgesetzt und damit deutlich unterscheidbar.

Helbig weist eingangs darauf hin, daß die Materialien so angeordnet sind, daß sie durch Gruppenarbeit ausgewertet werden können. Die Inhalte lassen nach unserer Meinung auch andere Möglichkeiten des Unterrichtsablaufs zu.

Die Autoren formulieren zahlreiche Fragen oder Arbeitsaufträge, mit denen das Material bearbeitet werden soll.

Beispiele:

**Arbeitsvorschläge**

1. Sozialhilfe nach dem Gesetz (Nr. 136) erhielten im Jahre 1970 1,5 Millionen Menschen. Überlegen Sie nach nochmaligem Studium der Nr. 133, in welchen Gruppen diese Menschen überwiegend zu suchen sind! Etwa 450000 Sozialhilfe-Empfänger lebten 1970 in Anstalten.

S. 107,
Band 2

**Arbeitsvorschläge**

1. Welche Auffassung vertritt Ludwig Erhard in Nr. 304? Wie begründet er seine Auffassung?
2. Was entnehmen Sie Nr. 305? Welche Erklärung haben Sie für die im Text dargestellte Tendenz?
3. Studieren Sie die Formen der Konzentration (Nr. 306) und das Schaubild 309 zu den Kapitalverflechtungen in der Bundesrepublik! Beachten Sie dabei, daß Kartelle und Syndikate in der Bundesrepublik verboten sind. Warum? Erkennen Sie in dem Schaubild Mutter- und Tochtergesellschaften, Dachgesellschaften, gegenseitige Beteiligungen?

S. 267

Die Fragen sind z. T. sehr schwierig gehalten und fordern daher die Schüler sehr. Querverbindungen innerhalb der Fächer und zu anderen Fächern, vor allem zur Geschichte (z. B. S. 170, vgl. im Geschichtsbuch "Merkantilismus") sind gelegentlich vorhanden.

Obwohl die Autoren darauf bedacht waren, unterschiedliche Positionen der Parteien, der Interessengruppen, der Fachwissenschaften und auch der Massenmedien zu berücksichtigen, ist nach unserer Auffassung, auch unter Berücksichtigung der Gesamtanlage des Buches, Ausgewogenheit nicht erreicht worden.

Aufbereitung der Sozialen Marktwirtschaft

Dem Leser fällt bei der Durchsicht des Inhaltsverzeichnisses zu unserem Thema das Kapitel auf: "Kontroversen um die Soziale Marktwirtschaft" (S. 238 ff.). Vor allem bei Jugendlichen wird sich allein schon aufgrund dieser Überschreibung der Eindruck verfestigen, die Praktizierung der Sozialen Marktwirtschaft sei strittig.
Zum anderen erhebt sich wegen dieser Formulierung für den jugendlichen Leser die Frage, ob es denn über die Soziale Marktwirtschaft nur Kontroverses zu berichten gibt.
Es scheint sicherlich geboten und angebracht, Probleme der Wirtschafts- und Sozialordnung darzulegen, jedoch hätten die Leistungen der Sozialen Marktwirtschaft gleichermaßen sichtbar aufgezeigt werden müssen.
Ohne bereits hier ins Detail zu gehen, ist allein schon wegen der Form der Darstellung ein Defizit zu konstatieren.

Aussagen zu Grundsachverhalten der Wirtschaft finden sich in "Politik im Aufriß" nur vereinzelt. Es entsteht der Eindruck, daß diese elementaren Kenntnisse offensichtlich vorausgesetzt werden.

Marktwirtschaftlicher Ordnungsrahmen

Helbig beschreibt ausführlich die wirtschaftliche Situation nach dem 2. Weltkrieg und bietet zahlreiche Informationen an zu wirtschaftspolitischen Entscheidungen dieser Zeit (u.a. Konstituierung des Vereinigten Wirtschaftsgebietes und Währungsreform).
Ein Auszug aus Müller-Armacks Buch "Wirtschaftslenkung und Marktmacht" demonstriert das hervorragende Ziel der Theoretiker der Sozialen Marktwirtschaft, nämlich

eine "Synthese der marktwirtschaftlichen Kräfte und einer sozialen Ordnung" (S. 240) zu erreichen.
Die Positionen der politischen Parteien nach dem 2. Weltkrieg sieht Helbig folgendermaßen: "Die drei Westmächte wurden dabei im wesentlichen von der F.D.P. und von Teilen der CDU/CSU unterstützt. SPD und die Gewerkschaften hingegen forderten, daß die Zwangs- bzw. Planwirtschaft fortgeführt werden müsse, solange noch Mangel herrsche" (S. 239).
Die erstmalige politische Durchsetzung der Sozialen Marktwirtschaft kann für unsere Schüler durchaus ausreichend nachvollzogen werden.
Prof. Erhards Verdienste bei der politischen Durchsetzung der Sozialen Marktwirtschaft werden erwähnt. Helbig schreibt: "Erhard war ein Vertreter der Sozialen Marktwirtschaft. Zusammen mit der Währungsreform erließ er Anordnungen, vor allem die Freigabe der bis dahin eingefrorenen Preise, die dazu führten, daß sich sein wirtschaftliches Konzept in kürzester Zeit durchsetzte" (S. 239).

Der Autor bringt mit eigenen Ausführungen und durch Texte von Wirtschaftswissenschaftlern (Ludwig Erhard oder Heinz Lampert) zum Ausdruck, daß Soziale Marktwirtschaft die Garantie von wirtschaftlichen Freiheiten zur Grundlage hat. Die für die Wirtschaftsordnung bedeutsamen Grundrechte sind genannt, jedoch fehlt der direkte Bezug, d. h. es wird nicht ersichtlich, welchen Rahmen das Grundgesetz für Möglichkeiten der wirtschaftsordnungspolitischen Veränderung setzt.
Helbig zitiert u.a. Ewald Buchner: "Das Recht auf freie Entfaltung seiner Persönlichkeit findet z. B. in weiteren Grundrechten seine Ausgestaltung, etwa ... in der Freiheit der Berufswahl und der Wahl des Arbeitsplatzes. Andere Grundrechte schützen ganze institutionelle Bereiche, z. B. ... das Eigentum. Wiederum andere, z. B. die

Koalitionsfreiheit ... sichern die Teilnahme an der geistigen Auseinandersetzung, insbesondere auf politischem und sozialem Gebiet" (S. 36, Band 2).

Ein Text von Adam Smith skizziert in Grundzügen den Koordinationsmechanismus "Markt" (S. 172). Uns erscheint dieser Auszug aus Smith's Werk "Der Wohlstand der Nationen" für Schüler der Sekundarstufe I zu schwierig. Nachdem auch das beigefügte "Schema der uneingeschränkten Marktwirtschaft" (S. 173) für Schüler unserer Altersstufe kaum verständlich sein dürfte, ist zu folgern, daß anhand dieser Materialien das Marktgeschehen für Schüler der Sekundarstufe I nicht genügend transparent wird.

Fragen, die mit der Funktion und der Aufrechterhaltung des Wettbewerbs im Zusammenhang stehen, erachtet der Verfasser als außerordentlich wichtig. So schreibt er u.a.: "Absicht dieses Kapitels ist es, Kontroversen um die Soziale Marktwirtschaft aufzuzeigen. - Hierzu werden drei Problembereiche ausgewählt, die kontrovers beurteilt werden" (S. 239). Er nennt dann u.a. die "Konzentration in der Wirtschaft" (S. 239) und "das Problem der Werbung" (S. 239).
Helbig sieht zurecht als eine Aufgabe der Wirtschaftspolitik die Verhinderung der Konzentration in der Wirtschaft und betont: "Grundsätzlich ist immer zu fragen, ob und inwieweit der Staat diese ihm gestellten Aufgaben verwirklicht oder verwirklichen kann" (S. 238).

Informationen zu Formen wirtschaftlicher Konzentration (Kartell, Syndikat, Konzern, Monopol, Oligopol u.a.) vermitteln zunächst Grundkenntnisse zu diesem Thema, die dann durch Zahlenmaterial und unterschiedliche Stellungnahmen zur wirtschaftlichen Verflechtung ergänzt werden. Der Schüler kann sich mit den gängigen Argumenten vertraut machen.
Mit dem Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen - GWB - stellt Helbig die wichtigste Säule zur Aufrechterhaltung des Wettbewerbs vor. Allerdings handelt es sich

nur um einen Auszug, der Wesentliches nicht erwähnt.
Eine Bewertung nach einer Novellierung dieses Gesetzes versucht Rüdiger Rober, indem er u.a. schreibt: "Trotz der unverkennbaren Verbesserungen am GWB bleibt abzuwarten, ob es künftig den erhofften Beitrag zur Kontrolle wirtschaftlicher Macht - speziell der Marktmacht - wird leisten können. Eine gewisse Skepsis erscheint angebracht" (S. 261).
Der Gesetzesauszug hätte jedoch schülergemäß aufbereitet werden sollen.
Dem Autor kommt es vor allem auch darauf an, aufzuzeigen, daß die staatliche Wettbewerbsordnung bislang die wirtschaftlichen Konzentrationsbewegungen nicht hinreichend unter Kontrolle bringen konnte und deswegen die Äußerung von Ludwig Erhard: "Der Gesetzgeber muß also dem Problem der wirtschaftlichen Macht als einen möglichen Störfaktor des marktwirtschaftlichen Gleichgewichts seine besondere Aufmerksamkeit zuwenden" (S. 254), nach wie vor aktuell ist.
Hinsichtlich der Qualität des Wettbewerbs, die vorrangig durch unlautere Werbung beeinträchtigt ist, wird auf Schutzrechte (vor allem das Gesetz gegen unlauteren Wettbewerb) nicht eingegangen. Im Abschnitt "Werbung in der Wettbewerbswirtschaft" werden Vorteile, Nachteile und Notwendigkeit der Werbemaßnahmen ausführlich besprochen, so daß der Schüler in die Lage versetzt wird, die Ziele und Absichten der Werbung kritisch zu hinterfragen. Man hätte jedoch noch mehr Hilfen anbieten können, die den jungen Menschen in seiner Stellung als Verbraucher stärken. Ein Auszug aus einem "test"-Sonderheft deutet lediglich Möglichkeiten des Verbraucherschutzes an und kann deswegen allein nicht genügen.

Sozialer Ordnungsrahmen

In den einleitenden Ausführungen zum Kapitel "Kontroversen um die Soziale Marktwirtschaft" vernachlässigt Helbig die soziale Komponente dieser Wirtschaftsordnung. Dieses Defizit wird erst durch die etwas später folgenden Texte von Müller-Armack und Heinz Lampert ("Die Idee der Sozialen Marktwirtschaft" bzw. "Ziele und Mittel der Sozialen Marktwirtschaft", S. 240/241) ausgeglichen. Hier werden auch gewisse Zusammenhänge zwischen der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit und der sozialpolitischen Gestaltungsmöglichkeit aufgezeigt.

Auf die Elemente der Sozialversicherung wird lediglich im Zusammenhang mit einer Rede von Reichskanzler Bismarck vor dem Reichstag hingewiesen. Diese Ausführungen genügen uns nicht.

Weitere Elemente der Sozialgesetzgebung werden in Band 2 angesprochen unter Kapitel V "Der soziale Rechtsstaat" (S. 95). Mit Materialien zu den Themen "Armut im Wohlfahrtsstaat - aus einer Studie der CDU" (S. 100), "Chancengleichheit" (S. 101) oder "Verfassungsauftrag" (S. 102) problematisiert er diesen Komplex und stellt dann unter "Die Ausgestaltung des Sozialstaates" (S. 102) exemplarisch Leistungsgesetze vor.
Die Auswahl ist beschränkt auf Informationen zum Bundessozialhilfegesetz, zum Wohngeldgesetz und zum Bundesausbildungsförderungsgesetz.
Für die Darstellung Sozialer Marktwirtschaft wirkt sich natürlich beeinträchtigend aus, daß dieser Teilaspekt losgelöst von der Wirtschaftsordnung besprochen wird und auch die permanente Leistungssteigerung nicht ausreichend aufgezeigt wird.

Ohne offensichtlich auf das Leistungsvermögen von Schülern der Sekundarstufe I zu achten, geht der Verfasser "die Frage nach der Gerechtigkeit der Einkommens- und Vermögensverteilung" (S. 239) an. Das vorgestellte Text- und Zahlenmaterial bietet zwar grundsätzlich brauchbare Ansätze, das schwierige Thema zu behandeln; jedoch ist es für unsere Schüler meist zu schwierig. Dies gilt auch für einige Fragen zu diesem Abschnitt.
Sinnvoll und angebracht scheint uns in diesem Zusammenhang der erste Einblick in die bisherigen Umverteilungen hinsichtlich des Einkommens und des Vermögens.

Das Zusammenwirken von Arbeitnehmern und Arbeitgebern schildert der Verfasser u.a. mit den Worten: "Damit ein Betrieb produzieren kann, sind zwei Voraussetzungen notwendig: es muß Kapital vorhanden sein, und es müssen Arbeitskräfte zur Verfügung stehen. Kapital und Arbeit sind also zunächst einmal aufeinander angewiesen" (S. 205).

Insgesamt gesehen überzeugt das dargebotene Unternehmerbild nicht (s. auch S. 182 im Band 2 oder S. 151 im Band 2), da der Unternehmer zu sehr als dominierende Figur dargestellt wird.

Der Autor geht auf die Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände ein, bezeichnet sie als "rechtlich anerkannte Institutionen" (S. 223) und nennt "das Aushandeln der Löhne und Gehälter" (S. 223) als deren wichtigste Aufgabe. Dabei kann es durchaus hart zugehen. Entscheidend ist aber, daß man sich nachher wieder verträgt. Dies soll die untenstehende Karikatur symbolisieren.

*Sozial„partner"*

*Prof. H. E. Köhler*

S. 228

Positive und negative Urteile über die Arbeit des Betriebsrates werden gegenübergestellt und fordern zur Diskussion.

Zu den derzeit geltenden Mitbestimmungsregelungen schreibt Helbig u.a.: "Nach dem Zweiten Weltkrieg verabschiedete der Bundestag 1952 ein Betriebsverfassungsgesetz, das 1972 erweitert und ergänzt wurde. Für die Montanindustrie (Kohle, Eisen, Stahl) wurde 1951 ein Mitbestimmungsgesetz eingeführt, das weiterreichend war als das Betriebsverfassungsgesetz. Diese 'erweiterte' Mitbestimmung in der Montanindustrie wollten DGB und SPD auf alle Großbetriebe ausdehnen. Im Frühjahr 1976 wurde nach harten Auseinandersetzungen zwischen den Parteien und Interessenverbänden ein Gesetz verabschiedet, das in diesem Bemühen einen Kompromiß darstellt" (S. 205).

Neben diesen einleitenden Bemerkungen stellt er gegensätzliche und unterschiedliche Positionen vor. Gewerkschaften, Arbeitgeberverbände, SPD, CDU, FDP kommen mit Stellungnahmen zu Wort. Diese Ausführungen werden ergänzt mit Auszügen aus den geltenden Gesetzestexten und durch Übersichten veranschaulicht.
Es wird deutlich, daß Mitbestimmungsfragen nach wie vor aktuell sind und Regelungen Entgegenkommen von "beiden Lagern" voraussetzen. Damit werden den Schülern elementare Intentionen Sozialer Marktwirtschaft vermittelt.

Gesetzliche Maßnahmen zur Rechtssicherheit und zum Schutz der Arbeitnehmer behandelt der Autor nur sehr vereinzelt (z. B. Berufsbildungsgesetz und das Jugendarbeitsschutzgesetz, S. 93).

Insgesamt scheint die Aufbereitung der Arbeitsordnung noch am ehesten zufriedenstellend.

Ein Abschnitt, "Grenzen des Wachstums" (S, 164, Band 2), befaßt sich auch mit Fragen des Umweltschutzes und der Energieproblematik (Vorschlag des Club of Rome), ohne jedoch auf ordnungspolitische Maßnahmen, die in den vergangenen Jahren verabschiedet wurden, einzugehen.

Wirtschaftspolitik

Verschiedene Texte verdeutlichen die Interdependenz von Politik und Wirtschaft, wobei weitgehend der Eindruck vermittelt wird, die Wirtschaft beherrsche die Politik.
Das folgende Zitat (Gahlen u.a.) bestätigt diese Aussage: "Eine weitere bedenkliche Folge der Konzentration ist die zunehmende Verfilzung wirtschaftlicher und politischer Machtinteressen. Der politische Einfluß der Industriellen und Verbandsrepräsentanten rührt nicht nur daher, daß sie

Zugang zur Ministerialbürokratie und zu Abgeordneten haben und den Politikern nach sozialer Herkunft und schichtgebundenen Interessen relativ nahe stehen, sondern ist insbesondere auch durch die politische Bedeutung wirtschaftlicher Ziele wie Vollbeschäftigung, Wachstum und Preisstabilität bedingt" (S. 259/260).

Helbig geht das Kapitel "Wirtschaftspolitik" (S. 128, Band 2) mit einer historischen Betrachtung an, in der er u.a. die Rolle des Staates beschreibt, "der sich mehr und mehr in die Wirtschaft einschaltet und durch gezielte Wirtschaftspolitik Arbeitslosigkeit und Wirtschaftskrisen zu vermeiden sucht" (S. 182). Er erklärt am Modell den Konjunkturverlauf und schildert die konkreten Anzeichen der jeweiligen Phasen.
Die theoretischen Konzeptionen von Keynes und Hayek sind jedoch allenfalls in einem fortgeschrittenen Stadium des wirtschaftspolitischen Unterrichts für Schüler verständlich.
Konjunkturschwankungen von 1950-1975 sollen die Notwendigkeit staatlichen Eingreifens in den Wirtschaftsablauf zeigen. Helbig sieht vor allem 1966, zum Zeitpunkt der Bildung der großen Koalition, einen Einschnitt, den er als "das Ende der neoliberalen Wirtschaftspolitik" (S. 138, Band 2) bezeichnet. Diese sehr global formulierte Schlußfolgerung scheint überzogen, da sich die offizielle Politik nach wie vor zur Sozialen Marktwirtschaft bekennt.
Mittels eines Gutachtens des Sachverständigenrates werden die Ursachen der Rezession von 1966/1967 aufgezeigt. Vor diesem Hintergrund werden dann die wirtschaftspolitischen Ziele, das magische Viereck (Zielkonflikt), besprochen und Möglichkeiten zur antizyklischen Konjunktursteuerung auf Grund des Stabilitätsgesetzes aufgezeigt. Helbig geht noch auf die veränderte Situation

bei der Rezession 1974/1975 ein. Hier wird in einem Gutachten des Sachverständigenrats die Rolle der Bundesbank angedeutet.
Durch mehrere Texte verdeutlicht der Verfasser, daß Konjunkturpolitik - auch hinsichtlich der Prioritäten - dem politischen Willensbildungsprozeß ausgesetzt ist und deswegen konträr diskutiert wird.

Gesamturteil:

Mit den beiden Bänden "politik im aufriß" werden vor allem Arbeitsmaterialien ausgebreitet, anhand derer die einzelnen Themen problemorientiert erarbeitet werden sollen.

Die Intentionen und die Vielschichtigkeit der Sozialen Marktwirtschaft werden jedoch durch die vorliegenden Materialien für Schüler der Sekundarstufe I nicht zufriedenstellend repräsentiert.
Da ist es zunächst kaum möglich, das System einer Marktwirtschaft mittels der Texte und der Schaubilder nachzuvollziehen.
Es wird zwar aufgezeigt, daß Soziale Marktwirtschaft Elemente einer freiheitlichen Ordnung mit einem System der sozialen Gerechtigkeit verbindet, aber die schülergemäße Auswahl bzw. Aufbereitung der Materialien wird auch hier vermißt.
Die Leistungsfähigkeit der marktwirtschaftlichen Ordnung und der damit verbundene materielle und soziale Wohlstand kommen nicht hinreichend zum Ausdruck. Am meisten überzeugen noch die Ausführungen des Autors und die Materialienauswahl zu den Teilbereichen Arbeitsordnung und Wirtschaftspolitik.
Die einzelnen Elemente Sozialer Marktwirtschaft sind an unterschiedlichen Stellen behandelt. Dies erschwert die Arbeit erheblich und birgt die Gefahr in sich, daß notwendige Verbindungen und Zusammenhänge nicht hergestellt werden können, zumal dies bei Materialsammlungen ohnehin meist Schwierigkeiten bereitet.
Das Konzept Soziale Marktwirtschaft kann in seinen Grundlagen und in seiner Ausgestaltung von 14-17jährigen Schülern nicht ausreichend erarbeitet werden.

## 2.3.14. Texte für den politischen Unterricht

Allgemeine Daten

Autoren: Streithofen, Heinrich Basilius; Pittrof, Gerda

Verlag: R. Oldenbourg, München

Erscheinungsort/Erscheinungsjahr/Neuauflage:
Band 1: München 1977, 2. Auflage
Band 2: München 1981

Format: 23,5 x 15,5 cm

Einband: fest, aber nicht kartoniert

Umfang: 276 Seiten (Band 1), 242 Seiten (Band 2)

Inhaltsverzeichnis:
Band 1: 11 Kapitel mit Untergliederungen
Band 2: 9 Kapitel mit Untergliederungen

Stichwortregister: relativ ausführlich

Namensregister: nicht aufgenommen

Fremdwörterverzeichnis: sehr ausführlich

Quellenverzeichnis: nicht im Zusammenhang dargestellt

Hinweise auf weiterführende Literatur: vereinzelt angegeben

Anschriftenverzeichnis: nicht aufgenommen

Jahrgangsstufen: 7.-10. Klasse

Zulassung: Schleswig-Holstein (G), Hamburg (G), Niedersachsen (G)

Lehrerheft: liegt nicht vor

Elternbrief: liegt nicht vor

Vorwort: Probleme der Textauswahl werden erläutert

Sonstige Hinweise für den Benutzer: keine

Didaktisch-methodische Struktur

Die Verfasser gliedern Band 1 in drei Teile

("Mensch und Gesellschaft",
"Mensch und Arbeit" und
"Mensch und Wirtschaft").

Der erste Teil umfaßt die Kapitel:

"Familie" (S. 13-40),
"Mann und Frau - ihre Stellung in der Gesellschaft" (S. 41-64),
"Randgruppen" (S. 65-84) und
"Autorität" (S. 85-100).

Der zweite Teil beinhaltet die Kapitel:

"Arbeit" (S. 103-124),
"Mitbestimmung" (S. 125-147) und
"Gerechte Einkommens- und Vermögensverteilung" (S. 148-167).

Der dritte Teil setzt sich zusammen aus den Kapiteln:

"Grundtatsachen des Wirtschaftens" (S. 171-190),
"Liberale Marktwirtschaft - Zentralverwaltungswirtschaft - Soziale Marktwirtschaft" (S. 191-215),
"Geld - Kredit - Inflation" (S. 216-239) und
"Grenzen des Wachstums - Umweltschutz" (S. 240-258).

Bereits aus den Überschriften lassen sich die für unsere Analyse wichtigen Bereiche ersehen. Insgesamt behandeln nahezu zwei Drittel des 276 Seiten umfassenden Buches wirtschafts- und sozialpolitische Themen.

Band 2 ist in folgende Bereiche gegliedert:

"Der Mensch - seine Würde und seine Rechte",

"Toleranz",
"Recht des Staates und Eigenrecht gesellschaftlicher Gruppen",
"Recht, Macht, Herrschaft, Politik",
"Die politische Ordnung der Bundesrepublik Deutschland",
"Totalitäre Herrschaftsformen",
"Demokratie - Demokratisierung",
"Öffentliche Kommunikation - Information - Meinungsbildung - Manipulation" und
"Die Bundeswehr".

Für unser Vorhaben sind vorrangig die Kapitel 1, 2 und 4 von Interesse.
Das zweibändige Werk setzt sich im wesentlichen aus Texten zusammen, denen die Bearbeiter jeweils zu Beginn eines Abschnittes eine kurze Einführung voranstellen. Zwischenbemerkungen sollen Verbindungen herstellen.

Die Autoren umreißen in einem Vorwort ihre Vorstellungen über politischen Unterricht und die damit verbundenen didaktischen Schwierigkeiten.
Sie betonen die Notwendigkeit, dem "Schüler politische Sachverhalte" zu vermitteln und führen als Begründung das aktive Wahlrecht, aber auch die Gefahr an, daß der Nichtinformierte eher zu "politischen Zwecken" mißbraucht werden kann.
Die sehr komplizierten Verflechtungen zwischen "Politik, Wirtschaft und Gesellschaft" sollen transparenter gemacht werden. Besondere Aufmerksamkeit soll den in diesen Bereichen wirkenden Interessen zugewendet werden.

Richtschnur ist die Orientierung an zentralen Werten wie den Grundrechten der Verfassung, dem Demokratie-, Rechts- und Sozialstaatsgebot. Auf dieser Basis soll

auch zu "Kritikfähigkeit und Handlungsbereitschaft" erzogen werden. Alternativen scheinen nur legitim, soweit das Grundgesetz sie noch gestattet.
Als weiteres Ziel wird die "verantwortliche Teilhabe an der Willensbildung der gesellschaftlichen Gruppen und des Staates" genannt.

Ausdrücklich wird darauf hingewiesen, daß der zu behandelnde Stoff im begrenzten Rahmen eines Buches nicht dargestellt werden kann und kein Anspruch auf Vollständigkeit erhoben wird.
Zwei Sätze seien zitiert: "Im Vordergrund stand vielmehr das Bestreben, das als wesentlich oder typisch Erscheinende zum Ausdruck zu bringen. Es war wichtiger, in einer beschränkten Anzahl von Kapiteln eine ausreichende Unterrichtung anzubieten, als in einer Vielzahl von Kapiteln zu wenig auszusagen" (S. 10).
Die Wirtschafts- und Sozialordnung wird als Einheit gesehen und auch im Zusammenhang behandelt.
Die exemplarische Vorgehensweise bestimmt die Anlage der Bücher. Die Texte vermitteln nicht nur grundlegende Informationen, sondern ermöglichen auch, kontroverse Standpunkte kennenzulernen.
Es werden auch Probleme der Wirtschafts- und Sozialordnung angesprochen und zur Diskussion gestellt.
Als Beispiel sei ein Text von Nell-Breuning herangezogen:
"In einer Wirtschaft, deren Führung beim Kapital liegt, das selbstverständlich seine Interessen, in der Regel sein Erwerbs- oder Gewinninteresse verfolgen wird, kann es kaum ausbleiben oder besteht zum mindesten die ernste Gefahr, daß der Mensch und sein Wohlergehen im Vollzug der Wirtschaft zurücktreten muß hinter dem Ergebnis der Wirtschaft. Mit der Redensart, die Wirtschaft sei für den Menschen da, ist dagegen nichts auszurichten ...

Aber auch noch auf den höchsten Stufen der industriellen Entwicklung unterwirft sie die 'Lohnabhängigen', wo sie nicht daran gehindert wird, dem Diktat der Maschine, dem Takt des Fließbandes in einer Weise, die dazu angetan ist, Menschen physisch und psychisch zugrunde zu richten und sie so im wahrsten Sinn des Wortes zu entmenschlichen" (S. 121).

Obwohl die Bearbeiter offensichtlich bemüht waren, Probleme nicht zu verschweigen, ist keine Überbetonung von Konfliktsituationen zu konstatieren.
Pittroff und Streithofen beklagen die Schwierigkeiten, geeignete Texte auf dem Abstraktionsniveau von Schülern der Sekundarstufe I zu finden.
Den Autoren ist es gelungen, eine breite Palette für unser Thema interessanter Arbeitsmaterialien anzubieten. Sie variieren z. T. in sehr geschickter Anordnung. Aufgenommen sind Gesetzestexte (Auszüge aus dem Grundgesetz und dem Bundesimmissionsschutzgesetz, Zusammenfassung der Mitbestimmungsgesetze u.a.) und Gerichtsentscheidungen. Programmatische Aussagen der Parteien sowie Stellungnahmen von Politikern der verschiedenen politischen Lager sollen Unterschiede sichtbar machen. Vertreter der Gewerkschaften und auch der Arbeitgeber kommen zu Wort.

Zu kurz kommen eigentlich Meldungen aus der Presse, des Funks oder des Fernsehens, was die Aktualität beeinträchtigt.
Bei der Auswahl der Literaturstellen wurden sehr kompetente Repräsentanten zitiert (z. B. Eucken, Röpke, Erhard, Müller-Armack, Nell-Breuning, Rauscher, Smith, Biedenkopf, Bolte).

Statistiken (z. B. von amtlichen Stellen), Schaubilder, Karikaturen, grafische Darstellungen, Zeichnungen, Bil-

der und historische Quellen vervollständigen das Gesamtbild und lockern die Texte auf.

Die Texte erweisen sich für die Arbeit in den einschlägigen Jahrgangsstufen z. T. als außerordentlich schwierig. Zahlreiche Beispiele könnten zitiert werden. Ein konkreter Hinweis auf einen Text von Erhard/Müller-Armack soll hier genügen: "Als Soziale Marktwirtschaft gelingt ihr eine Verschmelzung von Einzel- und Gemeinschaftsinteressen, man kann sie darum als eine Konflikte auflösende und sozialen Frieden anstrebende, also 'irenische' Formel (Müller-Armack) bezeichnen. In ihr vereinigen sich das Prinzip der Freiheit auf dem Markt mit dem des sozialen Ausgleichs innerhalb einer vom Staate gegebenen und gesicherten Rahmenordnung" (S. 205).

Es wird nicht ersichtlich, daß es den Autoren darauf angekommen wäre, die Auswahl danach auszurichten, subjektive Betroffenheit bei den Schülern zu erzeugen. Dies beeinträchtigt natürlich die Bereitschaft der Schüler zur Mitarbeit, zumal die sehr schwierigen Literaturauszüge oft an die Grenze des Leistungsvermögens von Schülern unserer Altersstufe gehen.
Die Bücher weisen eine übersichtliche Gliederung aus.
Die Anordnung der Materialien ist hinsichtlich des gedanklichen Zusammenhangs gut gelöst.
Für die Gestaltung des Unterrichts können die Bücher nützliche Hilfen und Unterstützung bieten. Die Inhalte dieser zwei Bände sind als Grundlage fast aller Sozialformen des Unterrichts einsetzbar. Vermißt werden allerdings Fragen und Arbeitsaufträge zu den vorgestellten Materialien.
Querverbindungen konzentrieren die Bearbeiter im wesentlichen auf die Geschichte.
Den Autoren ist es gelungen, bei der Auswahl der Texte und sonstigen Arbeitsmaterialien Ausgewogenheit zwischen

den unterschiedlichen politischen Positionen, Parteien, Interessengruppen und Massenmedien herzustellen.

Aufbereitung der Sozialen Marktwirtschaft

Im Kapitel "Grundtatsachen des Wirtschaftens" machen die Verfasser u.a. den Versuch, in die Vielfalt der menschlichen Bedürfnisse einzuführen, und stellen die Frage zur Diskussion "Was heißt Wirtschaften?". Knappheit und ökonomisches Prinzip werden besprochen.
Das Resümee könnte lauten: "Wirtschaft hat es zu allen Zeiten und bei allen Völkern gegeben. Niemals und nirgendwo lebte der Mensch auf Erden in einem Paradies, das ihn der Sorge um Nahrung, Behausung und Bekleidung enthob" (H. Wagenführ, S. 175).
Ausgehend von den hauptsächlichen Wirtschaftsformen ("Sammelwirtschaft und Erzeugungswirtschaft", S. 177) werden der Produktionsbegriff an Hand eines Textes von Röpke eingeführt und die "Hilfsmittel" zur Güterherstellung (Produktionsfaktoren) vorgestellt. Dabei sticht vor allem der Hinweis auf den "vergessenen Produktionsfaktor" (S. 182) hervor, nämlich der menschliche Geist und die dem Menschen "arteigene Intelligenz und Vernunft" (S. 182). Die meisten Lehrbücher der Volkswirtschaftslehre würden - so wird zurecht festgestellt - nur von der klassischen Dreiteilung der Produktionsfaktoren ausgehen.
Hinweise finden sich auf die in einem hochentwickelten Wirtschaftssystem unverzichtbare Arbeitsteilung.
Die elementare Bedeutung des Geldes für das Funktionieren der wirtschaftlichen Transaktionen wird mit der Formulierung "Blut im Kreislauf der Wirtschaft" (S. 216) getroffen. Hingewiesen wird aber auch auf die Probleme der Geldordnung, denn "die Sicherung der Währung" ist "eines der Hauptprobleme der Wirtschaftspolitik" (S. 216).
Der wirtschaftliche Ursprung, die Geschichte des Geldes und seine Funktionen werden beschrieben. Ein eigener Abschnitt behandelt die "Rolle der Banken" (S. 221) und damit das Kreditwesen.

"Die Banken befriedigen den Kreditbedarf unmittelbar mit dem Geld, das sie selbst 'machen', wobei ihnen lediglich eine Grenze gezogen ist durch die Rücksichtnahme auf ihre Liquidität, das heißt auf ihre Fähigkeit jeweils den Ansprüchen ihrer Einleger auf Bargeld, also auf Geld, das die Kreditbanken selbst nicht schaffen können, zu entsprechen" (A. Weber, S. 222).

Die vorgestellten Texte ermöglichen eine Einarbeitung in die Grundlagen des Wirtschaftens.

Marktwirtschaftlicher Ordnungsrahmen

Die Autoren weisen auf die Notwendigkeit der Neuordnung der Wirtschaft nach dem 2. Weltkrieg hin und stellen die Leistungen von Müller-Armack und Ludwig Erhard bei der Konzipierung bzw. politischen Durchsetzung der Sozialen Marktwirtschaft heraus.

Die Verfasser zitieren die wesentlichen Aussagen des Bundesverfassungsgerichtsurteils von 1954 und geben damit bereits den Rahmen an, in dem sich jegliche Wirtschaftsordnung zu bewegen hat (S. 206).
Wenngleich die wirtschaftlich relevanten Grundrechte in den beiden Büchern genannt sind, fehlt jedoch meist der ausdrückliche Bezug zur Wirtschaftsordnung.
Ein Text von Pohle/Lutzke präzisiert aber: "In der Sozialen Marktwirtschaft ist die wirtschaftliche Freiheit für jedermann unabdingbarer Bestandteil der freiheitlichen Ordnung" (S. 204).

Als grundlegende Möglichkeiten zur Organisation der Wirtschaft werden die Lenkung "von oben", die Planwirtschaft oder die Lenkung "von unten", die Marktwirtschaft vorgestellt (S. 191). Hingewiesen wird auf mögliche Mischfor-

men, wobei die Soziale Marktwirtschaft hier eingruppiert wird. Das Marktgeschehen wird ausführlich besprochen, indem mehrere Positionen präsentiert werden (Eucken, Smith, Preiser u.a.). Funktionen von Angebot, Nachfrage und Preis sowie deren gegenseitige Abhängigkeit können jederzeit auch von Schülern unserer Altersstufe herausgearbeitet werden. Eine Stellungnahme von I. u. R. Mühlfenzl sei zitiert:

"1. Der Markt koordiniert 'quasi' durch den Preis die individuellen Wirtschaftspläne der Marktteilnehmer.

2. Am Markt herrscht Wettbewerb zwischen Käufern und Verkäufern, zwischen Anbietern und Nachfragern.

3. Der Produktionsprozeß beruht auf Privatinitiative, die Produktionsmittel sind im Privatbesitz.

4. Produzieren und verbrauchen, verkaufen und kaufen, sparen und investieren sind freiwillige Entscheidungen der Bürger" (S. 194).

Behandelt werden auch die Gefahren, die sich aus Kartell- und Monopolbildung ergeben. Ein Textauszug von Vüllers beginnt beispielsweise mit der Feststellung: "Da in vollständiger Konkurrenz auf vollkommenen Märkten kaum eine Chance besteht, über längere Zeit hinweg überdurchschnittliche Gewinne zu erzielen, versuchen Anbieter wie Nachfrager, die Konkurrenz zu verhindern, wo es eben möglich ist" (S. 195).
Die hervorragende Bedeutung des Wettbewerbs für die Soziale Marktwirtschaft kommt mehrfach zum Ausdruck. Als Beispiel seien Pohle/Lutzke zitiert: "Der freie Leistungswettbewerb zwischen den Unternehmern, der freie Marktzugang für jeden, die freie Berufswahl, die freie Wahl des Arbeitsplatzes und die freie berufliche Entwicklungsmöglichkeit sind dabei ihre wichtigsten Kennzeichen.

Mit der Sozialen Marktwirtschaft erhält der Wettbewerb eine doppelte Funktion. Er wird als Mittel der volkswirtschaftlichen Leistungsteigerung und der Machtverteilung mit starken sozialen Ausgleichswirkungen zentraler und unersetzbarer Bestandteil der Wirtschaftsordnung. Seine zweite Funktion trägt instrumentalen Charakter und ergibt den dritten Modifizierungspunkt ... In der Sozialen Marktwirtschaft koordiniert der Wettbewerb die Marktkräfte" (S. 204).

Die Notwendigkeit von Maßnahmen zur Aufrechterhaltung und zum Schutz des Wettbewerbs wird den Schülern deutlich gemacht ("Dieser nützliche Automatismus ist aber nur ein Halbautomat, den man sinnvoll bedienen und durch wirtschaftspolitische Maßnahmen ergänzen muß", S. 204).

Nach unserer Auffassung wird allerdings nicht genügend darauf eingegangen, welche rechtliche Regelungen bislang in der Bundesrepublik Deutschland beschlossen wurden und inwieweit es faktisch gelungen ist, das Wettbewerbsprinzip zu garantieren.

Im Abschnitt "Die Rolle der Werbung" wird treffend zum Ausdruck gebracht, daß "Werbung ein zweischneidiges Schwert ist und daß es bei ihr vor allem auf das 'Wie' ankommt" (S. 187). Es wird die Forderung nach verstärkter informativer Werbung laut. Ausführungen zu den umfangreichen Rechten des Verbrauchers hätten den guten Eindruck noch verstärken können.

Sozialer Ordnungsrahmen

Alfred Müller-Armack und Ludwig Erhard werden u.a. zitiert (S. 205 ff.), um Wesensmerkmale Sozialer Marktwirtschaft aufzuzeigen. Da wird ersichtlich, daß eine marktwirtschaftliche Ordnung an sich sehr leistungs-

fähig ist und damit bereits zum Wohlergehen der Menschen beiträgt. Wesentlich erscheint uns der Hinweis auf die Notwendigkeit eines vielgestaltigen Systems "sozialen Schutzes für die wirtschaftlich schwachen Schichten" (S. 205). Die "Väter" der Sozialen Marktwirtschaft folgern weiter: "Voraussetzung für einen jeglichen solchen Eingriff des Staates ist aber seine Verträglichkeit mit der Marktwirtschaft und der ihr entsprechenden Einkommensbildung, d. h. der soziale Zweck muß durch marktkonforme Maßnahmen, also ohne Störung der marktgerechten Preisbildung, erreicht werden" (S. 205).
Die soziale Sicherung als gewichtige Säule der Sozialordnung, die sich konkret in zahlreichen Leistungsgesetzen äußert, hätte ausführlicher behandelt werden müssen. Folgender Hinweis erscheint uns zu schmal: "Daß im Sinne des Sozialstaates die Gesetzgebung (des Bundes) zur sozialen Sicherung, vor allem die Sozialversicherungsgesetze und die des Arbeitsschutzes wie auch der sogenannten Arbeitsverfassung, wiederum besonders wichtig waren und sind, braucht nicht gesagt zu werden. In diesen Bereichen sind große finanzielle Aufwendungen, aber auch große legislatorische Leistungen erfolgt. Sie haben die Wirtschafts-, Sozial- und damit auch die Arbeitsordnung grundlegend verändert" (S. 111, Band 2).

Zwar kommen in anderen Zusammenhängen immer wieder Verweise auf soziale Maßnahmen (z. B. Sozialhilfe, Band 2, S. 22), jedoch ist es nicht möglich, einen ausreichenden Einblick in den Katalog sozialer Leistungen zu bekommen.
Ausführlich (20 Seiten) behandeln die Autoren die sozialpolitischen Maßnahmen zu einer gerechteren Einkommens- und Vermögensverteilung. Zurecht wird zunächst die Frage diskutiert, welche Einkommens- und Vermögens-

verteilung überhaupt gerecht ist. Die Antwort fällt unterschiedlich aus, resümieren die Verfasser (S. 148), wenngleich sie feststellen, daß die Einkommens- und Vermögensverteilung ungleich ist. Sie beleuchten die "Einkommenspolitik und die Mechanismen unseres wirtschaftlichen Systems" (S. 151) und betonen, daß aufgrund der Tarifautonomie der Staat zur Zurückhaltung verpflichtet ist. Den Schülern werden vor allem auch anhand von Zahlenmaterial die Steigerung der Lohnquote und die damit zusammenhängenden Rückwirkungen auf die Investitionsbereitschaft der Unternehmen demonstriert.

Texte von H.J. Störig und des ehemaligen Bundeswirtschaftsministers Friderichs können als Grundlage für die Erarbeitung staatlicher Umverteilungsmöglichkeiten (Steuerpolitik usw.) dienen.
Die Autoren sehen die Interdependenz zwischen Einkommens- und Vermögensverteilung und registrieren "auch bei den einkommensschwächeren Schichten eine erhebliche Vermögensbildung" (S. 156). Die als Beleg für diese Feststellung dienenden Texte präsentieren dann auch die unterschiedlichsten Vermögenswerte, die häufig bei Darstellungen zur Vermögensverteilung nicht einbezogen werden (z. B. Sozialversicherungsansprüche). Der Leser kann sich einen Einblick in die gegenwärtigen Vermögensbildungsmaßnahmen und in künftige Projekte verschaffen. Interessant ist in diesem Zusammenhang der Vorschlag, eine breitere Vermögensstreuung durch "die weitere Privatisierung des Staatseigentums" (S. 166) zu erreichen.

Bleibt festzuhalten, daß die Ausführungen zur Einkommens- und Vermögensverteilung sehr ausgewogen und sachlich sind und den Zielen Sozialer Marktwirtschaft entsprechen.
Die Autoren sind bestrebt, Aufgaben und Leistungen der Unternehmensführung und der Arbeitnehmer gleichermaßen

zur Geltung kommen zu lassen. Da wird die Notwendigkeit zur Gewinnerzielung betont, allein schon deswegen, um Investitionen möglich zu machen (S. 152). Ein Auszug aus einer Rede von Hans-Dietrich Genscher charakterisiert zudem die wichtige Stellung und die Bedeutung des Unternehmers.
"Der Unternehmer ist ... in besonderer Weise berufen, den technologischen Sprung zu wagen, den unsere Gesellschaft jetzt braucht. Der Unternehmer kann seine Rolle nur ausfüllen in einer Gesellschaft, die ihn und seine Funktion auch akzeptiert. Darauf hat er Anspruch. Er hat aber keinen Anspruch darauf, von jeder Kritik und jeder Diskussion ausgenommen zu werden. Sein Platz ist mitten in der Gesellschaft, mitten auch unter den Problemen dieser Gesellschaft ... Unternehmer sind oft empfindlich, wenn sie kritisiert werden - warum eigentlich? Warum lassen sie sich in eine Ecke drängen, in die sie nicht gehören?" (S. 207/208).

Ein eigener Abschnitt handelt über Betriebsverfassung und Mitbestimmung. Die Autoren schreiben einleitend u.a.: "Wer mitarbeitet, mitdenkt und mitverantwortet, soll nicht nur Empfänger von Anweisungen im Produktionsbereich sein, er soll an den Entscheidungen am Arbeitsplatz, im Betrieb, im Unternehmen und auch im überbetrieblichen Bereich beteiligt sein" (S. 125). Sie erkennen die bisherigen gesetzgeberischen Leistungen an, wenn sie die Auffassung äußern, daß die "Sozialordnung in der Bundesrepublik Deutschland ... in der gesetzlichen Ausgestaltung von Beteiligungsrechten weit vorangeschritten" (S. 125) ist. Es werden Texte vorgestellt, die sich mit der historischen Entwicklung der Mitbestimmung befassen und Begründungen für die Mitbestimmung aufzeigen.

Die derzeit geltenden Mitbestimmungsmodelle werden detailliert - mit Schaubildern unterlegt - behandelt.

Deutlich wird, daß die Mitbestimmung nach wie vor Gegenstand der politischen Diskussion ist und die Ausweitung von heftigem politischem Ringen begleitet sein wird.
Dem Schüler ist es möglich, den Grundsatz der Tarifautonomie kennenzulernen (S. 151, Bd. 1). Es wäre allerdings sinnvoll gewesen, die Regularien zur Bewältigung von Lohnkonflikten in unmittelbarem Zusammenhang zu erörtern (S. 70 ff., Band 2).

Besonderes Interesse widmen Pittrof und Streithofen den Themen "Vom Sinn der Arbeit" (S. 103), dem "Beginn des technischen Zeitalters" (S. 106), Problemen der Fließbandarbeit und der Automation. Es wird auch versucht, Lösungsansätze für die "Reale Utopie: Humanisierung der Arbeit" (S. 120) zu entwickeln. Sie könnte in dem Ziel gipfeln: "Die Arbeit muß ausführbar, erträglicher, zumutbar und zufriedenstellend sein" (S. 123).
Die Texte, die die Arbeitswelt beschreiben, sind deutlich an den Gedanken Sozialer Marktwirtschaft orientiert und behandeln vor allem auch grundsätzliche Fragen. Vernachlässigt werden in gewisser Weise die Regelungen zur Rechtssicherheit und zum Schutz der Arbeitnehmer.

Die Autoren befassen sich unter der Schlagzeile "Grenzen des Wachstums - Umweltschutz" (S. 240) mit den vielfältigen Beeinträchtigungen, die vor allem eine hochentwickelte Wirtschaft nach sich zieht.
Eine allgemeine Lagebeschreibung skizziert in drastischer Form - belegt mit zahlreichen Quellen - den Ernst der Lage. "Schädliche Gase", "dicke Luft", "Demonstration mit toten Hühnern und Kaninchen", "Schmutziges Wasser", "Gefährdeter Boden" oder "Segen und Fluch des DDT" (S. 240 ff.) lauten die Überschriften einiger problemorientierter Stellungnahmen, die den jugendlichen Leser aufschrecken sollen. Mit Zahlenmaterial sollen

drohende Gefahren belegt werden, so z. B. über "Schadstoffe und ihre Quellen" (S. 244).
Die Verfasser beklagen die mangelnde internationale Kooperation und stellen das Verursacherprinzip zur Diskussion. "Das Verursacherprinzip besagt: derjenige muß die Kosten an der Umweltbelastung tragen, der für ihre Entstehung verantwortlich ist. Besser würde man es das 'Verursacher-muß-zahlen-Prinzip' nennen. Der Verursacher hat also die Kosten zu tragen, die entstehen, um drohende Umweltbelastungen zu vermeiden oder entstandene zu beseitigen. Nur dann, wenn diese Kosten sich im Preis der Produkte bemerkbar machen, kann sich das umweltfreundliche Verfahren oder Produkt gegen das umweltschädliche durchsetzen" (S. 258).

Besprochen wird lediglich das Bundesimmissionsschutz-Gesetz als ordnungspolitische Maßnahme. Hier hätten die Autoren auch die weiteren gesetzlichen Regelungen anführen sollen, um dem Schüler klarzumachen, daß das Problem bei entsprechender Bereitschaft der Verantwortlichen und der Bevölkerung in den Griff zu bekommen ist.

Wirtschaftspolitik

In der Einleitung zum Kapitel "Geld - Kredit - Inflation" sprechen die Autoren u.a. von den "als das magische Viereck bezeichneten Zielen der Wirtschaftspolitik (Vollbeschäftigung, Wachstum, stabile Währung, ausgeglichene Handelsbilanz", S. 216). Sie weisen darauf hin, daß die Verwirklichung dieser Ziele der Politik große Schwierigkeiten bereitet und sehen die "Sicherung der Währung als eines der Hauptprobleme der Wirtschaftspolitik" (S. 216). Demgemäß behandeln sie in einem separaten Abschnitt die Inflation. Hier findet sich dann auch eine Bemerkung zur Wirtschaftspolitik.

"Die Abschöpfung dieses überflüssigen und schädlichen Geldes ist in der Praxis nicht so leicht. Der einfachste Weg ist, mehr Güter zu produzieren, bis das Gleichgewicht wiederhergestellt ist. Das ist jedoch nicht immer ohne weiteres möglich. Der Staat wird daher eher seine Bürger auffordern, weniger Geld auszugeben, und vor allem seine eigenen Ausgaben beschränken" (S. 226).

Anhand von Texten wird der Versuch unternommen, Inflation zu erklären und "Ursachen und Folgen" (S. 228) aufzuzeigen. Ein Schaubild zeigt "25 Jahre Geldwertschwund" (S. 228) in der Bundesrepublik. Mit einem Gang durch die wirtschaftspolitische Geschichte soll das besondere Verhältnis der Deutschen zur Inflation untermauert werden. "Wie kann man Inflation verhindern?" (S. 236). Zu dieser Fragestellung werden mittels 12 Thesen von Friedrich August Hayek und einer Stellungnahme von Ludwig Erhard Antworten gegeben.
Die Materialien und Autorentexte zur Wirtschaftspolitik dürften kaum genügen, unseren Schülern das Phänomen Konjunktur und die Notwendigkeit staatlicher, marktkonformer Einflußnahme auf den Wirtschaftsprozeß verständlich zu machen.

Gesamturteil:

Die beiden Bände von Streithofen/Pittrof sind als Textsammlungen typische Arbeitsbücher.

Soziale Marktwirtschaft wird vom theoretischen Ansatz her präzise angegangen. Es wird auch erkannt, daß Soziale Marktwirtschaft offen ist für künftige Entwicklungen. Dies kommt vor allem durch die Verarbeitung von Quellen der diesbezüglich weichenstellenden Persönlichkeiten aus der Wissenschaft zum Ausdruck. Ob es allerdings angebracht und erfolgversprechend ist, auf der Ebene der Sekundarstufe I bereits mit z. T. derart schwierigen Texten zu arbeiten, muß bezweifelt werden.

Von Schülern der Sekundarstufe I kann aber zweifelsfrei das Wesen einer Marktwirtschaft verstanden werden,und es wird auch möglich sein, zu erkennen, daß die Wirtschaftsordnung der Bundesrepublik Deutschland um soziale Komponenten bereichert ist. Die Leistungsfähigkeit einer marktwirtschaftlichen Ordnung und die damit im Zusammenhang zu sehenden sozialpolitischen Gestaltungsmöglichkeiten werden ausführlich betont und dem Schüler verständlich demonstriert.

Nach unserer Auffassung fehlt in diesen "Lese- und Arbeitsbüchern" weitgehend die in den vergangenen Jahrzehnten durch zahlreiche Gesetze erfolgte Ausgestaltung der Sozialen Marktwirtschaft, die ja auch in der grundlegenden theoretischen Konzeption gefordert wurde. An vielen Stellen wird deutlich, daß es den Autoren - offenbar bewußt - um die Darstellung der geistigen Wurzeln Sozialer Marktwirtschaft ging. Dies ist ihnen vorzüglich gelungen.

Durch diese didaktische Intention werden natürlich die konkreten Erfolge der Sozialen Marktwirtschaft nur teilweise sichtbar.

Zusammenfassend kann festgestellt werden, daß es Schülern der Sekundarstufe I möglich ist, das Konzept der Sozialen Marktwirtschaft ausreichend zu erarbeiten.

2.4. Ergebnisse im Überblick

| Soziale Marktwirtschaft kann von Schülern der Sekundarstufe I mittels folgender Bücher gut erarbeitet werden. |
|---|
| Sozialkunde von Greiffenhagen, Hättich<br>Politik Wirtschaft Gesellschaft von Grosser<br>Sehen Beurteilen Handeln von Hilligen, Gagel, Buch |

| Soziale Marktwirtschaft kann von Schülern der Sekundarstufe I mittels folgender Bücher noch ausreichend erarbeitet werden. |
|---|
| Einführung in die Politik von Giesecke<br>Grundzüge der Sozialkunde von Süss<br>Zweimal Deutschland von Thurich, Endlich<br>Texte für den politischen Unterricht von Streithofen, Pittrof |

| Soziale Marktwirtschaft kann von Schülern der Sekundarstufe I mittels folgender Bücher nicht ausreichend erarbeitet werden. |
|---|
| Sozialkunde von Eberhardt, Franke, Loeschke, Winkler<br>Lernfeld Gesellschaft von Grix, Knöll<br>Bürger und Politik von Steinbügl<br>Thema Politik von Becker, Feick, Greiffenhagen, Hufnagel, Müller, Stetzer, Uhl<br>Arbeitsbuch: Politik 2 von Mickel<br>Gesellschaft und Politik von Fischer<br>politik im aufriß von Helbig |

Die Ergebnisse der Untersuchung zeigen zudem, daß es anhand von typischen Arbeitsbüchern, die lediglich kontroverses Material vorstellen und allenfalls kurze Kommentare der Autoren enthalten, bei Schülern der Sekundarstufe I kaum möglich ist, die unabdingbaren Lernziele zum komplexen Themenbereich Soziale Marktwirtschaft zu realisieren. Der gedankliche Kontext kann nicht hergestellt werden. Ohne ein gewisses Maß an sachlich zusammenhängender Darstellung, ergänzt mit Anregungen und Arbeitsaufträgen (Elemente eines Lehrbuches), ist es sehr schwer, eine schülergemäße Aufbereitung von Sozialer Marktwirtschaft zu erreichen.

In diesem Zusammenhang sind zwei oft geäußerte Argumente nicht überzeugend. Es genügt nicht, darauf zu hoffen, daß der Lehrer interpretiert und die notwendigen Zusammenhänge herstellt. Zum einen steht nicht fest, ob und gegebenenfalls wie sich der Lehrer dieser Aufgabe unterzieht. Außerdem sollte das Schulbuch den Schüler von der Meinung des Lehrers unabhängiger machen und ihm zusätzliche Perspektiven öffnen.

Der Realität nicht angemessen scheint die Annahme, daß an Schulen ein zweites Buch (sozusagen zur Ergänzung) geführt wird. Dies ist meist aus finanziellen Gründen schon nicht möglich; zum anderen wird dabei die Position des Faches Politik im Fächerkanon einer Schule deutlich überschätzt. Es wäre schon sehr erfreulich, wenn endlich an den Schulen für jeden Schüler ein Politikbuch vorhanden wäre.

## 3. Vorschlag zur Darstellung der Sozialen Marktwirtschaft in einem Schulbuch des Politikunterrichts der Sekundarstufe I

Die vorliegende didaktische Konzeption der Sozialen Marktwirtschaft ist als Segment eines Schulbuches für den Politikunterricht der Sekundarstufe I zu verstehen. Es werden daher Grundbegriffe aus der Politik, Institutionen, politische Zusammenhänge und Prozesse als bekannt vorausgesetzt.
Das Thema Wirtschaft oder Wirtschaftspolitik wird dem Schüler dieser Altersstufe im Unterricht erstmals im Zusammenhang begegnen. Information aus der früheren Schulzeit, insbesondere der Grundschule, dürften weitgehend nicht mehr aktivierbar sein.

Demzufolge kann von einer Einführung in die Wirtschaft und Wirtschaftsordnung gesprochen werden.
Die Stoffauswahl orientiert sich an den für die Soziale Marktwirtschaft unabdingbar konstatierten Inhalten. Dabei wird eine Orientierung an einem Lehrplan nicht angestrebt.
Neben der Einführung in Wirtschaftsfragen und der Würdigung der Leistungen von Prof. Dr. Ludwig Erhard sollen vor allem die Elemente zur Ordnung der Wirtschaft für den Schüler erschlossen werden. Dabei muß natürlich ausgewählt werden, da nicht alle Aspekte berücksichtigt werden können. Auf der Ebene der Sekundarstufe I können allein schon deswegen Abstriche gemacht werden, weil der Schüler an weiterführenden allgemeinbildenden oder beruflichen Schulen erneut mit der Wirtschafts- und Sozialordnung in Berührung kommt. Das eigentliche Wollen der Väter der Sozialen Marktwirtschaft soll aber sichtbar bleiben.

Das Buch soll nicht mit Stoffen überladen, sondern der Blick auf das Wesentliche, Unverzichtbare konzentriert werden.
Es kann nicht Aufgabe dieses Buches sein, in die fachlichen Details zu gehen.

Bei der Aufbereitung der Elemente der Sozialen Marktwirtschaft soll möglichst die Erlebniswelt der Schüler einbezogen werden, die damit für das Verständnis wirtschaftlicher Fragen und die Notwendigkeit der Wirtschaftsordnung nutzbar gemacht werden kann. Die Beispiele sind so gewählt, daß sie die Schüler auch zur Mitarbeit motivieren können.
Die Gesamtanlage ist von einer starken Praxisnähe bestimmt, die u. a. auch dazu führen soll, daß sich der Schüler wirkungsvoller in seiner Welt bewegen kann.

Der Verfasser bekennt sich eindeutig zu dieser Ordnung. Diese Grundeinstellung wird in dem vorliegenden Entwurf sichtbar. Es soll auch Optimismus verbreitet werden, der nicht zuletzt das Vertrauen in die Wirtschaft, einschließlich in die darin wirkenden Gruppen stärken soll. Allein daraus kann abgeleitet werden, daß die gemeinsamen Interessen und damit die Notwendigkeit des Zusammenwirkens von Arbeitnehmern und Arbeitgebern zentrales Anliegen sind. Verunglimpfung irgendeiner Seite ist deplaziert. Die Orientierung an dieser Ordnungsidee erfordert natürlich, daß die erzielten Leistungen sichtbar werden. Dies muß nicht immer ausdrücklich geschehen. Der Schüler muß aber erkennen, daß in den vergangenen Jahrzehnten und auch in der Gegenwart durch die Soziale Marktwirtschaft Wesentliches zum Wohlergehen der Menschen erreicht wurde. Dabei sollen negative Gesichtspunkte und Probleme nicht verschwiegen werden. Die vorrangige Aufgabe wird jedoch darin gesehen, das Positive (ökonomische Leistung bei freier Entfaltung, politische und

soziale Stabilität) aufzuzeigen. Kritikfähigkeit und Kritik haben dann ein Fundament.
Das vorliegende Lehr- und Arbeitsbuch ist auf das Leistungsvermögen von Schülern der 8./9. Klassen von Haupt- oder Realschulen reduziert. Soweit es notwendig erscheint, werden die Themen oder Themenbestandteile systematisch zusammenhängend angeboten, da gerade auf der Ebene der Sekundarstufe I ein gewisses Maß an Systematik dem Lernprozeß nur dienlich sein kann. Dabei wird auf Elemente eines Arbeitsbuches jedoch nicht verzichtet.
Die vorliegende Konzeption zur Darbietung der Sozialen Marktwirtschaft in einem Schulbuch des Politikunterrichts der Sekundarstufe I kann und soll natürlich nicht bieten, was bei ähnlichen Publikationen nach allgemein üblicher Praxis primär in den Aufgabenbereich des Verlages fällt. Zahlreiche Gesichtspunkte der Anschaulichkeit sind davon betroffen. Im Rahmen dieser Arbeit muß diese Beeinträchtigung in Kauf genommen werden.
Es sollen mit diesem Vorschlag zudem die nachstehenden allgemeinen Ziele politischer Bildung erreicht werden:

- Förderung der Bereitschaft zum politischen Engagement
- Förderung einer fundierten Urteilsfähigkeit
- Förderung des Zusammenlebens zwischen unterschiedlichen gesellschaftlichen Gruppen
- Förderung der Fähigkeit zur Toleranz
- Förderung der Fähigkeit, Konflikte nicht nur zu erkennen, sondern auch zur Milderung oder Lösung beitragen zu können
- Förderung der Fähigkeit, zu erkennen, daß Wirtschaft auf eine humane Existenz der Menschen mit hinwirken soll und nicht Selbstzweck ist.

Damit werden aber zugleich auch außerökonomische Ziele Sozialer Marktwirtschaft berücksichtigt.

## Übersicht

Was geht mich die Wirtschaft an?

Wie funktioniert die Wirtschaft?

- Die Herstellung der Güter
- Wirtschaftlich produzieren - was ist damit gemeint?
- Niemand beherrscht alle Arbeitsvorgänge
- Die Wirtschaft bewegt sich in einem Kreislauf
- Das Geld - das Blut der Wirtschaft
- Der Markt - die Schaltstelle der Wirtschaft

Warum kümmert sich der Staat um die Wirtschaft?

Was tut der Staat, um das Wirtschaftsgeschehen zu ordnen?

- Grundrechte, die vielen selbstverständlich erscheinen
- Wettbewerb bedarf des Schutzes
- Der Verbraucher muß erwachsen werden
- Start in den Beruf
- Unternehmensführung
- Miteinander oder Gegeneinander - Arbeitgeber und Arbeitnehmer?
- Gesunde Wirtschaft - die Grundlage für die soziale Sicherheit
- Staatliche Einflußnahme auf Angebot und Nachfrage
- Zusammenarbeit mit anderen Staaten
- Umweltschutz - eine drängende Aufgabe
- Bausteine der Sozialen Marktwirtschaft

## 3.1. WAS GEHT MICH DIE WIRTSCHAFT AN?

Aus einem Aufsatz von Susanne Möder (8. Klasse):

> Unser letzter Schulausflug begann für mich mit einem großen Schreck. Wir hatten gerade die ersten Kilometer hinter uns, da fiel es mir ein: Ich hatte meine Geldbörse vergessen. Das war ärgerlich. Einen ganzen Tag in der Landeshauptstadt München und kein Geld zur Hand.
> Essen, Trinken, Museumsbesuch, 2 Bücher, Souvenirs und was ich mir sonst noch besorgen wollte! Ich erzählte das Mißgeschick meiner Nachbarin und der Lehrerin. Nach kurzem Überlegen war klar: Ich mußte mir Geld leihen, am besten möglichst von jeder Klassenkameradin einen kleinen Betrag. Ich sammelte und bekam genau 28 Deutsche Mark zusammen.
>
> War ich froh ...

Man könnte jetzt natürlich fragen, warum regt sich denn Susanne auf? Die Gründe liegen auf der Hand. Sie braucht etwas zu essen, sie möchte sich mit den Büchern weiterbilden und sie verzichtet nur sehr ungern auf die Souvenirs (obwohl sie eigentlich darauf verzichten könnte). So geht es übrigens jedem von uns. Alle diese Wünsche, die man sich erfüllen muß (z. B. Essen oder Trinken) oder erfüllen möchte, werden als Bedürfnisse[x)] bezeichnet.

---

x) Bedürfnis: Wunsch auf Beseitigung eines Mangels

Die Menschen haben unzählige Bedürfnisse. Diese wechseln ständig, neue kommen hinzu und alte werden erfüllt oder vergessen.

Sie lassen sich grob einteilen in

Existenzbedürfnisse Kulturbedürfnisse Luxusbedürfnisse

Gespräch:

- Versuche, zu jedem Bereich einige Beispiele aus deinem täglichen Leben zu finden!
- Lassen sich die Beispiele immer ohne weiteres zuordnen?
- Was ist notwendig, um die Bedürfnisse befriedigen zu können?

Sicher hast du bei der letzten Frage sofort ans Geld gedacht, ohne das ja bekanntlich heute nichts mehr erworben werden kann.
Zunächst aber müssen die Güter (Fahrrad, Wurstsemmel, Bücher, Maschinen, Ring usw.) vorhanden sein. Sie fallen ja nicht vom Himmel, sondern werden von den Menschen oft sehr mühsam erwirtschaftet (z. B. Herstellung eines Mofas). Güter in diesem Sinne sind Gegenstände, die man anfassen kann (Sachgüter) und die sog. Dienstleistungen (z. B. Haareschneiden). Soweit die Güter nicht unmittelbar vom Menschen verbraucht werden (sog. Konsumgüter), nennt man sie Investitionsgüter (z. B. Werkzeug, Maschinen).

Bei entsprechend vorhandenem Einkommen (Taschengeld, Lohn, usw.) können die gewünschten und erwirtschafteten Güter erworben werden. Dieser Vorgang wird als Nachfrage (nach Gütern) bezeichnet.

Wichtig

Die Menschen haben zahllose Bedürfnisse. Die zur Befriedigung notwendigen Güter sind meist nicht vorhanden. Sie müssen erstellt werden. Die Menschen sind deswegen zum Wirtschaften gezwungen.

## 3.2. WIE FUNKTIONIERT DIE WIRTSCHAFT?

### Die Herstellung der Güter

Bleiben wir bei den Bedürfnissen der Susanne Möder am Tage des Schulausflugs. Sie wollte sich u. a. zwei Bücher kaufen. Bücher habt ihr alle schon einmal gekauft. Sie waren entweder in der Buchhandlung vorrätig oder mußten beim Verlag bestellt werden. Aber habt ihr auch mal überlegt, was eigentlich alles erforderlich ist, um ein Buch herstellen zu können? Es kommt jetzt nicht auf alle Einzelheiten an. Zählen wir einige Punkte auf: Papier (und damit Holz), Druckerei, Maschinen, Buchdrucker, Schriftsetzer, Grundstück, auf dem die Druckerei steht, Manuskript (Text oder Inhalt des Buches), usw.

- Nehmen wir als Beispiel einen Fußball. Was wird zur Herstellung (Produktion) benötigt?

Es werden bei der Erstellung von Gütern immer Teile der Umwelt, qualifizierte Arbeitskräfte, Maschinen und Werkzeuge benötigt. In der Fachsprache der Wirtschaft wird deswegen unterschieden zwischen den Produktionsfaktoren

Umwelt Arbeit Kapital

Obwohl eigentlich alle Faktoren wichtig sind, wird in jüngster Zeit gerade der Umwelt (Rohstoffe, Boden, Luft, Wasser) große Aufmerksamkeit gewidmet.

Zur Diskussion:

Was meint ihr zu der letzten Aussage, und welche aktuellen Probleme werden damit angesprochen?

## Wirtschaftlich produzieren - was ist damit gemeint?

Fall 1: Die Realschülerin Anita Huber arbeitete in den vergangenen Sommerferien 3 Wochen. Die wöchentliche Arbeitszeit betrug 40 Stunden. Auf ihr Inserat in der Zeitung hatten drei Firmen geschrieben:

Firma A bot einen Stundenlohn von 5,--DM, Firma B bot wöchentlich 250,--DM, und Firma C wollte für 3 Wochen Ferienarbeit 600,--DM zahlen.

Die Arbeiten waren überall in etwa gleich schwierig.

Fall 2: Werner Meier machte auch Ferienarbeit. Er wollte sich ein gebrauchtes Mofa kaufen. Es kostete 500,--DM. Genauso viel - und keine Mark mehr - wollte er verdienen. Jeder Ferientag war ihm wichtig. Bei der Firma X hätte er dafür 3 Wochen arbeiten müssen und bei der Firma Y lediglich 2 Wochen und 3 Tage.

- Bei welchen Firmen werden die beiden Schüler arbeiten? Begründe deine Ansicht!

Sie haben sich dann sinnvoll verhalten, wenn Anita versucht hat, in der vorgesehenen Zeit möglichst viel zu verdienen, und Werner mit möglichst geringem Zeitaufwand zu den gewünschten 500,--DM Lohn gekommen ist. Dieses im Privatleben praktizierte vernünftige Vorgehen wird auch in der Wirtschaft angewandt, z. B. bei der Produktion von Gütern.

Man bezeichnet es als ökonomisches Prinzip und spricht entweder vom Maximalprinzip (Fall 1) oder vom Minimalprinzip (Fall 2).

Maximalprinzip: Man versucht, mit den gegebenen Mitteln möglichst viel zu erreichen.

Minimalprinzip: Man versucht, mit möglichst geringen Mitteln ein gewünschtes Ziel zu erreichen.

Wichtig:

Wirtschaften verlangt ein dauerndes sich Entscheiden zwischen mehreren Möglichkeiten. Alle Entscheidungen setzen in der Regel Planung und sinnvolles Handeln voraus. Sie werden so getroffen, daß sie den größten wirtschaftlichen Nutzen bringen.

## Niemand beherrscht alle Arbeitsvorgänge

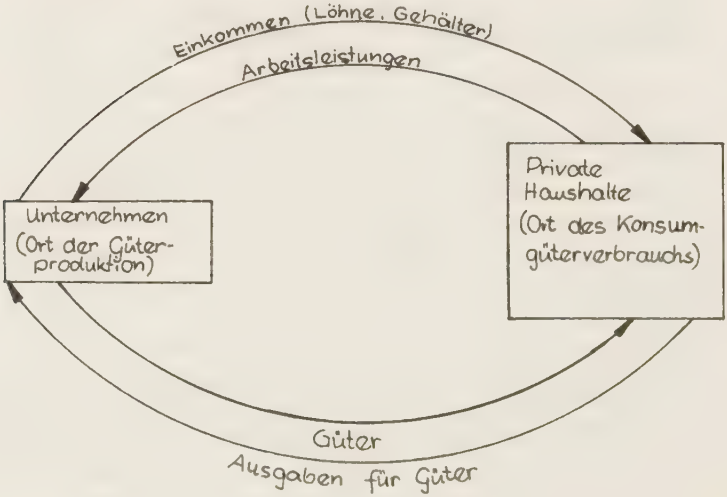
Die unterschiedlichen Fähigkeiten und Fertigkeiten der Menschen waren schon immer Anlaß für die Teilung der anfallenden Arbeit.
In der heutigen Zeit äußert sich die Arbeitsteilung vor allem durch eine Vielzahl von unterschiedlichen Berufen, durch die Zerlegung der Arbeit in bestimmte Arbeitsvorgänge und in der Spezialisierung der Güterproduktion.

- Versucht, zu den Arten der Arbeitsteilung einige Beispiele zusammenzustellen!
- Erkundige dich über die Auswirkungen der Arbeitsteilung in einem Betrieb deines Wohnortes!

Aus der Arbeitsteilung ergeben sich zahlreiche zu bewältigende Aufgaben. Unterschiedliche Betriebe erstellen Güter und sind voneinander abhängig, obwohl sie oft keinen direkten Kontakt zueinander haben. Ein Betrieb in Hamburg produziert beispielsweise tausend Herrenhosen. Sie werden alle verkauft. Eine davon erwirbt ein Schüler in einem Stuttgarter Bekleidungshaus. Der Unternehmer will seine Produktion erweitern und sucht 50 neue Arbeitskräfte. Innerhalb weniger Wochen hat er 100 Bewerbungen vorliegen. Er muß seine Fabrikanlagen ausbauen. Eine Firma in Bremen übernimmt den Auftrag. Tausende von wirtschaftlichen Beziehungen könnten genannt werden.

## Die Wirtschaft bewegt sich in einem Kreislauf

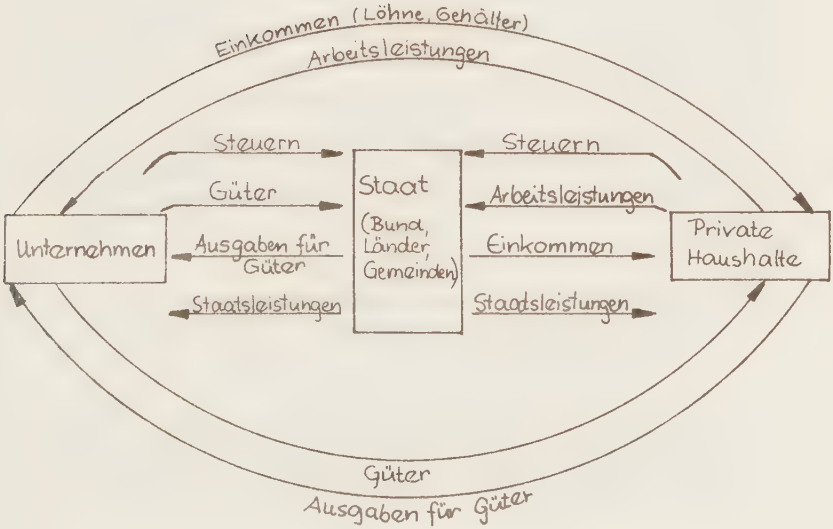
In einem stark vereinfachten Schema läßt sich der Wirtschaftsablauf folgendermaßen darstellen:



Man unterscheidet einen Leistungskreislauf und einen Geldkreislauf.

- Dein Kofferradio und die Hebebühne in einer Autowerkstätte sind wirtschaftliche Güter. Versuche an diesen Beispielen den Kreislauf nachzuvollziehen!
- Deine Heimatgemeinde renoviert die Räume des Jugendheimes. Läßt sich dieser Vorgang (man benötigt Geld, Arbeitskräfte, Farben, Möbel usw.) in das Schema einordnen?

Unter Einbeziehung des Staates (Bund, Länder, Gemeinden) zeigt sich dieses Bild:



- Nenne einige öffentliche Einrichtungen!

  Erkundige dich im Rathaus, welche Projekte in nächster Zeit anstehen!

- Der Bund, die Länder und die Gemeinden nehmen großen Einfluß auf das Wirtschaftsgeschehen. Begründe diese Aussage!

## Das Geld - das Blut der Wirtschaft

Der 16jährige Fridolin Schauberger braucht dringend einen neuen Tennisschläger. Sein Taschengeld ist aber schon verbraucht. Er geht ins nächste Sportgeschäft und erklärt der verdutzten Verkäuferin: Ich kaufe einen Tennisschläger, wenn Sie bereit sind, dafür meine Langlaufski zu nehmen.

Diese Situation erscheint ungewöhnlich, denn wirtschaftliche Güter werden heute nicht mehr gegen andere Güter getauscht. Dies ist heute nahezu selbstverständlich; war aber nicht immer so.
Es ist euch aus dem Geschichtsunterricht bekannt, daß es in früheren Epochen üblich war, Waren gegen Waren zu tauschen. Auch während der Zeit unmittelbar nach dem 2. Weltkrieg war der sog. Naturaltausch an der Tagesordnung.

- Befrage hierzu deine Eltern oder Großeltern und laß dir erklären, welche Schwierigkeiten damit verbunden waren!

Das Geld erfüllt nun die Aufgabe des allgemeinen Tauschmittels. Mit Geld wird der Wert eines Gutes zum Ausdruck

gebracht. Geld dient nicht zuletzt als Wertaufbewahrungsmittel (Möglichkeit des Sparens).

Der Staat legt durch Gesetz fest, wie das Geldwesen geordnet wird. Das Geld wird gesetzliches Zahlungsmittel, d. h. Geld ist als Gegenwert für eine Leistung anzunehmen. Er bestimmt den Namen des Geldes (z. B. Deutsche Mark), die Einteilung (1 Deutsche Mark = 100 Pfennige) und wer befugt ist, Geld herzustellen und in Umlauf zu bringen.
In der Bundesrepublik Deutschland steht die Ausgabe der Banknoten (Geldscheine) der Deutschen Bundesbank in Frankfurt zu. Die Münzen (z. B. 2-Mark-Stück) werden im Auftrag des Bundesfinanzministeriums geprägt.
Die gesamten Banknoten und Münzen bilden zunächst einmal die Geldmenge innerhalb eines Staates, mit der entsprechend Güter eingetauscht werden können.
Die Abwicklung des Geschäftsverkehrs mit Bargeld wäre jedoch zu kompliziert (Beispiel: Ein Kölner Unternehmer kauft in München eine Maschine für 50.000,--DM). Deswegen haben Banken die Abwicklung der Geldbewegungen übernommen. Käufer und Verkäufer unterhalten bei den Banken sog. Girokonten. Die Kontoinhaber zahlen bei der Bank Bargeld auf Konten ein. Damit entsteht sog. Buch- oder Giralgeld. Die Banken leisten nun Zahlungen, soweit auf dem Konto Guthaben vorhanden sind oder Kredite[x)] zugesagt sind.

- Besuche die nächstliegende Bank und laß dir den Ablauf nochmals erklären! Auf Wunsch bekommst du dort auch Informationsmaterial.

---

x) Bank stellt Geld gegen Zins zur Verfügung

## Der Markt - die Schaltstelle der Wirtschaft

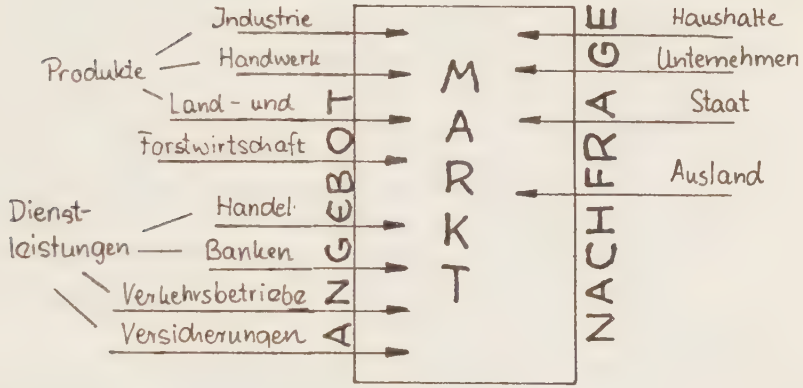
Wie erfahren die Produzenten, was sie herstellen sollen? Wie kommen die Konsumenten an die gewünschten Güter?

Dazu ein Beispiel:

> Zwei Hauptschulklassen möchten einen Weihnachtsbazar veranstalten. Die Schülerinnen haben vor, Gegenstände zu basteln, die dann einige Tage vor dem Fest in der Nähe der Kirche verkauft werden sollen. Beide Klassen wollen jeweils einen hohen Gewinn erzielen. Jede Schülerin bastelt zu Hause Christbaumschmuck. Alle hoffen, daß er den Leuten gefallen wird und gekauft wird. In der Lokalzeitung und auf Flugblättern machen sie auf ihre beiden Verkaufsstände aufmerksam.

Werden die ersten der angebotenen Gegenstände verkauft, tritt also Nachfrage ein, dann entsteht ein M a r k t .
Was die Schülerinnen der Hauptschulklassen hier vorgeführt haben, passiert ständig in der Wirtschaft.
Die Unternehmer stellen Güter her, von denen sie erwarten, daß sie nachgefragt werden. Durch Werbung machen sie darauf aufmerksam. Verkaufs- und Kaufabsichten, Angebot und Nachfrage müssen in Übereinstimmung gebracht werden. Immer dann und in jedem Einzelfall haben wir es mit einem Markt zu tun.

Angebot und Nachfrage treffen sich auf dem Markt




In der Praxis teilt sich der Gesamtmarkt in unzählige Einzelmärkte auf.

Märkte sind deswegen an keinen bestimmten Ort gebunden. Sie können z. B. in einem Ladengeschäft, am Telefon, am Kiosk entstehen.
Märkte sind das Nervenzentrum der Wirtschaft.
Über die Märkte werden Herstellung, Verteilung und Verwendung der wirtschaftlichen Güter aufeinander abgestimmt.
Wie kann diese Aufgabe erfüllt werden?
Eine zentrale Rolle kommt dabei den Preisen zu, d. h. der Gegenleistung, die für ein Gut gefordert wird (in der Regel ein Geldbetrag).

Für den Preis werden unterschiedliche Bezeichnungen verwendet:

| Ware | Arbeitsleistung | Kapitalausleihe | Geliehene Güter |
|---|---|---|---|
| Warenpreis | Lohn, Gehalt | Zins | Miete, Pacht |

Preisbildung

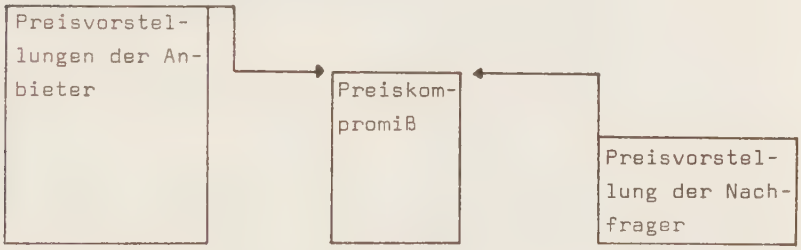
Kommen wir zurück zu den beiden Hauptschulklassen. Welche Überlegungen werden die Schülerinnen anstellen müssen, wenn sie den Preis für den Christbaumschmuck festlegen?

1. Welche Kosten (z. B. Material, Arbeitslohn) sind entstanden?
2. Welcher Gewinn soll erzielt werden?
3. Werden die Gegenstände begehrt sein (große Nachfrage)?
4. Wieviele Waren liegen bereit (Angebotsmenge)?
5. Verkauft vielleicht ein Geschäft in der Umgebung die gleichen oder ähnliche Gegenstände?
6. Christbaumschmuck kann nur vor Weihnachten verkauft werden.

Alle diese Faktoren sind für die Preisbildung von Bedeutung. Bei anderen Gütern können noch andere Gesichtspunkte wichtig sein (z. B. Mode bei Kleidung oder Verderblichkeit bei Obst).

Versuchen wir, uns die Interessenlage der Schülerinnen (Anbieter) und der Kunden (Nachfrager) vor Augen zu halten:
Die Anbieter sind an einem möglichst hohen Preis interessiert, und die Nachfrager wollen möglichst wenig ausgeben.

Bei einem hohen Preis werden weniger nachfragen, während die Hersteller möglichst viele Güter anbieten würden. Bei einem niedrigen Preis würden wesentlich mehr Nachfrager auftreten, allerdings wäre das Interesse anzubieten gering.
Die Vorstellungen der Anbieter und der Nachfrager werden auf dem Markt einander angeglichen, d. h. es bildet sich ein sog. Gleichgewichtspreis. Es ist der Preis, zu dem der höchste Umsatz erzielt werden kann.




Diese modellhafte Darstellung trifft jedoch allenfalls noch auf dem Markt der Hauptschulklassen zu, da er überschaubar ist, die Güter gleichartig sind, die Schülerinnen in Konkurrenz zu den anderen Geschäften stehen und Anbieter und Nachfrager über Preis und Qualität informiert sind.

Solche Idealfälle kommen jedoch im geschäftlichen Alltag sehr selten vor, da z. B. die Märkte meist nicht überschaubar sind, gelegentlich der Staat in die Preisbildung eingreift oder Unternehmen durch Zusammenschlüsse (Monopole, Oligopole[1]) die Konkurrenz ausschalten.

---

[1] Monopol: Am Markt eines Gutes tritt nur noch ein Anbieter auf
Oligopol: Am Markt eines Gutes treten nur noch wenige Anbieter auf

## 3.3. WARUM KÜMMERT SICH DER STAAT UM DIE WIRTSCHAFT?

Ein Blick zurück ...

In der Phase der Industrialisierung vor ungefähr 150 Jahren wurde aus den Arbeitnehmern das Äußerste zu Bedingungen herausgeholt, die heute nicht mehr vorstellbar sind. Der Lohn reichte gerade zum Überleben und oft dazu nicht. An Urlaub, soziale Absicherung in Notfällen oder gar Mitbestimmung war nicht zu denken.

Zu viele Arbeitskräfte drängten vom Land in die entstehenden Industriezentren. Die Arbeiter mußten deswegen die Arbeit für einen Lohn verrichten, der ihrer Leistung keinesfalls entsprach. Nachdem der Verdienst nicht für den Lebensunterhalt reichte, mußten selbst Frauen und sogar Kinder mitarbeiten.

Die Folgen waren katastrophal.

Der Staat hielt sich trotzdem weitgehend aus dem Wirtschaftsgeschehen heraus, zumindest soweit er nicht Steuern kassierte oder selbst Güter nachfragte. Der Markt dominierte. Auch der Arbeitsmarkt wurde durch Angebot (Arbeitskräfte) und Nachfrage (Unternehmen) gelenkt. Man bezeichnet dieses Wirtschaftssystem als freie Marktwirtschaft.

Das folgende Beispiel einer Regierungsverordnung aus dem Jahre 1840 zeigt, wann erst der Staat die Notwendigkeit zum Einschreiten sah:

## *Anno dazumal . . .*

*Wir haben in Erwägung jener Nachtheile, welche eine allzufrühzeitige, mit übermäßiger Anstrengung, sowie mit Vernachlässigung des Schul- und Religions-Unterrichtes verbundene Beschäftigung der werktagsschulpflichtigen Jugend bei Fabriken und größeren Gewerken, in Hinsicht auf die Gesundheit, geistige und körperliche Entwicklung solcher Kinder herbeizuführen pflegt, in dieser Beziehung — auf so lange Wir nicht anders verfügen, — nachfolgende Bestimmungen zu treffen beschlossen.*

**Art. I.**

*Kein Kind soll vor dem zurückgelegten neunten Lebensjahre in Fabriken oder in Berg-, Hütten- und Schlagwerken, zum Zwecke einer regelmäßigen Beschäftigung aufgenommen werden.*

**Art. II.**

*Die Aufnahme eines Kindes zu diesem Zwekke, nach dem neunten Lebensjahre, darf nur auf dem Grunde eines gerichtsärztlichen Zeugnisses über körperliche Tauglichkeit für die bevorstehende Art der Beschäftigung und über die Nichtgefährdung der Gesundheit und der weiteren physischen Entwicklung durch dieselbe, dann eines Zeugnisses der Local-Schulinspection über bisherigen fleißigen Schulbesuch und die Erwerbung der für das neunte Lebensjahr vorgeschriebenen Kenntnisse geschehen.*

**Art. III.**

*Die Arbeitszeit für Kinder vom neunten bis zum zwölften Jahre wird auf das Maximum von zehn Stunden des Tages festgesetzt.*
*Dieselbe hat niemals vor 6 Uhr Morgens zu beginnen, und spätestens um 8 Uhr Abends zu enden.*
*Auch ist diesen Kindern täglich zur Mittagszeit eine volle Stunde, etwa von 11 bis 12 Uhr, nach eines jeden Ortes Sitten und Gebräuchen, dann im Laufe der Vor- und Nachmittags-Zeit nebstdem noch jedesmal eine halbe Stunde zur Erholung zu geben, und hiebei Bewegung außer der Anstalt zu gestatten.*

Aus: Der Staatsbürger,
Juni 1875

Gespräch:

- Welche Möglichkeiten hatten die Arbeitnehmer, um ihre Situation zu verbessern? Erinnere dich an den Geschichtsunterricht!
- Welche Möglichkeiten hat der Staat, ordnend einzugreifen?

Die totale wirtschaftliche Freiheit hat vor allem den in abhängiger Arbeit stehenden Menschen zu viele Nachteile gebracht und das Zusammenleben der Menschen innerhalb der Gesellschaft sehr erschwert.

Zahlreiche Wirtschaftswissenschaftler, Politiker und andere Sozialreformer suchten nach einem Weg, der jedem Bürger eine große wirtschaftliche Freiheit garantierte, aber den Menschen trotzdem ein gewisses Maß an sozialer Sicherheit versprach.
Noch während des 2. Weltkriegs, wo die freie Entfaltung weitgehend nicht möglich war, entstand ein Vorschlag, den Prof. Dr. Alfred Müller-Armack Soziale Marktwirtschaft nannte.

SOZIALE MARKTWIRTSCHAFT

- setzt auf den Markt als Steuerungsinstrument
- garantiert die freie wirtschaftliche Entfaltung innerhalb eines gesetzlichen Rahmens
- baut auf den Wettbewerb auf
- verlangt vom Staat eine Wettbewerbsordnung zum Schutz und zur Sicherung der Konkurrenz
- betont das Zusammenwirken von Unternehmern und Arbeitnehmern und gesteht deswegen beiden Gruppen Rechte und Pflichten zu
- verlangt vom Staat in bestimmten Fällen die Einflußnahme auf die Wirtschaft
- will die sozial Schwachen schützen und unterstützen
- ist ein Programm, das auch für künftige Aufgaben offen ist (z. B. verstärkter Schutz der Umwelt)

Als nach dem Chaos, das der 2. Weltkrieg (1939-1945) in Deutschland hinterlassen hatte, die Wirtschaft neu aufgebaut werden mußte, konnte die politische Durchsetzung der Sozialen Marktwirtschaft erreicht werden. Freie Demokraten und Christdemokraten konnten sich gegenüber den Sozialdemokraten knapp durchsetzen. Auch die Gewerkschaften stellten sich zunächst gegen dieses Konzept.

Entscheidender Verfechter der Sozialen Marktwirtschaft in der Politik war Prof. Dr. Ludwig Erhard (1897-1977).

Einige Daten seiner politischen Laufbahn:

1945-1946 bayerischer Wirtschaftsminister

1947 Direktor für Wirtschaft in Frankfurt

1949-1963 Bundeswirtschaftsminister

1963-1966 Bundeskanzler

Bild von
Prof. Dr. Erhard

Am 5. Mai 1977 ist Prof. Dr. Erhard verstorben.
Beim Staatsakt im Deutschen Bundestag würdigte der damalige Bundestagspräsident Prof. Dr. Carstens den "Vater des deutschen Wirtschaftswunders" als einen bedeutenden Politiker, der an der Gestaltung des politischen Weges der Bundesrepublik Deutschland als Weggenosse Konrad Adenauers entscheidenden Anteil gehabt habe.

Prof. Carstens führte u.a. aus:

Sehr verehrte Frau Klotz,
Herr Bundespräsident,
sehr geehrte Trauergäste!

Wir haben uns hier im Plenarsaal des Deutschen Bundestages versammelt, um des früheren Bundeskanzlers, Bundeswirtschaftsministers und Alterspräsidenten dieses Hauses, Professor Ludwig Erhard, zu gedenken.

Wir trauern um ihn als einen der großen Männer unserer Zeit, der in Deutschland, in Europa und in weiten Teilen der Welt einen entscheidenden Beitrag für eine dreißigjährige Epoche des Friedens und der Freiheit geleistet hat. Ludwig Erhard ist oft der „Vater des deutschen Wirtschaftswunders" genannt worden. Er selbst hat diese Bezeichnung nie akzeptiert; denn er war der Meinung, daß der wirtschaftliche Aufstieg unseres Landes nach 1948 nicht ein Wunder, sondern das Ergebnis eines klaren wirtschaftspolitischen Konzepts und harter Arbeit der deutschen Bevölkerung war.

Das klare wirtschaftspolitische Konzept stammte von ihm: durch die Währungsreform und die Beseitigung einer 15jährigen staatlichen Zwangswirtschaft wurden Kräfte freigesetzt, an die kaum jemand mehr zu glauben gewagt hätte. Die Deutschen legten Hand an und bauten ihr zerstörtes Land wieder auf, da Leistung sich plötzlich wieder lohnte. Die Schaufenster füllten sich, der Wirtschaftsprozeß kam in Gang. 12 Millionen Heimatvertriebene wurden integriert. Sie erwiesen sich jetzt nicht mehr als eine Belastung, sondern als reicher Schatz an Arbeitskräften und Kenntnissen.

An diesem Konzept, welches Ludwig Erhard 1948 zu verwirklichen begann, hat er seitdem unverrückbar festgehalten.
Die letzten Reste der Zwangswirtschaft wurden nach und nach abgebaut. Die notwendigen Wettbewerbsregeln, eine unerläßliche Voraussetzung für das Funktionieren des Marktes, wurden erlassen; Kartelle und Monopole wurden eingeschränkt.
Auch international kämpfte Erhard konsequent für den Abbau der Handelsschranken; der Zahlungsverkehr wurde Schritt für Schritt liberalisiert. Zeitweilig ganz auf sich allein gestellt, setzte Erhard die Abschaffung der Devisenbeschränkungen in Europa durch.

Die 13 Millionen Bürger unseres Landes, die im letzten Jahr Auslandsreisen gemacht haben, sollten sich daran einmal erinnern.

Die zweite Säule seiner Gesamtkonzeption war die Forderung nach sozialer Sicherung der Bürger, vor allem der Arbeitnehmer.

„Wohlstand für alle" hieß seine Devise. Soziale Marktwirtschaft nannte er seine gesellschaftspolitische Leitidee. So hat er an der besseren Ausgestaltung der Altersversorgung der Rentner mitgearbeitet. Aber auch die Mitbestimmung der Arbeitnehmer an den Entscheidungen der Unternehmer gehörte zu seinem Leitgedanken. Nur das Ausmaß der Mitbestimmung, nicht das Prinzip selbst beobachtete er kritisch.

Erhard brachte seine liberalen wirtschaftspolitischen Vorstellungen auch in die europäische Einigungsbewegung ein. Er war ein überzeugter Europäer. Aber er stemmte sich gegen einen europäischen Dirigismus. Die Sechser-Gemeinschaft war ihm zu eng. Er wollte das ganze freie Europa vereint sehen.

Die Wettbewerbsregeln in den Römischen Verträgen tragen seine Handschrift.

Am Ende seines Lebens konnte er mit Stolz feststellen, daß sich seine Wirtschaftspolitik, die „soziale Marktwirtschaft", durchgesetzt hatte — in der Bundesrepublik Deutschland, in weiten Teilen Europas und der übrigen Welt.

Es ist eine epochale Idee, die Liberalismus, Kapitalismus und Sozialismus im Sinne des 19. Jahrhunderts überwunden hat. Es ist die überzeugendste Antwort auf die Probleme unserer Zeit, die wir kennen.

Aber seine großen Erfolge fielen Ludwig Erhard nicht in den Schoß. Er mußte um sie kämpfen, zeitweilig von nur wenigen Getreuen unterstützt. Teile der Wissenschaft, starke politische Kräfte in unserem Lande stellten sich gegen ihn. Ein schlechtes Ende wurde ihm prophezeit. Erst als sein Erfolg offenkundig war, schwand der Widerstand, akzeptierten schließlich auch erbitterte Gegner die Richtigkeit seiner Lehre. . .

Ein Blick in die Gegenwart ...

Die Soziale Marktwirtschaft wird in der Bundesrepublik Deutschland von den wichtigsten politischen Parteien akzeptiert, wenn auch unterschiedliche Akzente gesetzt werden.
Der Auszug eines Vergleichs der wirtschaftspolitischen Aussagen in den Wahlprogrammen der Parteien zur Bundestagswahl 1980 untersucht diese Frage:

## Als Sachwalterin der sozialen Marktwirtschaft

Das beginnt bereits bei den Aussagen über den wirtschaftspolitischen Ordnungsrahmen. Niemand wird es verwundern, daß sich die CDU/CSU in der Nachfolge Ludwig Erhards als Sachwalterin der sozialen Marktwirtschaft sieht: sie will mit der Stärkung der Investitionsbereitschaft, der besseren Förderung selbständiger Existenzen, Eigenkapitalhilfen und anderen Maßnahmen die gefährdeten Grundlagen der marktwirtschaftlichen Ordnung sichern und der freien unternehmerischen Initiative eine Bresche schlagen. Auch die FDP läßt keine Zweifel daran, daß die Herausforderungen der achtziger Jahre am besten mit der sozial verpflichteten Marktwirtschaft zu meistern seien. Ähnlich wie die CDU will die FDP die Rahmenbedingungen im Steuer- und Wettbewerbsrecht so verbessern, daß der Wille zur Selbständigkeit nachhaltig gestärkt wird.

Ganz anders dagegen die SPD. Der Begriff „Soziale Marktwirtschaft" taucht im Wahlprogramm der Sozialdemokraten kein einziges Mal auf; dafür ist um so mehr von der „aktiven, vorausschauenden Strukturpolitik" die Rede. Langfristige Handlungsstrategien seien erforderlich, um drängende Probleme wie Arbeitslosigkeit, Energieversorgung, Umweltschutz und wachsenden Protektionismus zu lösen. Ein Kernsatz im wirtschaftspolitischen Programm der SPD lautet: „Die Wirtschaft muß bei grundsätzlicher Beibehaltung der Marktsteuerung stärker als bisher gesellschaftliche Notwendigkeiten berücksichtigen." Leider wird der Leser des Wahlprogramms nicht mit den „gesellschaftlichen Notwendigkeiten" vertraut gemacht; dazu muß er im „Orientierungsrahmen 85" nachschlagen, den die SPD auf ihrem Mannheimer Parteitag vor fünf Jahren verabschiedet hat.

Darin heißt es, daß die Steuerung der Produktion nach der Rentabilität des eingesetzten Kapitals vielfach zu Ergebnissen führe, die gesellschaftlich nicht hingenommen werden könnten. Erwünscht sei daher ein „Bundesentwicklungsplan" für Infrastrukturinvestitionen, der mit der staatlichen Festlegung qualitativer Kriterien (erwähnt werden Umweltschutz, Standortauflagen und Arbeitsschutzgesetzgebung) die privaten Investitionen in die gesellschaftlich erwünschte Richtung lenken könnte. Ergänzt wird das Ganze durch eine Anzeigepflicht für Investitionen einer bestimmten Größe, Investitionsauflagen und -verbote. Kurzum, hinter dem Wahlprogramm der SPD schimmert das wohlbekannte Konzept der Investitionslenkung durch, das die „Allokation der Ressourcen" nicht dem Markt, sondern einem allwissenden Staat überlassen will. Wegen der Reizwirkung der Begriffe wird zwar an keiner Stelle des Wahlprogramms von „Investitionslenkung" oder „Strukturräten" gesprochen, doch liegt die Abkehr vom marktwirtschaftlichen Regelmechanismus unleugbar in der Konsequenz der Ankündigungen.

Hort, Peter, FAZ vom 16. August 1980

- Suche das Gespräch mit Politikern der verschiedenen Parteien und befrage sie zur Wirtschaftsordnung!
- Besorge dir die Parteiprogramme und vergleiche die Aussagen zur Wirtschaftsordnung!

## 3.4. WAS TUT DER STAAT, UM DAS WIRTSCHAFTSGESCHEHEN ZU ORDNEN?

### Grundrechte, die vielen selbstverständlich erscheinen

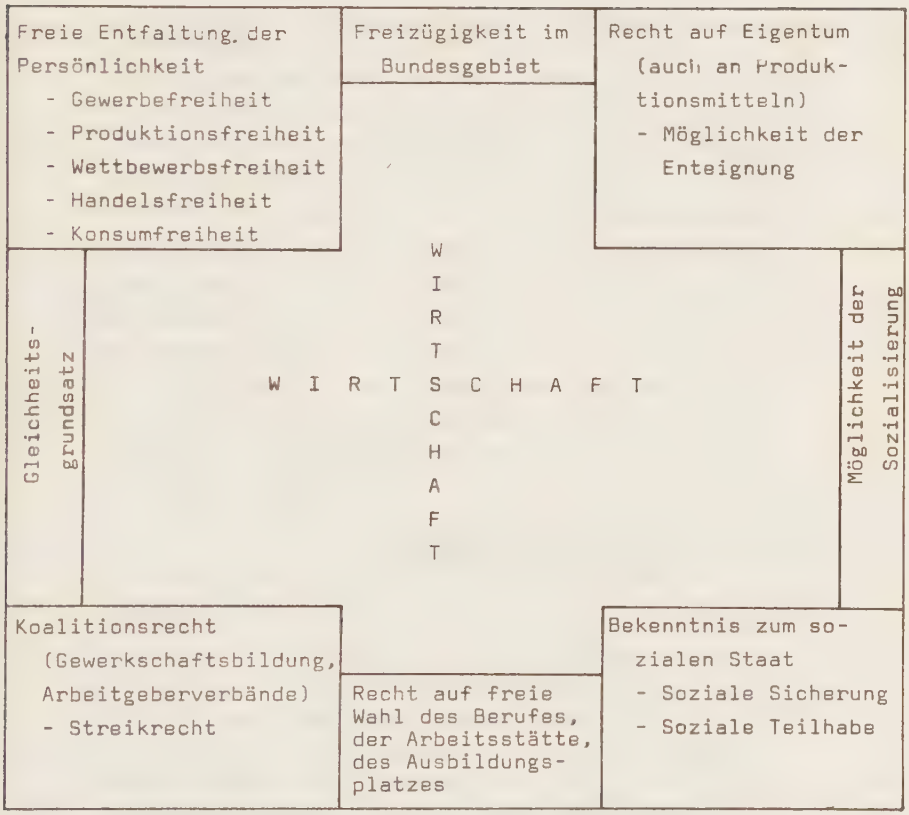
Harry Flott (19 J.) hat vor kurzem die Gesellenprüfung im KFZ-Handwerk mit der Traumnote 1,0 bestanden. Schon lange hat er Pläne geschmiedet, was er nach der Ausbildungszeit machen könnte (Meisterprüfung? Zusatzausbildung? Oder? Oder?).
Nach langem Überlegen entschloß er sich, auf seinem Grundstück (er hatte es vor einiger Zeit von seinem Vater geerbt), eine Tankstelle mit einer Autowaschanlage zu errichten. Da das Grundstück an einer stark befahrenen Straße liegt, versprach er sich ein gutes Geschäft. Ja, und beliebt war er auch in der kleinen Stadt (aktiver Fußballspieler, Mitglied in einer Jugendgruppe). Was sollte schon schiefgehen?

Kaum war sein Vorhaben in der Stadt bekannt, da schien der Plan plötzlich ins Wanken zu geraten. Die beiden anderen Tankstellenbesitzer waren nämlich alles andere als erfreut über den "neuen Kollegen". Sie verkündeten ganz offen und sagten jedem, der es hören oder nicht hören wollte, daß sie mit allen Mitteln die Errichtung einer weiteren Tankstelle verhindern wollten. Von Boykott und Protestaktionen war die Rede. Sie drohten auch schon all denen, die bei der neuen Tankstelle möglicherweise tanken würden. Wenn dieser Harry Flott

schon unbedingt eine Tankstelle haben müsse, dann soll er sie doch in der 10 km entfernten Nachbarstadt eröffnen, da sei das Angebot noch nicht so groß, meinten sie.

- Können die beiden Tankstellenbesitzer den Bau der Tankstelle verhindern? Beurteilt deren Äußerungen!
- Welche Argumente wird Harry Flott bringen?
- Versucht eure Meinung anhand des Grundgesetzes (Art. 1-20) zu begründen. Bildet Gruppen! Jede Gruppe übernimmt einige Artikel.
- Was sagen wohl die Auto-, Moped- oder Motorradfahrer in der Stadt?
- Was könnten die beiden bisherigen Tankstellenbesitzer tun, um trotzdem ihre Kunden zu behalten?
- Wie stellt sich die Situation für Harry Flott, wenn er die Tankstelle eröffnet und das Geschäft nicht "läuft"?
- Genauso könnten natürlich die beiden anderen Tankstellenbesitzer getroffen werden. Stellt euch vor, sie hätten Arbeitnehmer beschäftigt!

Garantien des Grundgesetzes




Die wirtschaftlichen Freiheitsrechte ermöglichen es jedem, der glaubt, die entsprechenden Fähigkeiten und finanziellen Grundlagen zu haben, Unternehmer zu werden, d. h. einen eigenen Betrieb zu eröffnen. Er muß

dann versuchen, sich neben den anderen schon bestehenden Betrieben zu behaupten. Diesem Konkurrenzdruck standzuhalten, ist nicht einfach und verlangt viel Kraft und Ausdauer. Konkurrenz bedeutet ständige Anstrengung, um die Gunst der Käufer auf seiner Seite zu haben. Für den Verbraucher ist es von Vorteil, wenn möglichst viele Unternehmen im Wettbewerb stehen. Für den Unternehmer hat die totale Konkurrenz nicht selten ruinöse Folgen und führt zur Schließung des Betriebs.
Prof. Dr. Ludwig Erhard und Prof. Dr. Alfred Müller-Armack: "Wettbewerb bedingt ein ständiges Wägen des eigenen Beitrages zum Markt und ein fortgesetztes Ringen um die beste sachliche Leistung zur Förderung der eigenen Stellung" ... Aber er darf nicht zum "Kampf aller gegen alle" werden.

In: Soziale Marktwirtschaft, Manifest 72, S. 56

Wettbewerb bedarf des Schutzes

Die Katholische Landjugend plante eine 3-tägige Informationsfahrt in die Bundeshauptstadt Bonn. Der Abgeordnete aus dem Wahlkreis hatte sie eingeladen. Solche Fahrten werden vom Staat bezuschußt. Allerdings müssen bei der Vorbereitung einige Dinge beachtet werden, z. B. ist es notwendig - falls mit dem Bus angereist wird - von mehreren Busunternehmen Kostenvoranschläge einzuholen. Gabi und Ursula, die mit der Vorbereitung betraut waren, schrieben die drei Busunternehmen in ihrem Landkreis an. Gewünscht wurde ein Angebot für eine dreitägige Bonnfahrt. Nach einigen Tagen bekommen sie Antwort.

Busunternehmen A : 1100,-DM
Busunternehmen B : 1100,-DM
Busunternehmen C : 1100,-DM

Was nun?
Da kam Ursula die Idee, doch noch ein viertes Unternehmen anzuschreiben. Gesagt, getan! Alle waren sichtlich überrascht, als das Angebot mit 950,-DM einging, und das, obwohl der Ort des Busunternehmers noch 40 km südlicher liegt (also weiter entfernt von Bonn). Dieses Unternehmen bekam den Auftrag.

Zur Diskussion:

- Welche Gründe sind für die einheitlichen Preise der Unternehmen möglich?
- Wer hat Vorteile, wer hat Nachteile? Denkt daran, daß es eigentlich fast Zufall war, daß noch ein viertes Unternehmen angeschrieben wurde.
- Habt ihr von ähnlichen Fällen schon gehört?
- Was kann (muß) dagegen getan werden?

Ein freier, ungehinderter Wettbewerb zwischen möglichst vielen Anbietern ist die Voraussetzung für eine funktionsfähige Marktwirtschaft. Wo harter Wettbewerb herrscht, der die Unternehmer ständig zwingt, Kosten einzusparen und technische Neuerungen ausfindig zu machen, um besser, leistungsfähiger zu sein als der Mitkonkurrent, da ist auch das Bestreben sichtbar, diesem Druck aus dem Weg zu gehen.
Wettbewerb hat einen Hang zur Selbstaufhebung, d. h. Unternehmer sprechen sich ab oder schließen sich zusammen.

Um den Wettbewerb möglichst aufrechtzuerhalten, hat der Bundestag 1957 das Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen (kurz: Kartellgesetz) erlassen. Es wird auch als Grundgesetz der sozialen Marktwirtschaft bezeichnet.

Verbot der Kartellbildung

Unternehmen der gleichen Branche ist es nicht gestattet, untereinander Absprachen (schriftlich oder mündlich) zu treffen, um sich einen Vorteil gegenüber dem Verbraucher zu schaffen. Die häufigste Art einer Wettbewerbsbeschränkung ist das Preiskartell, durch das die Preise untereinander abgesprochen werden. Eine andere Form ist z. B. das Gebietskartell, wo Absatzgebiete untereinander aufgeteilt werden. Diese Kartelle sind verboten. Die Einhaltung der Verbote werden von den Kartellbehörden (z. B. Bundeskartellamt in Berlin) überwacht.
Wenn die wirtschaftliche Notwendigkeit gegeben ist, können jedoch Kartelle genehmigt werden.
Beispiel: Inländische Unternehmen treffen auf Auslandsmärkten Absprachen, um gegenüber ausländischen Firmen konkurrenzfähiger zu sein.

- Kartellbildungen können häufig nicht verhindert werden. Wo liegen die Schwierigkeiten der Kartellbehörden, Mißbräuche, vor allem bei Preisabsprachen, zu überwachen?
- Aus welchen Gründen werden in bestimmten Fällen Kartelle doch gestattet?

Kontrolle der Unternehmenszusammenschlüsse

Unternehmen, die nahezu allein den Markt eines oder mehrerer Produkte bedienen, können andere Preise erzielen als die im Wettbewerb stehenden Hersteller. Wird sog. marktbeherrschenden Unternehmen ein Mißbrauch nachgewiesen, können die Kartellbehörden dagegen einschreiten. Es ist jedoch meist sehr schwierig, den Beweis für einen Mißbrauch zu erbringen. Beabsichtigte Zusammenschlüsse von Unternehmen müssen dem Kartellamt angezeigt werden. Entsteht durch diese Fusion eine marktbeherrschende Stellung, weil z. B. die beiden Firmen bei einem Produkt fast alleiniger Anbieter wären, untersagt das Kartellamt dieses Vorgehen.

## Bundesgerichtshof bestätigt Kartellamtentscheid gegen Springer

**Karlsruhe** (dpa)

Der Kartellsenat des Bundesgerichtshofes (BGH) hat die vom Bundeskartellamt ausgesprochene Untersagungsverfügung bestätigt, wonach der Axel-Springer-Verlag die Münchner Verlagsobjekte *Münchner Merkur* und *tz* nicht übernehmen darf. Damit ist das Untersagungsverbot des Bundeskartellamts, das bereits vom Kammergericht Berlin bestätigt worden war, rechtskräftig geworden. Der Springer-Verlag sowie der Münchener Zeitungs Verlag hatten gegen die Entscheidung des Bundeskartellamtes beim BGH Rechtsbeschwerde eingelegt. (AZ: KVR 2/80 vom 29. September 81)

Das Bundeskartellamt hatte im Juli 1978 entschieden, daß die Axel Springer Verlag AG ihre bisherige Minderheitsbeteiligung von 24,9 Prozent am Münchener Zeitungs Verlag nicht zu einer Mehrheit aufstocken darf. Im Oktober 1979 fand vor dem Kartellsenat des Berliner Kammergerichts eine mündliche Verhandlung über das vom Bundeskartellamt ausgesprochene Verbot statt.

Süddeutsche Zeitung
vom 30.9.1981

## Blumenkorb vom Kartellamt

**Berlin** (AZ). Das Bundeskartellamt hat in einer noch nicht rechtskräftigen Verfügung der Rewe-Zentral-Handelsgesellschaft mbH in Köln den geplanten Beteiligungserwerb von 50% an der Florimex Verwaltungsgesellschaft mbH in Nürnberg untersagt. In Süddeutschland hat Florimex auf dem Großhandelsmarkt mit Schnittblumen eine überragende Marktstellung. Nach Auffassung des Bundeskartellamtes würde durch den Zusammenschluß mit Rewe die überragende Marktstellung der Florimex-Gruppe zu Lasten ihrer kleinen und mittleren Wettbewerber weiter verstärkt.

Augsburger Allgemeine
vom 11.2.1981

- Verfolge in den Medien Aktivitäten der Kartellbehörden!
- Versuche von Politikern zu erfahren, wie eine Verbesserung des Kartellrechts aussehen könnte!

Zur Beobachtung der Entwicklung der Unternehmenskonzentration ist eine Monopolkommission eingesetzt, die aus fünf Experten besteht und alle zwei Jahre ein Gutachten über die aktuelle Lage erstellt. Trotz vorhandener gesetzlicher Bestimmungen ist aber ein Anwachsen von Fusionen zu verzeichnen. Vor allem kleine und mittlere Betriebe werden dadurch stark beeinträchtigt und letztlich natürlich auch die Verbraucher.

# Die Welle von Fusionen rollt ungebrochen weiter

## Bericht des Kartellamts — 38 Mill. DM Geldbuße in 28 Monaten

**Berlin** (dpa/vwd). Das Bundeskartellamt hat in den Jahren 1979/80 sowie in den ersten 4 Monaten 1981 Geldbußen von insgesamt 38 Mill. DM gegen 177 Unternehmen und deren leitende Mitarbeiter verhängt. Davon entfielen 26,6 Mill. DM auf die Entscheidung gegen 3 Verlage wegen verbotener Preisabsprachen beziehungsweise Preisabstimmung. Diese Angaben sind im jüngsten Bericht der Berliner Wettbewerbshüter über ihre Arbeit in den letzten beiden Jahren enthalten. Das Berliner Kammergericht sprach mittlerweile einen Verlag frei und setzte die Geldbußen für die beiden anderen auf 5 Mill. DM fest.

Trotz der im Frühjahr 1980 durch die 4. Kartellgesetznovelle verschärften Fusionsbestimmungen registrierte das Amt eine ungebrochene Welle von Zusammenschlüssen. 1979 wurden 602 und 1980 sogar 635 „Ehen" angezeigt. 1978 waren es nur 558 gewesen. In diesem Jahr sind bis Ende April 181 Benachrichtigungen eingegangen. Als Erwerber waren die 10 Großunternehmen BP, Veba, Haniel, Shell, Siemens, Ruhrkohle, DG-Bank, Salzgitter, RWE und Thyssen an fast jedem 4. Zusammenschluß beteiligt.

Oftmals, so das Kartellamt, seien es Serienaufkäufe, bei denen sich Großunternehmen durch Erwerb einer größeren Zahl mittelständischer Handelshäuser „systematisch in nachgelagerte Wirtschaftsbereiche eingekauft" hätten. Besonders hoch ist dem Bericht zufolge die Zahl solcher Anschlußkäufe im Brennstoffhandel, wo 1979/80 allein 140 mittelständische Händler mit einem Gesamtumsatz von über 1,5 Mrd. DM aufgekauft wurden. Um diese Entwicklung zu stoppen, untersagte das Kartellamt 2 Fälle (Texaco/Zerssen, Mobil Oil/Mertel).

12 Fusionen wurden 1979/80 im formellen Verfahren untersagt. In diesem Jahr waren es schon 4 Zusammenschlüsse (Gruner und Jahr/Zeitverlag; REWE/Florimex; Rheinmetall/WMF; Krupp/Total).

Die „Elefantenhochzeit" zwischen der Großhandelskette Metro und dem Kaufhof-Konzern will das Bundeskartellamt untersagen. Wie sein Präsident Wolfgang Kartte jetzt ankündigte, will die Behörde damit „angesichts der zunehmenden Konzentration im Handel" eine Grundsatzentscheidung des Bundesgerichtshofes herbeiführen. Metro hatte im Dezember 1980 eine 24%ige Beteiligung am Kaufhof erworben. Weitere 27% hatte die Schweizerische Bankgesellschaft, die Hausbank von Metro, übernommen.

Aus: Augsburger Allgemeine vom 30.6.1981

Fairness im Wettbewerb

Zunächst: wie's nicht sein soll ...

Beispiele:

Eine Firma preist die eigene, mäßige Ware überschwenglich an und macht die Konkurrenten schlecht.

Eine Firma bedient sich einfach des gut eingeführten Namens eines anderen Unternehmens.

Es wird der Versuch unternommen, Angestellte anderer Firmen zu bestechen, um daraus Vorteile zu ziehen.

Das Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb untersagt die Irreführung oder Täuschung und droht auch bei Verstößen gegen die "guten Sitten" Schadenersatz an. Werbung muß von den Grundsätzen der Wahrheit und Klarheit geprägt sein und sollte sich nicht auf Mitbewerber beziehen.
Weitere wichtige Regelungen zur Ordnung des Wettbewerbs enthält das Rabattgesetz. Es regelt den zulässigen Rabatt an Letztverbraucher. Die Zugabeverordnung gestattet keine Nebenleistungen, die in einem Mißverhältnis zum gekauften Gut stehen. Zum Kauf eines Anzugs darf z. B. keine Krawatte oder kein Hemd "geschenkt" werden, allenfalls ein Kleiderbügel wäre statthaft. Das Warenzeichengesetz schützt Inhaber eines Warenzeichens (z. B. Mercedesstern).

- Beobachte in Presseerzeugnissen oder im Fernsehen die Werbung! Ist der Wettbewerb immer fair?

Der Verbraucher muß erwachsen werden

Zwei Tage im Leben der 17jährigen Manuela Klar im Telegrammstil zusammengefaßt:

1. Tag: 18.56 Werbefernsehen ... Firma Samson stellt neue Stereoanlage vor (Typ: Orion 2000) ... Faszination bei Manuela ausgelöst ...

20.00 Finanzlage überprüft (Sparbuch 1.500,--, Taschengeld 100,--) ...

20.30 Prospekte studiert ...

21.00 Hausaufgaben abgeschlossen ...

22.00 Beginn einer - fast - schlaflosen Nacht ... Kauf der Stereoanlage ja/nein ... nein/ja ... Vater muß überzeugt werden ... Ratenkauf ... Alte Anlage geht zwar noch, muß aber weg ... Kauf einer billigeren Anlage

2. Tag: 8.00-13.00 Schule ... Erhebliche Konzentrationsschwächen wegen Orion 2000 ...

15.00 Elektrogeschäft ... Begeistert nach Oriontest ...

16.30 Erstes Gespräch mit Vater (sehr reserviert) ...

18.57 Werbefernsehen ... Orion 2000 muß her ...

19.30 Zweites Gespräch mit Vater (etwas aufgeschlossener)

20.15 Pilskneipe "Napoleon" ... Gespräch mit Ralf (studiert Politische Wissenschaft) ... Seine Meinung: Konsumterror

22.30 Erneut eine - fast - schlaflose Nacht

Nach langem Hin und Her kaufte schließlich der Vater die Anlage. Manuela mußte ihre Ersparnisse hernehmen. Den Rest zahlte ihr Vater. Allerdings bekam sie 1 Jahr lang monatlich 40,--DM weniger Taschengeld.

Gespräch:

- Manuela war nur auf die eine Anlage fixiert, hatte keine Vergleiche angestellt (Preis, Qualität). Von der alten Anlage wollte sie nichts mehr wissen,und den Gedanken, ein billigeres Gerät zu kaufen, verdrängte sie.
  Versucht,euch über die verschiedenen Gesichtspunkte dieser Situation einschließlich der Äußerungen und Verhaltensweisen der beteiligten Personen eine Meinung zu bilden.
- Hast du (oder vielleicht Bekannte) eine solche Situation schon erlebt?
- Was hätten Manuela und ihr Vater vor dem Kauf auf jeden Fall überlegen sollen?

Der freie Wettbewerb gestattet, nicht nur nach eigenem Belieben Waren zu produzieren, sondern schließt auch das Recht ein, mit vielseitigen und unterschiedlichsten Werbemitteln die Verbraucher auf die Produkte aufmerksam zu machen und sie über die Vorzüge zu informieren. Dies ist auch im Interesse der Verbraucher.

Kritiker der Sozialen Marktwirtschaft nehmen die Werbung hart ins Gericht. Sie bemängeln, daß durch die Werbung Wünsche geweckt und zu Bedürfnissen (s. S.318!) umfunktioniert werden. Den Menschen würde einfach eingeredet, was sie alles bräuchten. Schlagworte wie Konsumterror oder Manipulation machen die Runde.

Tagtäglich werden wir mit Werbung konfrontiert. Bereits bei der morgendlichen Zeitungslektüre fällt ein Prospekt heraus, sind Inserate zu lesen und sendet der Hörfunk neueste Angebote. Der Bogen schließt sich meist am Abend mit dem Werbefernsehen.

Entscheidend ist aber letztlich, daß niemand gezwungen wird, bestimmte Gegenstände zu kaufen. Jeder ist in seiner Entscheidung frei. Natürlich muß bei bestimmten Anlässen Standfestigkeit bewiesen werden.
Die folgenden 8 Tips helfen, im Sinne des Verbrauchers zu kaufen:

1 Den Einkauf planen
Überlegen Sie sich, bevor Sie einkaufen gehen, in Ruhe, was Sie brauchen. Vorsicht vor spontanen Käufen!
2 Unterschiedliche Preisbildung nutzen
Seit dem 1. 1. 1974 gibt es keine Preisbindung durch den Hersteller mehr (Ausnahme: Tabakwaren und Verlagserzeugnisse). Alle Preise können vom Händler frei festgesetzt werden.
3 Preisauszeichnung beachten
Alle Waren müssen mit dem Preis ausgezeichnet sein. Kaufen Sie keine Waren, die nicht preisausgezeichnet sind. Achten Sie bei Fertigpackungen auch auf das Gewicht. Bei »krummen« Gewichten muß der Grundpreis (Preis je Kilogramm) angegeben sein.
4 Preise vergleichen
Preisvergleiche lohnen sich, besonders nach dem Wegfall der Preisbindung. Besonders bei größeren Anschaffungen sollten Sie in mehreren Geschäften die Preise vergleichen. Die Verbraucherverbände führen von Zeit zu Zeit Preisvergleiche durch, die Ihnen die Information erleichtern.
5 Auf Qualität achten
Die Stiftung Warentest vergleicht bei vielen Waren die Qualität. Nutzen Sie diese Informationen, die in der Zeitschrift »test« erscheinen. »test« können Sie abonnieren, am Kiosk kaufen oder in den Verbraucherberatungsstellen einsehen. Berücksichtigen Sie jedoch auch die Garantieleistung und den Kundendienst.
6 Nach Sonderangeboten umsehen
Nehmen Sie echte Sonderangebote wahr, aber fallen Sie nicht auf »Lockvogelangebote« herein. Vergleichen Sie auch bei Sonderangeboten immer Preis und Qualität.
Günstige Sonderangebote bedeuten nicht, daß alle Waren in diesem Geschäft günstig angeboten werden.
7 Selbstbewußtsein zeigen
Lassen Sie sich beraten, aber nicht überreden. Haben Sie keine Scheu, ein Geschäft ohne etwas zu kaufen wieder zu verlassen, wenn Ihnen die Ware nicht gefällt oder zu teuer ist.
8 Verbraucherberatung fragen
Die Verbraucherberatung hält für Sie Testergebnisse der Stiftung Warentest bereit. Dort können Sie auch die Ergebnisse von Preisvergleichen erfahren. Nutzen Sie diese Informationen.

Aus: Verbrauchertips für junge Erwachsene, Deutscher Sparkassenverlag, Stuttgart 1979

Staatliche Verbraucherbestimmungen

In den obenstehenden Verbrauchertips sind bereits einige staatliche Vorschriften angesprochen, die dem Schutz des Verbrauchers dienen (z. B. Preisauszeichnungspflicht, Aufhebung der Preisbindung).
Gerade für den jugendlichen Konsumenten ist es wichtig zu wissen, ab welchem Alter er überhaupt Käufe tätigen darf, d. h. ab wann er geschäftsfähig ist. Kinder bis zum vollendeten 7. Lebensjahr sind nicht geschäftsfähig. Vom 7. bis zum vollendeten 18. Lebensjahr bedürfen die Käufe der Zustimmung der Eltern, es sei denn, der Kaufgegenstand ist von so geringem Wert, daß er aus dem Taschengeld bestritten werden kann. Ratenkäufe sind aber untersagt.

Abzahlungsgesetz

Betroffen sind Käufe, bei denen ganz oder teilweise in Raten bezahlt wird.

- Schriftform ist vorgeschrieben
- Barzahlungs- und Teilzahlungspreis und genaue Höhe der Raten sind anzugeben
- Widerrufmöglichkeit binnen 1 Woche
- Gerichtsstand ist am Wohnort des Käufers orientiert

Durch sog. Lebensmittelgesetze werden Regelungen getroffen, z. B. über die Haltbarkeit bei Konserven oder die Verwendung von Konservierungsstoffen.
Seit einigen Jahren besteht eine Textilkennzeichnungspflicht (Angaben über die Rohstoffe, aus denen die Textilien bestehen).

Wichtig ist auch das Gesetz zur Regelung des Rechts der Allgemeinen Geschäftsbedingungen (AGB-Gesetz). Dadurch soll

der Verbraucher vor allem gegen das "Kleingedruckte" in Verträgen geschützt werden.

- Versuche, bei der Stiftung Warentest eine Probenummer der Zeitschrift "test" zu bekommen!
- Suche dir einen Fotoapparat (Markengerät) heraus und vergleiche die Preise in verschiedenen Geschäften!
- Betrachte dir Werbesendungen oder Werbetexte! Wie sind sie aufgebaut? Worauf zielen sie ab?
- Hat Werbung für dich nur Informationscharakter?
- Wo liegen die Gefahren der Werbung?
- Was kann dagegen unternommen werden?

Start in den Beruf

Drei ehemalige Schüler berichten über ihre ersten Erfahrungen mit der Arbeitswelt.

Max Leicht (16 Jahre):

In meinem Ausbildungsbetrieb ist es eigentlich nur dann schlimm, wenn einige Kollegen krank sind. Dann heißt es schuften. Täglich oft über neun Stunden. Da kann's auch passieren, daß ich ans Fließband muß. Sogar am Samstag muß ich einspringen. Dann fühl ich mich einfach überfordert. Ansonsten habe ich echt den Eindruck, daß ich viel mitbekomme.

Ferdinand Klimm (19 Jahre):

Meine Ausbildung habe ich erfolgreich hinter mir. Die Enttäuschung kam einige Monate später, als man mir sagte, eine Weiterbeschäftigung sei wegen der rückgängigen

Produktion nicht mehr möglich, und das, obwohl ich ursprünglich eine feste Zusage auf eine Dauerbeschäftigung bekommen hatte. Ich fühle mich zu unrecht entlassen.

Rolf Gruber (17 Jahre):

Nach der Hauptschule wollte ich möglichst schnell Geld verdienen, deswegen interessierte mich eine Lehre nicht. Über das Arbeitsamt bekam ich einen Arbeitsplatz bei der Firma Schnittex, einer Holzfabrik in der Nähe meines Heimatortes. Der Lohn war nicht schlecht. Laut Tarifvertrag bekomme ich für die 40-Stunden-Wochenarbeitszeit 1500,--DM monatlich. Ich bin eigentlich zufrieden. Ärger gibts gelegentlich, wenn ich zur Berufsschule muß. Ach ja, noch was. Gelegentlich höre ich, daß einige Hilfsarbeiter ausgestellt werden sollen wegen irgendwelcher neuer Maschinen, die dann auch meine Arbeit machen sollen.

- Untersucht und diskutiert die von den jungen Arbeitnehmern angesprochenen Probleme!
  Notiert unklare Begriffe auf einen Zettel!

Jugendarbeitsschutz

Arbeitende Jugendliche sind sich nicht selbst überlassen. Das Jugendarbeitsschutzgesetz sichert ihnen viele Rechte, die der Arbeitgeber einhalten muß. Das Gesetz muß im Betrieb ausgehängt werden, wenn mehr als ein Jugendlicher beschäftigt ist.

Wesentliche Inhalte:

Verbot von Kinderarbeit (unter 14 Jahren) und der Beschäftigung von Jugendlichen unter 15 Jahren (Ausnahme: Berufsausbildungsverhältnis nach Erfüllung der Schulpflicht)

| Arbeitszeitschutz | Gesundheits- und Gefahrenschutz |
|---|---|
| Arbeitszeit bis zu 8 Stunden täglich und nicht mehr als 40 Stunden wöchentlich (Einlegung von Ruhepausen) | Keine Akkord- und Fließbandarbeit |
| 5-Tage-Woche | Verbot von gefährlichen Arbeiten |
| Samstag, Feiertage und Sonntag keine Beschäftigung (Ausnahmen möglich) | Menschengerechte Gestaltung der Arbeit |
| Freistellung zum Berufschulbesuch und bei Prüfungen | Unterweisung über Gefahren |
| Keine Nachtarbeit (Ausnahmen möglich) | Züchtigungsverbot |
| Urlaub (30 Werktage bei noch nicht 16jährigen, 27 Werktage bei noch nicht 17jährigen, 25 Werktage bei noch nicht 18jährigen Jugendlichen) | Ärztliche Erst- und Nachuntersuchung |

Gewerbeaufsichtsämter überwachen die Einhaltung dieser Bestimmungen.

- Höre dich bei deinen arbeitenden Bekannten um, ob sie das Jugendarbeitsschutzgesetz kennen und ob es bei ihnen eingehalten wird!

- Besorge dir ein Jugendarbeitsschutzgesetz! Du kannst es beispielsweise beim Deutschen Gewerkschaftsbund bekommen (Adresse steht im Telefonbuch).

Schutz für alle Arbeitnehmer

Nicht nur jugendliche Arbeitnehmer sind geschützt, sondern verschiedene Gesetze garantieren den Schutz aller arbeitenden Menschen. Der Abhängigkeit der Arbeitnehmer vom Arbeitgeber werden dadurch Schranken gesetzt.
Die Absicherung von Maschinen und sonstigen Betriebseinrichtungen, die Anstrengungen zur Krankheitsverhütung, die Arbeitszeitordnung, der Frauen- und Mutterschutz, die Rechte Schwerbehinderter, der Arbeitsplatzschutz bei Ableistung des Wehrdienstes und der Kündigungsschutz sollen besonders hervorgehoben werden.

Arbeitsschutz in der politischen Auseinandersetzung:

# Heftiges Tauziehen um Gesetz zum Arbeitsschutz

## Ehrenberg weist Vorwurf unnützer Reglementierung zurück

DÜSSELDORF (dpa). Zwischen der Bundesregierung und Arbeitgeberverbänden bestehen erhebliche Meinungsverschiedenheiten über das geplante neue Arbeitsschutzgesetz. Das ergab sich aus den Eröffnungsreden zum Kongreß „Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin" in Düsseldorf.

Vor 2000 Experten erklärte Arbeitsminister Herbert Ehrenberg, der soeben fertiggestellte Gesetzentwurf diene dazu, die Vielzahl der Vorschriften zusammenzufassen und die Schutzbestimmungen über den gewerblichen Bereich hinaus auszudehnen. Der Arbeitsschutz müsse aus der Gewerbeordnung herausgelöst werden. Dabei wolle Bonn die Mitwirkungsrechte der Gewerkschaften weiter stärken. So sollten bei den Gewerbeaufsichtsämtern paritätisch besetzte Arbeitsschutzbeiräte gebildet werden. Außerdem sei vorgesehen, bei aller Freiheit der Tarifpartner Höchstgrenzen für Arbeitszeiten und Mehrarbeit festzusetzen.

Nach Angaben des Ministers sollen 20 Gesetze und Verordnungen aufgehoben werden. Ziel sei ferner, Überschneidungen zwischen Berufsgenossenschaften und Gewerbeaufsicht zu verhindern. Man müsse sich fragen, ob nicht bestimmte Berufsgenossenschaften zusammengelegt werden können. Offen bleibe auch, ob es wirklich 73 Unfallversicherungsträger geben müsse. Als aktuelle Herausforderung des Arbeitsschutzes nannte Ehrenberg die Lärmschwerhörigkeit als „Berufskrankheit Nummer eins" und den Berufskrebs durch Asbest und andere mineralische Stoffe.

Demgegenüber betonte Werner Doetsch, stellvertretender Hauptgeschäftsführer der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, eine Vereinfachung ließe sich ohne weitere Reglementierung auch im Rahmen der bestehenden Ordnung erreichen. Der Arbeitsschutz habe sich bewährt, wie schon der Rückgang der Zahl tödlicher Berufsunfälle und -krankheiten um 40% seit 1970 beweise.

In: Augsburger Allgemeine vom 8.10.1981

- Wer nimmt vor allem Einfluß auf die Wirtschaftsgesetzgebung?
- Warum ist das Ringen der beteiligten Gruppen besonders intensiv?
- Trotz der verschiedenen Standpunkte sind Kompromisse sehr wichtig. Warum?

# Das Arbeitsamt Donauwörth informiert

**Das Arbeitsamt als moderne Dienstleistungseinrichtung hilft Ihnen mit Rat und Tat**
**schriftlich – telefonisch – persönlich**

Der Arbeitsamtsbezirk umfaßt die Landkreise Dillingen und Donau-Ries. Es gehören zu ihm 15 Einheitsgemeinden und 12 Verwaltungsgemeinschaften mit 56 Mitgliedsgemeinden. Die Städte Donauwörth, Dillingen/Lauingen und Nördlingen sind Mittelzentren.

Der Bezirk ist 2067 qkm groß und gilt im wesentlichen als verkehrserschlossen. Er zählt rund 195 000 Einwohner. 52% sind davon Frauen. Die Bevölkerungsdichte liegt bei 94 Einwohner pro qkm.

## Aufgaben – Leistungen – Daten

**Wir beraten**

Arbeitnehmer und Arbeitgeber über
- Ausbildungsstellensituation
- Arbeitsmarktlage
- Entwicklung in den Berufen
- Fortbildung und Umschulung
- Finanzielle Förderungsmöglichkeiten

**Wir vermitteln**

- Ausbildungsstellen
- Arbeitsplätze
- Arbeitskräfte
- Praktikantenstellen
- Ferienarbeit

**Wir fördern**

- Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen
- Rehabilitation
- Arbeitsaufnahme
- Einarbeitung
- Fortbildung und Umschulung

**Wir zahlen**

- Arbeitslosengeld
- Arbeitslosenhilfe
- Berufsausbildungsbeihilfe
- Kindergeld
- Konkursausfallgeld
- Kurzarbeitergeld
- Schlechtwetter- und Wintergeld
- Unterhaltsgeld
- Winterbauförderung

Der Haushalt des Arbeitsamtes Donauwörth umfaßte 1980 etwa DM 97 Millionen. Unter anderem wurden folgende Leistungen gewährt:

| | |
|---|---|
| Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen | DM 2,2 Mio |
| Arbeitslosengeld | DM 15,8 Mio |
| Arbeitslosenhilfe | DM 1,9 Mio |
| Berufsausbildungsbeihilfe | DM 1,9 Mio |
| Fortbildung und Umschulung | DM 2,0 Mio |
| Förderung der Arbeitsaufnahme | DM 0,9 Mio |
| Kindergeld | DM 54,3 Mio |
| Konkursausfallgeld | DM 0,1 Mio |
| Kurzarbeitergeld | DM 1,5 Mio |
| Rehabilitation | DM 2,5 Mio |
| Schlechtwettergeld | DM 4,5 Mio |
| Wintergeld | DM 3,1 Mio |
| Winterbauförderung | DM 0,3 Mio |

- Für welchen Personenkreis und für welchen Anlaß sind die o.g. Leistungen gedacht?
- Setze dich mit deinem Arbeitsamt in Verbindung (Adresse steht im Telefonbuch) und informiere dich über das Dienstleistungsangebot in deinem Heimatbereich!
- Vielleicht könnt ihr einen Vertreter des Arbeitsamtes in eure Klasse einladen, oder vielleicht läßt sich ein Besuch beim nächsten Arbeitsamt arrangieren.
- Informiere dich über den Umfang der Leistungen im Bundesgebiet!

Streitigkeiten im Arbeitsleben regeln Arbeitsgerichte

Für die Durchsetzung der Rechte aus dem Arbeitsverhältnis sind die Arbeitsgerichte zuständig. Klagen gegen eine Kündigung, Klagen auf Lohnzahlung oder Klärung von Mitwirkungsmöglichkeiten im Betrieb sind die Hauptursachen für arbeitsgerichtliche Entscheidungen.
Die Klage kann der Betroffene selbst verfassen oder sich durch einen Anwalt oder z. B. durch einen Gewerkschaftsvertreter formulieren lassen.
Das Verfahren ist kostengünstig und wird schnell abgewickelt.
Das Urteil wird von einem Berufsrichter (Jurist) und zwei Laienrichtern gefällt. Die Laienrichter kommen jeweils von der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerseite.
Besteht mit dem Urteilsspruch kein Einverständnis, kann man sich bei einem bestimmten Streitwert an das Landesarbeitsgericht und schließlich an das Bundesarbeitsgericht (Sitz: Kassel) wenden.

Berufliche Bildung - notwendiger denn je

## Brisante Jugendarbeitslosigkeit

Fast jeder zehnte Arbeitslose ist nicht älter als 20 Jahre. Das gilt für den Bund ebenso wie für Bayern, wo im September 20600 junge Leute eine Beschäftigung suchten — 5,9 Prozent mehr als im Vormonat. Für sie beginnt der Einstieg ins Berufsleben mit Ernüchterung und dem Gefühl, auf einem Abstellgleis gelandet zu sein, ehe sie überhaupt erst die Chance erhalten haben, Leistung zu beweisen. Hier droht gesellschaftspolitischer Zündstoff, dem die Arbeitsmarktpolitiker mit dem Hinweis auf leere Kassen offenbar hilflos gegenüberstehen.

Dennoch muß die auf den ersten Blick erschütternde Größe „Jugendarbeitslosigkeit" relativiert werden. So sind nach den Erfahrungen der Nürnberger Bundesanstalt für Arbeit drei Viertel jener jungen Leute, die heute einen Arbeitsplatz suchen, nicht länger als drei Monate ohne Stelle. Nicht selten leiten darüber hinaus den Arbeitgeber bei Entlassungen soziale Überlegungen: Ehe er einen Familienvater ausstellt, verzichtet er auf die Mitarbeit des Jungen.

Der Jugendliche wird zwar schneller arbeitslos, hat aber bislang auch die Chance, rascher als ein älterer Arbeitnehmer wieder eine Beschäftigung zu finden. Und seine Aussichten sind größer, wenn er eine abgeschlossene Berufsausbildung vorweisen kann. Die Jugendlichen haben dies durchaus erkannt, denn trotz rückläufiger Schulabgängerzahlen steigt die Zahl der Auszubildenden. Die Wirtschaft aber sollte berücksichtigen, daß in einigen Jahren ein deutlicher Arbeitskräftemangel auf sie zukommt.

Hanns-Rainer Strobl

In: Augsburger Allgemeine vom 6.10.1981

- Versucht, die wesentlichen Aussagen dieses Kommentars herauszufinden. Nehmt Stellung dazu!
- Wie stellen sich die Beschäftigungschancen für Jugendliche im Einzugsbereich eures Wohnortes?
- Welche Folgerungen sollte ein junger Mensch aus diesem Kommentar ziehen?

Jugendliche haben meist keine Schwierigkeiten, einen Arbeitsplatz zu bekommen, z. B. in der Fabrik als Hilfsarbeiter. Engpässe gab es allerdings in den vergangenen Jahren und gibt es auch heute noch in den sog. Traumberufen. Zu viele junge Leute streben in relativ wenige Berufe, deren Ausbildungsmöglichkeiten dann natürlich schnell erschöpft sind. Sicherlich sollte möglichst jeder einen Beruf nach seinen Neigungen und Vorstellungen erlernen. Allerdings, wenn es nicht klappt, gleich in Resignation zu verfallen und ganz auf eine berufliche Ausbildung zu verzichten, wäre total verfehlt. Bei etwas Mühe oder Zeitaufwand findet sich sicherlich Ersatz in einem ähnlichen Beruf. Eine Ausbildung sollte auf jeden Fall gemacht werden. Dies ist nicht nur im eigenen Interesse, sondern auch im Interesse der Wirtschaft insgesamt. Die Volkswirtschaft ist umso leistungsfähiger, je qualifizierter die Arbeitskräfte sind.
Allein schon deswegen hat auch der Staat Interesse an geordneten Berufsausbildungen.
Im Berufsbildungsgesetz sind die Rechte und Pflichten des Auszubildenden und des Ausbildenden ausdrücklich genannt. Der Ausbildungsvertrag muß schriftlich abgeschlossen werden. Der Ausbilder muß bestimmte persönliche und fachliche Qualifikationen vorweisen.

- Weitere Informationen hierzu kannst du von der Industrie und Handelskammer (Adresse ist bei der Gemeindeverwaltun zu bekommen) oder beim Deutschen Gewerkschaftsbund erhalten.

## Unternehmensführung

Zwei Beispiele:

Emma Meier betreibt seit 28 Jahren an der Ecke Gartenstraße einen Lebensmittelladen mit einer Verkaufsfläche von 16 qm zuzüglich eines Lagers mit 6 qm. Sie ist selbständige Unternehmerin. Vom Einkauf bis zum Verkauf, von der Buchführung bis zum Putzen der Geschäftsräume erledigt sie alles selbst.

In der nahen Kreisstadt produziert die Monax AG Landmaschinen und ergänzend seit einigen Jahren Wohnwägen. Insgesamt sind 2500 Personen beschäftigt. Die Gesamtanlage des Unternehmens umfaßt 40000 qm. Es ist gegliedert in Einkauf, Produktion, Absatz und in die allgemeine Verwaltung. Die Unternehmensführung hat der Vorstand.

Aus den beiden Beispielen wird ersichtlich, daß die Führung von Unternehmen nach Aufbau, Größe und Eigentumsverhältnissen unterschiedlich sein muß.
Es sind verschiedene Rechtsformen möglich. Die wichtigsten wollen wir uns etwas näher ansehen. Außer der Einzelunternehmung haben alle Unternehmen mehrere Eigentümer.

### Einzelunternehmung

Typisch für den Kleinbetrieb: Der Kaufmann ist alleiniger Eigentümer, hat die Leitungsbefugnis, kassiert den Gewinn und trägt allein das Risiko. Näheres: Handelsgesetzbuch

### Offene Handelsgesellschaft - OHG -

Typisch für Klein- und Mittelbetriebe: Geschäftsführung liegt bei den gleichberechtigten Gesellschaftern. Gewinn muß geteilt werden, Risiko teilt sich unter den Eigentümern auf. Näheres: Handelsgesetzbuch

Kommanditgesellschaft - KG -

Typisch für Mittelbetriebe: zwei Arten von Gesellschaftern (Komplementäre und Kommanditisten); Geschäftsführung liegt bei den Komplementären, sie tragen ein uneingeschränktes Risiko; Kommanditisten haften nur in Höhe ihrer Einlage und haben Kontrollrechte; Gewinne werden nach genauen Regeln verteilt. Näheres: Handelsgesetzbuch

Gesellschaft mit beschränkter Haftung - GmbH -

Kommt bei Unternehmen aller Größenordnungen vor. Mindestens zwei Gesellschafter notwendig, Bestellung eines Geschäftsführers notwendig, Gesellschafterversammlung trifft grundlegende Entscheidungen, Gewinn wird im Verhältnis der Geschäftsanteile verteilt. Risiko der Gesellschafter erstreckt sich nur bis zur Höhe der Einlagen. Näheres: GmbH-Gesetz

Aktiengesellschaft - AG -

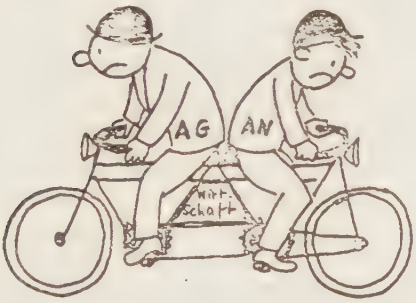
Typisch für Großunternehmen: Gesellschafter sind die Aktionäre, d.h. die Inhaber von Aktien (Anteile am Grundkapital). Die Leitungsbefugnis liegt beim Vorstand. Er wird vom Aufsichtsrat bestellt und von ihm kontrolliert. Das Gremium der Aktionäre ist die Hauptversammlung, die einen Teil des Aufsichtsrats wählt und den Gewinn verteilt. Die Haftung der Gesellschafter ist auf ihren Anteil begrenzt. Näheres: Aktiengesetz

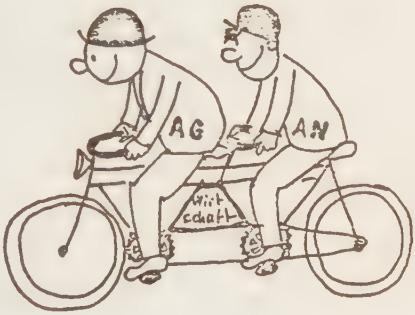
Genossenschaft

Sie ist eine Sonderform (z. B. Konsum- oder Kreditgenossenschaftsform). Das zentrale Ziel ist die Förderung der Mitglieder (sog. Genossen). Der Vorstand führt die Geschäfte. Der Aufsichtsrat übt Kontrollrechte aus. Beide werden von der Generalversammlung, die sich aus den Genossen zusammensetzt, gewählt. Die Genossen erhalten Gewinnanteile und haften in der Höhe ihres Geschäftsguthabens. Näheres: Genossenschaftsgesetz

## Miteinander oder Gegeneinander - Arbeitgeber und Arbeitnehmer

Zwei Möglichkeiten:




In einer sozialen Marktwirtschaft sind Unternehmer und Arbeitnehmer als Partner zu sehen, die zwar von der Ausgangsposition her durchaus unterschiedliche Interessen verfolgen können, sich aber der gemeinsamen Aufgabe bewußt sein müssen. Durch ihre Leistungen soll den Menschen eine möglichst angenehme Existenz ermöglicht werden. Partnerschaft erfordert gegenseitiges Verständnis, Toleranz und ein "klares Bild" von der anderen Seite.

Die Tatsache, daß der Arbeitnehmer im wesentlichen nur mit seiner Arbeitskraft Einkommen erzielen kann, ist gleichermaßen zu sehen wie die besondere Einsatz- und Risikobereitschaft eines verantwortungsbewußten Unternehmers. Ein Unternehmen kann zudem nur dauerhaft existieren, wenn Gewinne erzielt werden.

In der Bundesrepublik Deutschland haben in den vergangenen Jahrzehnten Arbeitnehmer und Arbeitgeber trotz gelegentlicher Auseinandersetzungen gut zusammengearbeitet. Dies ist vor allem auch ein Verdienst der Gewerkschaften (DGB, Christlicher Gewerkschaftsbund, Deutsche Angestelltengewerkschaft) und der Arbeitgeberverbände. Das Zusammenwir-

ken beider Gruppen kommt in der Bezeichnung "Sozialpartner" treffend zum Ausdruck.

- Welche Regelung trifft das Grundgesetz zur Vereinigungs- oder Koalitionsfreiheit?
- Befrage Arbeitnehmer und Unternehmer nach ihrer Meinung zum sozialen Klima in der Bundesrepublik!

Tarifautonomie

# Tarifstreit im Einzelhandel

**Verhandlungen vorerst gescheitert / Schlichtungsverfahren beantragt**

**MÜNCHEN (SZ) – Im Zusammenhang mit den geplatzten Manteltarifverhandlungen im bayerischen Einzelhandel hat die Arbeitgeberseite am Dienstag erneut versichert, daß sie kein Interesse an einer Zuspitzung des Tarifstreites habe. Man hoffe immer noch, daß die Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen (HBV) im Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB) einlenken und von den in den letzten Wochen für die Weihnachtszeit angedeuteten Kampfmaßnahmen absehen werde.**

Aus: Süddeutsche Zeitung vom 2.10.1981

Die Sozialpartner können weite Teile der Arbeitsbedingungen und die Löhne in eigener Verantwortung, ohne Einmischung des Staates, regeln.
Dieses Recht wird als Tarifautonomie bezeichnet.
Die Vereinbarungen werden durch Tarifverträge für Arbeitgeber und Arbeitnehmer verbindlich.
Nach dem Inhalt werden folgende Tarifarten unterschieden:

Manteltarif: Regelt z. B. Urlaub, Kündigungsfristen und Lohngruppen

Lohn- und Gehaltstarife: Regeln Höhe der Löhne und Gehälter

Ist eine Einigung zwischen den Tarifvertragspartnern nicht möglich, können beide Seiten sog. wirtschaftliche Kampfmittel einsetzen. In der Regel wird jedoch vorher ein Schlichtungsverfahren durchgeführt, bei dem geeignete Fachleute zu vermitteln suchen. Scheitern alle Einigungsbemühungen, können die Arbeitnehmer durch gezielte, organisierte Arbeitsniederlegung (Streik) ihren Forderungen Nachdruck verleihen. Mindestens 75 % der gewerkschaftlich organisierten Arbeitnehmer müssen sich in einer Urabstimmung für diese Maßnahme entscheiden. Gewerkschaftsmitglieder bekommen während des Ausstandes Streikgelder.
Als Gegenmittel setzen die Arbeitgeber die sog. Aussperrung ein, mit der sie die Arbeitnehmer von der Arbeit ausdrücklich ausschließen. Das Arbeitsverhältnis ruht während dieser Zeit. Gewerkschaftlich organisierte Arbeitnehmer bekommen dann ebenfalls Streikgelder.

- Welche Verantwortung ergibt sich aus der Tarifautonomie für die Sozialpartner?
- Die Bundesrepublik Deutschland gehört zu den Ländern mit den wenigsten Streikzeiten. Welche positiven Gesichtspunkte sind daraus abzuleiten?
- Beurteile die Situation der nicht organisierten Arbeitnehmer beim Arbeitskampf!

Jugendvertreter Walter Huber (21 Jahre) berichtet ...

Seit meinem 15. Lebensjahr arbeite ich als Mechaniker bei der Monax AG. Zunächst war ich Auszubildender und heute bin ich Geselle. Vor einigen Jahren wurde ich in die betriebliche Jugendvertretung gewählt. Damit habe ich das Recht, an Betriebsratssitzungen teilzunehmen, und kann mitstimmen, soweit überwiegend Anliegen ju-

gendlicher Arbeitnehmer betroffen sind. Meine Aufgabe sehe ich vor allem in der Interessenvertretung der jungen Kollegen. Die Arbeiten des Betriebsrates erledigt vor allem der Betriebsratsvorsitzende, der von der Arbeit freigestellt ist. Ich finde die Tätigkeit als Jugendvertreter sehr interessant. Einen kleinen Einblick in die vielfältigen Probleme eines Betriebes habe ich schon. Außerdem kann ich Mitarbeitern helfen. Gelegentlich bekommt man auch mit, daß es zwischen den Betriebsräten und der Unternehmensführung Spannungen gibt. Da geht's durchaus hart zu, da schenkt sich keine Seite was. Aber sie haben sich noch immer zusammengerauft.

- Warum sind Mitwirkungs- und Mitbestimmungsrechte der Arbeitnehmer notwendig und gerechtfertigt?
- Warum kommt es zwischen Betriebsrat und Unternehmensführung zu Spannungen?
- Äußere dich zur Notwendigkeit des "Aufeinanderzugehens"!

## Mitbestimmung und Mitverantwortung durch die Arbeitnehmer

### Der Betriebsrat

In allen Betrieben mit mindestens fünf Beschäftigten (von denen 3 wählbar sein müssen) ist ein Betriebsrat als Interessenvertretung der Arbeitnehmer zu wählen. Die Zahl der Betriebsräte richtet sich nach der Größe des Betriebs. Sie werden auf die Dauer von drei Jahren gewählt. Ab 300 Beschäftigte ist mindestens ein Betriebsratsmitglied von der Arbeit freizustellen.

| Mitbestimmungsrechte in sozialen Angelegenheiten | Mitwirkungsrechte in personellen Angelegenheiten | Informationsrechte in wirtschaftlichen Angelegenheiten |
|---|---|---|
| betreffen die gesamte Belegschaft | betreffen den einzelnen Arbeitnehmer | betreffen den Betrieb |
| ↓ | ↓ | ↓ |
| Beispiele: | Beispiele: | Beispiele: |
| Beginn und Ende der Arbeitszeit | Einstellung von Personal (ab einer bestimmten Betriebsgröße) | Betriebsveränderung durch Zusammenschluß mit einem anderen Betrieb |
| Aufstellung allgemeiner Urlaubsgrundsätze | Versetzung eines Arbeiters | Stillegung des Betriebs |
| Einführung von technischen Einrichtungen zur Leistungsüberwachung | Höhergruppierung eines Facharbeiters | Verlegung des Betriebs |
| Einrichtung einer Betriebsbücherei | | Einführung neuer Fertigungsverfahren |
| Einbau einer Entlüftungsanlage | | |

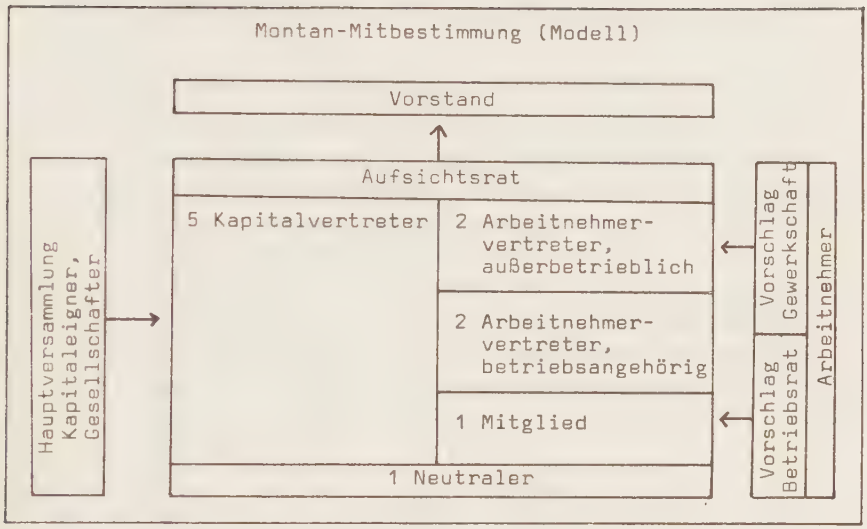
- Suche das Gespräch mit einem Betriebsratsvertreter (Anruf bei einem Betrieb)!
- Besorge dir das Betriebsverfassungsgesetz von 1972 und suche weitere Befugnisse des Betriebsrates!
- Versuche ausfindig zu machen, wo die Einflußmöglichkeiten stärker bzw. schwächer sind!
- Beurteile die Position der Arbeitnehmervertretung im Betrieb!

- Reichen die Rechte aus oder sollten sie noch erweitert werden?

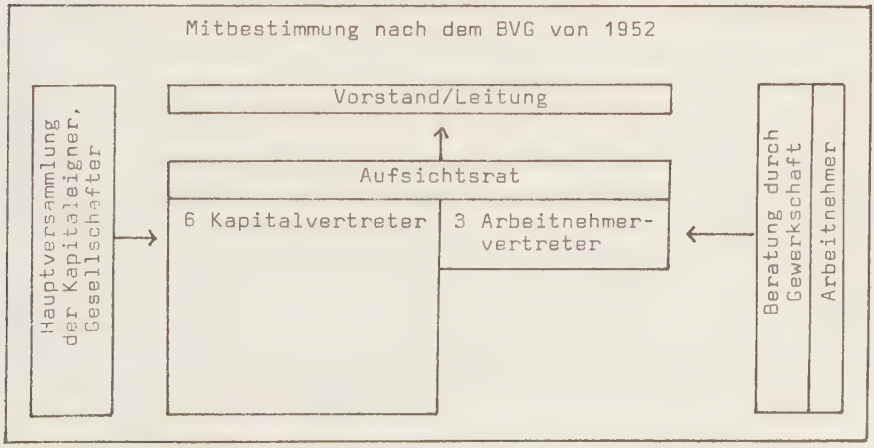
Einfluß der Arbeitnehmer auf die Unternehmensführung

Aus verständlichen Gründen wollen sich die Gewerkschaften auf die geschilderten Einflußmöglichkeiten nicht beschränken, sondern streben vor allem auch danach, in den eigentlichen Entscheidungszentren der Unternehmen ihre Stimme erheben zu können. Ziel ist die Gleichberechtigung (Parität) mit den Vertretern der Arbeitgeberseite im Aufsichtsrat. In der politischen Diskussion der vergangenen Jahrzehnte war die Ausweitung der Mitbestimmung eigentlich ständig aktuell. Vor allem Gewerkschaften, Sozialdemokraten und der Arbeitnehmerflügel der Christsozialen und Christdemokraten waren die treibenden Kräfte für die Erweiterung der Mitbestimmungsrechte.
Folgende Vorstellungen konnten bislang politisch durchgesetzt werden:

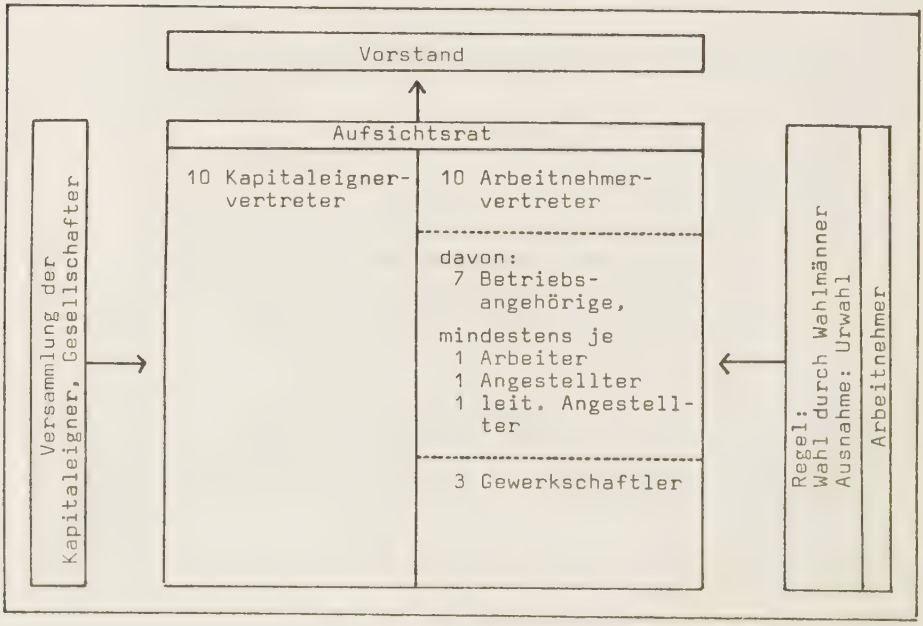
1. Im Bereich der Eisen- und Stahlerzeugung und im Bergbau konnte bereits 1951 eine paritätische Besetzung des Aufsichtsrates erreicht werden. Außerdem hat der Aufsichtsrat einen Arbeitnehmervertreter als Arbeitsdirektor in den Vorstand zu entsenden.




2. In anderen Betrieben bis zu 2000 Beschäftigten wird der Aufsichtsrat mit 1/3 Arbeitnehmervertretern besetzt (Grundlage: Betriebsverfassungsgesetz von 1952)



3. Im Jahre 1976 verabschiedete der Bundestag nach hartem politischem Ringen ein Mitbestimmungsgesetz, das für Unternehmen mit über 2000 Beschäftigten zur Anwendung kommt. Heftig umstritten war vor allem die Frage, ob ein leitender Angestellter noch den typischen Arbeitnehmern zugeordnet werden kann. Bejaht man dies, dann sind Arbeitgeber und Arbeitnehmer gleichberechtigt im Aufsichtsrat vertreten. In diesen Unternehmen ist ebenfalls ein Arbeitsdirektor als Arbeitnehmervertreter in den Vorstand zu entsenden.
   Die Mitbestimmung in Unternehmen mit 20 000 Beschäftigten nach dem Mitbestimmungsgesetz von 1976:



Gesunde Wirtschaft - die Grundlage für die soziale Sicherheit

Das Schicksal hat zugeschlagen:

Fall 1: Der 23jährige Max Pech verursachte wegen überhöhter Geschwindigkeit einen Verkehrsunfall und ist seit dieser Zeit teilweise gelähmt. Eine Berufsausübung ist nicht mehr möglich. Seit dem 16. Lebensjahr hatte er gearbeitet.

Fall 2: Obwohl die Betriebsleitung und der Ausbildungsleiter unzählige Male auf die Schutzbestimmungen hingewiesen hatten, hält sich der Auszubildende Hannes Leicht nicht daran und verletzt sich schwer an einer Maschine.

Fall 3: Beim Skikurs stürzt Sibylle Baldauf und bricht sich das Bein. Zwei Wochen Krankenhausaufenthalt und weitere vier Wochen Arbeitsausfall sind die Folgen.

Fall 4: Gabi wollte nach der Hauptschule keine Ausbildung mehr absolvieren und arbeitete deswegen in der Fabrik als Hilfskraft. Im Zuge von Rationalisierungen wurde ihr Arbeitsplatz eingespart. Was nun? Sie war drei Monate arbeitslos.

Fall 5: Martins Eltern kamen unverschuldet in eine Notlage, die nicht nur das kleine Vermögen vernichtete, sondern auch erhebliche Schulden verursachte.
Im Haushalt leben noch die zwei Geschwister von Martin. Der Vater verdient monatlich 1300,--DM. Die Miete beträgt 450,--DM. Zins und Tilgung für die Schulden betragen 300,--DM. Vom Restbetrag kann die Familie nicht ernährt werden. Martin besucht die 11. Klasse der Fachoberschule.

Art. 20 Abs. 1 Grundgesetz:

Die Bundesrepublik Deutschland ist ein demokratischer und sozialer Bundesstaat.

§ 1 Sozialgesetzbuch

§ 1

**Aufgaben des Sozialgesetzbuchs**

(1) Das Recht des Sozialgesetzbuchs soll zur Verwirklichung sozialer Gerechtigkeit und sozialer Sicherheit Sozialleistungen einschließlich sozialer und erzieherischer Hilfen gestalten. Es soll dazu beitragen,

ein menschenwürdiges Dasein zu sichern,

gleiche Voraussetzungen für die freie Entfaltung der Persönlichkeit, insbesondere auch für junge Menschen, zu schaffen,

die Familie zu schützen und zu fördern,

den Erwerb des Lebensunterhalts durch eine frei gewählte Tätigkeit zu ermöglichen und

besondere Belastungen des Lebens, auch durch Hilfe zur Selbsthilfe, abzuwenden oder auszugleichen.

(2) Das Recht des Sozialgesetzbuchs soll auch dazu beitragen, daß die zur Erfüllung der in Absatz 1 genannten Aufgaben erforderlichen sozialen Dienste und Einrichtungen rechtzeitig und ausreichend zur Verfügung stehen.

- Welche grundsätzliche Pflicht ergibt sich für den Staat im Zusammenhang mit den geschilderten Ereignissen?

Ein Auszug aus dem staatlichen Leistungskatalog ...

Rentenversicherung

Alle Arbeitnehmer sind in die gesetzliche Rentenversicherung aufgenommen. Anspruch auf Rente besteht, wenn mindestens für 60 Monate Beiträge entrichtet wurden und Erwerbsunfähigkeit eintritt. Altersruhegeld wird bezahlt, wenn für mindestens 180 Monate Beiträge entrichtet wurden.

Unfallversicherung

Aus der gesetzlichen Unfallversicherung werden vor allem Leistungen bei Arbeitsunfällen und Berufskrankheiten gewährt. Die Beiträge entrichten Unternehmer und zum Teil auch staatliche Stellen. Versichert sind auch Schüler auf dem Weg zu "ihrem Arbeitsplatz", der Schule.

Krankenversicherung

Die gesetzliche Krankenversicherung tritt zum Schutz des Versicherten und seiner Familie ein, wenn die Gesundheit zu erhalten oder wiederherzustellen ist. Sie wird durch Beiträge finanziert, die je zur Hälfte vom Arbeitgeber und Arbeitnehmer getragen werden.

Lohnfortzahlung

Arbeitern wird bei Arbeitsunfähigkeit infolge Krankheit das Arbeitsentgelt bis zu sechs Wochen weiterbezahlt.

Arbeitslosenversicherung

Arbeitnehmer, die vorübergehend nicht beschäftigt sind, haben Anspruch auf Arbeitslosenunterstützung. Sie wird entweder als Arbeitslosengeld (68 % des Arbeitsentgelts) oder als Arbeitslosenhilfe (58 % des Arbeitsentgelts) gewährt.

Sozialhilfe

Wer seinen Lebensunterhalt nicht selbst bestreiten kann oder sich in einer schwierigen Lebenslage befindet, die

er selbst nicht meistern kann, hat Anspruch auf Sozialhilfe. Sobald die Notlage bekannt ist, hat die Sozialhilfe einzusetzen.

Wohngeld

Zu den Aufwendungen für eine angemessene Wohnung (z. B. Miete) wird in bestimmten Fällen ein staatlicher Zuschuß gewährt.

Kindergeld

Der Staat gewährt Kindergeld, und zwar für das 1. Kind 50,--DM, für das 2. Kind 100,--DM, für das 3. Kind 220,--DM und ab dem 4. Kind 240,--DM.

Ausbildungsförderung

Der Staat gewährt Ausbildungsförderung bei beruflicher und schulischer Ausbildung, z. B. auch beim Besuch der Fachoberschule. Bestimmte Einkommensgrenzen dürfen jedoch nicht überschritten werden.

Mit diesen sozialen Sicherungsmaßnahmen sind jedoch die staatlichen Unterstützungen noch lange nicht erschöpft.

- Informiere dich nochmals über Leistungen des Arbeitsamtes (s. S. 358)
- Erkundige dich z. B. im Rathaus deiner Gemeinde oder im Landratsamt über weitere Hilfen!

- Besorge dir nähere Informationen über oben genannte Unterstützungen (s. Anschriftenverzeichnis: Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung)!
- Vor welchen zentralen Fragen stehen die verantwortlichen Politiker, wenn sie Not der Bürger - soweit als irgendwie möglich - abbauen wollen?

- Welche Abhängigkeit symbolisert diese Zeichnung?

Staatliche Leistungen für die soziale Sicherung der Menschen müssen finanziert werden, d. h. der Staat muß Gesetze erlassen, durch die vor allem die arbeitenden Bürger verpflichtet werden, bestimmte Beiträge abzuführen, oder er vereinnahmt Steuern und sonstige Abgaben, die dann wieder in gewissem Umfang verteilt werden.
Je besser die Wirtschaft funktioniert, je mehr Menschen einen Arbeitsplatz haben, desto höher sind die Steuereinnahmen und desto weniger werden Sozialleistungen in Anspruch genommen (z. B. Arbeitslosenhilfe).

Kommt eine Periode schwächerer Wirtschaftstätigkeit (z. B. durch allgemeine Unsicherheit), gehen auch die Einnahmen des Staates zurück und damit die Möglichkeit, an sozial Bedürftige umzuverteilen. Aber gerade in solchen Zeiten besteht eine gesteigerte Notwendigkeit für staatliche Hilfen.

Mit wenigen Ausnahmen ist die Wirtschaft der Bundesrepublik Deutschland in den vergangenen Jahrzehnten ständig gewachsen, d. h. es werden immer mehr Güter und Dienstleistungen produziert.

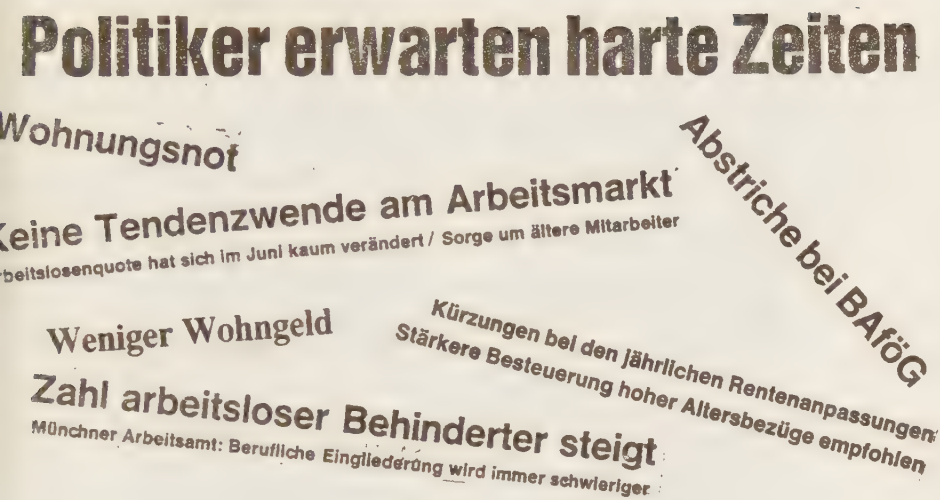
Deswegen konnten die Sozialleistungen auch ständig gesteigert werden - so weit, daß gegenwärtig fast keine materielle Notlage mehr vorstellbar ist, in der nicht geholfen werden kann.

Die folgende Abbildung zeigt das Ansteigen des Sozialhaushaltes (Budget) ab 1960:

| Jahr | Leistungen | | | |
|---|---|---|---|---|
| | insgesamt | davon | | |
| | | Einkommens-leistungen | Sach-leistungen | Allg. Dienste u. Leistungen |
| | Mio DM | | | |
| 1960 | 62 772 | 50 166 | 8 912 | 3 694 |
| 1961 | 69 755 | 55 688 | 10 070 | 3 997 |
| 1962 | 76 289 | 60 679 | 11 184 | 4 426 |
| 1963 | 81 500 | 64 475 | 12 334 | 4 691 |
| 1964 | 89 111 | 70 397 | 13 742 | 4 972 |
| 1965 | 112 679 | 90 832 | 16 047 | 5 800 |
| 1966 | 124 651 | 99 700 | 18 799 | 6 152 |
| 1967 | 133 376 | 105 991 | 20 840 | 6 545 |
| 1968 | 141 813 | 112 544 | 22 327 | 6 942 |
| 1969 | 153 587 | 121 138 | 24 885 | 7 564 |
| 1970 | 174 736 | 137 156 | 28 648 | 8 932 |
| 1971 | 198 786 | 152 937 | 35 489 | 10 360 |
| 1972 | 223 960 | 170 660 | 41 391 | 11 909 |
| 1973 | 252 634 | 190 126 | 48 542 | 13 866 |
| 1974 | 288 937 | 213 658 | 60 218 | 15 061 |
| 1975 | 330 288 | 242 042 | 70 876 | 17 370 |
| 1976 | 354 947 | 259 993 | 76 933 | 18 021 |
| 1977 | 380 605 | 279 457 | 81 156 | 19 992 |
| 1978 | 403 479 | 296 116 | 86 356 | 21 007 |
| 1979 | 425 091 | 309 245 | 93 266 | 22 581 |
| 1980s | 449 472 | 325 169 | 99 722 | 24 581 |
| 1984s | 576 709 | 416 652 | 127 598 | 30 459 |

Aus: Statistisches Taschenbuch 1981, herausgegeben vom Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung

Im Gespräch unserer Zeit ...




Die Schlagzeilen sind großen deutschen Tageszeitungen wie der Frankfurter Allgemeinen, der Süddeutschen und der Augsburger Allgemeinen im Jahre 1981 entnommen.

Gespräch

- Diskutiert die Hintergründe und Folgen dieser Presseausschnitte! Welche Aussage über die wirtschaftliche Entwicklung lassen sie zu? Warum sind die Politiker gefordert?
- In der Öffentlichkeit wird gerade in jüngster Zeit der Mißbrauch mit sozialen Leistungen diskutiert. Was ist damit gemeint? Wie ist dieses Verhalten zu beurteilen?

## Vermögenspolitik – ohne Perspektive?

**Mit der Verabschiedung des Subventionsabbaugesetzes durch Bundestag und Bundesrat und der Veröffentlichung des Gesetzes im Bundesgesetzblatt treten die für die Sparförderung getroffenen Einschränkungen in Kraft.**

- Die Prämienbegünstigung nach dem Spar-Prämiengesetz entfällt für neue Sparverträge, die nach dem 12. November 1980 abgeschlossen worden sind. Für Sparleistungen auf diese Verträge wird also keine Sparprämie mehr gezahlt.
- Für Sparverträge nach dem Spar-Prämiengesetz, die vor dem 13. November 1980 abgeschlossen worden waren, bleibt die Prämienbegünstigung bis zum Ende der Einzahlungsfrist dieser Verträge erhalten. Dabei müssen die üblichen prämienrechtlichen Voraussetzungen (z. B. Einzahlungsfristen, Einkommensgrenze usw.) gegeben sein.
- Für vermögenswirksame Leistungen wird neben der Arbeitnehmersparzulage ab 1982 keine weitere Vergünstigung gewährt. Die bisher eingeräumten zusätzlichen Vorteile – Sparprämie, Bausparprämie oder Steuervorteile für Bauspar- oder Versicherungsbeiträge – entfallen. Dies gilt auch für vermögenswirksame Leistungen, die auf Verträge eingezahlt werden, die zum Zeitpunkt der Gesetzesänderung bereits bestanden hatten.
- Der Prämiensatz beim Bausparen verringert sich ab 1982 von bisher 18 % auf 14 %. Der Kinderzuschlag von 2 %-Punkten je Kind bleibt erhalten.
- Für Bausparverträge, die nach dem 12. November 1980 abgeschlossen worden sind, verlängert sich die Sperrfrist von bisher sieben auf zehn Jahre.

Hinter diesen nüchtern klingenden Gesetzesänderungen verbirgt sich **ein tiefgreifender Einschnitt in die staatliche Sparförderungs- und Vermögensbildungspolitik.** Dies gilt vor allem für den Wegfall des Spar-Prämiengesetzes. Der Deutsche Sparkassen- und Giroverband hatte – gestützt auf eine breitangelegte Sparerstrukturuntersuchung – nachgewiesen, welche positiven Einflüsse die Sparförderung durch das Spar-Prämiengesetz auf die Qualität der Sparquote gehabt hat.
Vor allem wurde durch das Spar-Prämiengesetz der Vermögensbildungsprozeß bei jungen Sparern und Sparern mit besonders niedrigen Einkommen ausgelöst.

Aus: Kleiner Wirtschaftsspiegel, Oktober 1981

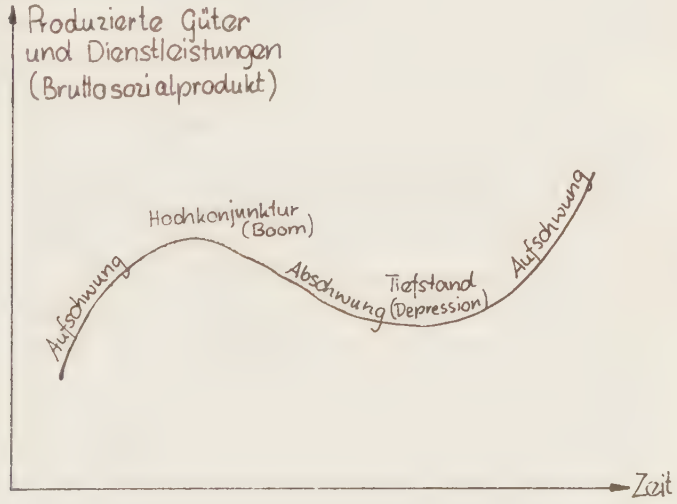
- Lassen sich diese Maßnahmen mit dem der Sozialen Marktwirtschaft zugrundeliegenden Ziel einer gerechteren Vermögensverteilung vereinbaren?
- Womit werden die Politiker ihre Entscheidung begründen?

## Staatliche Einflußnahme auf Angebot und Nachfrage

### Das Phänomen "Konjunktur"

Die wirtschaftliche Entwicklung eines Landes ist Schwankungen unterworfen. Auch in der Bundesrepublik Deutschland mußte nach einer langen Aufwärtsentwicklung erstmals Mitte der 60er Jahre ein Rückgang hingenommen werden. Den zweiten Abschwung erlebte man 1975/76. Nach einer Phase der Aufwärtsbewegung zeichnet sich seit Mitte 1980 bereits wieder ein Nachlassen der Wirtschaftstätigkeit ab.
Die Auf- und Abwärtsbewegung der Wirtschaft insgesamt wird als Konjunktur bezeichnet.

Modell des Konjunkturverlaufs:



Die Gründe für diese Bewegungen sind vielschichtig und können nicht alle genannt werden. Sie sind zum Teil auch gar nicht bekannt. Allgemeine politische Unsicherheit kann z. B. Produzenten vor größeren Investitionen zurückhalten. Falsche politische Entscheidungen können die Risikobereitschaft mindern. Die Neigungen der Millionen Verbraucher können sich wandeln, ohne daß sich die Hersteller ein- oder umstellen konnten. Einflüsse des Auslands sind von Bedeutung.
Der Staat hat sich vor allem seit dem Erlaß des Gesetzes zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft (Stabilitätsgesetz) von 1967 ausdrücklich verpflichtet, alles zu tun, um ein stetiges angemessenes Wirtschaftswachstum zu fördern und gleichzeitig auf einen hohen Beschäftigungsstand, stabile Preise und einen Ausgleich zwischen Export und Import hinzuwirken. Die konjunkturpolitischen Maßnahmen müssen jedoch marktkonform sein.

- Betrachte dir im Wirtschaftskreislauf auf S. 325 vor allem die Stellung des Staates!
- Der Staat benötigt Güter und Dienstleistungen. Wie muß er seine Nachfrage einrichten, wenn die Wirtschaft rückläufig ist und er dem entgegenwirken will?
- Welche Möglichkeit hat der Staat noch, um sowohl das Angebot als auch die Nachfrage nach Gütern zu steuern?

## Konjunkturpolitik

Durch die gewaltige Höhe der Einnahmen und Ausgaben der öffentlichen Hand (Bund, Länder und Gemeinden) kann eine beachtliche Wirkung auf das Wirtschaftsgeschehen, ins-

besondere auf die Gesamtnachfrage ausgeübt werden. Durch die Gestaltung der Haushalte soll der jeweiligen wirtschaftlichen Lage entgegengewirkt werden.

In Zeiten ungünstiger Wirtschaftsentwicklung ...

... muß die Nachfrage gestärkt werden. Vermehrte öffentliche Aufträge (Krankenhausbau, Straßenbau usw.), Steuersenkungen, Erhöhung von staatlichen Leistungen (z. B. Arbeitslosengeld) führen zu mehr Nachfrage und fördern die Wirtschaftstätigkeit. Neue Arbeitsplätze werden geschaffen.

In Zeiten günstiger Wirtschaftsentwicklung ...

... muß die Nachfrage gedrosselt werden. Öffentliche Aufträge werden zurückgehalten, Steuern werden erhöht, staatliche Vergünstigungen werden abgebaut, zusätzliche Abgaben werden eingeführt. Würde die öffentliche Hand in dieser Zeit die Nachfrage nicht reduzieren, bestünde die Gefahr von Preiserhöhungen (Inflation).

- Wie zeigt sich die Wirtschaft in der Depression? Denke an die Arbeitslosenzahl, die Situation der Preise, das Wirtschaftswachstum! Wie wird die allgemeine Stimmung sein?
- Wie zeigt sich die Wirtschaft in der Hochkonjunktur? Wie wird die allgemeine Stimmung sein?
- Führe dir nochmal das Konjunkturmodell vor Augen! Welche Gefahren ergeben sich denn vor allem für den Einsatz der konjunkturpolitischen Mittel? Dazu noch ein Anhaltspunkt: Häufig kann nicht genau erkannt werden, wann die wirtschaftliche Lage umschlägt.

Möglichkeiten der Deutschen Bundesbank

Die "Bank der Banken" überwacht und reguliert die gesamte Geldmenge in der Volkswirtschaft der Bundesrepublik Deutschland. Damit kommt ihr auch für die Konjunktursteuerung eine wichtige Aufgabe zu, denn mit der den Haushalten, den Unternehmen und dem Staat zur Verfügung stehenden Geldmenge ändert sich auch das Nachfrageverhalten. Bei ihren Maßnahmen muß die Bundesbank die Politik der Bundesregierung unterstützen. Sie ist jedoch an keine Weisungen gebunden. Das Bundesbankgesetz räumt der Notenbank vor allem die Befugnisse ein, die Kreditgewährung der Banken und damit die Buchgeldmenge (s. S.327) zu steuern.
Die Bundesbank legt den sog. Diskontsatz fest, der als Leitzinssatz gilt. Die Banken sind gehalten, bei der Festlegung der Zinsen für die ausgegebenen Kredite über diesem Satz zu liegen. Je nach Höhe der Zinsen steigt oder sinkt die Kreditnachfrage.
Die Kreditinstitute müssen weiter bei der Bundesbank Geldreserven zinslos hinterlegen. Da die Höhe der Mindestreserven von der Bundesbank verändert werden kann, wird auch dadurch die Möglichkeit der Kreditvergabe gelenkt.

- Welche Folgen können eintreten, wenn die Kreditpolitik zu stark gelockert wird?
- Wieso kommt dem Zusammenspiel zwischen Bundesregierung und der Bundesbank große Bedeutung zu?
- Lies im Wirtschaftsteil der Tageszeitung und verfolge Stellungnahmen der Bundesbankvertreter und der Regierungsvertreter zu diesem Thema!
- Wie wird sich die Bundesbank in der Rezession und in der Hochkonjunktur kreditpolitisch verhalten?

Strukturpolitik

Durch gezielte Förderungen (Subventionen) versucht der Staat in bestimmten Fällen, die Unternehmen zu stärken und nimmt damit indirekt auf die Zusammensetzung des Angebots Einfluß. Betriebe in regional benachteiligten Gebieten (z. B. im Grenzland) und Wirtschaftsbereiche mit Anpassungsschwierigkeiten können mit Hilfen rechnen.

Zusammenarbeit mit anderen Staaten

Für die bundesdeutschen Unternehmen gilt der Grundsatz der Außenhandelsfreiheit, d. h. sie können ihre Erzeugnisse in andere Staaten exportieren und Güter aus dem Ausland importieren. Auf diesen Güteraustausch kann in der modernen Zeit nicht verzichtet werden.

- Gib einige Gründe an, die für internationalen Handel sprechen!
- Nenne einige Güter, die importiert werden müssen bzw. die exportiert werden!

Um den zwischenstaatlichen Handel zu erleichtern, wurde zwischen den meisten Staaten ein Allgemeines Zoll- und Handelsabkommen abgeschlossen. Die Bundesrepublik hat sich 1950 angeschlossen. Das Ziel dieses Abkommens ist vor allem der Abbau der Zollschranken. Bereits 1951 wurde die wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen Frankreich, Italien, Belgien, Niederlande, Luxemburg und der Bundesrepublik Deutschland intensiviert. Kohle, Stahl, Eisenerz und Schrott wurden in einem gemeinsamen Markt (sog. Montanunion) zusammengefaßt. Mit der Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft im Jahre 1957

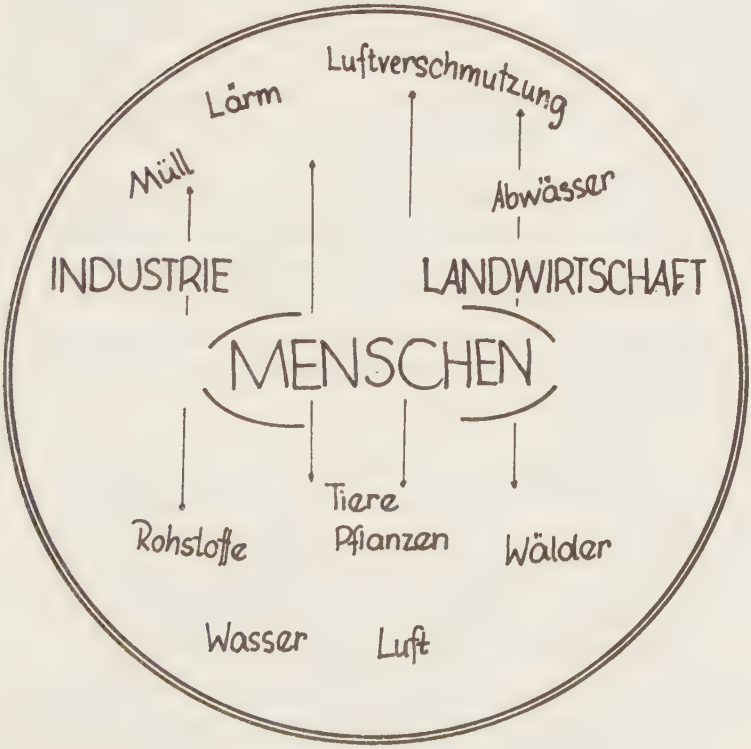
sollten die übrigen Wirtschaftsbereiche folgen. Dieser Prozeß ist noch nicht abgeschlossen. Der Europäischen Gemeinschaft - EG - sind inzwischen auch Dänemark, Irland, das Vereinigte Königreich von Großbritannien und Griechenland beigetreten.
Durch den Zusammenschluß wurden die zwischenstaatlichen Zollbarrieren abgeschafft. Eine gewaltige Zunahme des Waren- und Dienstleistungsverkehrs war die Folge. Arbeitskräfte haben in allen Bereichen Freizügigkeit.
Trotz vieler Erfolge brachte die EG auch einige Probleme für die heimische Wirtschaft, insbesondere auf den Märkten mit Agrarprodukten. Vor allem die Landwirtschaft in südlichen Ländern kann manche Produkte (z. B. Tomaten oder Äpfel) günstiger auf dem gemeinsamen Markt anbieten als die deutsche Landwirtschaft. Dadurch würden die deutschen Anbieter vom Markt verdrängt und würden ruiniert. Da der Staat ein starkes Interesse an einer gesunden Landwirtschaft hat (Unabhängigkeit in Krisenzeiten), stützt er die heimischen Betriebe und garantiert Mindestpreise. Überschußproduktionen sind die Folge (z. B. Butterberg).

## Umweltschutz - eine drängende Aufgabe

"Aktion: Rund um den Baggersee" hieß es auf der Einladung der Kolpingjugend, mit der die Mitglieder aufgefordert wurden, am Samstag, 9.00 Uhr sich am nahen Baggersee einzufinden. Über 20 freiwillige Helferinnen und Helfer kamen und entrümpelten die Ufer des Baggersees und das benachbarte Wäldchen.
Kaum vorstellbar, was sich am Ende einer relativ kurzen Badesaison angesammelt hatte. Es braucht nicht einzeln aufgezählt zu werden, was die Wohlstandsbürger einfach "vergessen" haben. Ein kleiner Müllberg kam auf jeden Fall zusammen. Die Aktion war ein Erfolg.

- Prüfe dich selbst! Wie oft hast du schon achtlos Gegenstände weggeworfen? Versuche dein Verhalten zu ändern!
- Nicht nur Abfall beeinträchtigt die Umwelt. Versuche weitere Störfaktoren ausfindig zu machen! Denke beispielsweise auch an deine etwas älteren Freunde, die bereits Mopeds fahren!

Lebensraum "Erde"



Zur Diskussion:

- Welche Probleme, Abhängigkeiten und Grenzen zeigt diese Darstellung? (Hinweis: Es konnten natürlich nicht alle möglichen Verbindungen eingezeichnet werden).
- Welche Aufgaben ergeben sich für den Staat, der die Wirtschaft ordnet?

Die Menschen in den hochentwickelten Staaten umgeben sich mit Komfortgegenständen, die eine sich ständig ausweitende Produktion voraussetzen. Umfragen zeigen, daß nur sehr wenige auf diese Annehmlichkeiten des Lebens verzichten wollen.
Die natürliche Umwelt, die Grundlage der menschlichen Existenz, wird dabei zunehmend beeinträchtigt durch Verschmutzung von Luft und Wasser, durch Ausbeutung der Rohstoffe oder Lärmbelästigung, um nur einige Gefährdungen zu nennen.
Natürlich liegt es zunächst auch an jedem einzelnen Menschen, mit natürlichen Umweltgegebenheiten (Landschaft, Luft, Wasser, Pflanzen usw.) schonend umzugehen.
In der Anonymität einer modernen, komplizierten Industriegesellschaft reicht dieser Appell nicht mehr aus. Der Staat muß durch Gesetze der Umweltzerstörung Grenzen setzen.

Wasserhaushaltsgesetz: Dient dem Schutz des Grundwassers, der oberirdischen Gewässer und der Heilquellen.

Immissionsschutzgesetz: Enthält Vorschriften zur Überwachung von Anlagen, Stoffen und Fahrzeugen, von denen umweltschädliche Wirkungen ausgehen wie Luftverunreinigung, Geräusche oder Erschütterungen.

Benzin-Blei-Gesetz: Strebt die Verminderung der Luftverunreinigung an, die durch Bleiverbindungen in KFZ-Motoren entsteht.

Abfallbeseitigungsgesetz: Dadurch wird die Beseitigung des Hausmülls und des industriellen Sondermülls umfassend überwacht und reglementiert.

Obwohl noch eine Reihe weiterer Gesetze verabschiedet wurden, sind die bisherigen Regelungen nur erste Schritte zum besseren Schutz der Umwelt. Gesetze, die Auflagen, Einschränkungen und Verbote nach sich ziehen, sind nicht populär, zumal Auflagen hohe Kosten verursachen. Die politische Durchsetzung erweist sich in einem demokratischen Staatswesen als sehr schwierig. Der politische Wille zur Bewältigung des Problems scheint aber bei allen Parteien vorhanden zu sein.

Bausteine der Sozialen Marktwirtschaft

Freie wirtschaftliche Betätigung (vom Grundgesetz garantiert)

Möglichst freier, ungehinderter, fairer Wettbewerb durch die staatliche Wettbewerbsordnung (Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkung, Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb u.a.)

Privateigentum (auch an Produktionsmitteln)

Sozialordnung
- Rentenversicherung
- Unfallversicherung
- Krankenversicherung
- Arbeitslosenversicherung
- Sozialhilfe
- Familienlastenausgleich u.a.

M Ä R K T E

Treffpunkt von Güterangebot und Güternachfrage (Preisbildung) "Nervenzentren der Wirtschaft"

Arbeitsordnung
- Tarifautonomie
- Mitbestimmung
- Arbeitnehmerschutzrechte
- Dienstleistungen der Arbeitsverwaltung
- Arbeitsgerichtsbarkeit

Konjunkturpolitik zur Erhaltung des wirtschaftlichen Gleichgewichts
- Stabile Preise
- Vollbeschäftigung
- Wirtschaftswachstum
- ausgeglichener Außenhandel

Strukturpolitik zum Abbau regionaler Ungleichheiten

Ordnungsmaßnahmen zum Schutz der Umwelt

Prof. Alfred Müller-Armack: "Sicher ist nicht zu verkennen, daß neue Entwicklungen auch die Sicht auf neue Aufgaben freilegen".

Bausteine für künftige Aufgaben

- Welche Persönlichkeiten haben sich besondere Verdienste um die Soziale Marktwirtschaft erworben?
- Wann konnte die Soziale Marktwirtschaft erstmals politisch durchgesetzt werden?
- Welche wichtigen Prinzipien verwirklicht die Soziale Marktwirtschaft?
- Welche Aufgaben hat der Staat in der Sozialen Marktwirtschaft? Inwieweit hat er diese Aufgaben bislang erfüllt?
- Was ist damit gemeint: Bausteine für künftige Aufgaben?

## Adressenverzeichnis

Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung, Postfach, 5300 Bonn 1

Bundesministerium für Wirtschaft, Postfach, 5300 Bonn-Duisdorf

Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, Oberländer Ufer 72, 5000 Köln 51

Bundeszentrale für politische Bildungsarbeit, Berliner Freiheit 7, 5300 Bonn

Christlicher Gewerkschaftsbund Deutschlands, Rheinweg 97, 5300 Bonn 1

Christlich-Demokratische-Union, Konrad-Adenauer-Haus, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 5300 Bonn

Christlich-Soziale Union, Nymphenburger Str. 64, 8000 München 19

Deutsche Angestellten-Gewerkschaft, Karl-Muck-Platz 1, 2000 Hamburg 36

Deutscher Gewerkschaftsbund, Postfach 26 01, 4000 Düsseldorf

Europäische Akademie Bayern, Augustenstr. 14a, 8000 München 2

Europäisches Parlament, Centre Européen, Kirchberg, Postfach 16 01, Luxemburg

Freie Demokratische Partei, Baunscheidtstraße 15, 5300 Bonn

Institut der deutschen Wirtschaft, Oberländer Ufer 84-88, 5000 Köln 51

Kommission der Europäischen Gemeinschaften, Rue de la Loi 200, 1048 Brüssel

Landeszentrale für politische Bildungsarbeit, Brienner Str. 41, 8000 München 2

Ludwig-Erhard-Stiftung e.V., Johanniterstraße 8, 5300 Bonn 1

Sozialdemokratische Partei Deutschlands, Ollenhauerstraße 1, 5300 Bonn

Stiftung Warentest, Lützowplatz 11-13, 1000 Berlin 30

Verbraucherzentrale Bayern e.V., Haydnstr. 7, 8000 München 2

Werbung Pro und Contra, Deutscher Werberat, Postfach 20 06 47, 5300 Bonn 2

Zentralverband des Deutschen Handwerks, Johanniterstr. 1, 5300 Bonn 1

## Literaturverzeichnis

Abelshauser, Walter: Wirtschaft in Westdeutschland 1945-1948, Stuttgart 1975

Amborsius, Gerold: Die Durchsetzung der Sozialen Marktwirtschaft in Westdeutschland 1945-1948, Stuttgart 1977

Armin, Hans Herbert: Volkswirtschaftspolitik, Frankfurt 1976

Arndt, Helmut: Irrwege der Politischen Ökonomie, München 1979

Arndt, Helmut: Wirtschaftliche Macht, München 1977

Atteslander, Peter: Methoden der empirischen Sozialforschung, Berlin und New York 1975

Bergsdorf, Wolfgang: Politik und Sprache, München 1978

Bethlen, Stefan: Der Weg aus der Krise, München 1976

Bettelheim, Charles: Die deutsche Wirtschaft unter dem Nationalsozialismus, München 1974

Blum, Reinhard: Soziale Marktwirtschaft, Tübingen 1969

Bolz, Klaus: Ist Inflation unser Schicksal, München 1973

Brunnhuber, Paul: Leitlinien der Sozialkunde, Donauwörth 1970

Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen: Materialien zum Bericht der Lage der Nation, Bonn 1974

Bundeszentrale für politische Bildung: Lehr- und Lernmittel im politischen Unterricht, Heft 89, Bonn 1970

Dauenhauer, Erich: Didaktik der Wirtschaftslehre, Paderborn 1978

Dechen, Franz: Didaktik der allgemeinen Wirtschaftslehre, Frankfurt 1970

Deutscher Bundestag: Fragen an die deutsche Geschichte, Bonn 1979

Deutscher Instituts Verlag: Curriculum Soziale Marktwirtschaft, Heft 1-14, Köln 1979

Dobias, Peter: Wirtschaftspolitik, Paderborn 1980

Dräger, Heinrich: Das große Ziel, Stuttgart 1976

Drechsler, Hanno; Hilligen, Wolfgang; Neumann, Franz: Gesellschaft und Staat, Baden-Baden 1971

Erhard, Ludwig: Deutsche Wirtschaftspolitik, Düsseldorf, Wien und Frankfurt 1962

Erhard, Ludwig; Müller-Armack, Alfred: Soziale Marktwirtschaft, Frankfurt - Berlin - Wien 1972

Eucken, Walter: Grundsätze der Wirtschaftspolitik, Hamburg 1959

Fack, Fritz Ulrich: Soziale Marktwirtschaft: Freiburg - Würzburg 1979

Fischer, Kurt Gerhard: Überlegungen zur Didaktik des Politischen Unterrichts, Göttingen 1972

Fischer, Kurt Gerhard: Einführung in die Politische Bildung, Stuttgart 1973

Fischer, Kurt Gerhard (Hrsg.): Zum aktuellen Stand der Theorie und Didaktik der Politischen Bildung, Stuttgart 1978

Fischer, Kurt Gerhard; Heide, Ernst; Zitzlaff, Dietrich: Vergleich der Wirtschaftssysteme in beiden deutschen Staaten, Stuttgart 1976

Forsthoff, Ernst: Rechtsstaatlichkeit und Sozialstaatlichkeit, Darmstadt 1968

Freier, Udo; Kneissel, Jutta: Volkswirtschaftslehre für Sie 1, München 1975

Frey, Bruno: Moderne Politische Ökonomie, München 1977

Friderichs, Hans: Mut zum Markt, Stuttgart 1975

Gabler Verlag: Wirtschaftslexikon, Erster und Zweiter Band, Wiesbaden 1975

Gagel, Walter: Politik - Didaktik - Unterricht, Stuttgart 1979

Geißler, Heiner (Hrsg.): Der Weg in die Gewalt, München und Wien 1978

Giersch, Herbert: Allgemeine Wirtschaftspolitik, Wiesbaden 1961

Giesecke, Hermann: Didaktik der politischen Bildung, München 1972

Giesecke, Hermann: Methodik des politischen Unterrichts, München 1976

Golas, Heinz G.: Didaktik der Wirtschaftslehre, München 1973

Grosser, Dieter: Kompendium Didaktik. Politische Bildung, München 1977

Grosser, Dieter; Hättich, Manfred; Oberreuter, Heinrich; Sutor, Bernhard: Politische Bildung, Grundlagen und Zielprojektionen für den Unterricht an Schulen, Stuttgart 1975

Grosser, Dieter (Hrsg.): Politischer Unterricht, Fachwissenschaftliche und didaktische Analysen, Freiburg 1976

Gutjahr-Löser, Peter; Knütter, Hans-Helmuth (Hrsg.): Der Streit um die politische Bildung, München und Wien 1975

Gutmann, Gernot; Kleier, Werner; Paraskewopoulos, Spiros; Winter, Helmut: Die Wirtschaftsverfassung der Bundesrepublik Deutschland, Stuttgart - New York 1976

Hättich, Manfred: Rationalität als Ziel politischer Bildung, München 1977

Haesele, Kurt Werner: Probleme der Wirtschaftspolitik, Innsbruck - München 1973

Hamel, Hannelore: BRD - DDR, Die Wirtschaftssysteme, München 1977

Heimann, Paul; Otto, Günther; Schulz, Wolfgang: Unterricht, Analyse und Planung, Hannover 1970

Hensel, Paul: Grundformen der Wirtschaftsordnung, München 1978

Herder-Dorneich, Philipp: Strukturwandel und soziale Ordnungspolitik, Köln 1977

Herschel, W.: Arbeitsrecht, Düsseldorf 1973

Hilligen, Wolfgang: Zur Didaktik des politischen Unterrichts I, Opladen 1978

Hohmann, Karl (Hrsg.): Ludwig Erhard-Erbe und Auftrag, Aussagen und Zeugnisse, Düsseldorf und Wien 1978

Huber, Ernst Rudolf: Wirtschaftsverwaltungsrecht, Band 1, Tübingen 1953

Hüser, Karl; Beckers, Wilhelm; Küpper, Ferdinand: Politische Bildung in Deutschland im zwanzigsten Jahrhundert, Neuwied 1976

Institut der Deutschen Wirtschaft: 1979 Zahlen zur wirtschaftlichen Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland, Köln 1979

Institut für Zeitgeschichte: Westdeutschlands Weg zur Bundesrepublik 1945-49, München 1976

Issing, Otmar (Hrsg.): Zukunftsprobleme der Sozialen Marktwirtschaft, Berlin 1981

Kerstiens, Ludwig: Erziehungsziele - Neu befragt, Bad Heilbrunn 1978

Köck, Peter; Ott, Hans: Wörterbuch für Erziehung und Unterricht, Donauwörth 1976

Körber, Kurt A.: Wie geht es weiter?, Hamburg 1979

Kremendahl, Hans: Ein demokratischer und sozialer Bundesstaat, Berlin 1974

Kulp, Bernhard: Verteilungstheorie, Stuttgart 1979

Kunz, Rainer; Maier, Hans; Stammen, Theo: Programme der politischen Parteien, München 1975

Lampert, Heinz: Die soziale Marktwirtschaft unsere Wirtschaftsordnung, München 1977

Lampert, Heinz: Die Wirtschafts- und Sozialordnung, München 1978

Leibholz/Rink: GG, Kommentar an Hand der Rechtssprechung des Bundesverfassungsgerichts, Köln 1979

Leuschner, Dieter: Wirtschaft und Gesellschaft in Zahlen, Stuttgart 1977

Leuschner, Dieter: Wirtschaftspolitik, Stuttgart 1978

Ludwig-Erhard-Stiftung: Soziale Marktwirtschaft als nationale und internationale Ordnung, Stuttgart 1978

Ludwig-Erhard-Stiftung: Fundamentalkorrektur statt Symptomtherapie, Stuttgart 1978

Ludwig-Erhard-Stiftung: Grundtexte zur Sozialen Marktwirtschaft, Stuttgart und New York 1981

Mann, Golo: Deutsche Geschichte des XIX. Jahrhunderts, Frankfurt - Wien - Zürich 1969

Mann, Golo: Deutsche Geschichte des XX. Jahrhunderts, Frankfurt - Wien - Zürich 1970

Maunz, Theodor: Deutsches Staatsrecht, München 1977

Maunz, Theodor; Dürig, Günter; Herzog, Roman; Scholz, Rupert: Grundgesetz, Kommentar, München 1978

Meisel, Harry: Die deutsche Berufsberatung, Stuttgart 1978

Mickel, Wolfgang: Methodik des politischen Unterrichts, Frankfurt 1974

Mickel, Wolfgang (Hrsg.): Politikunterricht, Im Zusammenhang mit seinen Nachbarfächern, München 1979

Molitor, Bruno: Krise der Marktwirtschaft, Köln 1978

Müller-Armack, Alfred: Wirtschaftsordnung und Wirtschaftspolitik, Freiburg 1966

Müller-Armack, Alfred: Genealogie der Sozialen Marktwirtschaft, Bern und Stuttgart 1974

Müller-Armack, Alfred: Wirtschaftslenkung und Marktwirtschaft, Hamburg 1947

Nell-Breuning von, Oswald: Der Mensch in der heutigen Wirtschaftsgesellschaft, München - Wien 1975

Nipperdey, Hans Carl: Soziale Marktwirtschaft, Köln 1965

Obermeier, Heinrich: Geld und Wirtschaft, München 1969

Obermüller, Walter; Schuster, Ludwig: Das neue Bank- und Börsen-abc, Köln 1977

Oberreuter, Heinrich (Hrsg.): Freiheitliches Verfassungsdenken und politische Bildung, Stuttgart 1980

Oelinger, Josef: Grundlagen der Wirtschaftsordnung, Köln 1976

Pilz, Frank: Das System der Sozialen Marktwirtschaft, München 1981

Pilz, Frank: Die soziale Marktwirtschaft, München 1974

Poller, Horst: Politik im Querschnitt, Stuttgart 1979

Pünnel, Leo: Was man vom Arbeitsrecht wissen sollte, Kevelaer 1971

Rauscher, Anton: Kapitalismuskritik im Widerstreit, Köln 1973

Renard, Rolf-Jürgen Hans: Kurt Gerhard Fischer als Didaktiker der politischen Bildung, Bonn 1979

Rölke, Siegfried: Methodik der Betriebswirtschaftskunde, Bad Homburg vor der Höhe, Berlin und Zürich 1977

Rose, Klaus: Grundlagen der Wachstumstheorie, Göttingen 1973

Schallenberger, Ernst Horst: Das Schulbuch, Aspekte und Verfahren zur Analyse, Ratingen 1973

Schmidt-Bleibtreu, Bruno, Klein, Franz: Kommentar zum Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland, Neuwied und Darmstadt 1977

Schmölders, Günter: Unsere Wirtschaftsordnung und ihre Hauptprobleme, Essen 1976

Schönbohm, Wulf; Wissmann, Matthias: Für eine humane Gesellschaft, Frankfurt 1976

Schröder, Jürgen: Das 624-DM-Gesetz in der betrieblichen Praxis, Köln 1977

Smith, Adam: Der Wohlstand der Nationen, übersetzt von Recktenwald, Horst Claus, München 1974

Spiethoff, Bodo: Kleine Wirtschaftslehre, Stuttgart 1975

Spiethoff, Bodo: Geld - Kredit - Währung, Stuttgart 1976

Spiethoff, Bodo: Die Politik in Wirtschaft und Gesellschaft, Stuttgart 1977

Stammen, Theo: Politische Ordnungsformen, München 1971

Stammen, Theo: Das politische System der Bundesrepublik Deutschland im Grundriß, München 1975

Stein, Gerd: Schulbuchkritik als Schulkritik, Saarbrücken 1976

Stehle, German: Beteiligung statt Sozialismus, Bonn 1980

Streithofen, Heinrich Basilius: Die Familie im Schulbuch, Walberberg 1980

Stützel, Wolfgang; Watrin, Christian; Wittgerodt, Hans; Hohmann, Karl: Grundtexte zur Sozialen Marktwirtschaft, Stuttgart und New York 1981

Sutor, Bernhard: Didaktik des politischen Unterrichts, Paderborn 1973

Sutor, Bernhard: Grundgesetz und Politische Bildung, Mainz 1976

Sutor, Bernhard: Politik, Paderborn 1979

Teichmann, Ulrich: Probleme der Wirtschaftspolitik, Band 1 und 2, Darmstadt 1978

Tewes, Bernhard (Hrsg.): Schulbuch und Politik, Unterrichtsmedien im Spannungsfeld politischer Interessen, Paderborn 1979

Thilenius, Richard: Die Teilung Deutschlands, Hamburg 1957

Thieme, Jörg: Wirtschaftspolitik in der Sozialen Marktwirtschaft, Hamburg 1976

Treue, Wolfgang: Deutsche Parteiprogramme 1861-1961, Göttingen 1961

Tuchtfeldt, Egon: Soziale Marktwirtschaft im Wandel, Freiburg 1973

Uhl, Herbert: Die Grundrechte, Geschichtliche Entwicklung und gegenwärtige Bedeutung, Stuttgart 1975

Uhl, Karl: Aspekte der Wirtschaftspolitik, Frankfurt 1979

Vogelsang, Thilo: Das geteilte Deutschland, München 1966

Wallraven, Klaus: Der unmündige Bürger. Ideologien und Illussionen politischer Pädagogik, München 1976

Weber, Jürgen: Auf dem Wege zur Republik 1945-1947, München 1978

Weber, Jürgen: Das Entscheidungsjahr 1948, München 1979

Weinacht, Paul-Ludwig; Kempf, Udo; Merz, Hans-Georg: Einführung in die Politische Wissenschaft, Freiburg - München 1977

Winkler, Hans-Joachim: Die Weimarer Demokratie, Berlin 1963

Wittgen, Robert: Einführung in die Betriebswirtschaftslehre, München 1974

Witzel, Michael: Die Ausgestaltung der Konzentrationskontrolle im Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen, München 1974

Zentner, Kurt: Illustrierte Geschichte des Dritten Reiches, Band 1 und 2, Köln (keine Jahresangabe)

Ziese, Bernhard: Volkswirtschaftslehre und Wirtschaftspolitik, Regensburg 1979

Zottmann, Anton: Allgemeine Volkswirtschaftslehre IV, Geld und Kredit, Stuttgart 1972

## Schulbücher

Becker, Feick, Greiffenhagen, Hufnagel, Müller, Stetzer, Uhl: Thema Politik, Stuttgart 1976

Eberhardt, Franke, Loeschke, Winkler: Sozialkunde, 7. u. 8. Jahrgang, Donauwörth 1978; 9. Jahrgang, Donauwörth 1979

Fischer (Herausgeber): Gesellschaft und Politik, Stuttgart 1977

Giesecke: Einführung in die Politik, Stuttgart 1979

Greiffenhagen, Hättich (Herausgeber): Sozialkunde, Stuttgart 1979

Grix, Knöll: Lernfeld Gesellschaft, Frankfurt 1980

Grosser (Herausgeber): Politik Wirtschaft Gesellschaft, Braunschweig 1979

Helbig: politik im aufriß, Band 1, Frankfurt 1978; Band 2, Frankfurt 1978

Hilligen, Gagel, Buch (Herausgeber): Sehen Beurteilen Handeln, Frankfurt 1978

Mickel (Herausgeber): Arbeitsbuch: Politik 2, Düsseldorf 1978

Steinbügl: Bürger und Politik, Darmstadt 1979

Süss: Grundzüge der Sozialkunde, Frankfurt 1979

Streithofen, Pittrof: Texte für den Politischen Unterricht, Band 1, München 1976; Band 2, München 1981

Thurich, Endlich: Zweimal Deutschland, Frankfurt 1979

Andreae, Hugo: Demokratie in unserer Zeit, Hamburg 1975

Andreae, Hugo: Politischer Unterricht in Frage und Antwort, Hamburg 1970

Beckert, Heinz; Döring, Hans: wissen wägen wollen wirken, Bad Homburg vor der Höhe 1980

Binder, Hans; Sommer, Karl-Heinz: Zur Politik: Wirtschaftssysteme Wirtschaftspolitik, Paderborn 1975

Herold, Roland; Krüger, Roswitha; Wagner, Wolfgang: Politisch urteilen + handeln, Wolfenbüttel 1976

Keßler, Achim; Northemann, Wolfgang: Wirtschaft, Stuttgart 1971

Krafft, Dietmar (Hrsg.): Lernbereich Wirtschaft 5/6, Düsseldorf 1977

Krafft, Dietmar (Hrsg.): Lernbereich Wirtschaft 7, Düsseldorf 1975

Krafft, Dietmar (Hrsg.): Lernbereich Wirtschaft 8, Düsseldorf 1976

Krafft, Dietmar (Hrsg.): Lernbereich Wirtschaft 9, Düsseldorf 1977

Krafft, Dietmar (Hrsg.): Lernbereich Wirtschaft 10, Düsseldorf 1977

Lauber, Heinz: Das Grundgesetz in Wort und Bild, Villingen-Schwenningen 1976

Neugebauer, Wilfried; Riedner, Peter: Wirtschafts- und Rechtslehre für das Gymnasium, Band 1, Donauwörth 1979

Neugebauer, Wilfried; Wiedemann, Horst: Wirtschafts- und Rechtslehre für das Gymnasium, Band 2, Donauwörth 1980

Neugebauer, Wilfried; Kästner, Eduard; Wiedemann, Horst: Wirtschafts- und Rechtslehre für das Gymnasium, Band 3, Donauwörth 1981

Ritscher, Hans (Hrsg.): Welt der Politik 1, Frankfurt 1980

Ritter; Becker; Nothaft; Uhl: Wirtschafts- und Rechtslehre für Realschulen, 8. Schuljahr, Wahlpflichtfächergruppe II, Darmstadt 1978

Ritter; Becker; Nothaft; Uhl: Wirtschafts- und Rechtslehre für Realschulen, 9. Schuljahr, Wahlpflichtfächergruppe II, Darmstadt 1979

Seitzer, Otto; Bruggér, Alfred: Miteinander Füreinander, Stuttgart 1969

Wimmer, Manfred; Hartwig, Klaus: Gesellschaft und Wirtschaft, Frankfurt 1979

## Broschüren

Bayerische Staatsregierung: Verbraucher-Tips, München 1976

Bayerisches Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung: Sozial-Fibel für den Bürger, München 1978

Bundesanstalt für Arbeit: Ihre Rechte und Pflichten, Merkblatt für Arbeitslose, Nürnberg 1981

Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten: Die Landwirtschaft im Grünen Europa, Bonn 1981

Bundesministerium für Wirtschaft: ABC der Europäischen Gemeinschaften, Bonn 1980

Bundesministerium für Wirtschaft: Export-Fibel, Wegweiser für kleine und mittlere Unternehmen, Bonn 1979

Bundesministerium für Wirtschaft: Wettbewerbspolitik in der sozialen Marktwirtschaft, Bonn 1978

Bundesministerium für Wirtschaft: Wirksame Regionalpolitik - Fortschritte in den Regionen, Bonn 1980

Bundesministerium für Wirtschaft: Wirtschaft von A bis Z, Bonn 1981

Der Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung: Der neue Jugendarbeitsschutz, Bonn 1976

Der Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung: Gerätesicherheitsgesetz, Bonn 1980

Der Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung: Mitbestimmung, Bonn 1980

Der Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung: Ratgeber Soziale Sicherheit, Stuttgart 1980

Der Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung: Statistisches Jahrbuch 1981, Bonn 1981

Der Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung: Teilzeitarbeit, Bonn 1978

Der Bundesminister für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau: Wohngeld 78, Bonn 1978

Industrie- und Handelskammer Koblenz: Unsere Soziale Marktwirtschaft, Koblenz 1980

Presse- und Informationsamt der Bundesregierung: Informationen der Bundesregierung, Bonn 1981

Presse- und Informationsamt der Bundesregierung: Tips für Arbeitnehmer, Bonn 1979

Presse- und Informationsamt der Bundesregierung: Wohngeld 81, Bonn 1980

## Zeitschriften

Amtliche Nachrichten der Bundesanstalt für Arbeit, Nürnberg

aus politik und zeitgeschichte, beilage zur wochenzeitung das parlament, Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn

Betriebs-Berater, Zeitschrift für Recht und Wirtschaft, Verlagsgesellschaft Recht und Wirtschaft mbH, Heidelberg

Blickpunkt Schulbuch, Zeitschrift für moderne Unterrichtsmedien, Verband der Schulbuchverlage e.V., Frankfurt

Börsenblatt für den Deutschen Buchhandel, Institut für Bildungsmedien e.V., Frankfurt

Bundesarbeitsblatt, Herausgeber: Der Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung, Bonn

Der Bürger im Staat, Herausgegeben von der Landeszentrale für politische Bildung, Baden-Württemberg, Stuttgart

Der Staat, Zeitschrift für Staatslehre, öffentliches Recht und Verfassungsgeschichte, Dunker und Humblot Verlag, Berlin

Der Staatsbürger, Herausgegeben von der Landeszentrale für politische Bildungsarbeit, München

die politische Meinung, Herausgeber: Heck, Bruno, Vorsitzender der Konrad-Adenauer-Stiftung für politische Bildung und Studienförderung e.V., Bonn

Freiheit der Wissenschaft, Bund Freiheit der Wissenschaft, Bonn

Gegenwartskunde, Zeitschrift für Gesellschaft, Wirtschaft, Politik und Bildung, Leske-Verlag-Besdrich GmbH, Leverkusen

impulse, Das Magazin für die Wirtschaft, Gruner und Jahr Verlagshaus, Hamburg

Information für unsere Geschäftsfreunde, Herausgeber: Deutscher Sparkassenverlag, Stuttgart

Informationen zur politischen Bildung, Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn

Kleiner Wirtschaftsspiegel, Eine Informationsschrift der Sparkassen, Herausgeber: Deutscher Sparkassenverlag, Stuttgart

Materialien zur Politischen Bildung, Analysen - Berichte - Dokumente, Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten e.V., Bonn

Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, Kohlhammer Verlag, Stuttgart

Orientierungen zur Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik, Herausgeber: Ludwig-Erhard-Stiftung e.V., Bonn

Politische Bildung, Beiträge zur wissenschaftlichen Grundlegung und zur Unterrichtspraxis, Ernst Klett Verlag, Stuttgart

Politische Studien, Herausgeber: Hanns-Seidel-Stiftung, München

Politische Vierteljahresschrift, Zeitschrift der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft

Wirtschaftskonjunktur, Monatsberichte des Ifo-Instituts für Wirtschaftsforschung, München

Zeitschrift für Arbeitswissenschaft, Herausgegeben von der Gesellschaft für Arbeitswissenschaft e.V., Dortmund

Zeitschrift für Berufs- und Wirtschaftspädagogik, Franz Steiner Verlag, Wiesbaden

Zeitschrift für Parlamentsfragen, Herausgegeben von der Deutschen Vereinigung für Parlamentsfragen

## Gesetzestexte

Beck'sche Verlagsbuchhandlung: Wirtschaftsgesetze, Textsammlung für Juristen und Wirtschaftsfachleute, München 1981

Grundlagen der Weiterbildung e.V.: Recht, Bonn - Hagen - Köln - Neuwied 1980

Sartorius: Verfassungs- und Verwaltungsgesetze, München 1981

Schönfelder: Deutsche Gesetze, Textsammlung, München 1981

Verlag C.H. Beck: Arbeitsgesetze, München 1980

# L e b e n s l a u f

| | |
|---|---|
| Name: | Mack |
| Vornamen: | Andreas Xaver |
| Geburtsdatum: | 29. September 1949 |
| Geburtsort: | Donauwörth |
| Wohnort: | Hauptstraße 69 a, 8851 Buchdorf |
| Eltern: | Josef Mack, Gastwirt (verstorben am 15. Januar 1979)<br>Franziska Mack, geb. Schlicker |
| Abschluß an einer allgemeinbildenden Schule: | Mittlere Reife an der Knabenrealschule Heilig-Kreuz in Donauwörth im Jahre 1966 |
| Berufsausbildung: | Vorbereitungsdienst in der Finanzverwaltung und in der allgemeinen inneren Verwaltung<br>Abschluß: Anstellungsprüfung für den gehobenen Verwaltungsdienst (Diplom-Verwaltungswirt-FH-) im Jahre 1971 |
| Studium: | Fachhochschule München im WS 1971 und SS 1972 (Abschluß: Vorprüfung)<br>Erziehungswissenschaften, Wirtschaftswissenschaften, Soziologie, Politische Wissenschaften und Didaktik der Sozialkunde an den Universitäten Augsburg, München und Eichstätt ab WS 1972<br>Abschluß: Fachliche Prüfung für das Lehramt an Realschulen in der Fächerverbindung Wirtschaftswissenschaften und Sozialkunde im Jahre 1976 |
| Referendariat: | Von 1977-1979 am Staatsinstitut für die Ausbildung der Lehrer an Realschulen und an der Staatlichen Realschule Neubiberg<br>Abschluß: Pädagogische Prüfung für das Lehramt an Realschulen im Jahre 1979. |
| Lehrtätigkeit: | Nach der 2. Staatsprüfung Übernahme in den staatlichen Schuldienst. Ab 1.4.1979 beurlaubt für die Tätigkeit als wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehrstuhl für Didaktik der Sozialkunde und politische Bildung an der Katholischen Universität Eichstätt |